

MONATSZEITUNG

M O Z

FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

MULTIKULTURELLE
Gesellschaft:

Folklore
ist
Trumpf

INTERVIEW
MIT JOSEPH HUBER

„Den
Kapitalismus
ökologisch
modernisieren“

Vereinte Nationen: US statt UN

SPÖ und Medien: Tom und Jerry

Palmenhaus: Neue gläserne Arche

Ich bin ein Fliederbusch.

C.S.



Das sieht man aber erst auf den zweiten Blick. Auf den ersten Blick sehe ich eher aus wie ganz ordinärer Hausmüll. Aber genau dort habe ich nichts verloren. Genausowenig wie andere Obstreste, Gemüsereste, Gartenabfälle, Kaffee- und Teesud. Man würde uns bloß um viel Geld zu den Deponien transportieren. Und was auf die Deponien gelangt, ist für immer verloren. Es kann nie wieder in den Rohstoffkreislauf eingebunden werden. Rohstoffe aber sind knapp und teuer. Deshalb sollte man uns kompostieren. Der Hausmüll wird dadurch bis zu 25% weniger. Und zusätzlich liefert Kompost Dünger für den Garten sowie für Blumen- und Gemüsebeete. Wie man auf den zweiten Blick leicht erkennt, bin ich viel zu schade für den Müll. Ich bin nämlich ein Fliederbusch.

Kompost-Info

Wenn Sie in Ihrer Wohnhausanlage oder in Ihrer Straße noch andere Kompost-Fans finden, dann können Sie mit der Unterstützung der Stadt Wien rechnen. Außerdem senden wir Ihnen gerne unsere Broschüren und Flugblätter zum Thema Kompost. Ein Anruf beim Misttelefon genügt: **55 16 61.**

Ganz Wien kompostiert.



Joseph Huber ist Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Mit seinen Publikationen übte er bedeutenden Einfluß auf die ökologische Debatte aus. Seine Hauptthese, daß es ökologische Modernisierung nur mit der, nicht gegen die Industriegesellschaft gäbe, führte in der Grünbewegung zu heftigen Kontroversen und machte Huber zu einem gefragten Ökoberater der traditionellen Parteien, etwa auch der SPÖ und bei Bundeskanzler Vranitzky. Im Berliner Wissenschaftszentrum, wo Huber derzeit tätig ist, sprach Christof Parnreiter mit ihm.

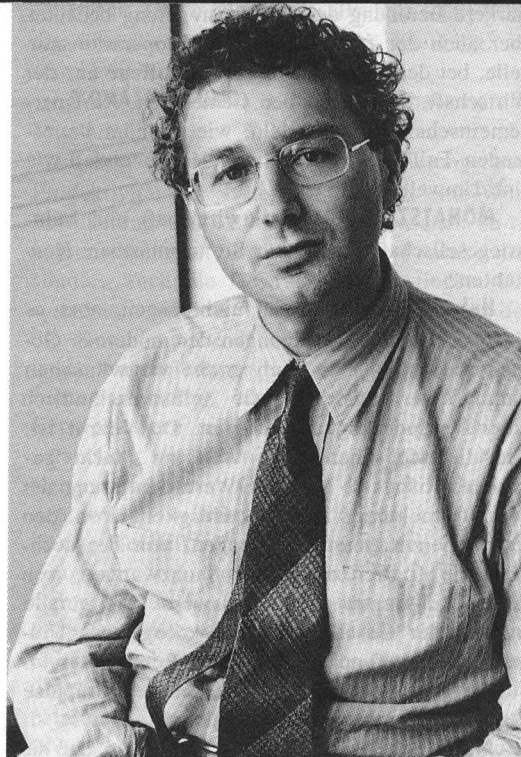


Foto: Christof Parnreiter

DEN KAPITALISMUS ÖKOLOGISCH MODERNISIEREN

MONATSZEITUNG: Sie sind ein wichtiger Wegbereiter jener grünen Strömung, die für die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft eintritt. Was stellen Sie sich darunter vor?

Huber: Wir können aus der Modernisierungsbewegung nicht heraus, sondern wir müssen das hindurch. Die ökologische Anpassung, die fällig ist, kann nicht jenseits oder gegen die Industrie, sondern nur mit ihr realisiert werden. Im technischen Teilbereich heißt das: Festhalten an der modernen Technikentwicklung, im ökonomischen Bereich: Präferenz für die Marktwirtschaft, im Geldbereich: Priorität für eine freie Geld- und Kreditwirtschaft. Das ist der Grundansatz der ökologischen Modernisierung, wie er mittlerweile von allen Parteien bis hin zu den sogenannten Realgrünen anerkannt wird.

Allerdings ist es nicht nur eine technologische Frage. Die ökologische Modernisierung muß in allen gesellschaftlichen Teilsystemen gleichzeitig passieren: im Technischen, in der Wirtschaft, in den Bereichen des Rechts, der Politik, der Verwaltung, der Weltanschauung. Der nötige Durchbruch wird nicht erfolgen, solange

von ökologischer Marktwirtschaft geredet, in Wahrheit aber Ökodirigismus betrieben wird.

MONATSZEITUNG: Wie grenzen Sie sich von Konzepten der ökosozialen Marktwirtschaft etwa der ÖVP oder der SPÖ ab?

Huber: Mein Bedürfnis ist weniger, mich abzugrenzen, sondern mehr, zu erkennen, mit wem ich worin übereinstimme und sachdienliche Koalitionen herbeiführen kann. Die Voraussetzungen, um zu einem marktgerechten statt bürokratischen Umweltschutz zu kommen, sind bei den sogenannten Altparteien allerdings besser als bei den Grünen, denn die sind auf Grund ihrer Verbindung mit der linken Tradition voreingenommen zugunsten der bürokratischen Vorstellungen.

MONATSZEITUNG: Wie sehen nun Ihre Umbaumaßnahmen aus?

Huber: In der Ökonomie muß man von staatsdirigistischen Maßnahmen zur Anwendung von ökonomischen Instrumenten, die marktgerecht sind, kommen, also Ökosteuern und Ökozölle, um Märkte, in denen ökologisch sauberer und damit teurer produziert wird, zu schützen. Im Rechtlichen ist ein Umschwenken von polizei-

Die notwendige
ökologische
Modernisierung
kann nur mit der
Industrie
verwirklicht
werden.

Ökologische
Marktwirtschaft
statt
Ökodirigismus!

Der Öko-
wettbewerb, der in
Gang kommt,
beschleunigt
technische
Innovationen.

und ordnungsrechtlichen Maßnahmen zu zivilrechtlichen notwendig, was insbesondere eine stärkere Betonung der Haftungsregelung bedeutet, aber auch der freivertraglichen Kooperationsmodelle, bei denen Beteiligte und Betroffene aus der Wirtschaft, dem Staat, den Gemeinden, Anrainergemeinschaften aushandeln, wie man im betreffenden Fall vorzugehen hat, also so etwas wie eine Umweltpartnerschaft.

MONATSZEITUNG: Marktwirtschaft und Industriegesellschaft bleiben für Sie unantastbare Konstanten?

Huber: Das kann man nicht sagen, aber es sind konstitutive Bedingungen der modernen Gesellschaft, die man sich nicht weg wünschen kann. Allerdings sind sie selbstverständlich einer Veränderung unterworfen. Der Markt ist, wie die Menschen sind. Was am Markt geschieht, hängt ab von der Wertorientierung der Marktteilnehmer, ihrer Mächtigkeit, von den rechtlichen Rahmenbedingungen, von den technischen Möglichkeiten und Sachzwängen, von den Bedingungen der Arbeitswelt. Und gerade weil in der Gesellschaft ein ökologisches Umdenken stattgefunden hat und im Bereich der Industrie gerade stattfindet, entstehen neue Impulse der ökologischen Nachfragerlenkung.

MONATSZEITUNG: Wieso nehmen Sie an, daß die Unternehmen, die doch aus der naturzerstörenden und rohstoffausbeutenden Produktion große Profite ziehen, Interesse hätten, ökologisch umzudenken?

Huber: Es kommen zunehmend ökologische Risiken und Kosten auf die Unternehmen zu: Es gibt ja schon viele Beispiele, wo es teurer ist, Materialien zu entsorgen als einzukaufen, oder wenn man an die zunehmenden Risiken denkt durch die Gefährdungshaftung, soweit sie schon besteht, bei der der Unternehmer für eventuelle Schäden aufkommen muß. Es ist also der negative Druck zu ökologischen Innovationen vorhanden.

MONATSZEITUNG: Da übertreiben Sie aber stark.

Huber: Natürlich muß man nach Sektoren differenzieren, aber das ist für die Industrie eine reale Gefahr. Gleichzeitig eröffnen sich durch ökologisch angepaßte Verfahren neue Chancen, vor allem in verbrauchernahen Marktsegmenten. Hier kommt allmählich ein Ökowettbewerb in Gang, und das ist ganz entscheidend, weil ohne den gibt es keine ökologische Marktwirtschaft. Der Wettbewerb beschleunigt die ökologische Modernisierung, denn es sind daran ja technische Innovationsprozesse gebunden, die den Unternehmen eine höhere Umwelt- und Energieproduktivität, aber auch eine höhere Kapital- und Arbeitsproduktivität bringen. Wer Umweltproduktivität erhöht, erhöht auch die Rentabilität der Unternehmen.

MONATSZEITUNG: Sie schreiben, die Ökologie könne der Wirtschaft helfen, „abzuspecken“. Die ökologische Frage also als Mittel, Unternehmen profitträchtiger zu machen?

Huber: Ihre Formulierung läßt auf eine voreingenommene Position schließen. Es gibt ja Kreise, die so tun, als sei es unanständig, ein rentables Unternehmen zu führen. Ich frage mich dann immer, wovon diese Leute eigentlich leben?

MONATSZEITUNG: Der Kapitalismus hat schon eine große Modernisierungswelle hinter sich, nämlich die soziale, die zwar ganz unbestreitbar enorme Verbesserungen für die Menschen einiger Staaten brachte, weltweit gesehen ist die kapitalistische Marktwirtschaft allerdings nicht sozialer geworden.

Huber: Wenn Sie die heutigen Verhältnisse vergleichen mit jenen, wie sie Marx und Engels beschrieben haben, dann haben sich die Verhältnisse in ungeahntem Maße verbessert.

MONATSZEITUNG: Ich sagte ja, daß sie in den Zentrumsländern Verbesserungen brachte, während es etwa für Afrika oder Lateinamerika anders aussieht.

Huber: In den „3. Welt“-Ländern vollziehen sich die ursprünglichen Industrialisierungsprozesse mit ihren Ausbeutungs- und Verelendungsbedingungen erst heute. Das ist eine Ungleichzeitigkeit.

MONATSZEITUNG: Sie meinen also, daß die „3. Welt“ unsere Geschichte nur nachzuholen bräuchte, um auch so reich zu werden?

Huber: Die herkömmliche linke Analyse und auch die mancher kirchlichen Kreise tut so, als beruhe unser Reichtum auf der Ausbeutung der armen Länder. Dem ist aber nur zum geringsten Teil so. Aktuell fließt zwar mehr Kapital aus der „3. Welt“ ab als investiert wird, aber im wesentlichen ist unser Reichtum aufgebaut durch die Knochenarbeit, die unsere Eltern, Großeltern, Urgroßeltern usw. geleistet haben. Der Hinweis auf die tatsächlich vorhandenen Fehlfunktionen der kapitalistischen Wirtschaft ist auch kein Argument gegen seine Vorzüge. Fehlentwicklungen muß man kritisch untersuchen, um sie dann nach Möglichkeit auszuschalten. Genau so ist es ja auch mit der ökologischen Modernisierung.

MONATSZEITUNG: Sind die menschliche und ökologische Katastrophe nicht eher ein konstitutiver Bestandteil als eine Fehlentwicklung des weltweiten Kapitalismus?

Huber: Nicht notwendigerweise. Sowohl die liberalistischen wie sozialistischen Theorien des Marktes haben immer wieder naturgesetzartige Mechanismen unterstellt. Das sind Mythen, die mit der Wirklichkeit wenig zu tun haben und die wir am Ende des Kalten Krieges endlich überwinden müssen zugunsten eines systemisch-evolutiven Denkens. Dann würde man erkennen, daß das, was am Markt passiert, bedingt wird durch technische, finanztechnische, rechtliche, wirtschaftliche, politische, ethische Voraussetzungen. Wenn Fehlentwicklungen am Markt auftreten, dann deswegen, weil manche dieser Bedingungen nicht so sind, wie sie anders sein könnten. Dann muß man sie eben ändern.

MONATSZEITUNG: Nun sind es gerade die Opfer des Systems, die keine Möglichkeit haben, die Produktion, die Finanzwelt, das Recht usw. zu beeinflussen. Umgekehrt sind es die, die Elend und Naturzerstörung verursachen, die die Steuerungshebel in der Hand haben.

Huber: Wenn wir von den „3. Welt“-Ländern kurz wegkommen und uns konzentrieren auf die fortgeschrittenen Industrieländer, möchte ich be-

haupte, daß Ihre Aussage falsch ist. Einer Mehrheit hier, das sagt ja der Begriff „2/3 Gesellschaft“ aus, geht es gut, während eine Minderheit sich an den Rand und darüber hinaus gedrängt wiederfindet. Es kann durchaus sein, daß die wohlhabende Mehrheit ihren Wohlstand auf Kosten der Minderheit erhält. Die große Mehrheit jedenfalls empfindet das, was geschieht, nicht als Unrecht, sondern ist durchaus einverstanden.

MONATSZEITUNG: Und die Minderheiten haben einfach Pech?

Huber: Damit möchte ich mich nicht abfinden.

MONATSZEITUNG: Zurück zur Ökologie. Sie postulieren in einem Ihrer Bücher, Kapital und Ökologie seien keine Antagonismen, sondern ergänzten einander: Ökologie sei sparsam, um Ressourcen zu schonen, Kapital, um Profite zu maximieren. Historisch gesehen hat die kapitalistische Industriegesellschaft aber immer auf Kosten der Natur - und der Mehrheit der Menschen - funktioniert.

Huber: Sie werden doch zugeben müssen, daß historisch immer wieder Umweltprobleme aufgetaucht sind, die gelöst wurden. Man hat Grenzen erkannt und bestimmte Maßnahmen ergriffen, um die Fehlentwicklungen zu korrigieren.

MONATSZEITUNG: Diese Grenzen wurden immer dadurch bewältigt, daß die Grenzen des Agierens erweitert wurden, daß man also die Probleme auslagerte.

Huber: Das ist aber noch nicht die ganze Wahrheit. Diese Expansion war immer begleitet von technischen Innovationen und Produktivitätssteigerungen. Heute ist die historische Erstmaligkeit, daß es keine weißen Flecken auf der Landkarte mehr gibt, eine Ausdehnung der Grenzen also nicht mehr möglich ist, wir somit nur mehr die Chance haben, die Probleme durch Innovationen zu lösen. Das wird den Beteiligten, von den Wissenschaftlern über die Politiker zu den Managern, immer bewußter. Ich bin im Grunde also optimistisch, weil ich die Bedingungen heranreifen sehe, die das Umschalten von einem bürokratischen Umweltschutz auf einen innovativen, marktgerechten Umweltschutz ermöglichen, erzwingen und beschleunigen. Nur in einem solchen können die Techniker und Manager im Zusammenspiel mit Verbrauchern am Markt integrierte Lösungen suchen, die das Problem nicht lediglich verschieben, wie es die „end-of-pipe“- oder nachgeschalteten Technologien - wie zum Beispiel der Katalysator - tun.

MONATSZEITUNG: Auch wenn Sie den Begriff „Technikgläubigkeit“ ablehnen, Ihr Plädoyer für technische Innovationen und Fortschritt verdient diese Bezeichnung.

Huber: Mein Fortschrittsbild verbindet sich nicht notwendigerweise mit der Vorstellung, daß die Dinge besser werden. Das ist ein kulturell-moralisches Urteil, das sehr unterschiedlich ausfallen kann. Ich würde Fortschritt so definieren, daß die Systeme sich weiter ausdifferenzieren und ihre Komplexität zunimmt. Das ist eine Modernisierung, die wir ohne Zweifel erleben.

MONATSZEITUNG: Der Frage, ob es den Menschen dadurch auch besser geht, muß man sich

allerdings schon stellen, wenn man zur Welt ein nicht bloß deskriptives Verhältnis hat.

Huber: Die moderne Gesellschaft kann heute die Grundbedürfnisse wie Essen, Kleidung, anständiges Wohnen befriedigen ...

MONATSZEITUNG: ... für vergleichsweise eine Minderheit ...

Huber: ... nein, für alle. Gerade die ungeheure Produktivität des Systems erlaubt es, eine Weltbevölkerung von 12 Milliarden Menschen zu ernähren. Natürlich ist nicht nur die Produktivität, sondern auch die Destruktivität gestiegen. Das systemisch-evolutive Denken sagt uns nun, daß die Komplexität sich selbststeuernden Prozesse unser Wahrnehmungs- und Gestaltungsvermögen immer übersteigt. Man kann nur stattfindende Entwicklungen möglichst schnell begreifen und versuchen, die richtigen Konsequenzen daraus ziehen. Aus diesem Grund ist es auch nicht möglich, wie naive Stimmen verlangen, eine zuverlässige Technikfolgenabschätzung per Genehmigungsverfahren durchzuführen. Man kann etwa Gentechnik nicht darauf hin untersuchen, ob dabei was Schlimmes rauskommt und es dann unterbinden oder genehmigen. Das ist eine bürokratische Vorstellung. Man muß diese Entwicklung betreiben, allerdings offen und kritisch, man muß Wirkungen und Nebenwirkungen möglichst schnell erkennen und daraus Konsequenzen ziehen. Die beste Technikfolgenabschätzung passiert nicht in bürokratischen Prozeduren, sondern ...

MONATSZEITUNG: ... sondern in Tschernobyl etwa. Das war wohl ein überzeugendes Beispiel von Technikfolgenabschätzung.

Huber: Das ist ein sarkastisches, fast zynisches Beispiel. Es hätte nicht so weit kommen brauchen, wenn man aus der Debatte in der kritischen Öffentlichkeit Konsequenzen gezogen hätte. Die beste Technikfolgenabschätzung ist die, die einen möglichst offenen und kritischen Diskurs in der Öffentlichkeit verfolgt.

MONATSZEITUNG: Vor einem halben Jahr sprach ich mit Otto Ullrich, der, ähnlich wie Sie, allerdings von einer ganz anderen theoretischen Position aus, großen Einfluß auf die Ökologiebewegung hat. Sein zentrales Motto lautet: „Die Gesellschaft entschleunigen“. Was würden Sie als Motto nennen?

Huber: Die ökologische Modernisierung beschleunigen durch Umschwenken vom bürokratischen Umweltschutz zu einem zivilrechtlich-marktwirtschaftlichen. Was die Entschleunigungsforderung betrifft, stimme ich ihr ja im Sinne einer kulturphilosophischen Kritik am industriellen Status quo zu, in praktische Politik gewendet ist sie aber illusorisch, weil mir meine Analyse sagt, daß der Prozeß der Beschleunigung seine Grenzen noch nicht erreicht hat.

MONATSZEITUNG: Illusorisches zu fordern widerstrebt Ihnen?

Huber: Völlig, weil man seine Existenz unsinnig opfert. Man begibt sich in Abseitspositionen, ohne etwas zu bewirken. Otto Ullrich warf mir vor, daß ich damit einen Ökokapitalismus vertrete. Wenn man es so nennen will, dann meinetwegen.

MONATSZEITUNG: Danke für das Gespräch. ■

Historisch gesehen wurden Umweltprobleme immer auch technisch gelöst.



Fortschritt ist, wenn Systeme an Komplexität zunehmen.



Man muß Gentechnik offen und kritisch betreiben!

WEIHNACHTEN DROHT

**Zwar erst in acht Wochen, ein
Geschenk-Abonnement der
MONATSZEITUNG
jedoch kann schon heute
bestellt werden.**

**11 Ausgaben zum Preis
von ÖS 320,-/DM 50,-.**

**Geschenkabonnements verlängern sich
nicht automatisch, müssen also nach
Ablauf eines Jahres neu bestellt werden.**

Rechnung an:

Name: _____

Straße: _____

Ort, Plz.: _____

Geschenkabo an:

Name: _____

Straße: _____

Ort, Plz.: _____

**Zur Abonnementbestellung schenkt die MONATSZEITUNG je ein Buch an
Schenkende/n und Beschenkte/n (bitte ankreuzen) :**

- ☐ **Kristine von Soden (Hrsg.), SIMONE DE BEAUVOIR, Zeitmontage, Elefanten Press**
- ☐ **Tony Fennelly, MORD AUF DER Klappe, Rotbuch Krimi**
- ☐ **Hélène Vérin, JEDER STEIN WIRFT SEINEN SCHATTEN, Roman, Lenos**

TITEL:
**Multikulturelle Gesellschaft:
 FOLKLORE IST TRUMPF**
 Beiträge
 Seite 45 - 57

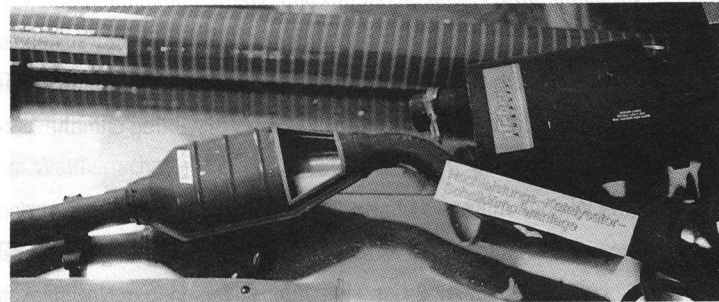


Foto: von der Straßen

Österreichischer Kat für internationale Autoindustrie Seite 10

INNENPOLITIK

- Automobilindustrie:
Wegbereiter der neuen Zeit? 10
 Von Margit Scherb
- Medienpolitik:
Tom und Jerry 14
 Von Karl Lind
- Nahversorgung:
Die Greißler sind schon tot 20
 Von Hannes Hofbauer

AUSSENPOLITIK

- Grüne und PDS im neuen, großen Deutschland:
Dazugelernt? 24
 Stellungnahmen von Jürgen Maier und Verena Krieger
- Rechtsradikale im deutschen Osten:
„Rache ist gerecht“ 27
 Von Jochen Hippler
- Funktionswandel der Vereinten Nationen:
US statt UN 32
 Von Knut Mellenthin
- Neue Weltfußballordnung:
Mehr Geld, weniger Spaß 35
 Von Dietrich Schulze-Marmeling
- Die Kunst am Rad:
Fahrradrikschas in Bangladesh 38
 Von Walter Keller

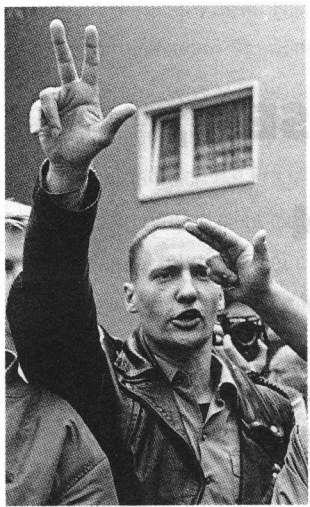


Foto: Martin Langer

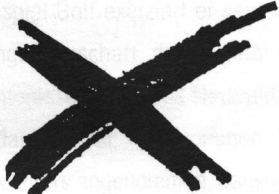
Rechtsradikale Bewegung in Ostdeutschland Seite 27

MAGAZIN

- Inland 61
- Ausland 64
- Kultur 70
- Artodrom 76
- LeserInnenbriefe und Impressum 81

KULTUR

- Gläserne Archen** 42
 Von Christian Feichtinger
- KZ Neuengamme:
Dokumente des realexistierenden Kapitalzynismus 58
 Von Christine Weber-Herfort
- FOLKLORE IST TRUMPF:**
- Weltmarkt der Arbeitskräfte** 46
 Von Ulrike Sladek
- Ausländerinnen:
Zu Gast in Wien 48
 Von Ulrike Sladek
- Multikulturelle Projekte in Wien und Berlin** 50
- Multikulturelle Gesellschaft:
Droht des Wagenburg-Modell? 51
Streitgespräch mit Rainer Bauböck, Hans Christoph Buch, Rolf Schwendter und Ulrike Sladek
- Philosophischer Diskurs:
Zwischen Kultur und Folklore 56
 Von Christian Neugebauer

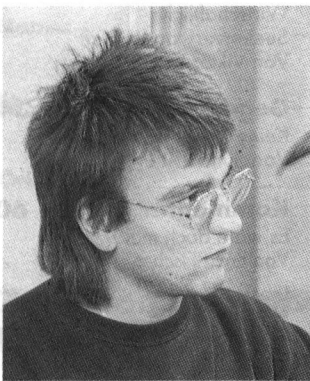


RUBRIKEN

- Das Interview** 3
 mit Joseph Huber
 Den Kapitalismus ökologisch modernisieren
 Von Christof Parnreiter
- Übergriffe** 19
 Die Geschlagenen
 Von Franz Schandl
- Kommentar: Vom Süden gesehen** 22
 Lateinamerika und Osteuropa:
 Wirtschaftliche Seelenverwandtschaft
 Von Viktor Sukup
- Gegentext** 34
 Keine Angst vor Utopien
 Von Jutta Diefurth
- Kommentar** 60
 Es wäre doch mal schön ...
 Von Erica Fischer
- Die andere Geschichte** 74
 Vor 85 Jahren:
 Wahlrechtskampf in Österreich-Ungarn
 Von Andrea Komlosy
- Plattenkritiken** 75
- Bücher** 78
 Rezensiert von Susi Harringer

FREI SEIN, EUROPÄISCH SEIN, NICHT MEHR NEUTRAL SEIN

Von Christof Parnreiter



Blau war der Himmel, schwarz-rot-gold die Fahne, gehißt nicht nur am Brandenburger Tor, dort schon schlimm genug, gemeint ist aber die am Wiener Rathaus, aufgezogen auf Wunsch des Wiener Bürgermeisters, erstmals seit 1938. Nicht, daß wir auch dazugehören sollten zum großen

Reich, wollte Helmut Zilk ausdrücken, sondern bloß seine Freude über Deutschland, einig Vaterland, konterte er die massiven Proteste.

Freuen sollten doch auch wir uns, daß an jenem 3. Oktober „die Nachkriegsgeschichte“ getilgt wurde, wie allgemeines Geschichts-

verständnis lehrt, oder gar, daß, wie etwa die „Presse“ sich versteigt zu behaupten, der Zweite Weltkrieg endgültig „liquidiert“ wurde. Zynisch und in Wahrheit unhistorisch sind derlei Proklamationen - als würde der Völkermord ungeschehen gemacht werden können; für Deutschlands Herrschende aber treffen sie zu. Getilgt wurden nämlich jene Folgen des von ihnen ausgelösten Weltbrandes, der die deutsche Freiheit, wieder Weltmacht zu werden, beschnitt (wenn auch, wie sich zeigte, nicht stark genug).

45 Jahre danach hat Deutschland doch noch den Krieg gewonnen, ist nun auch machtpolitisch und militärisch „endlich frei!“

Wien reagiert mit schwarz-rot-goldener Flagge und dem Anspruch, es Deutschland gleichzutun. Es gehe nicht an, daß wir, die wir doch Opfer NS-Deutschlands waren - und nicht etwa Komplizen - durch den Staatsvertrag nun stärkere Souveränitätseinschränkungen zu erdulden hätten denn die Deutschen, war allgemeiner Tenor. Von Haider war ebenso wie von Waldheim, von der SPÖ - Ausnahme Heinz Fischer - ebenso wie der ÖVP zu hören, daß es nun an der Zeit wäre, die Beschränkungen, die der Staatsvertrag enthalte, aufzuheben.

Das Wiener Außenamt hatte längst eine entsprechende Note an die vier Signatarstaaten vorbereitet, um die Annulierung der Artikel 12 bis 16 zu erklären. Es ist wohl Jörg Haiders lautem Nachdenken über die Neutralität zu danken, daß es zu Verzögerungen und Diskussionen kam. Denn es waren Wahlkampfzeiten, also befleißigten sich alle, den bösen Rechtsaußen zu schimpfen, dem diesbezüglich jedoch Unrecht geschah, sprach er doch nur aus, was die Regierenden selbst dachten.

Nachdem die Wahlen geschlagen sind, wird die Note schnell abgesandt. Jene fünf Artikel, die für obsolet erklärt werden, betreffen vorwiegend Militärisches - das Verbot für ehemalige Mitglieder nazistischer Organisationen, im Bundesheer Dienst zu tun, das Verbot von Spezialwaffen, das Verbot, deutsches Kriegsmaterial zu besitzen, das Verbot, zur deutschen Wiederaufrüstung beizutragen und schließlich das Verbot, Flugzeuge deutscher oder japanischer Herkunft zu besitzen - und sind von ihrem Inhalt her tatsächlich nicht mehr besonders bedeutsam: Erstgenannter Artikel hat sich mit dem Aussterben der Nazi-Schergen erübrigt, den zweiten hat Österreich durch den Ankauf von Panzerabwehrraketen ohnehin verletzt, der vierte ist nach dem Zusammenbruch der heimischen Waffenschmiede auch unaktuell geworden, bleibt das Verbot, deutsches Kriegsmaterial und deutsche Flugzeuge zu besitzen.

So oder so, weder für die Aufrechterhaltung noch die Beseitigung dieser Passagen lohnt es sich, die Stimme zu erheben.

Viel schlimmer ist, daß Österreich im Soge Deutschlands an der Uminterpretierung und Verdrängung der Geschichte mitmacht: Mit den einseitigen Annulierungen soll erstens demonstriert werden,

daß auch wir es nicht mehr nötig haben, die Russen zu fragen, und zweitens die Aufhebung der Artikel 34 und 35 vorbereitet werden, die den Alliierten das Mitspracherecht in der Auslegung des Staatsvertrages einräumen, was etwa beim staatsvertraglich verbrieften Minderheitenrecht der SlowenInnen und anderer Minderheiten, aber auch beim Verbot des politischen oder wirtschaftlichen Anschlusses an Deutschland bedeutungsvoll ist.

In Wien weiß man natürlich, daß auch das - auf gut Österreichisch - eine „g'machte Wies'n“ ist, denn die Signatarstaaten haben ohnehin nie von diesem Recht Gebrauch gemacht, und: Wer, bitte schön, sollte jetzt noch einschreiten? Die Sowjetunion, die nicht einmal Großdeutschland als NATO- und EG-Mitglied verhindern konnte (sofern sie es je wollte)? Oder sollten die Westmächte, die gerade Deutschland uneingeschränkten Handlungsspielraum zubilligten, sich beim unendlich unwichtigeren Österreich noch einmischen wollen? Wohl kaum.

Die Revision des Staatsvertrages ist eine innenpolitische Sache - es geht ums Selbstwertgefühl und nicht, wie bei den Deutschen, um Weltherrschaft - und sie ist auch ein Sieg gegen jene, die den Schwur: „Niemals vergessen!“ auf den Lippen tragen.

Die Neutralitätsdebatte hingegen ist ein Signal nach außen. Seit dem Beitrittsge such der Bundesregierung an die EG war die rot-weiß-rote Neutralität immer Thema von Stellungnahmen seitens verschiedener Repräsentanten verschiedener EG-Staaten. Zwar läßt sich keine klare Linie ausmachen - zu opportunistisch agierten die einzelnen Staaten und in ihnen verschiedene Parteien -, das Resümee, daß Neutralität und EG-Recht so einfach nicht zusammenpassen, wie man es sich in Wien vorstellte, ist durchaus zulässig.

Woraus folgt, daß - da Regierung und Sozialpartner fest entschlossen sind, den Schritt westwärts zu tun - die Neutralität dem Anschluß geopfert werden muß. Die nur scheinbar von Jörg Haider ausgelöste Debatte dient nicht der Meinungsbildung, sondern der Manipulation: Denn es muß die Bevölkerung, von der mehr als vier Fünftel strikt an der Neutralität festhalten wollen, umgestimmt werden.

Ist das Ziel auch ein der SPÖ, ÖVP und FPÖ gemeinsames, so tun sich auf dem Weg dorthin noch Differenzen auf. Manche wollen die Neutralität so lange umdefinieren, bis sie nur noch als sinnentleertes Markenzeichen stehenbleibt, andere wollen sie erhobenen Hauptes ausradieren. Für erstere Denkschule steht etwa Peter Jankowitsch, profiliertester Außen- und EG-Politiker der SPÖ, der Neutralität darauf reduzieren will, daß Österreich keinem Militärbündnis angehören und keine fremden Truppen auf seinem Territorium dulden dürfe, zweite Linie vertritt etwa Erich Reiter (FPÖ), Leiter der Rechtssektion im Verteidigungsministerium, der eine

„völkerrechtlich einwandfreie Weise“ zur Beendigung der Neutralität urgierte, da sie nicht die Zukunft, sondern „das Los der Vergangenheit“ darstelle.

Die Diskussion um die Neutralität ist eine um die zukünftige Stellung Österreichs in Europa. Sollen wir „Nachbar eines vereinten Europas“ werden, wie ein Kommentator im „Standard“ befürchtet, oder sollen wir dazugehören? Sollen wir Europäer werden oder Neutrale bleiben?

Europäer sein, das heißt, die „gleichartigen Interessen der Industrieländer“ (Reiter) anzuerkennen und sie zu den eigenen zu machen, diesen Konsens finden Reiter und Jankowitsch schnell. Auch über den Kern dieser Interessen herrscht Einverständnis: die Absicherung der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung. Reiter formuliert bloß ein bisschen strenger: Österreich müsse sich entscheiden, ob es im Nord-Süd-Konflikt neutral sein will und damit „neutral sein will gegen seine eigenen Interessen“, Jankowitsch hingegen meint, Neutralität in einem Konflikt setze voraus, daß beide Streitparteien mehr oder weniger legitime Interessen hätten. Am Beispiel Golf exerziert er sein Verständnis vor: Hie zivilisierte Staatengemeinschaft, da ein gefährlicher Irrer - also nur ein legitimes Interesse, also keine Neutralität.

Ein Gedankenspiel: Angenommen, Nicaragua wäre noch sandinistisch, weiters angenommen, Jankowitsch bliebe bei seiner solidarischen Haltung diesem Nicaragua gegenüber, drittens angenommen, die zivilisierte Staatengemeinschaft bekämpfte dieses Nicaragua offen, was würde Jankowitsch wohl mit seiner Neutralitätsdefinition anfangen?

Wie gut, daß sich die Frage nicht mehr stellt, wie gut, daß es die Blockkonfrontation nicht mehr gibt.

Was darauf folgt, die neue europäische Friedensordnung, klingt zwar besser, ist es aber nicht. Sie umschreibt nur das - relativ geschlossene - Agieren des Nordens gegen den Süden, der industriellen und also kapitalistischen Staatengemeinschaft gegen auch nur im Ansatz opponierende Staaten. Erich Reiter hat Recht: Wer sich zur „Staatengemeinschaft“ bekennt, ist nicht neutral.

In diesem Sinne war es Österreich auch nie. Doch die geringen Spielräume, die für kleine Staaten bestanden, schmelzen in dem Maße, als der „american-european-japanese way of life“ zur Totalität wird.

Neutral zu *werden* hieße, sich dem wachsenden Zwang dieser Integration zu widersetzen.

P.S. Entfallen muß diesmal leider der Comics. Unser Zeichner Staubheimer wurde von der Republik Österreich vorübergehend aus dem Verkehr gezogen und als Zivildienstler kaserniert. Wir bedauern.

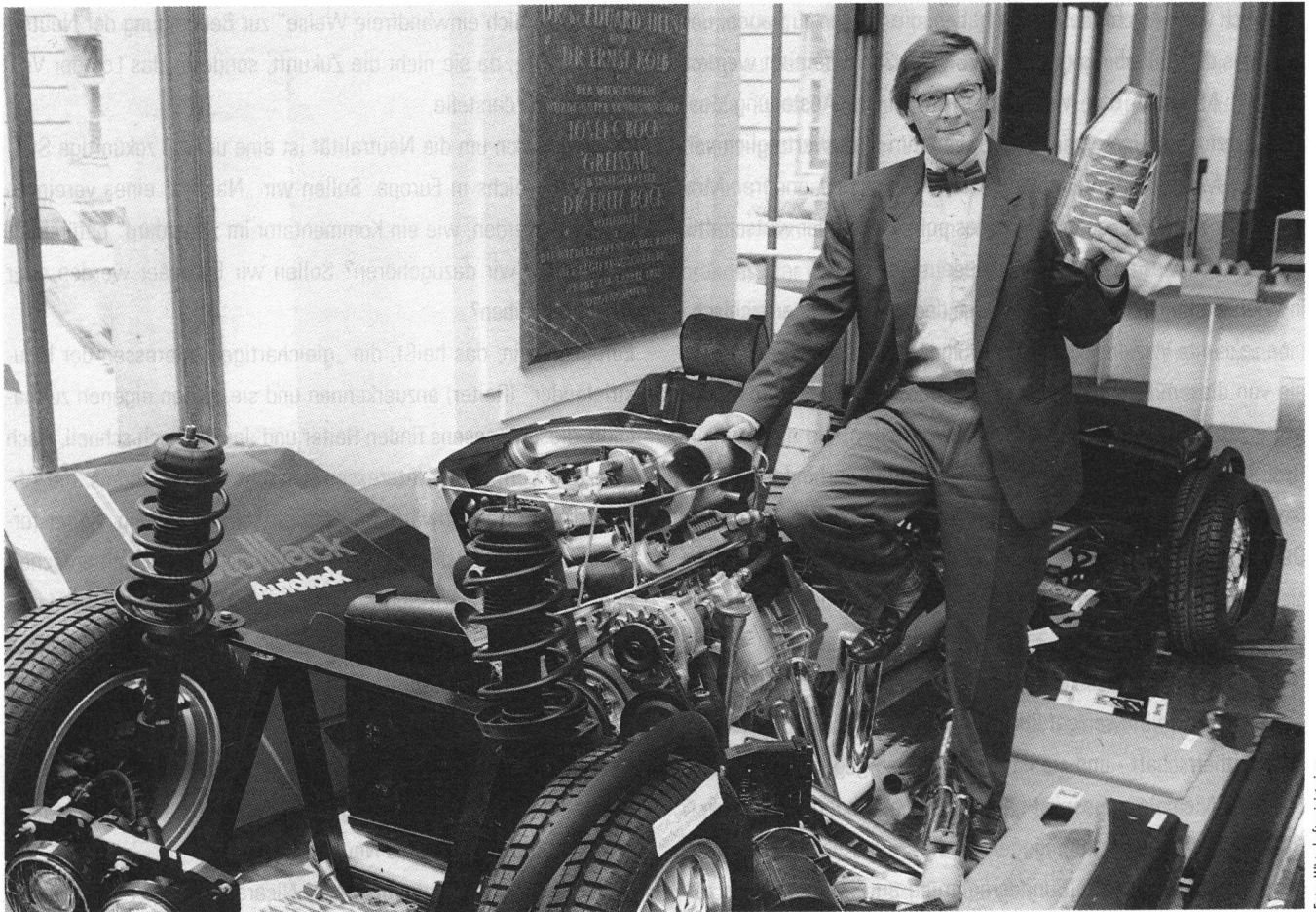


Foto: Wirtschaftsministerium

Wolfgang Schüssel mit Katalysator

■ Das Auto, einmal auf der Straße, weckt Emotionen: Da sind die 'freien Bürger', die auf ihrem Recht der 'freien Fahrt' beharren, andererseits die immer größer werdende Zahl jener, die von ihnen verursachten Umweltschäden, die Beeinträchtigung der Lebensqualität durch Lärm, Abgase und Platzverbrauch nicht länger hinnehmen wollen.

Doch wo und wie Autos produziert werden und welchen Wirtschaftsfaktor ihre Produktion darstellt, wird, trotz der periodisch aufflammenden Diskussion über immer neue Ansiedlungspläne US-amerikanischer, japanischer und bundesdeutscher Automobilkonzerne in Österreich, wenig angesprochen.

Dabei war und ist die Automobilindustrie weltweit Motor der Industrialisierung, wichtiger Träger wirtschaftlichen Wachstums und für hohe Exportzuwachsraten verantwortlich. Weltweit werden 1990 - entsprechend einer Hochrechnung der „Ford-Werke AG“ - etwa 51 Millionen Autos produziert. Je nach Rechnung besteht die Überkapazität zwischen 5 und 9 Millionen Stück, wovon 30% auf die europäischen Hersteller entfallen. Die einsetzende Motorisierung der ehemals realsozialistischen Länder wird die Dramatik dieser Über-

Automobilindustrie: WEGBEREITER DER NEUEN ZEIT?

Von Margit Scherb

Die internationale Automobilproduktion ist gekennzeichnet durch verschärften Wettkampf, Überproduktionskrisen und Modernisierung. Österreichs Industrie, zunehmend als Zulieferer tätig, gerät in eine extreme Abhängigkeit.

produktionskrise nur vorübergehend mildern - die Märkte der führenden Industrieländer sind tendenziell gesättigt, die Konkurrenz unter den Produzenten wächst.

Die Automobilkonzerne tragen durch die extensive Erweiterung der Betriebsnutzungszeiten, wie z.B. durch die Einführung einer dritten Schicht bei „General Motors“ zu Überkapazitäten und damit zu Verdrängungswettbewerb und

Gefährdung der Beschäftigten noch weiter bei.

Nicht zuletzt angesichts protektionistischer Maßnahmen in Europa und den USA sind die japanischen Automobilhersteller dazu übergegangen, den Export von Waren durch den Export von Kapital zu ersetzen. Bis Mitte der neunziger Jahre werden sie alleine in den USA Kapazitäten von 2,5 Millionen Produktionseinheiten aufgebaut haben,

Großbritannien wird von ihnen zunehmend „als trojanisches Pferd, um am europäischen Binnenmarkt von innen her teilzunehmen“ - so ein bundesdeutscher Gewerkschafter -, benutzt. Ende des Jahrzehnts werden die Japaner die größten Automobilproduzenten in Großbritannien sein; schon ab 1995 sollen pro Jahr 500.000 japanische Autos für den Binnenmarkt produziert werden.

In den USA haben die japanischen Firmen die 'Großen Drei' („General Motors“, „Ford“, „Chrysler“) durch den Aufbau neuer Werke („Transplants“) in dramatische Absatz- und Beschäftigungsverluste getrieben.

Abhängige Zulieferindustrie

In der Automobilindustrie besteht zwischen Herstellern und Zulieferern traditionell ein starkes Abhängigkeitsverhältnis. Die Monopolkommission in der Bundesrepublik Deutschland kam schon 1977 angesichts der Nachfrage- und Kapitalmacht der sieben großen Automobilhersteller zu dem Schluß, „daß Preisgestaltung“ und „die Zahl der Absatz- und Beschaffungspartner ... zu einer mißbräuchlichen Verlagerung der Risiken führen können“.

In den achtziger Jahren hat sich das Druckpotential auf die Zulieferer durch völlig neue Strategien und technische Voraussetzungen weiter erhöht. Auf Grund der Entwicklung von logistischen Informationssystemen und deren Vernetzung innerhalb eines Datenverbundes sind die Zulieferer heute in die Planungen der Abnehmer - bis hin zu tages- oder stundengenauen Lieferabrufen bei 'just-in-time-Konzepten' - so integriert, daß die bundesdeutsche „IG-Metall“ konstatiert, daß „Formen der Beherrschung“ entstanden und im Entstehen sind, „die sich nicht auf der Basis von Beherrschungsverträgen oder ökonomischen Mehrheiten vollziehen, sondern durch direkten Zugriff auf unternehmerische Entscheidungen mittels Informationstechnologien“. Neben dieser „faktischen Konzentrierung“ konfrontierten die Automobilhersteller ihre Zulieferer mit einer Reihe anderer Strategien: So ist es das erklärte Ziel der Automobilhersteller, die Fertigungstiefe zu reduzieren, d.h. nicht mehr als 30% der benötigten Teile selbst zu fertigen. Die sogenannte 'Low-Tech'-Fertigung - also Fertigung mit vergleichsweise hohem personellem und manuellem Aufwand und geringen Technologie- und Qualitätsansprüchen - wird systematisch ausgelagert. Aber auch bei den Automobilherstellern selbst führt die Überprüfung der Fertigungstiefe, verbunden mit Kostenvergleichen, zu

einem größeren Konkurrenzdruck zwischen den einzelnen Produktionsstandorten. Eine andere Strategie der Automobilhersteller besteht im „Global Sourcing“ - in der weltweiten Beschaffung von Teilen. Gleichzeitig verfolgen sie die Strategie des „Single Sourcing“, die Reduzierung der Zahl der Zulieferer, in letzter Konsequenz auf einen einzigen. Mit dem enormen Kostendruck, dem die Zulieferer ausgesetzt sind, verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Zulieferbetrieben zwangsläufig. Um den Druck - z.B. durch kurzfristig veränderte Lieferbedingungen - aufzufangen, entsteht verstärkt ein gespaltenen Arbeitsmarkt. Neben einer reduzierten Stammebelegschaft wird eine zunehmende Anzahl an disponibler Randbelegschaft mit ungesicherten Arbeitsverhältnissen, Teilzeitbeschäftigung und befristeten Einstellungen die Regel. Einkommensgefälle von bis zu 20% im gleichen Tarifgebiet zwischen Herstellern und Zulieferern, Arbeit auf

Abruf, Überstunden, Wochenendarbeit und Einführung einer dritten Schicht sind weitere Belege für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Und im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung ist es auch schon vorgekommen, daß der VW-Betriebsrat in Kassel gerade zum Zeitpunkt der begrenzten Einführung einer dritten Schicht für eben jenen Zulieferteil zustimmte, der durch einen erbitterten Arbeitskampf von rund 10.000 VW-Arbeitern auf der anderen Seite der Welt, im mexikanischen Puebla, knapp zu werden drohte.

Österreich: Modernisierung in die Abhängigkeit

Österreich, das auf Grund US-amerikanischen Nachkriegseinflusses nach 1945 an die große Tradition seiner Automobilproduktion nicht wieder anknüpfen konnte und statt dessen durch Marshallplanhilfe zuerst im Bereich der



Fotos: von der Straeten



Eisen- und Stahlindustrie zu einem zuverlässigen Zulieferer der in Westdeutschland gelegenen US-Automobilindustrie verwandelt wurde, ist gegenwärtig dabei, seine rückständige, aber relativ komplette Industriestruktur in ein modernes, aber extrem abhängiges und damit krisenanfälliges Teillager vor allem der deutschen Automobilindustrie zu verwandeln.

In den letzten zehn Jahren hat sich der Wert der Zulieferungen von etwa 2,8 Mrd. auf 25,5 Mrd. Schilling erhöht, wofür vor allem die zwei österreichischen Produktionsstätten der Automobilproduzenten BMW und „General Motors“ in Steyr bzw. in Wien Aspern verantwortlich zeichnen. Darüber hinaus haben sich jedoch eine Reihe von kleineren Unternehmen etabliert, von denen ein nicht unerheblicher Teil auf Gedeih und Verderb an die Automobilindustrie gebunden ist. Die Vereinigung Österreichischer Zulieferexporteure schätzt, daß es derzeit an die 1.000 Zulieferer gibt; etwa 300 Erzeuger sind auf die Automobilindustrie spezialisiert. Ihr Angebot reicht von Qualitätsblechen für Karosserien und Motoren und Motorteilen über Kühler, Kupplungen, Auspuffanlagen, Bremssysteme, Keilriemen, Batterien, Scheinwerfer, Reifen oder Schneeketten, die Innenausstattung in Form von Autoteppichen, Sirtzbezügen, Sicherheitsgurten und Autoradios bis zu den Schriftzügen der Markennamen. Aus den in Österreich gefertigten Einzelteilen könnte ein komplettes Auto montiert werden. Für den wahrhaft multinationalen



len Konzern „General Motors“, der die Produktion im Werk in Wien Aspern 1982 aufgenommen hat, ist die BRD neben Spanien, Belgien und Großbritannien nur ein Zielland für die in Österreich gefertigten Produkte.

Im Gegensatz dazu produziert das „BMW Motorenwerk“ in Steyr ausschließlich für das Stammwerk in der BRD; Österreich ist für BMW der wichtigste ausländische Zulieferer. BMW-Österreich unterhält im Gegensatz zu „General Motors“ auch eine eigene Forschungsabteilung. Laut Angaben von Eberhard von Kuenheim, Vorstandsvorsitzender der „BMW-AG“, hat das Unternehmen bisher in Steyr 10 Mrd. Schilling investiert, davon 18% aus öffentlichen Förderungen. Allerdings seien bereits rund die Hälfte dieser Fördermittel in Form von Steuern zurückgeflossen, heißt es. Bis Ende des Jahres 1989 wurden die Kapazitäten durch eine weitere Investition von 3 Milliarden Schil-

wird bei der „Steyr-Puch-Fahrzeugtechnik Ges.m.b.H.“ in Graz-Thondorf der Mercedes/Puch G gefertigt.

Für den „VW/Audi“-Konzern ist Österreich nach Frankreich der zweitgrößte Lieferant von Autoteilen. 1988 bezog dieser Teile und Zubehör im Wert von 4 Mrd. Schilling, das Achtzehnfache des Wertes von 1978.

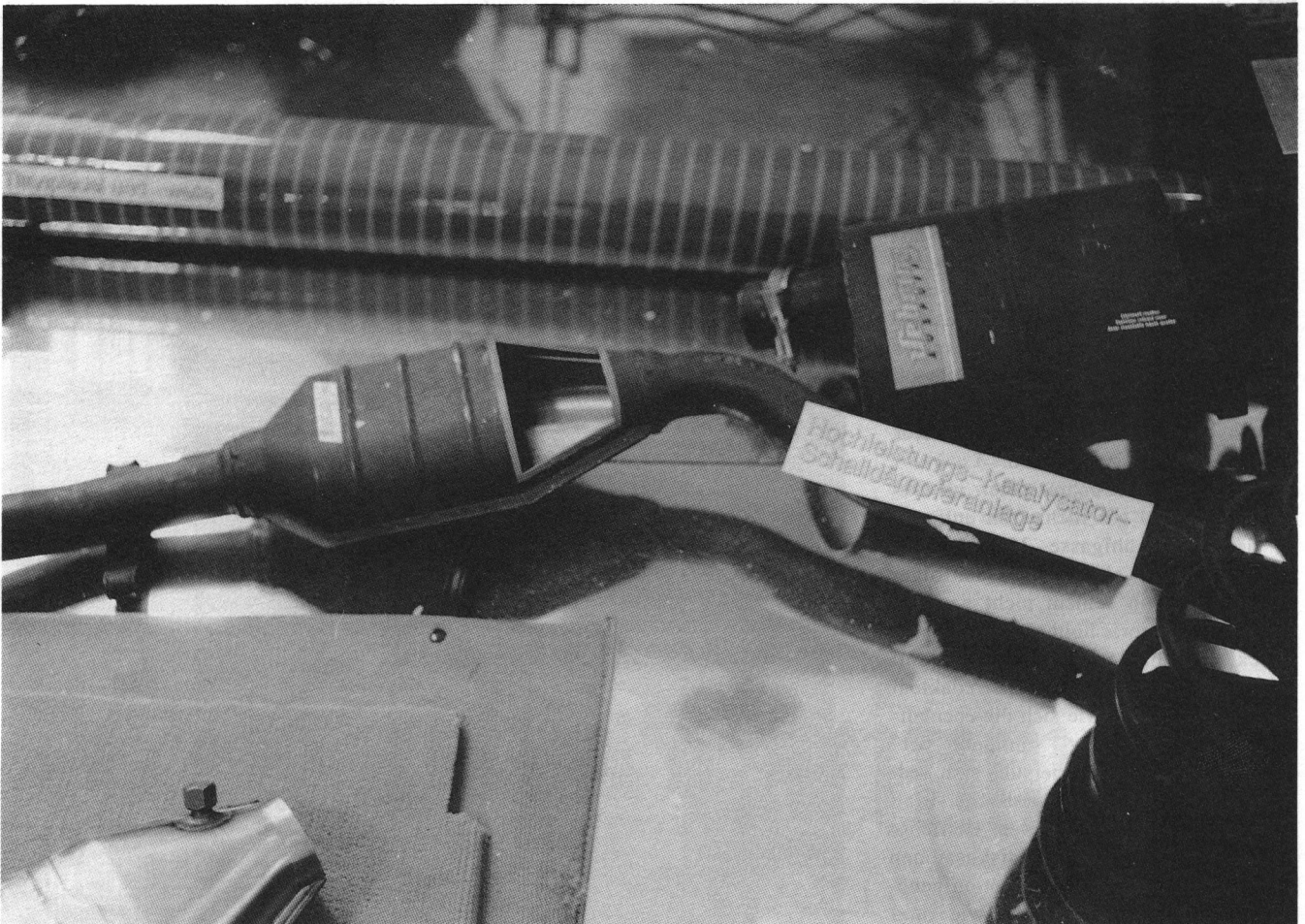
Die Ansiedlung von internationalen



ling auf ein Produktionsniveau von 300.000 Diesel- und Benzinmotoren pro Jahr aufgestockt. 1987 hat BMW für rund 1,3 Milliarden Schilling nach Österreich geliefert, aber für rund sechs Milliarden Schilling Waren aus Österreich bezogen. 1988 erreichten die Einkäufe von BMW einschließlich der Motoren aus Steyr rund 7 Milliarden Schilling. 2.200 Österreicher haben direkt bei BMW einen Arbeitsplatz. Weitere 4.500 sind in den Betrieben der Vertragspartner und Zulieferer für BMW tätig.

Intensive Wirtschaftsbeziehungen verbinden Österreich auch mit „Daimler-Benz“. Das Unternehmen bezieht jährlich Produkte um 3 Milliarden Schilling aus Österreich. Unter 180 Lieferanten aus Österreich zählen die VOEST und die AMAG zu den größten. Darüber hinaus

Automobilkonzernen in Österreich wird sowohl von deren Managern als auch von den staatlichen Wirtschaftspolitikern als 'gutes Geschäft' betrachtet. Die Unternehmungen finden in Österreich nicht nur das vielgerühmte 'gute soziale Klima' und hohe Subventionen, sondern auch eine exzellente technisch-materielle Infrastruktur und eine hochqualifizierte und zudem sozialpartnerschaftlich disziplinierte Arbeiterschaft vor. Dazu kommt noch, daß Österreich durch das Freihandelsabkommen mit der EG und vor allem durch seine EG-Beitrittsabsichten schon heute für die japanischen und US-amerikanischen Konzerne einen guten Startplatz für die Schlacht um den EG-Binnenmarkt abgibt. Die österreichischen Wirtschaftspolitiker wiederum können sich die Schaffung



Viele Teile machen noch kein Ganzes

von neuen Arbeitsplätzen und die 'Modernisierung' der Wirtschaft auf ihre Fahnen heften, ohne ein langfristiges wirtschaftspolitisches Konzept für die



wirtschaftliche Entwicklung Österreichs vorweisen zu müssen. Ein solcher Verzicht auf eine eigenständige Wirtschaftspolitik findet konsequenterweise seine Krönung in einem Beitritt zur EG.

Vorreiterrolle der Automobilindustrie

Die Automobilindustrie verdient auch auf Grund dessen, daß sie der vorherrschenden Form kapitalistischer Akku-

mulation prototypisch zum Durchbruch verhalf und sie anschließend zu voller Reife entwickelte, besondere Beachtung. Das „fordistische Modell“, also die vom amerikanischen Auto-Tycoon Henry Ford entwickelte und auf extremer Arbeitsteilung beruhende Massenfertigung, fand im Rahmen des „keynesianischen Wohlfahrtsstaates“ seine politisch-bürokratische Form.

Die ökonomische Krise Mitte der siebziger Jahre hat deutlich werden lassen, daß der fordistische Akkumulationstyp an seine Grenzen gestoßen war, daß die in der tayloristischen Arbeitsorganisation liegenden Produktivitätsreserven erschöpft waren. Zu Beginn der neunziger Jahre zeichnen sich zumindest die Konturen des 'Umbaus', des „postfordistischen Akkumulationsmodells“ ab. Und es ist wiederum die Automobilindustrie, in der die Umwälzung der überkommenen, durch den Taylorismus geprägten Produktionstechniken und Formen der Arbeitsorganisation weit vorangeschritten sind. Die „mikroelektronische Revolution“ hat die technische Starrheit des Fließbandes inzwischen überwunden, Steuerung-, Kontroll- und Wartungsfunktionen sind bei der Montage des Automobils weitgehend in ei-

nen 'flüssigen' Arbeitsprozeß integriert, ehemals extrem zerstückelte Arbeitsschritte werden - wie z.B. bei „General Motors“ in Wien-Aspern 'im Modellversuch' - wieder zusammengelegt und von 'flexiblen Teambelegschaften' bewältigt. Aber auch Angehörige der 'neuen Produktionsintelligenz', die ein nahezu 'universelles Einsatzspektrum' aufweisen müssen, klagen nach wie vor über Monotonie, verschärften Leistungsdruck und Kontrollverlust über den eigenen Arbeitsplatz. Diese hochqualifizierten Kernbelegschaften besitzen jedoch auf Grund ihrer strategischen Position im Produktionsprozeß zumindest eine gewisse Verhandlungsmacht, während die 'fordistischen Massenarbeiter' in Zukunft weniger räumlich konzentriert, an der 'Peripherie' der Automobilproduktion, in der 'Low Tech'-Zuliefererindustrie und im Rahmen 'entregulierter' Arbeitsverhältnisse zu finden sein werden.

„Mobil und flexibel in der Zweidrittel-Gesellschaft im Stau“ - so etwa könnte das Motto der Automobilgesellschaft der neunziger Jahre lauten. ■

Margit Scherb ist Sozialwissenschaftlerin und Co-Herausgeberin mehrerer Bücher. Sie lebt in Wien.

„Ein kleiner Gassenladen“, beschreibt Max Winter im Arbeiterkalender des Jahres 1911 die ersten Redaktionsräume der „Arbeiter-Zeitung“ in der Wiener Gumpendorfer Straße, „neben der Tür ein schmales Fenster, darin hängend die jeweilig letzte Nummer der 'Gleichheit'. Drinnen im Laden ein Schalter, der den kleinen Vorraum abgrenzt, hinter diesem der Schreibtisch des Administrators, Expeditors und wenn's not tut auch Kolporteurs, des Genossen August Bretschneider, später neben ihm Jakob Brod. Daneben noch ein Raum, ein Kabinett, ein Fenster auf die Gasse: die Redaktion, in der Victor Adler und Adolf Braun sitzen.“

An die hundert Jahre später, im Oktober 1990 und gar nicht weit entfernt, in der Windmühlgasse 26, sitzt der wahrscheinlich allerletzte Nachfolger des V. Adler in seinem nicht ganz so kleinen Zimmer, höher, im zweiten Stock, bescheiden eingerichtet und adrett. Peter Pelinka ist Chefredakteur einer „Neuen AZ“, wie sich die ehemalige „Arbeiter-Zeitung“ nunmehr verschämt nennt, und er bemüht sich redlich, das vormalig sozialistische Blatt vor dem Untergang zu retten. Betriebsversammlungen, Langzeitdiskussionen und Überlegungen zur Konzeption gehören heute zum „AZ“-Alltag, wie rund hundert Jahre zuvor die zahlreichen Versuche von Exponenten einer ständig stärker werdenden Arbeiter/innenbewegung, ein geeignetes Medium zu kreieren.

Hier und weg

Geprägt vom ausgiebigen Richtungstreit unter der Habsburger-Monarchie, schuf sich jede „Fraktion“ der ehemaligen Bewegung ihr eigenes Medium. So wurde der „Volkswille“ erstmals im Jahre 1870 von Heinrich Scheu herausgegeben, um nach vier Jahren, heftigen Querelen und einer wöchentlichen Auflage von 6.000 Exemplaren wieder zu verschwinden. Nicht wesentlich anders erging es Titeln wie „Der Sozialist“, „Die Zukunft“ oder „Die Wahrheit“.

„All diese kurzlebigen Organe“, schreibt Peter Pelinka in seinem 1989 erschienenen Buch „100 Jahre AZ“, „hatten gemeinsamen Charakter: Agitationsblätter mit propagandistischem Anstrich, um die sich ein mehr oder weniger großer Organisationsansatz sammelte.“

Ab 15. Dezember 1886 jedoch sollte alles anders werden. Mit der „Gleichheit“ gründete Victor Adler die Vorläuferin der „Arbeiter-Zeitung“, ein Medium, das unter anderem mit seiner Berichter-



Heute Hotel „Ananas“ statt AZ

Medienpolitik: TOM UND JERRY

Von Karl Lind

In wenigen Wochen wird das Schicksal der „Arbeiter-Zeitung“ entschieden. Das vorläufig letzte Ergebnis keiner sozialistischen Medienpolitik.

stattung über das Leben der Ziegelerbeiter/innen am Wienerberg aufhorchen ließ. Langsam gelang es den Redakteuren, das Monopol der bürgerlichen Presse zu durchbrechen. Autoren wie Hermann Bahr, Friedrich Engels, Klara Zetkin, August Bebel und Wilhelm Liebknecht sorgten für steigende Ak-

zeptanz des Produkts - weit über das eigene Lager hinaus.

Doch mit dem zunehmenden Erfolg attackierte die Monarchie den politischen Gegner immer heftiger. In den ersten 30 Monaten ihres Bestehens wurde die „Gleichheit“ 45 Mal beschlagnahmt und rege zensuriert, Adler und Bretschneider

mehrmals inhaftiert, bis schließlich, im Juni 1889, das endgültige Verbot der Wochenzeitung erfolgte.

Am 12. Juli 1889, knapp einen Monat später, liefen die ersten Exemplare der „Arbeiter-Zeitung“ durch die Druckmaschinen. Vorerst mal in vierzehntägiger Erscheinungsweise, an jedem zweiten und vierten Freitag des Monats. Ab 1. Jänner 1895 dann, bis zum 12. Februar 1934 ohne Unterbrechung, täglich.

Was Adler und Genoss/inn/en da vor so langer Zeit gegründet haben, wird, analysiert man den österreichischen Printmarkt des Jahres 1990, wahrscheinlich - und keineswegs zur Belebung der Meinungsvielfalt - in wenigen Monaten verschwunden sein. Was eine

reichischen Medienmarktes. Die alpenrepublikanische EG-Provinz wird jetzt erst so richtig eingebettet in die Gemeinschaft der Fortentwickelten.

Denn das Sterben der „AZ“ ist nicht bloß der Tod eines Parteiorgans, für das die Partei kein Geld mehr aufzubringen gewillt ist. Der Tod der „AZ“ ist das Produkt von Marktbedingungen im Medienbereich, wo mit Informationen gehandelt wird, als ginge es um Socken oder sonst was. Ein Markt, dereguliert, ohne Kartellrecht und Fusionsüberwachung, mit steigender Tendenz zur Konzentration, mit völlig verzerrten Wettbewerbsbedingungen und praktisch unbeschränkten Möglichkeiten kapitalkräftiger Verlage, das eine oder andere dazuzukaufen.

weiten um die drei bis vier Prozent. Sowohl „Presse“ wie „AZ“ sind schwerst angeschlagen, die „SN“ überleben dank ihrer Salzburger Platzhirschenposition, „Der Standard“ dank seines mehr als generösen deutschen Kapitalgebers Springer, der, so meinen Insider, bereits an die 800 Millionen Schilling ins schwer defizitäre Rosarot-Projekt gesteckt hat. Dran glauben werden die, die sich so läppische Beiträge nicht leisten können, um im Verkaufs- wie Inseratenpreis mitdampfen zu können. Zudem drohen Kurt Falk („Ganze Woche“) wie Hans Dichand fürs kommende Jahr mit der Gründung je einer Tageszeitung in bester Yellow-Press-Manier, was den Kampf um die lebensnotwendigen Inserate weiter verschärfen wird.

• Im Bereich der Magazine noch weit

Vranitzky statt AZ - in der Erhaltung billiger

Einzelpreis
20 Groschen

Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme von Montag

Telephon:
B 29-510 Serie

Arbeiter=Zeitung

Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs

Redaktion u. Verwaltung, Druckerei, Versand u. alleinige Anzeigenannahme: „Vorwärts“ Wien V, Rechte Wienzeit

Telephon:
B 29-510 S

Nummer 255

Wien, Freitag, 1. November 1946

48. Jahrgang

Der Gewerkschaftsbund wartet die Durchführung

In seiner gestrigen Sitzung nahm der Vorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen über die Forderungen der ratifizierten Konferenz, die in der letzten Erklärung des Bundeskanzlers zum Ausdruck kamen, zustimmend zur Kenntnis. Ergebnisse sind unbestreitbar ein Erfolg sachlichen Tätigkeits und des verantwortungsbewußten Handelns des Gewerkschaftsbundes. Er wird zur Sicherung der wesentlichen Grundlagen der arbeitenden Bevölkerung auf die restlose Durchführung der Zusicherungen achten.

Sozialisten 81 Prozent

Kommunisten 13 Prozent — ÖVP. 6 Prozent

Das Ergebnis der Eisenbahnerwahlen

Direktionsbezirk	SPÖ	ÖVP	KPD
Wien	31.080	2.125	4.892
Lin	15.380	913	2.301
Villach	10.438	607	2.498
Innsbruck	6.244	704	565
Total:	63.142	4.349	10.256
In Prozenten:	81'03	5'88	13'09

Einige Teilergebnisse sind noch ausständig.
Die voraussichtliche Verteilung der 18 Mandate der Personalvertretung dürfte nach diesem Ergebnis sein: 15 SP., 2 KP., 1 VP.

Ein guter Querschnitt
Die Eisenbahnerwahlen

Die Personalvertretungswahl der Eisenbahner hat mit einem Erfolg der Sozialisten, der alle Erwartungen übertrifft, ein gutes Ende gefunden. Unsere Eisenbahner haben mit einer Dreiviertelmehrheit gerechnet, haben aber die Vierfünftelmehrheit errungen.

Das ist ein hocherfreuliches Ergebnis. Der sozialistische Eisenbahner hat einen glänzenden Erfolg auf dem Boden der Demokratie erzielt. Bei dem Ansehen und der Kraft, die die Eisenbahner seit je in der österreichischen Gesellschaft haben, ist er ein Signal für die Arbeiterbewegung. Aber er ist noch mehr.

Seit der Nationalratswahl vor ein paar Jahren ist die Eisenbahnerwahl die erste demokratische Befragung eines beträchtlichen Teiles der Bevölkerung im ganzen Land. Von den Betriebsratswahlen — auch die wichtigsten von ihnen, die die städtischen Angestellten — waren sie begrenzt. Die Eisenbahnerwahlen betreffen sich auf ganz Österreich. Sie sind eine Stichprobe, sie geben einen guten Querschnitt.

Noch andere Umstände machen die Eisenbahnerwahl zu einer besonderen Befragung. Die Eisenbahner sind in der Lage, die Interessen der gesamten Bevölkerung zu vertreten. Sie sind die einzigen, die in der Lage sind, die Interessen der gesamten Bevölkerung zu vertreten.

Vorläufig keine Aufnahme des normalen Bahnverkehrs

(APA.) Die Kohlenlage bei den österreichischen Staatsbahnen hat sich noch nicht gebessert. Die Kohlenmengen, die es jedoch mehrere Tage dauern, bis die Kohle auf die Heizhäuser aufgeteilt ist. Bis dahin werden aber die vorhandenen Brennstoffe ausreichen.

sozialdemokratische Arbeiter/innenbewegung hervorbrachte, hat - indirekt - eine medienpolitisch völlig konzeptlos agierende SPÖ ins mediale Out gedrängt. Daß sie mehr als hundert Jahre Zeit benötigte, mag angesichts der grotesken Ratlosigkeit verwundern, liegt jedoch nicht am sozialistischen Weitblick, sondern an der Dominanz der „Kronen Zeitung“ sowie an der relativen internationalen Bedeutungslosigkeit des öster-

Ein trauriges Bild

So bietet die aktuelle Situation ein recht trauriges Bild:

- Im Marktsegment der sogenannten „Intelligenzblätter“ tummeln sich - noch - die „Salzburger Nachrichten“, die „Presse“, „Der Standard“, die „AZ“ sowie ein boulevardisierter „Kurier“. Alle, außer dem „Kurier“, mit eher geringen Reich-

Öderes: „Profil“, „Wochenpresse“, „Basta“ und „Rennbahn-Express“, alle haben sie, vereinfacht formuliert, mit der „Mediaprint“ dieselbe Eigentümerin. Und die wiederum gehört der deutschen Verlagsgruppe „WAZ“, der „Kronen Zeitung“ sowie der „Kurier AG“.

Aber dies ist ja längst bekannt und war in der Tendenz auch abzusehen. Nicht allerdings für sozialistische Medienfunktionäre und diverse Vordenker

in sozialdemokratischen Reihen. So fand sich zwar in der Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky I noch etwas, das nach der gewünschten Etablierung einer Medienkommission klang, in der Folge aber reichte es nicht mal zur minimalsten Gesetzgebung in Richtung Erhaltung der Medienvielfalt. Im Koalitionsübereinkommen der soeben demissionierten Vranitzky-Regierung fanden sich dann noch ein paar Worte zur Liberalisierung im Hörfunkbereich. Und da-

entweder Kamerateams samt Redakteur/innen bestellen oder Beiträge zensurieren lassen kann. Cap und Vranitzky-Berater Krammer, verantwortlich für gestalterische Medienpolitik in der Partei, sind mit anderem beschäftigt, als Überlegungen anzustellen. Und wie's ist, der Erfolg gibt ihnen recht, ihr Franzl weiß auch ohne Kartellrecht und Fusionskontrolle, wo es lang geht. Und überhaupt: Vranitzky statt „AZ“, der kostet auch weit weniger.

Medien als Sprachrohre mehr, weil eh sowieso alle das gleiche meinen. Streng nach den Grundsätzen der Demokratie, die da wohl für alle gelten, die überhaupt noch mitreden können wollen dürfen im Gleichnis der kommentierten veröffentlichten Meinung. Da reicht das Politikergesicht als Medium, und die Konzepte schreiben die Werbeagenturen.

Vor allem für die Sozialisten, die jetzt schon bald, weil gar so viele Vranitzky auf den Zettel geschrieben haben



Einige Menschen lesen ausgehängte AZ

mit basta. Die parteieigene Medienkommission tagt seit Jahren nicht mehr, alles was der SP bzw. dem Renner Institut zu Medien einfällt, läßt sich in einer Anfang Oktober veröffentlichten, dümmlich-naiven Broschüre zusammenfassen.

Die SPÖ hat kein Medienprogramm. Seit geraumer Zeit braucht sie auch keines, denn sie hat Franz Vranitzky. Und der ist quasi eines. Ein Präsidentschaftswahlkampf, schlaue Werbestrategen und treue Österreicher/innen, die halt einen Führer so gerne mögen, lassen einem Josef Cap und Karl Krammer kein graues Haar wachsen, was die Medienpolitik betrifft. Die sollen die anderen machen bzw. die macht sich sowieso selbst, denn wo dereguliert wird, braucht es kein zusätzliches Denken motivierter Politiker. Zur Not hat man ja den ORF, wo man immer noch via Parteisekretär und Anruf am Küniglberg

Das flinke Duo weiß, was es tut. Eine gesellschaftspolitische Entwicklung gegen den Mainstream zu beeinflussen, braucht unter anderem politische Integrität und den Willen, zum Zwecke der Aufrichtigkeit Zeichen zu setzen. Wer aber in einem so engen Boot sitzt wie Josef, mag anderes vollbringen. Es ist ja bereits völlig wurscht, wer welches Medium besitzt, weil es unwichtig ist, linientreue Politik damit zu betreiben. Die betreibt sich immer mehr von selbst, wie wir ja wissen, und die Verlagsgruppen interessiert die Umsatzrendite und sonst nix. Die grandiose Nicht-Unterscheidbarkeit der Vranitzkyrieglerhaidervoggenhubers, nicht was ihr Aussehen betrifft, sondern ihre Programme, wenn sie überhaupt welche haben, entspricht einer immer durchgängigeren Verwarung von alledem, was wir uns nur vorstellen können, inklusive unserer Herzen und Sinne. Da braucht es keine

und dieser es sich so sehr wünscht, Sozialdemokraten heißen werden, vor allem für sie also, weil sie wieder mal die modernsten sind und die Zeichen erkennen. Und weil jetzt auch so viele Demokraten nach einem Kartellrecht schreien und erst recht nach Fusionskontrollen, weil alles schon passiert ist, was ihnen gelingen konnte, werden die Nachsozialisten alsbald zur Tat schreiten. Vor allem aber, weil für einen erfolgreichen Beitritt zur EG und der damit verbundenen Deregulierung total sowieso ein Kartellrecht nötig ist und die Baldnichtmehrsozialisten da eben zur Avantgarde zählen, was unsere künftige Integration betrifft. Vranitzky ist eben doch nicht Vorsitzender der falschen Partei, weil er Vorsitzender von Österreich ist, das eh keine Parteien mehr oder Kammern oder Gewerkschaften und so braucht, sondern alleine ihn.

Und so wird Vranitzky jetzt dem-

nächst ein Gesetz für mehr Medienvielfalt bewilligen, weil ja auch er sehen muß, wie die „AZ“ leidet und stirbt und er das ja auch nicht mögen kann. So mag kommen, was die vergangenen hundert Jahre nicht kommen konnte, weil die Zeit nicht reif dazu gewesen ist.

Früher waren s' mal besser

Obwohl, vor 70 Jahren ist doch was passiert, und die Sozialisten haben damit was zu tun gehabt. Im Jahre 1920 schuf Friedrich Austerlitz, damaliger Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, das Presse- und Journalistengesetz, zu einer Zeit, als die „Arbeiter-Zeitung“ als Regierungsblatt galt. Er, den Ernst Fischer als „Zeus im Olymp“ der „AZ“ bezeichnete, definierte die Rechte der Jour-

nalisten, vom Arbeitsvertrag über die Altersversorgung bis zu Schutzbestimmungen im Falle des Zeitungsverkaufs. Zwei Jahre später, 1922, wurde gar mit einem neuen Pressegesetz das obrigkeitstaatliche Einschreiten gegen die Presse eingeeengt.

Doch dann, im Jahre 1927, gründeten die Sozialdemokraten mit dem „Kleinen Blatt“ die hausgemachte Konkurrenz zu ihrer „Arbeiter-Zeitung“, das nach kurzer Zeit bereits die 200.000er Auflage erreicht hatte - ebenso viele Exemplare wie die damals schon recht erfolgreiche „Kronen Zeitung“. Das Ur-Yellow-Press-Produkt knabberte kontinuierlich am Leser/innenanteil der „AZ“, deren Auflage in der Zeit von 1927-1932 von 96.000 auf 83.000 rutschte. Der medienpolitische Schlau-

„Vorwärts“-Gebäude in der Rechten Wienzeile



Victor Adler

schrift brachte Verdruss ins Haus, die beiden Redaktionen begannen, zum Leidwesen der Bewegung und Freude der Konkurrenz, Kleinkriege gegeneinander zu führen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg durfte das „Kleine Blatt“ dann nur mehr als Wochenzeitung erscheinen, wofür der amtierende Chefredakteur Oscar Pollak gesorgt hatte. Zudem verhinderte er eine Reform der „AZ“, die dann erst etwas später von Nachfolger Franz Kreuzer durchgeführt werden konnte. Pollak zur Kreuzer-Tat in der „Zukunft“: Die Zeitungen würden heutzutage eben nicht mehr geschrieben, sondern gemacht, aufgemacht, mit Bildern aufgeputzt und herausgebracht. Eine Zeitung müsse heute das Publikum anziehen, anreizen, anschreien. Was drin steht, das zähle erst in zweiter Linie, viel wichtiger sei der Verkauf.

Wie recht Pollak schon so früh hatte. Doch auch damit wußten die Sozialisten nicht umzugehen. So wurde das Reformer-Experiment des Heinz Brantl mit der sozialistischen Wochenzeitschrift „Heute“ nach drei Jahren wieder eingestellt. Während die „AZ“

PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Sonderheft 2

Walter Benjamin



Benjamins Begriff der "Moderne" (Albert Scharenberg), Massenkultur bei Benjamin und Adorno (Sabine Kebir), Technologie- und Fortschrittskritik (Michael Löwy), Das Passagen-Werk (Walter Busch), Der Primat des Politischen über die Geschichte (Herbert Claas), Kritik der Postmoderne (Oliver Schmidtke), Sprachphilosophie und Erkenntnistheorie der Frühschriften (Markus Eichel)

ca. 72 Seiten 6,- DM
Auslieferung ab 30.10.1990

Dritte Auflage erschienen:

Sonderheft 1: Antonio Gramsci
68 Seiten, 6,- DM

Zweite Auflage erschienen:

Ausgabe 4: Feminismus-Marxismus
64 Seiten, 6,- DM

In Vorbereitung:

Ausgabe 8: (Neo-) Faschismus
ca. 72 Seiten, 6,- DM; erscheint Anfang
Dezember 1990

Die PERSPEKTIVEN erscheinen als unabhängiges Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Umfang jeweils um 70 Seiten. Das Einzelheft kostet 6 DM, im Abo 4 DM. Bestellungen an: Thorsten Schulten, Weidenhäuser Str. 44, BRD-3550 Marburg.

☐ Ich bestelle die PERSPEKTIVEN-Ausgabe/n _____.

☐ Ich abonniere die PERSPEKTIVEN ab der Ausgabe _____ zum Preis von DM 12,- pro Jahr (außereurop. Ausland: DM 14,-) bei drei Heften. Das Abo verlängert sich, wenn ich es nicht bis einen Monat vor Ablauf schriftlich gekündigt habe.

☐ Sendet mir ein Probeheft (Mängelheft oder älteres Exemplar). DM 2,- liegen in Briefmarken bei.

Name, Anschrift, Datum, Unterschrift:

Beim Abo: Diese Bestellung kann ich innerhalb eines Monats schriftlich widerrufen. Zweite Unterschrift:

MEDIENPOLITIK

ständig Käufer/innen verlor, boulevardisierte sich der Printmarkt zunehmend. Im April 1959 setzte die SPÖ, vielmehr der ÖGB, erneut zur medienpolitischen Großtat an und gründete die „Neue Kronen Zeitung“ aus Mitteln der Gewerkschaft unter der Leitung von Hans Dichand. Franz Olah, der ÖGB-Präsident, stellte Dichand Kurt Falk als Vertrauensmann zur Seite. Dichand und Falk lieferten einander so was wie den Krieg der gegenseitig gekränkten Medienbrüder, die „Krone“ ist, wie wir längst wissen, der SPÖ entschlüpft und zum „Zentralorgan der Haidler-FPÖ“ mutiert. Eine liberale Tageszeitung, hübsch formuliert.

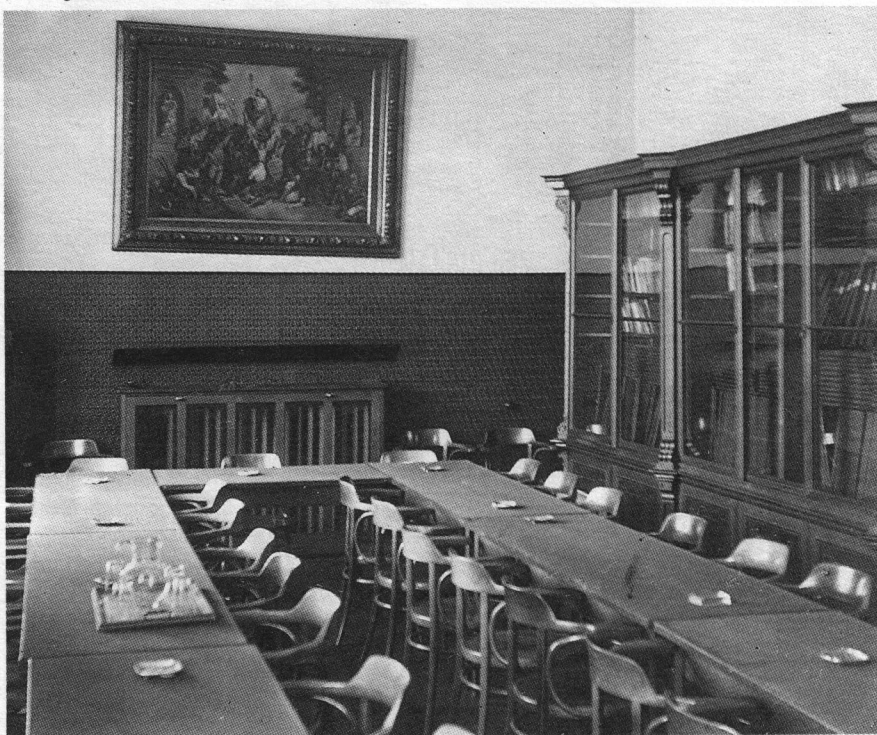
Ebensowenig glückte den Glücklosen die Etablierung der „Neuen Zeitung“ als eine der „drei Kampfssäulen“, wie Manfred Scheuch schreibt, „die das Gleichgewicht zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Presse herstellen“ sollten: Die AZ gegen die „Presse“, der - ebenfalls sozialistische - „Express“ gegen den „Kurier“ sowie die „Neue Zeitung“ gegen die „Krone“. Doch die Verwirklichung des Traums

kurrent - bald liquidiert zu werden.

Bei so viel printmedienpolitischer Sensibilität blieb den Sozis nur mehr Spott und der ORF als Spielwiese, den sie heute - noch - benutzt, um ihre Mannen und Frauen ins rechte Licht zu rücken. Doch auch hier haben die alten Parteipolitiker nicht mehr allzu lange Zeit zur Intervention. Im kommenden Jahr soll der Hörfunkbereich liberalisiert werden, das heißt, auch in Österreich - als letztem europäischem Land mit Monopol - werden die Privaten via Äther dudeln. Nach welchem Verteilungsschlüssel die erwarteten Werbeeinnahmen unter den potentiellen Betreibern aufgeteilt werden, ist zur Zeit Gegenstand intensiver Verhandlungen. Fest steht jedenfalls: Der Einfluß und die Einnahmen des Staatsfunks werden reduziert und damit auch das Mitspracherecht der SPÖ.

Ähnliche Entwicklungen sind auch im Fernsbereich zu erwarten. Gerd Bacher als neuer Chef am Küniglberg sowie eine immer lauter werdende Monopoldiskussion garantieren spannende

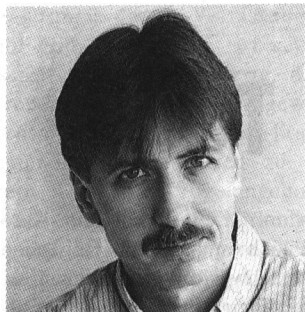
Sitzungssaal im ehemaligen Vorwärts-Gebäude



vom sozialistischen Medienimperium wollte nicht so recht glücken; ein wenig später nur, im Jahre 1971, mußte die „Neue Zeitung“ als schlechtere „Kronen Zeitung“ wieder eingestellt werden und die Wiener SPÖ etliche Millionen abschreiben. Außerdem entzog die „NZ“, auch das nicht neu, der „AZ“ Inseratenaufträge und wichtige Subventionen. Und der „Express“ wurde, als Draufgabe, von Kurt Falk gekauft, um - als „Krone“-Kon-

Zeiten am Teich und eine Umstrukturierung der Monopolanstalt in ein konkurrenzfähiges Unternehmen. Wer dran glauben muß, weiß dies wohl schon selbst am besten. Fest steht allerdings erneut: Die Sozialisten werden mittelfristig an Einfluß verlieren und keine Berichterstattung mehr bestellen können.

Doch bis dahin dauert's noch ein bißchen, und außerdem haben sie ja Vranitzky. ■



Von Franz Schandl

sicht einer Partei eine Rolle spielt. Das Ensemble der Parteipolitik interessiert den Wähler nicht, hat ihn nicht mehr zu interessieren und wird auch medial nicht aufbereitet.

Die ÖVP ist ein tüchtiger Protagonist der aktuellen Entwicklung, feiert den Sieg ihrer Werte also zu Recht. Nur hat sie - im Gegensatz zu allen anderen Parteien - daraus keine Konsequenzen für sich selbst gezogen. Sie unterlag dem Irrglauben, dieser Sieg der Marktwirtschaft würde sie auch ganz automatisch stärken.

„Die Parteien müssen der Amerikanisierung der Innenpolitik Rechnung tragen“, meinte erst unlängst ein ÖVP-Vor-

Da versucht man monatelang, die BürgerInnen nicht zu verschrecken, stoppt ein biederer Faserschmeichlerprogramm (eine umfassende Kritik unsererseits ist im letzten FORVM nachzulesen) zusammen, um dann mit einem Benzinpreis von 24 Schilling zu drohen. Da bedient man sich fast ausschließlich der Medien, ersetzt durch Promi-Verlautbarung die innerparteiliche Kommunikation, ist aber trotzdem nicht bereit, den von den hiesigen Gazetten auserkorenen Spitzenkandidaten Peter Pilz zu akzeptieren, sondern macht wie in alten ALÖ-Zeiten auf Spitzenquartett. So wirr kann Politik ausschauen. Wahrlich.

Die GRÜNEN nehmen ihren systemimmanenten Charakter nicht ernst und spielen noch immer, zu ihrer heutigen Politik völlig unpassend, Basisdemokratie. Sie betreiben, von einem emanzipatorischen Standpunkt aus gesehen, nicht nur eine falsche Politik, sie betreiben diese auch noch äußerst inkonsequent.

Umweltpolitik haben sie gänzlich auf die Ebene der Erfahrung heruntergebracht. Ihre Politikvermittlung erfordert daher den dauernden Katastrophen- und Skandaleinsatz. In diesen Angelegenheiten sind sie auch ständig unterwegs, suchen, und werden oft fündig. Das läßt Entsetzen, aber keine Erkenntnis zu. Was dem Menschen auf den Kopf fällt, hinterläßt nur einen dumpfen Schädel. Auf der Ebene der Bewußtseinsbildung hat die Grüne Alternative bisher nichts geleistet.

Selbst die Aufdeckerei hat den GRÜNEN wenig gebracht. Das ist auch gut so. Das Suhlen im Dreck der anderen ist noch keine Politik, geschweige denn eine fortschrittliche Politik. Die Pseudo-Erfolge des Peter Pilz werden schneller vergessen sein als Grüne glauben.

Die allergrößten VerliererInnen dieser und wahrscheinlich auch zukünftiger Wahlen sind allerdings die WählerInnen. Sie werden immer dümmere (gemacht). Sie sind nicht, wie vielfach behauptet, bewuß-

ter in ihren Überlegungen und autonomer in ihrem Wahlverhalten geworden, sondern bloß beziehungsloser (und oft auch hemmungsloser).

Sie wissen nicht mehr, woran sie sich halten sollen, weil sie nicht wissen, was sie von dieser oder jener wahlwerbenden Gruppe eigentlich halten können. Wesen und Erscheinung sind für sie nicht zu unterscheiden. Sie sind unfähig geworden, sich von einer Partei ein Gesamturteil zu bilden, statt dessen lechzen sie nach Entscheidungshilfen, die differenziertes Denken ersetzen, z.B. nach dem Persönlichkeitswahlrecht.

Beziehungslosigkeit bedeutet, daß die WählerInnen nicht selbstbewußter und selbstbestimmter geworden, ihren Zwangsgemeinschaften entflohen sind, sondern daß sie politisch herumhängen, weder wissen, wer sie sind und noch weniger, wohin sie gehören (wollen).

Viele entscheiden sich so wirklich erst am Wahltag. Diese Labilität zeigt, wie wenig Substanz in einem solchen Verhalten liegt. Es ist daher nicht verwunderlich, daß gleich ein Fünftel der WählerInnen überhaupt auf ihr Wahlrecht verzichtet. Denn wo dieses zu einer bloßen Stimmabgabe degeneriert, d.h. unter das Niveau einer wirklichen Wahlentscheidung fällt, ist dies nur folgerichtig. Wahlrecht korrespondiert zunehmend mit Wahlunwilligkeit, eben auch deswegen, weil es im Grunde nichts zu wählen gibt.

Diese Nationalratswahl war nur ein Vorgeschmack, was auf uns alles zukommt. Ein vorzugsstimmenteilender Spitzenkandidat, ein bonzenqualender Schulsprecher, ein solarmobilfahrender Chefredaktorenbus; das werden kleine Fische gewesen sein gegenüber dem amerikanisierten Spektakel, das da in Zukunft Einzug halten wird.

„The democratic circus“ heißt eine Nummer auf dem letzten Album der Talking Heads, „Naked“ (1988). Es wird zur musikalischen Einstimmung empfohlen. ■

DIE GESCHLAGENEN

Eine selektive Nachlese zur NATIONALRATSWAHL

Fad war dieser Wahlkampf, nicht jedoch das Ergebnis. Das hatte es zweifellos in sich.

Der ÖVP war es in den letzten Jahren gelungen, die SPÖ wie einen Christbaum abzuräumen. Auf faktisch allen Ebenen konnte sie ihre Konzepte und Vorhaben durchsetzen (Privatisierung, Steuerreform, Abfangjäger etc.). Von den Kreiskyschen Rezepten der siebziger Jahre ist nichts übrig geblieben.

Doch solche Erfolge reichen heute nicht mehr zu einem Wahlsieg. Im Gegenteil: Sie schützten die ÖVP nicht einmal vor dem größten Wahldebakel in ihrer Geschichte.

Nach inhaltlichen Kriterien war die Volkspartei in den letzten Jahren die tonangebende politische Kraft, machte nur wenige Fehler - einer davon war das Liebäugeln mit der FPÖ -, war kaum in Skandale und Affären verwickelt. Ja, und dann das. Die ÖVP wurde tatsächlich unter ihrem realen Wert geschlagen, oder besser: erschlagen.

Die ÖVP ist die traditionellistischste Partei Österreichs. Sie hat nicht begriffen, daß einzelne Merkmale das Wahlverhalten mehr beeinflussen als Programme und Konzepte. Sie hat ganz einfach nicht kapiert, wie wenig heute die Gesamt-

ständler im „profil“. Genau das steht bei der ÖVP noch aus und daher an. Manchmal wird man gerade bei ihr das Gefühl nicht los, daß sie auch noch heute gern als Figl-Raab-Revival-Band auftreten will. Mock wie Riegler sind genau aus diesem Holz geschnitzt. Es wird zunehmend unverkäuflich.

Während der SPÖ die alte Garde im Gewitter der medial inszenierten Affären abhanden gekommen ist, sitzen bei der ÖVP noch allzu viele Unzeitgemäße in Würden und Ämtern. Im nachhinein kann man feststellen, daß diese Skandale für die personelle Erneuerung der SPÖ sogar vorteilhaft waren, da diese Ablösen ohne innerparteiliche Kämpfe über die Bühne gehen konnten.

Eine Niederlage gab es überraschenderweise für die GRÜNEN. Sicher schadete die Polarisierung zwischen der SPÖ einerseits und einer möglichen Kleinen Koalition andererseits, auch die VGÖ kosteten so manche Stimme. Doch sollten diese Fakten nicht zu sehr ablenken von den eigentlichen Schwächen der Parlamentspartei.

Die GRÜNEN haben diese Wahlen verloren, nicht weil sie zu links oder zu rechts waren, sondern weil ihre Politik in sich zu wenig stimmig ist.

Nahversorgung:

DIE GREISSLER SIND SCHON TOT

Von Hannes Hofbauer

Die Bundeswirtschaftskammer warnt. Die Arbeiterkammer frohlockt. Nach einem Spruch der Verfassungsrichter darf ab sofort gedumpt werden, der Verkauf von Waren unter dem Einstandspreis ist zulässig.

Für das Kilogramm faschiertes Fleisch um 39 Schilling und 90 Groschen setzen sich ein paar tausend Wiener Familien in ihre Mittelklasseautos und fahren die 10 bis 15 Kilometer Richtung Vösendorf. Vor dem dortigen Großmarkt sind zwar am Samstag vormittag die Parkplätze rar, nach zwei 'Ehrenrunden' findet sich meist dennoch die heißersehnte Parkraumlücke. Vor allem im Sommer empfiehlt sich das Mitführen einer Kühltasche, kann doch die mittägliche Heimfahrt eine gute Stunde in Anspruch nehmen, was sowohl die Gemüter als auch das eingekaufte Fleisch erhitzt. Im Stau auf der

Fahren und Sparen? Der billige Einkauf lockt.



Foto: Voltra

Südost-Tangente bleibt genug Zeit für die Kalkulation zum Haushaltsbudget. 100 Schilling eingespart, der Ausflug hat sich gelohnt.

Bis Mitte September 1990 waren die 39,90 öS für das Kilogramm Faschiertes (Hackfleisch) nach § 3a des Nahversorgungsgesetzes verboten, weil - wie uns schwer festzustellen - unter dem Einstandspreis angeboten. Handelsriesen wie „Dogro“, „Huma“ oder „Carrefour“ - letzterer mittlerweile von „Huma“ aus der Shopping City Süd verdrängt - konnten sich § 3a-Prozesse leisten. Die Strafandrohung reichte an ihre zu erwartenden Gewinnzuwächse nicht heran. Ab 17. September sind die sogenannten Lockvogelangebote, also der Verkauf von Waren unter dem Einstandspreis, legal. Die amtliche Regulierung, zum Zwecke des Schutzes der Kleinhändler 1977 in Gesetzesform gegossen, fällt. Der Verfassungsgerichtshof hat den „§ 3a des Bundesgesetzes zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen ... als verfassungswidrig aufgehoben.“

Innovation oder Tod

Die Arbeiterkammer, im vorliegenden Fall Vertreterin der Fleischeinkäufer/innen, frohlockt; die Bundeswirtschaftskammer, hier Vertreterin der Wiener Fleischer, warnt. Für Karl Kollmann, Konsumentenschützer in der Arbeiterkammer, liegt auf der Hand, daß das Verbot des Dumpingpreises wettbewerbshemmend war. „Daß dieser § 3a fällt, wird den Wettbewerb beleben“, gibt er sich optimistisch. Und mehr Wettbewerb heißt für ihn billigere Preise. Für Löhne ist sein Kollege in der anderen Abteilung zuständig.

Hannes Mraz von der Bundeswirtschaftskammer gibt dem Arbeiterkammerer Kollmann vorerst recht. Auch für ihn war der § 3a eine wettbewerbshemmende Regulierung. Er formuliert dies allerdings positiv: „Der § 3a hat den Wettbewerb beruhigt.“ Viele kleinere Händler, so Mraz, fürchten sich jetzt vor der Preisschleuderei der Supermarktketten. Daß das bisherige Gesetz den wirklich Großen keinen Riegel vorschob, gibt auch er zu.

Doch die fortschreitende Konzentration im Handel wird ohne § 3a noch rasanter vor sich gehen und neue Probleme

aufwerfen. „Leute, die kein Auto haben, tun sich in manchen Gegenden schon heute schwer mit dem Einkaufen. Sie werden oft nicht mehr als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft angesehen.“ Der Bundeswirtschaftskammermann Mraz gibt sich ganz ökologisch, wenn er darauf hinweist, daß die langen Fahrten ins ferne Einkaufszentrum umweltpolitische Folgekosten verursachen. Daß mit zunehmender Deregulierung die kleinen und mittleren Händler vom Markt verschwinden, bedeutet für die Bundeswirtschaftskammer freilich auch, daß sie ihre Klientel verliert.

Die Konsumentenschützerabteilung der Arbeiterkammer hat mit diesem drohenden Bedeutungsschwund nicht zu kämpfen. Einkäufer/innen werden - im Unterschied zu den Händlern - nicht weniger. Deshalb plagt auch AK-Mann Kollmann kein ökologisches Gewissen bei der fortschreitenden Modernisierung. Sein Credo heißt Innovation; die empfiehlt er den Kleinen, um sich über Wasser zu halten. Im übrigen spricht er vom sogenannten Wohlstandsgewinn, den Deregulierungen im Handel mit sich bringen. „Von den 3.000 Elektrohändlern in Österreich“, so das Arbeiterkammer-Beispiel, „machen 2.000 einen Umsatz von weniger als 2,5 Mio. öS pro Jahr. Die sind nur durch eine 80%ige Aufschlagsspanne auf den Einkaufspreis überlebensfähig. Nun stellt sich die Frage: Sollen wir uns auf die Seite der 2.000 Elektrohändler oder auf diejenige der allgemeinen Wohlfahrt stellen?“

Die Arbeiterkammer ist dafür, daß die Österreicher/innen billiger zu ihren Elektrogeräten kommen. Logisch. Nur: Die Elektrohändler, die in kleinen Städten mit hohen Verkaufsspannen ihre Existenz sichern, werden vom Markt verschwinden. Und der Kunde wird dann in die nächstgrößere Stadt fahren müssen, um eine Waschmaschine oder einen Mixer einzukaufen. Den von der Arbeiterkammer errechneten Wohlstandsgewinn wird er im Auto verbringen.

§ 3a - was ist das?

Das „Gesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen“, aus dem nun der § 3a - Verbot des Verkaufs unter dem Ein-

standspreis - vom Verfassungsgerichtshof eliminiert wurde, ist seit 1977 in Kraft. Damals eskalierte die Praxis großer Handelsketten, ausgewählte Lebensmittel - Fleisch, Reis, Fruchtsäfte - unter dem Einkaufspreis zu verschleudern. Diese Lockvogelangebote erzielten die gewünschte Wirkung: Konsumenten begannen, längere Einkaufsfahrten in diverse Shopping-Centers in Kauf zu nehmen. Der billigere Einkauf erwies sich zwar nach Abzug von Benzinrechnung und Zeitaufwand als trügerisch, allein das Gefühl, gespart zu haben, blieb bestehen. Effekt am Rande: Kleine Nahversorger ließen ihre Rollbalken herunter.

Unter der damaligen SPÖ-Alleinregierung wurde - zum Schutz der kleinen Händler und damit der Nahversorgung - der Verkauf unter dem Einstandspreis kurzerhand verboten. Ausgenommen davon waren nur vorschriftsmäßig angekündigte Ausverkäufe und vom Verderben bedrohte oder veraltete Waren. 1988 weitete dann ÖVP-Wirtschaftsminister Robert Graf das Gesetz, das bis dato nur für Lebensmittel galt, auf alle Waren aus. Damit war der sogenannte Verlustverkauf insgesamt verboten.

Bis Elektrohändler Herbert Suppin - eher ein Zwerg denn ein Riese seiner Branche - vom Verfassungsgerichtshof mit seiner Klage gegen den § 3a Recht bekam. „Wenn ich meine Ware bezahle, muß ich damit machen können, was ich will“, so sein Argument, dem sich die obersten Richter im großen und ganzen anschlossen. „Privatautonomie“, „Erwerbsfreiheit“ und „Vertragsfreiheit“ sind die zentralen Begriffe, gegen die der Paragraph zum Schutze der Nahversorgung verstieß.

Damit hat der Verfassungsgerichtshof nach seinem Spruch gegen die amtlich-zünftische Bedarfsprüfung zur Vergabe von Gewerbescheinen und gegen den reglementierten Ladenschluß nun schon den dritten Spruch zur Deregulierung des Wirtschaftslebens gefällt. Staatliche Eingriffsmöglichkeiten werden von sogenannten unabhängigen Richtern zurückgedrängt.

„Selbst in der allerfreiesten Marktwirtschaft“, meint Fidelis Bauer aus dem Wirtschaftsministerium, „braucht man eine einzige Regulierung: Das Wettbewerbsrecht muß sichergestellt werden.“ Und weil Regeln derzeit bezüglich Dumpingpreisen nicht existieren, bastelt man im Ministerium an einer Neuformulierung des § 3a. „Lockvogelangebote sollen unterbunden werden“, erklärt Fidelis Bauer den Vorschlag zur Novellierung, die dem alten, vom Verfassungsgerichtshof verworfenen Gesetz in vielem gleicht. Mehr Ausnahmen könnten

das Verbot des Verlustverkaufes allerdings noch wirkungsloser machen, als es ohnedies schon war.

Kein Schutz für die Kleinen

Amtliche Preisregelungen finden - außer bei elektrischer Energie und verschiedenen Pharmazeutika - schon lange keine mehr statt. Es gibt zwar noch die gesetzliche Möglichkeit, Preise zu regeln - sowohl was Preistreiber als auch -schleuderei betrifft -, aber angewandt wird sie nicht mehr. Höchstens in Form einer Drohung, wenn z.B. Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel der ÖMV (Österreichische Mineralölverwaltung) und den Ölmultis angesichts des rapide steigenden Benzin- und Heizölpreises die Rute ins Fenster stellt.

Auch die Paritätische Kommission ist zahllos geworden. Zwar melden noch die meisten Branchen und Marktleader Preiserhöhungen an die ehemals einflussreichen Lohn- und Preisverhandler, die Gesetze des weitgehend deregulierten Marktes haben die Kommissäre jedoch ins Out gedrängt. „Die Sektion Handel ist für das Nahversorgungsgesetz gewesen“, stellt einer der obersten Sozialpartner der Bundeswirtschaftskammer, Johann Farnleitner, klar und fügt klagend hinzu: „Aber Zumtobel (Dogro, Köck ...) wird nie dafür sein.“ Womit auch schon angedeutet ist, warum der § 3a des Nahversorgungsgesetzes in Wahrheit nie funktioniert hat. Der Schutz der Kleinen vor unlauterem Wettbewerb und Marktbeherrschung durch die Großen hat nicht stattgefunden.

Seit 1977, also nach Inkrafttreten des Nahversorgungsgesetzes, hat sich die Anzahl der kleinen Geschäftsleute und Händler halbiert. Aktuell machen 10% der Einzelhandelsunternehmen 75% des Umsatzes, die restlichen 90% - kleine und mittlere Unternehmen - raufen sich um das verbleibende Viertel. Diese Zahlen machen deutlich, daß auch das jetzt gefallene Nahversorgungsgesetz den Konzentrationsprozeß nicht aufhalten hat können. Denn die Handelsriesen haben Wege gefunden, gesetzliche Bestimmungen zu umgehen und gerade den § 3a gegen die Kleinhändler ins Feld zu führen.

Die Beweislast am Zivilrechtsweg lag beim Beklagten. Wenn nun ein kleiner Händler sichtlich billiger Ware abstieß und er von der Supermarktkette X dafür beklagt wurde, so mußte der Greißler seine billige Einkaufsquelle nachweisen oder Strafe zahlen. Beides war teuer, und ersteres oft ruinöser als die Strafe. Denn nun wußte der Handelsriese, welcher Lieferant seinem kleinen

Nebenbuhler günstigste Rabatte einräumte und konnte wirtschaftlich auf den Lieferanten, der meist auch ihn belieferte, Druck ausüben. Umgekehrt funktionierte die Klageführung weit seltener, weil sich die Riesen nicht in ihre Karten blicken ließen und lieber gleich bezahlten. Dieser Umstand erklärt auch, warum ausgerechnet ein kleiner Elektrohändler zum obersten Kadi lief, um das Nahversorgungsgesetz zu Fall zu bringen.

Aber die Supermarktketten hatten mehrere Tricks auf Lager, wie sie das Gesetz umgehen konnten. Einer davon wird sogar in der Begründung des Urteils des Verfassungsgerichtshofes angegeben. Marktdominierende Unternehmen vereinbarten mit ihren Lieferanten sogenannte Gesamtpreise für mehrere, verschiedene Waren. Die derart aufgeteilte Rechnung erlaubte ihnen, „Billigprodukte“ ohne Gefahr, mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen, zu niedrigsten Preisen anzubieten. Und auch die gemäß dieser Rechnung „überbezahlten“ Produkte konnten billiger abgegeben werden, weil es der § 3a in jedem Fall erlaubte, „marktübliche Preise“ zu verlangen. Und die ließen sich bei Konkurrenten unschwer finden.

Wenn auch das Nahversorgungsgesetz seine Funktion nicht erfüllen konnte, so steht zu befürchten, daß die nun betriebene Liberalisierung Konzentrationsprozesse im Handel eher noch beschleunigt. Ganze Gegenden wären dann bald ohne Händler, wie es heute schon zum Teil im Wald- und Weinviertel der Fall ist. Daß zur Behebung dieser strukturellen Mängel wieder regulativ in Gesetzesladen und Staatshaushalt gegriffen werden muß, zeigt das schwedische Beispiel. Dort tingeln staatlich subventionierte Händler mit Kleinbussen durch die Länder, um den Menschen ohne Auto lebensnotwendige Güter zu verkaufen.

Regulativ sind auch die Eingriffe der Schweizer Bundesbehörden, die mit Hilfe von Umweltverträglichkeitsprüfungen Supermarktkonzessionen vom Bedarfsfalle abhängig machen. In Tirol geht man zaghafte erste Schritte in dieselbe Richtung. Dort wird nach dem neuen Raumordnungsgesetz die Verkaufsfläche von Shopping-Cities mit der Einwohnerzahl der Umgebung in Relation gesetzt. Liberaler, sprich chaotischer, geht's in Wien zu, wo Baumeister Lugner Mitte September nahe der Stadthalle im 15. Bezirk 'seine' Shopping City eröffnet hat. Bürgermeistersgattin Dagmar Koller gratulierte. Auf 15.000 Quadratmeter Einkaufsfläche bieten 3 Supermärkte und über 70 Geschäfte ihre Waren an. Die Parkgarage ist meist hoffnungslos überfüllt. ■

■ Nur am Rande haben wohl die mit den osteuropäischen Ereignissen überforderten Zeitungsleser zur Kenntnis genommen, daß im Lauf der letzten zwei Jahre fast überall in Lateinamerika neu gewählte Regierungen angetreten sind, die mit der heftigsten und längsten Krise unseres Jahrhunderts zu kämpfen haben.

Lateinamerika umfaßt ein Siebentel der Erdoberfläche und rund ein Zwölftel der Weltbevölkerung. Gleichgültigkeit gegenüber diesem Kontinent ist schon deshalb nicht angebracht, weil er gleichzeitig der „Dritten Welt“ und der westlichen Kultur angehört und weil Brasilien, das mit seinem Bruttonationalprodukt weltweit an der 10. Stelle liegt, alles andere als eine 'quantité négligeable' darstellt. Auch darum z.B., weil das kleine Chile im fernen Süden seit einem Vierteljahrhundert einen überaus interessanten - und oft schemenhaften - Testfall für die zeitgenössischen Wirtschaftstheorien bildet und sich Ökonomen und Soziologen, Historiker und Psychologen schon seit Jahrzehnten fragen, wie die Dauerkrise im benachbarten Argentinien, noch Mitte des Jahrhunderts eines der wohlhabendsten Länder der Welt, zu erklären ist.

Es gibt mehr als eine Parallele zwischen dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ im Osten und der dramatischen Krise des kaum gesünderen real existierenden Kapitalismus im fernen Südwesten. Den Polen, Ungarn und anderen wäre dringend zu raten, sich dieses genauer anzusehen, wenn sie verhindern wollen, daß es ihnen vielleicht bald ähnlich ergeht. Denn beide Regionen waren, sind und bleiben - jedenfalls auf absehbare Zeit - periphere, abhängige Gebiete des kapitalistischen Weltmarktes, unabhängig von der Verschiedenheit ihrer vergangenen Irrwege und den jetzigen Umorientierungen. Ähnlich wie vor dem Zweiten Weltkrieg, werden beide auch weiterhin grundlegend Rohstoffe und Agrarprodukte sowie Industrieerzeugnisse von geringem technologischem Niveau anzubieten haben und dafür die Lieferung von hochwertigen Industrieprodukten, vor allem Investitionsgütern wollen, wobei ihnen die Weltmarktendenzen unvermeidlich ins Gesicht blasen werden. Und trotz der feierlichen Töne der ersten Monate ist es heute recht klar, daß den Ost-West-Überläufern wenig geschenkt werden wird, kaum mehr als den Lateinamerikanern und Afrikanern.

Man kann den Litauern und anderen alles Gute für die Unabhängigkeit wünschen, aber noch mehr, daß sie sich ein

Lateinamerika und Osteuropa: WIRTSCHAFTLICHE SEELNVERWANDTSCHAFT

paar Gedanken machen über die historisch-strukturellen Ursachen der nationalen Frustration von Uruguay, eines vergleichbar kleinen Landes, das einst wie Argentinien zu den reichsten der Welt gehörte und seit 30 Jahren nicht mehr aus der Sackgasse herausfindet, in die es die bescheidenen Dimensionen seines Binnenmarktes und die Krise seiner überaus exportorientierten Wirtschaft geführt haben.

Polen und Brasilien, betont Ignacy Sachs, ein guter Kenner beider Länder, weisen trotz ihrer bedeutenden Unterschiede grundlegende Ähnlichkeiten in ihrer außenwirtschaftlichen Strategie der letzten Jahrzehnte auf. In beiden Fällen ging es im wesentlichen darum, durch Investitionen im Bereich der Schwer- und Grundstoffindustrien und unter massiver Zuhilfenahme der damals billigen Auslandskredite in kurzer Zeit den Sprung zur exportorientierten und konkurrenzfähigen Industriemacht zu schaffen. Fehlanzeige in beiden Fällen, trotz der anfänglichen Erfolge, denn die Perspektiven des Weltmarktes änderten sich. Energieverbrauch und Umweltprobleme gerieten außer Kontrolle, und die Zinsen für die mittlerweile astronomische Außenschuld stiegen - insbesondere dank der 'Reaganomics' - schnell ins Uferlose. Fazit: Zusammenbruch des technokratisch-exportorientierten Modells und der dahinterstehenden autoritären Regime, Hyperinflation, explosive soziale Spannungen, und niemand weiß so recht, wie es eigentlich weitergehen soll.

Kein Platz für Latinos

Aus der ehemaligen DDR flüchteten Anfang 1990 um die 2.000 Personen pro Tag. Aber die Wirtschaftsemigranten wären noch viel zahlreicher in Argentinien, Brasilien oder Peru, wenn es eine ähnliche Auffangstelle gäbe wie die Bundesrepublik für die ehemals DDR-Müden. Viele Hunderttausende sind in den letzten Jahren aus den einstigen Einwandererparadiesen Argentinien und Uruguay ausgewandert. Und wenn Argentinien seit über zwei Jahren seine Zahlungen für die unendliche Außenschuld eingestellt hat, so bereichert es doch noch weiterhin die Industrieländer

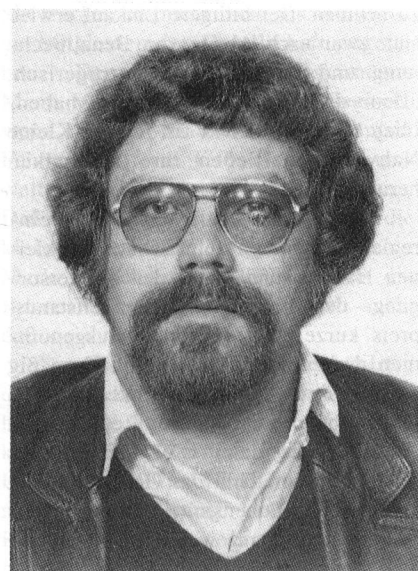


Foto: privat

Von Viktor Sukup

Wenn sich die Ordnung der Welt im Ost-West-Gefüge verschiebt, spürt das auch der Süden. Die MONATSZEITUNG hat zum Wie und Warum Kommentare von Korrespondenten aus der sogenannten „Dritten Welt“ eingeholt. Viktor Sukup aus Buenos Aires macht den Anfang.

durch den massiven 'Export' von z.T. hochqualifiziertem 'Humankapital', eine Art verkehrter Technologietransfer, der dem langjährigen „umgekehrten Marshall-Plan“ folgt, über den sich der frühere Präsident Alfonsín - alles andere als ein Linksradikaler - immer wieder zurecht, aber vor den tauben Ohren des Nordens beklagt hat.

Für den neoliberalen Zeitgeist ist die Schuldenkrise, die Lateinamerika seit bald einem Jahrzehnt finanziell erwürgt, grundlegend hausgemacht, obwohl auch die oberflächlichsten Beobachter leicht die enorme Mitverantwortung der westli-

chen Industrieländer und ihrer Banken erkennen können. Dieser Krise, meinen die liberalen Modernisierer, wäre nur mit einem rigorosen Abbau von Staatsbürokratie und Subventionen, Liberalisierung der Importe sowie Privatisierungen und Deregulierungen à la Thatcher zu begegnen. Alles das hat wohl insofern einen rationellen Kern, als die Staatsapparate hier notorisch ineffizient sind, ein oft übertriebener Protektionismus die Binnenmärkte zu sehr vom frischen Wind der Konkurrenz abgeschottet hat und die Staatsbetriebe nicht selten zu einem Hort der Korruption und der Mißwirtschaft verkommen sind. Aber niemand kann andererseits ignorieren, daß z.B. die außergewöhnlichen industriellen Erfolge Brasiliens ohne einen aktiven und oft sehr protektionistischen Staat unmöglich gewesen wären und die neoliberalen Experimente in vielen Ländern der Region seit 1973 - Chile, Uruguay, Peru, Venezuela und Bolivien - kläglich gescheitert sind, nicht nur im sozialen Bereich, sondern auch, wenn man sich nur auf die makroökonomischen Daten stützt. Das gilt nicht zuletzt auch für Chile, trotz der Lobgesänge jener, die aus Ignoranz oder Zynismus von einem pinochetistischen 'Wirtschaftswunder' sprechen, sich aber wohlweislich hüten, eine Gesamtbilanz für die Periode 1973-89 aufzustellen und gar auch noch die sozialen, kulturellen und Umwelt-Faktoren einzuberechnen.

Die Mauer bleibt: Reich gegen Arm

Soziale und kulturelle, industrielle wie ökologische Rückentwicklungen also, wohin man hier blickt. Und die Propagandisten der „freien Marktwirtschaft“ sind uns bis heute eine Erklärung dafür schuldig geblieben, woher denn der angeblich endgültig triumphierende Kapitalismus die Ressourcen für einen verschwenderischen „Wohlstand für alle“ geholt hat und holen will. Die diversen Umweltdesaster in Osteuropa mögen wohl die im Westen noch in den Schatten stellen, aber nicht aus der Welt schaffen, ebenso wenig wie der Zusammenbruch der poststalinistischen Systeme die perversen Folgen der ungezügelter Marktwirtschaft beseitigt. Dies ganz besonders in der „Dritten Welt“, wo Brasilien, Indien und Afrika auf dem besten Weg sind, alles bisher Dagewesene, inklusive Tschernobyl, noch zu übertrumpfen.

Die Sandinisten sind in Wahlen besiegt worden, und vielleicht gelingt es den USA auch, nach ihrer Heldentat gegen ihren Ex-Kollaborateur Noriega

in Panama - die Todesschreie einiger tausend Zivilisten sind im Echo der gleichzeitigen rumänischen Ereignisse untergegangen -, demnächst einem von ihnen unabhängigen und sozialistisch orientierten Kuba endlich den seit Jahrzehnten ersehnten Garaus zu machen. Aber keine Desinformationskampagne kann darüber hinwegtäuschen, daß in Kuba und in Nicaragua soziale und kulturelle Fortschritte erzielt worden sind, von denen das viel reichere Venezuela und andere Länder der Region nur träumen können. Und daß diese Niederlagen in erster Linie auf den unerbittlichen, nicht selten offen kriminellen Druck der westlichen Supermacht zurückzuführen sind, die um jeden Preis die Verbreitung des 'schlechten Beispiels' verhindern will, wie einst Breschnjew die Beispielswirkung des Prager Frühlings.

Auch ist es unmöglich zu ignorieren, daß Zentralamerika trotz seines dynamischen Wirtschaftswachstums der 60er und 70er Jahre zu einem Pulverfaß geworden ist und es auch bleiben wird. Ähnliches gilt für Mexiko, das durch seine geplante 'Integration' in den Westblock USA-Kanada wohl einige dynamische Impulse in diversen Sektoren erhalten kann, kaum jedoch die Lösung seiner schweren strukturellen Probleme davon erwarten darf. Auch Ungarn mit seinen Autobussen und die anderen Oststaaten mit diversen anderen Industrieprodukten haben schließlich aus der COMECON-Spezialisierung gewisse Vorteile ziehen können, aber insgesamt scheinen sie heute dieser nur im Ansatz hergestellten „sozialistischen internationalen Arbeitsteilung“ unter Moskauer Führung keine Träne nachzuweinen.

In Peru hat Alberto Fujimori die größte Wahlsensation der letzten Jahre, wenn nicht aller Zeiten, geliefert und den Kandidaten der Banken und des Auslandskapitals, den früher fortschrittlichen Schriftsteller Vargas Llosa, wieder an seine Arbeit für den längst fälligen Literaturpreis zurückgeschickt. Aber wenn auch er, trotz entgegengesetzter Wahlversprechen, neoliberale Rezepte anwenden sollte, so kann er damit das Pulverfaß in den mittleren Anden nur endgültig in die Luft jagen. Denn hier wie anderswo gilt es in erster Linie, eine „andere Schandmauer“ zu beseitigen, wie der fast siegreiche Präsidentschaftskandidat Luiz Inácio da Silva auf eine demagogische Frage seines Rivalen nach der Berliner Mauer meinte: diejenige, die die wenigen Reichen von den unzähligen Armen trennt. ■

Viktor Sukup ist wirtschaftswissenschaftlicher Publizist und lebt in Buenos Aires/Argentinien.

ANZEIGE

Heinz bleibt hartnäckig



und er läßt nicht locker, denn ihn interessiert immer noch, wie das denn damals war und heute noch ist mit der DDR und überhaupt. Er greift zur Selbsthilfe, das heißt, zu zwei Büchern des Berliner Verlags mit der höchsten Einschaltquote.

Maßnahme 1:



160 Seiten, 200 Abb., brosch. Großband,
ÖS 232,50,
ISBN 3-88520-309-X

In diesem Bilderlesebuch über **Frauenbilder Männerbilder** in der **DDR der 50er Jahre** wird ein Stück DDR-Kulturgeschichte rekonstruiert und analysiert, anhand von über 200 Fotos, Bildreportagen und Selbstdarstellungen in damaligen Illustrierten, Anzeigen und Plakaten aus Reklame, Film und Fernsehen.

Maßnahme 2:



192 Seiten, ca. 200 Abb., broschiert,
ÖS 232,50, ISBN 3-88520-349-9

Dieser neue Band, **Reisen mit Kopf**, nähert sich der **DDR** - dem **nahen Osten** sowohl vom Westen wie auch von der anderen Seite... Es geht um das Abenteuer Autofahren, um den Versuch, die Zahnpasta wieder in die Tube zu kriegen, um Diplomaten im Trainingsanzug, Medien, Krimis in der DDR und und und.

Weitere Maßnahmen finden Sie in unserem **Elefanten Express**, erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:
ELEFANTEN PRESS,
Oranienstraße 25, 1 Berlin 36,
Telefon (030) 650 05-100,
Telefax (030) 650 05-298

Grüne und PDS im neuen, großen Deutschland:

D A Z U G E L E R N T ?



Fotos: von der Ströden

Hart ins Gericht gingen Thomas Ebermann und Rainer Trampert in der Septemberausgabe der MONATSZEITUNG mit Politik und Programmatik von BRD-Grünen und PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus). Großdeutsche Vereinigungsgeilheit haben sie den beiden linken Oppositionsparteien vorgeworfen und ihnen einen „unbändigen Wunsch, an deutschen Siegen teilhaben zu wollen“, unterstellt.

Reaktionen folgten prompt. Wir haben Jürgen Maier von den Grünen und die ehemalige grüne Vorstandssprecherin Verena Krieger um Stellungnahmen gebeten. In der Hoffnung, mit der Veröffentlichung dieser Beiträge eine Diskussion über grüne und linke Politik vom Zaun zu brechen, wünscht die MONATSZEITUNG viel Spaß und Widerspruch beim Lesen.

Mit der Kraft der Negation: VOLLE KRAFT ZURÜCK?

Von Jürgen Maier

■ „Die Kraft der Negation“ war es, die Rainer Trampert und Thomas Ebermann zum neuen identitätsbildenden Moment für die westdeutsche Linke ausgerufen hatten, nachdem ihre Linie innerhalb der Grünen gescheitert war. Am Ende ihres Artikels in der MONATSZEITUNG 9/90 schreiben sie, es gehe jetzt um „die Aufarbeitung eher linksradikaler Konzepte des (auch) parlamentarischen Weges, für die Leute wie wir lange gestanden haben“. Ich habe nichts dagegen, parlamentarische Strategien kritisch aufzuarbeiten und zum Schluß zu kommen, sie prinzipiell abzulehnen. Der Artikel von Trampert und Ebermann ist leider keine besonders differenzierte Aufarbeitung, sondern eher eine stark persönlich gefärbte Abrechnung. Wenn

man allerdings parlamentarische Strategien (inzwischen) ablehnt, ist es indes etwas dünn, pausenlos deren zweifellos vorhandene Nachteile und in der Praxis auftauchende Fehlentwicklungen bis zur Unkenntlichkeit zu beschwören und dabei stehenzubleiben.

Über die unvermeidlichen Leerstellen der bloßen „Kraft der Negation“ braucht man sich nicht zu wundern. Ärgerlich ist es jedoch, wenn die Politik der Grünen nur noch als Zerrbild dargestellt wird, auf das nachher um so besser eingedroschen werden kann. Das fängt mit dem (bewußten) Mißverständnis an, alle diejenigen, die mit guten Gründen den Anschluß der DDR abgelehnt haben, wollten den „deutschen Imperialismus in vaterländischer Ab-

sicht besser gestalten“, wenn sie irgendwann zur Kenntnis genommen haben, daß der Anschluß nicht zu verhindern ist, nicht zuletzt deswegen, weil der größte Teil der DDR-Bürger ihn leider will. Es ist ja richtig, daß die 'deutsche Einheit' nur verhindert, aber nicht von links positiv besetzt werden kann. Was aber, wenn sie leider nicht verhindert werden konnte? Bekämpfe ich deutschen Imperialismus und Großmachtpolitik nun also am besten, indem ich mich in den Schmolllwinkel zurückziehe und die Wiederherstellung des Staates DDR fordere? Oder bekämpfe ich ihn damit, daß ich versuche, in dem neuen Staat (faktisch eine um 25% vergrößerte BRD) gesellschaftliche Mehrheiten gegen Imperialismus, Großmachtpolitik und andere Schlechtigkeiten herzustellen? Da halte ich letzteres doch für vielversprechender, auch wenn Trampert und Ebermann das als 'mitgestalten' diffamieren. Großmachtpolitik kann man nicht mitgestalten, sondern man muß sie möglichst wirksam bekämpfen bzw. verhindern. Richtig, nur wie? Um dies zu bewerkstelligen, kommen

wir nicht darum herum, eine gesamtdeutsch agierende politische Kraft zu werden, die tatsächlich die Politik der größer gewordenen BRD beeinflussen kann. Das hat nichts mit „positiver Mitgestaltung des Anschlusses“ zu tun. Die von Trampert und Ebermann propagierte Nicht-Politik ist keine linke Politik und führt nur zur völligen Marginalisierung der Linken, und dem kann ich nichts sonderlich Anstrengenswertes abgewinnen. Zum Bekämpfen von Großmachtpolitik eignet sie sich kaum.

Der Anschluß der DDR ändert jedenfalls an den Politikmechanismen in der BRD-Gesellschaft nichts so dramatisch, daß es jetzt vielversprechender wäre, auf Wahlbeteiligung und parlamentarische Präsenz zu verzichten. Insofern sind die Bundestagswahlen am 2. 12. auch nicht Wahlen, deren „ausschließlicher Zweck die Besiegelung des kalten Anschlusses“ ist, sondern eben weitgehend auch normale Bundestagswahlen. Wie Trampert und Ebermann haben sich viele linke Grüne (auch ich) immer wieder in der Einschätzung der Stärke außerparlamentarischer Bewegungen getäuscht. So etwa in der Einschätzung der Stärke der Friedensbewegung nach dem endgültigen Ende des Feindbildes Sowjetunion und großen gesellschaftlichen Mehrheiten gegen weitere Aufrüstung. Insofern mag die Einschätzung „Pazifismus und Realpolitik schließen sich heute nicht mehr aus“, etwas vollmundig gewesen sein. Aber die Hoffnung, daß ein großdeutscher Bundestag aus allein CDU/CSU, SPD und FDP den über weite Strecken kaum noch vorhandenen Bewegungen schon wieder auf die Sprünge helfen

10% Grüne im Parlament ...



würde, halte ich für verheerend. Das Gegenteil wäre der Fall.

Der Vorschlag, aus Protest gegen die Vereinigung die Wahl zu boykottieren, würde einzig und allein dazu führen, daß dann die SPD das Monopol über oppositionelle Politik erhielte. Daß SPD-Politik real gar nicht sonderlich oppositionell ist, liegt auf der Hand. Ich habe keine Lust, anlässlich der Vereinigung auch noch zum Parteiensystem der frühen 60er Jahre zurückzukehren. 8-10% Grüne im Parlament machen einen Unterschied, vorausgesetzt, sie machen grüne Politik und nicht neoliberale - gerade auch für den Bewegungsspielraum außerparlamentarischer Kräfte.

Unsauber gearbeitet wird, wenn den Grünen pauschal unterstellt wird, sie wären im Grunde schon immer latent nationalistisch und würden der Vereinigung neue Gestaltungsmöglichkeiten für ihre Realpolitik abgewinnen wollen. Der Aufkleber BRD-Bananenrepublik, gegen den Trampert als grüner Vorstandssprecher damals nicht Amok gelaufen ist und der als Beleg für grünes Jammern über mangelnde deutsche Souveränität herhalten muß, wurde anlässlich des Flick-Bestechungsskandals herausgegeben und nicht um BRD-Souveränität einzuklagen. Die Zitate von A. Vollmer, B. Ulrich und U. Knapp und ihre Phantasien über die vielen potentiellen positiven Auswirkungen der Vereinigung sind natürlich haarsträubend. Das finden die Grünen auch. Leider haben Trampert und Ebermann vergessen, dazuzusagen, daß diese Leute und ihre Aufbruch-Strömung genau deswegen bei den Grünen inzwischen politisch abgewirtschaftet, auf dem Parteitag im September gerade ein Dutzend Stimmen für ihren Unfug bekommen haben und in wenigen Wochen nicht mehr im Bundestag sein werden.

Ich fände es jedenfalls wesentlich interessanter, DIE GRÜNEN aus parlamentarismuskritischer Sicht zu kritisie-



... machen einen Unterschied ...

ren statt auf Pappkameraden in Form einiger Rechtsausleger, die sich in den Grünen selbst marginalisiert haben, einzudreschen. Den befürchteten Rückfall der BRD in die Politik der 60er Jahre verhindert man nicht, indem man selbst in gescheiterte linke Politikmodelle der 70er Jahre zurückfällt. Es wird uns nichts anderes übrigbleiben, als mit den zugegeben bescheidenen Mitteln parlamentarischer und außerparlamentarischer Politik Demokratieabbau, Sozialabbau, Nationalismus, Großmachtpolitik und andere restaurative Tendenzen der CDU/CSU in der größer gewordenen BRD zu bekämpfen, auch wenn das jetzt schwieriger geworden ist. Wenn man sich dieser Aufgabe nicht stellt, hat man es natürlich leichter und trägt sicherlich auch nicht unbedingt dazu bei, daß die eigenen Negativprognosen nicht in Erfüllung gehen. Aber was hat man davon? ■

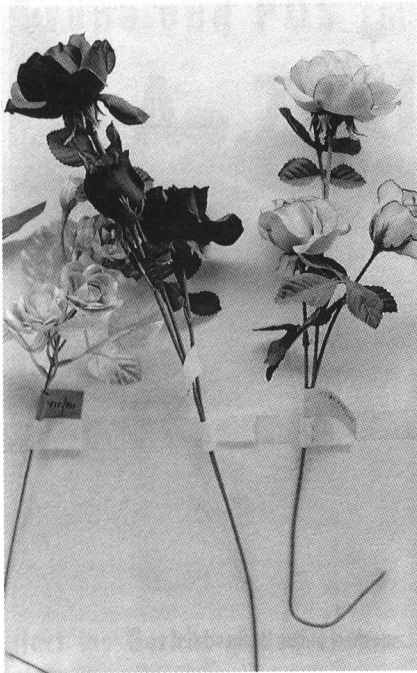
Jürgen Maier ist Bundesvorstandssprecher der deutschen Grünen.

Grün-Konkurrenz von links: PROTESTSTIMME FÜR DIE PDS

Von Verena Krieger

■ Die linksliberale „Frankfurter Rundschau“ entläßt einen langjährigen Mitarbeiter, weil er in Frankfurt (Main) PDS-Kreisvorsitzender geworden ist. Derselbe Mann war seit langem bekanntermaßen in der DKP (Kommunistische Partei) aktiv, doch das hatte nicht gestört. Merke: Einer stalinistischen Par-

tei anzugehören, ist nicht so schlimm wie die Mitarbeit bei einer linken Partei, die sich den Anspruch der 'Erneuerung' und Entstalinisierung auf die Fahnen geschrieben hat. Der kürzlich noch mit satter Mehrheit im Amt bestätigte Metallgewerkschafter Bernd Henn wird auf Betreiben der sozialdemokrati-



... vorausgesetzt sie machen grüne Politik.

schen Arbeitnehmer aus dem Amt geworfen, weil er seine Mitgliedschaft bei der Linken Liste/PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) bekanntgab. Merke: Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft gilt nur für SPD und CDU.

Die Grünen haben sich derweil mit ihrer Zustimmung zum Anschluß endgültig von der Oppositionspartei zur Mitmach-Partei gewendet. Grüne FunktionärInnen denken laut über ihre Teilhabe an den neuen Weltmachtambitionen Großdeutschlands nach. Sie möchten regieren, damit Deutschland seine neue Rolle besser ausfüllt als USA und Sowjetunion - wieder einmal soll die Welt am deutschen Wesen genesen. Und weil mit dem zweiten deutschen Staat zugleich die braune Vergangenheit begraben werden kann, gibt es auch keinen Grund mehr, in internationalen Konflikten Zurückhaltung zu üben: Wer ökonomisch so mächtig ist - dafür haben auch Grüne Verständnis -, will nunmal militärisch mitmischen. Unterdessen stimmt das rot-grün regierte Niedersachsen im Bundesrat für den 'Einheits'-Vertrag, obwohl laut Koalitionsvereinbarung die Grünen wenigstens eine Enthaltung verlangen könnten. Man müsse eben darauf Rücksicht nehmen, daß die Sozialdemokraten ungern als „vaterlandslose Gesellen“ dastehen möchten, begründen sie ihr Zugeständnis.

In den Bündnisverhandlungen für eine gesamtdeutsche grüne Wahlpartei einigt man sich auf eine Wahlplattform, in der vom Willen zur Opposition im kommenden Reichstag die Rede ist, und statt einer scharfen Kritik an der Anschlußpolitik aus Bonn übt man sich in

platter Abgrenzung gegenüber der PDS. Die rot-grüne Koalition in Berlin tritt mit einem Abtreibungsgesetzentwurf an die Öffentlichkeit, der Lebensschutz, Fristenregelung und Zwangsberatung zum Inhalt hat und besser gleich von Frau Süsmuth hätte geschrieben werden sollen. Ich frage mich, ob mein Austritt aus dieser Partei eine Frage von Monaten, Wochen oder Stunden sein wird.

In Köln treffen sich bundesweite InteressentInnen für die Gründung einer Linken Liste/PDS. Die Versammlung mutet an wie ein Klassentreffen von Leuten, die sich seit zwanzig Jahren bekämpfen und nun auf ein Neues ins Machtgerangel einsteigen. Wo so viele Eminenzen alter kommunistischer Gruppen die politische Kultur prägen, können Menschen, deren politische Biographie durch Frauen-, Ökologie- und Friedensbewegung geprägt wurde, nur noch die Flucht antreten. Wie kann man eine neue politische Gruppierung gründen, ohne eine tiefergehende inhaltliche Diskussion? Wie emanzipatorisch ist ein Projekt, das (notgedrungen) innerhalb kürzester Zeit durch kleine Ingroups von oben installiert wurde? Wie oppositionell ist eine Partei, die noch nicht einmal gegen die deutsche Einheit ist und programmatisch kaum über eine Mixtur von Grünen und linker Sozialdemokratie hinauskommt? Wie links ist eine Partei, die nur links ist - die feministische und ökologische Interessen zwar verbal aufgreift, aber nicht von Feministinnen, Ökologinnen und dem alternativen außerparlamentarischen Spektrum aktiv mitgetragen wird? Und vor allem: Wie will die Linke Liste/PDS die Anpassungsprozesse der Grünen vermeiden, wenn sie diese Erfahrungen nicht von Anfang an mitreflektiert?

In Ost-Berlin findet eine Demonstration der PDS statt, an der siebzigtausend Menschen teilnehmen. In den Westmedien wird über diese Demonstration praktisch überhaupt nicht berichtet. Diese Menschen dürfen nicht existieren, denn sie verkörpern das hartnäckige Bewußtsein vieler DDR-BürgerInnen, die eigene Geschichte und Identität - so schmerzhaft und gebrochen sie auch ist - nicht sang- und klanglos in den Mülleimer werfen zu lassen. Gysi muß Hunderten von Menschen sein Autogramm auf ihre nunmehr obsolet gewordenen DDR-Ausweise schreiben, muß ihnen Mut zusprechen, auf den sie in ihrer Mutlosigkeit dringend angewiesen sind. Die von Westmedien und ehemaligen Blockparteien geschürte Hetze, die 350.000 PDS-Mitglieder seien der härteste stalinistische Kern der ehemals mehr als 2 Millionen umfassenden alten Stasi-Partei, ist

wenig überzeugend. Für MitläuferInnen gibt es heutzutage wahrlich wärmere Plätzchen als ausgerechnet die PDS. Karrieristen haben häufig längst den Absprung geschafft. Wer bleibt, das sind neben den unverbesserlichen StalinistInnen viele Menschen, die noch immer nicht echt begreifen können, weshalb alles im Desaster endete, obwohl sie es doch so 'gut gemeint' hatten - und das ist auch ein Gutteil der SED-Minderheit, die schon seit Jahren eine Demokratisierung und Reformierung von Partei und DDR-Gesellschaft wollte und dafür teilweise auch Repressionen erlitten hatte.

Diese Menschen können uns zumindest nicht egal sein. Neben den wenigen wirklichen Oppositionellen der DDR-Geschichte gehören viele von ihnen zum möglichen Potential für eine Politik links von der Sozialdemokratie. Klar: Von 'Erneuerung' zu sprechen ist leicht. Eine tiefergehende Auseinandersetzung der PDS mit ihrer eigenen Vergangenheit muß erst noch geleistet werden, und es gibt aus ihren Reihen bisher nur wenige glaubwürdige Beispiele dafür. Die westdeutsche Linke sollte allerdings daran interessiert sein, daß eine solche Auseinandersetzung überhaupt möglich wird, anstatt daß die PDS zerschlagen und ihre AnhängerInnen marginalisiert wird. Die Chance für emanzipatorische Bewußtseinsveränderungen eines Teils der ehemaligen DDR-BürgerInnen würde damit vermutlich auf lange Zeit zunichte gemacht, was wiederum eine weitere Schwächung der bundesdeutschen linken Opposition zur Folge hätte. Aus diesen Gründen ist es wichtig, daß die PDS in den Reichstag kommt, und das - nur das - legitimierte die Gründung einer Linken Liste in der BRD. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die 5-Prozent-Hürde gekippt hat, sind folglich die politischen Voraussetzungen für die Linke Liste nicht mehr gegeben.

Was wir brauchen, ist eine linksalternative, oppositionelle Partei im Parlament. Die Grünen erfüllen diese Funktion praktisch nicht mehr. Deshalb täte ihnen Konkurrenz nur gut. Die Linke Liste/PDS ist zwar bestimmt keine linksalternative Kraft, aber sie könnte als ein solches Konkurrenzprojekt nützlich sein und die links-politische Szenerie in Deutschland durcheinander wirbeln. Dafür wird sie - falls es sich wahltechnisch als nötig erweist und sie mir bis dahin keinen Anlaß gibt, es mir anders zu überlegen - am 2. Dezember meine Proteststimme bekommen. Mehr nicht.

Verena Krieger war bis 1989 Vorstandssprecherin der bundesdeutschen Grünen.

■ „Wir machen weiter! Wir sind Rebellen und dienen einer gerechten Sache. Skins voran. Wir sind Elite. Terror gegen Terror. Die Rache ist unser, denn Rache ist gerecht. Wir stehen wie ein Bollwerk, wie eine eiserne Wand schaffen wir es. Alle zusammen. Mann für Mann. ... So wie sie gegen uns sind, dürfen sie nichts anderes erwarten, als das Blut fließt. Ihres und Unseres. ... Wir sind die Götter. Und wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Immer mehr werden sich zusammenraffen. Sie werden uns einsperren, sie werden uns zermürben, aber kapitulieren werden wir nicht und wenn es Rückschläge gibt, für uns ist es das Stahlbad das die starken zurückbläst und die schwachen vernichtet. Übrig bleibt der kern.“

Rechtsradikale im deutschen Osten: „RACHE IST GERECHT“

Von Jochen Hippler

Das Gebiet der ehemaligen DDR ist zum Tummelplatz alter und neuer Nazis aus Westdeutschland und Österreich geworden. Der Nährboden dafür ist allerdings hausgemacht.

Bemerkenswert an diesem Text sind nicht allein sein Inhalt und seine eigenwillige Rechtschreibung. Es handelt sich um Teile eines Kassibers, der von

einem 23jährigen Nazi-Skinhead aus dem Gefängnis an seinen 'Gauleiter' geschmuggelt werden sollte. In Ost-Berlin, Hauptstadt der DDR. Er stammt

aus dem Herbst 1988. Das war zu einer Zeit, als Neo-Faschismus und Rechtsradikalismus in der DDR offiziell nicht existierten, als die bloße Existenz der

Kräftige Hilfe aus dem Westen: FAP-Neonazis in Bayern



Fotos: Martin Langer

DDR schon ein Beweis für den zutiefst antifaschistischen Charakter der DDR-Gesellschaft war. Seitdem sind die Dinge in Bewegung gekommen. Die rechte und rechtsradikale Szene in der DDR hat seit der 'Wende' in der DDR und der Öffnung der Grenze einen bemerkenswerten Aufschwung genommen. Sie reicht von unorganisierter Ausländerfeindlichkeit über Parteien wie die REPublikaner bis hin zu bewaffneten Faschistengruppen. Diese Entwicklung wird durch Hilfe aus dem Westen gefördert, aber sie ist in der DDR selbst entstanden und hat sich dort seit Anfang der achtziger Jahre entwickelt.

Die rechte Szene in den 80er Jahren

Die ersten Kerne einer rechtsradikalen Szene ließen sich in der DDR etwa seit 1980/81 beobachten. Rechtsradikalismus blieb bis zu diesem Zeitpunkt sozial unauffällig, eher eine 'Privatsache', der man im Familien- oder Bekanntenkreis anhing. Die DDR-Behörden datieren den Beginn des strafrechtlich relevanten Neo-Nazismus und verwandter Aktivitäten offiziell auf 1981, und diese Terminierung kann durchaus als realistisch angesehen werden.

Die rechtsradikalen Tendenzen Anfang der achtziger Jahre speisten sich aus zwei Quellen: jugendlichen Freundescliquen und Fußballfans. Junge oder sehr junge Leute mit starkem Gruppengefühl und diffusem, noch ungerichtetem

politischem und sozialem Unbehagen fingen an, in Opposition zur DDR-Regierung, zur DDR-Gesellschaft und in Protest gegen bestimmte gesellschaftliche Minderheiten oder konkrete Mißstände rechte oder rechtsradikale Parolen zu rufen und, nicht selten unter Alkoholeinfluß, Schlägereien anzuzetteln.

Die Skinheads

Ein Papier der DDR-Kriminalpolizei (bzw. des Innenministeriums) formulierte Anfang 1990: „Aus diesen Kreisen Jugendlicher rekrutierten sich etwa seit 1982 Skinheads, die mit nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Parolen auftraten und aus solchen Motivlagen bei verschiedenen Gelegenheiten, insbesondere Sport- u.a. Veranstaltungen lokal öffentlichkeitswirksam Straftaten begingen“ - wobei allerdings darauf hinzuweisen ist, daß diese Skinheads im Verlauf der achtziger Jahre eine deutliche Weiterentwicklung durchmachten, was ihren Organisationsgrad, ihre interne Differenzierung und ihre Ideologie betrifft.

Ein anderes Papier („Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR“) aus der gleichen Zeit hat die Skinheads soziologisch untersucht und auch deren Ideologie zum Gegenstand. Diese Studie hat 1.800 Verhörprotokolle, Zeugenaussagen und andere Befragungen vom Herbst 1987 bis zum November 1989 ausgewertet.

Sie kommt zu dem Ergebnis, daß „Skinhead-Gruppierungen seit 1985/86 die am besten entwickelten Organisationselemente haben, aber nur ein Teil der Anhänger in stabile informelle Gruppen eingebunden ist.“

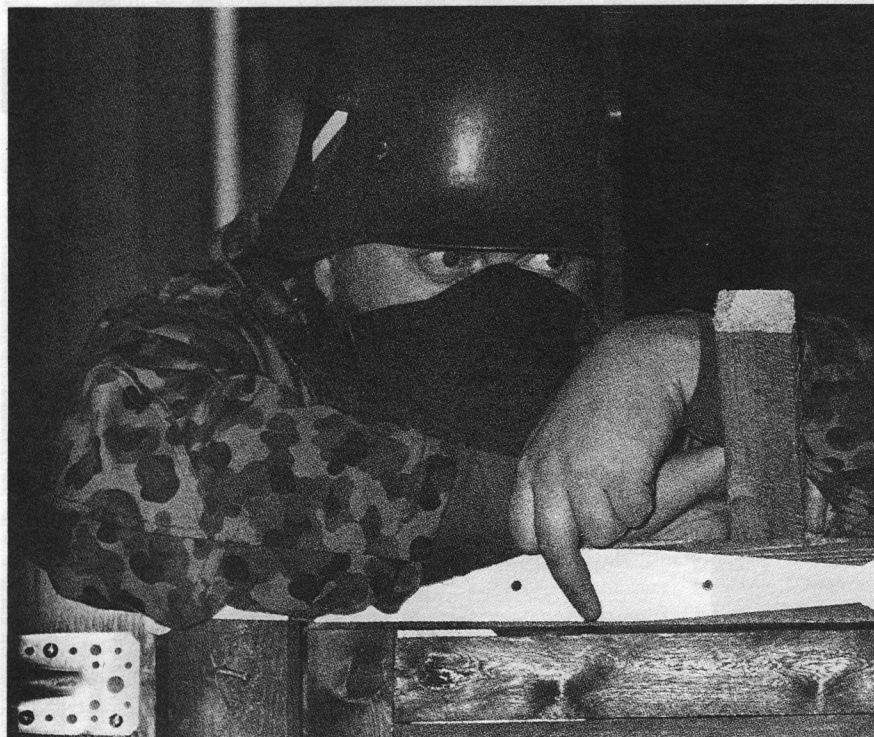
Die Ideologie der Skinheads gruppierte und gruppiert sich um die Propagierung traditioneller 'deutscher Werte' wie Fleiß, Sauberkeit und ähnliches. Ein 18jähriger Bauarbeiter formulierte: „Ich gehe regelmäßig meiner Arbeit nach und bin der Meinung, daß ich fleißig bin und eine gute Arbeit leiste. Das ist der Punkt, der einen echten Skin auszeichnet. ... Insgesamt sind wir fleißig und können Arbeitsbummelei und Schmarotzertum nicht ausstehen. ... Ich bin dieser Gruppierung zugehörig, um wieder mal Ideale zu schaffen. Ich meine damit, Zucht und Ordnung einkehren zu lassen und aufrechte, harte Menschen zu erziehen.“ Ein Lehrling ergänzte: „Ich finde auch solche Dinge wie Kameradschaft und Disziplin gut. Ich bin einfach der Meinung, daß in einem Staat Ordnung herrschen muß und nicht Anarchie. Deshalb lehne ich Punks ab. Die könnten auch in der Mülltonne leben.“

Faschos

Ausgehend von diesen Vorstellungen von Recht und Ordnung, Fleiß und Sauberkeit entwickelte sich im Verlauf der achtziger Jahre eine ideologische 'Verfeinerung'. Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und neofaschistische Ideologie traten stärker hervor. Neben den Skins bildete sich vermutlich 1987/88 eine weitere Strömung heraus, die sich selbst als „Fascho“ bezeichnet. Diese systematisierte die Ideologie im Sinne des klassischen Faschismus, wobei eine Vorliebe für den ehemaligen Strasser-Flügel der NSDAP gegeben ist. Faschos sind heute die ideologische und organisatorische Elite des Rechtsextremismus in der ehemaligen DDR. Sie verfügen über ein entsprechendes Elitebewußtsein und haben sich in ihrem Auftreten von den Skinheads abgesetzt: unauffällig und angepaßt nach außen, streng konspirativ nach innen.

Diese äußere Anpassung bezog sich zum Ende der 80er Jahre nicht nur auf die Faschos, sondern galt partiell auch für einen Teil der Skinheads. Diese hatten bis Anfang 1988 versucht, den „offiziellen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen“ (FDJ, FDGB etc.) der DDR fernzubleiben oder aus ihnen auszutreten. Dies änderte sich im Laufe des letzten Jahres. Im ehemaligen DDR-Innenministerium wurde vorsichtig über die Infiltrationsversuche von Skins

Skinheads - Vom Randal-machen und Parolen-schreien zu einem komplexen Organisationsgrad





Mit der Grenzöffnung kommen neue Möglichkeiten der Ost-West-Zusammenarbeit: Die FAP demonstriert

und Faschos in Polizei und Militär berichtet. „Ausgehend von der Orientierung von Anhängern rechtsradikal-neofaschistischer Gruppierungen auf Dienstverhältnisse in der Volkspolizei, der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Zollverwaltung kann nicht sicher ausgeschlossen werden, daß in diesen Organen schon jetzt Anhänger und Sympathisanten tätig sind.“

Neo-Faschismus hausgemacht

Die SED-Regierung der DDR hatte bis zu ihrem Fall im Herbst 1989 rechtsradikale und neofaschistische Tendenzen in ihrem Land stets ignoriert, geleugnet oder auf den ideologischen Einfluß des Westens zurückgeführt. Solche Erscheinungen hätten in der DDR keinen Nährboden, sie seien ausschließlich importiert. Diese Position war nicht nur sachlich falsch, sie war zugleich politisch verharmlosend und

gefährlich, gerade weil sie mit großem antifaschistischem Gestus vorgetragen wurde.

Rechtsradikale Ideologien bis hin zum Neofaschismus wurden und werden verstärkt noch immer von westlichen Gruppen gefördert. Dies wäre aber ein völlig aussichtsloses Bemühen, wenn es in der DDR keine dafür günstigen Auftreffbedingungen gegeben hätte und gäbe. Der Dokumentarfilmer und Mitbegründer von „Demokratie Jetzt“, Konrad Weiß, hatte im März 1989 diese Probleme untersucht. Dabei betonte er, daß die politische Kultur der DDR in weiten Teilen autoritären und rechten Ideologien entgegengekommen sei.

„Nicht Originalität und Innovation haben den höchsten Stellenwert, sondern Unterordnung und Konvention. Nicht Widerspruch und Kritik sind wirklich geschätzt, sondern Anpassung und Duckmäusertum. ... Die kommunistische Kaderpartei beförderte nicht die Ent-

wicklung demokratischer Tugenden, sondern schuf ein System neuer Privilegien zur Belohnung von Maulheldentum, Untertanengeist und Parteidisziplin. Das Führerprinzip, das sich für die Deutschen als verhängnisvoll erwiesen hatte, erlebte unter anderen Vorzeichen eine Renaissance: erst der Stalinkult, dann der unbedingte Anspruch der kommunistischen Partei, Avantgarde und Vorhut zu sein. Eine basisdemokratische Kontrolle der Mächtigen und ihrer Organe gab es nicht und wird auch heute nicht geduldet. ... All das ist nicht Faschismus. Aber die grundsätzliche Bejahung von Gewalt und der Mangel an demokratischer Kultur haben den Propagandisten der neuen faschistischen Bewegung ein leicht zu beackerns Feld bereitet. Menschen, die hierzulande aufgewachsen und in unseren Schulen erzogen sind, sind ungenügend gegen den Bazillus (rechts-)radikaler Ideologien immunisiert.“

Damit ist ein Teil des Problems benannt, aber noch nicht alles. Um politisch im rechtsradikalen Sinne wirksam werden zu können, mußten zwei weitere Faktoren hinzutreten: Einmal das ökonomische Scheitern der SED, die das Land weitgehend verfallen ließ. Von einer ausreichenden Erfüllung auch berechtigtester materieller Bedürfnisse der Bevölkerung konnte nicht die Rede sein, was sich auch politisch niederschlug. Zweitens wurde diese wirtschaftliche Stagnation von einem Maß an Bevormundung, Bespitzelung und Repression flankiert, was aus wirtschaftlicher Unzufriedenheit bald politische Apathie und dann offenen Haß werden ließ. Dieser Haß gegen SED und (in gewissem Sinne) DDR schlummerte unter der Oberfläche von Resignation und Opportunismus, bis er 1989/90 offen hervorbrach.

Vor diesem Hintergrund einer politisch und ökonomisch bankrotten Staatsführung mit weiterem Allmachtsanspruch gewannen rechte, rechtsradikale und neofaschistische Ideologien gerade bei jungen Leuten (meist Männern) an Attraktivität. Ein früherer Fascho und jetziger REP aus Ost-Berlin erklärte mir, warum er sich den Faschisten angeschlossen hatte: Es seien die konsequentesten Anti-Kommunisten gewesen. Wenn die SED die Nazis so hasse, dann müsse doch an ihnen etwas Gutes dran sein.

Die Grenze ist offen

Nach der Öffnung der Grenze im Herbst 1989 änderten sich die Bedingungen, unter denen Rechtsradikale in Ostdeutschland operieren können, schlagartig. Dabei waren drei Faktoren besonders wichtig. Erstens: Die allgemeine politische Öffnung mit ihrer neuen Rede- und Versammlungsfreiheit erweiterte den politischen Spielraum aller Parteien, und damit auch der radikalen Rechten. Zweitens: Die Grenzöffnung erleichterte die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Gesinnungsfreunden im Westen. Und drittens: Das neue politische Klima im Osten, insbesondere der nationale Taumel um Wiedervereinigung und DM erweiterten den Spielraum und vergrößerten die Legitimität nationalistischer Parolen.

Die rechte Szene aus der BRD begann - mit unterschiedlichem Erfolg -, Einfluß auf die DDR-Rechte zu nehmen, insbesondere die DVU (Deutsche Volksunion), NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands), FAP (Freiheitliche Arbeiterpartei), NF (Nationalistische Front) und - besonders engagiert - die REPUBLIKANER. In einem Papier des

Westberliner Landesamtes für Verfassungsschutz wird in diesem Zusammenhang auf Bemühungen der NPD hingewiesen, zur NDPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) der ehemaligen DDR freundschaftliche Beziehungen zu knüpfen. „Einige Bezirksverbände der NDPD haben die deutschlandpolitischen Vorstellungen der NPD begrüßt, während sich die Parteiführung der NDPD von der NPD auf Distanz hielt.“

Auch die Skinheadszenen profilierte sich weiter durch eine Reihe einzelner militanter Aktionen wie beispielsweise der Jagd auf linke Demonstrant/innen in Leipzig, dem Verprügeln von Volkspolizisten und regelrechten Straßenschlachten in Ost-Berlin und anderswo. Aber durch das verstärkte Hinzutreten insbesondere der REPs gelang es Teilen der Szene, zusätzlich zur konspirativen Arbeit auch noch legale oder teilleale Arbeitsmöglichkeiten zu eröffnen, die ihre Wirksamkeit und Propagandamöglichkeiten verbesserten. Neben den Schlägertrupps der Skins und den hochkonspirativen Fascho-Gruppen trat damit eine Gruppierung mit 'respektablem' Anspruch und Parteicharakter auf die Bühne.

Die REPUBLIKANER

Es wird zunehmend deutlich, daß in der ehemaligen DDR von keiner strengen Trennung zwischen REPs, Skinheads und Faschos die Rede sein kann. Große Teile dieser Gruppen betrachten die REPs nicht nur mit Sympathie, sondern unterstützen sie organisatorisch und personell, auch schon bei Aktionen am Rande der Leipziger Montagsdemos.

Andererseits wäre es falsch, die REPs ungebrochen als parteiliche Repräsentation der Fascho- und Skin-Szene zu betrachten. Bereits ab Februar 1990 gab es oft deutliche Kritik von rechts an den REPs. Die Republikaner funktionieren als eine „rechtsradikale Volkspartei“, als Koalition unterschiedlicher radikal rechter Strömungen, die von demokratisch-nationalkonservativ bis militant neofaschistisch reichen.

Staatsapparat und rechte Szene

Die Reaktion des Staatsapparats auf den Aufschwung der radikalen Rechten war von Widersprüchlichkeit und Hilflosigkeit gekennzeichnet. Auf der politischen Ebene war die Reaktion klar und unmißverständlich: Anfang Februar sprach sich der Runde Tisch für ein Verbot der REPs aus, die Volkskammer entsprach dieser Position und faßte einen entsprechenden Beschluß. Auch

die Tätigkeit von Skins und Faschos fand bei Parteien und Parlament keinerlei Billigung. Anders sah das auf der Ebene der polizeilichen Umsetzung aus. Bei manchen Staatsorganen (wie auch in Teilen der Bevölkerung) gab es traditionell eine stille Sympathie gegenüber Skinheads und anderen Rechtsradikalen - nicht so sehr deren politischer Ideologien wegen, sondern auf Grund der dort vertretenen Sekundärtugenden Fleiß, Sauberkeit, Ordnung etc. und wegen z.T. gemeinsamer Feindbilder (etwa Punks, Schwule, Ausländer, andere Minderheiten). Es hatte in der damaligen DDR schon vor der 'Wende' Fälle gegeben, in denen sich Polizei oder Stasi bewußt passiv verhalten hatten, wenn etwa eine Gruppe Skins gewaltsam gegen Punks vorgegangen war. Dies war aber nur ein Nebenaspekt. Zugleich waren weite Bereiche des DDR-Staatsapparats - und gerade auch der „Sicherheitsorgane“ - seit November/Dezember 1989 gelähmt und kaum noch funktionsfähig. Bis zu diesem Zeitpunkt war in der DDR die Stasi (Staatssicherheit) für den Rechtsextremismus zuständig gewesen, nicht die Polizei. Die Stasi wurde dann zerschlagen, doch die nun zuständige Polizei hatte mit dem Rechtsextremismus nur geringe Erfahrung und kaum Akten oder Unterlagen. Die Rechtslage war unsicher, das alte DDR-Recht praktisch kaum noch anwendbar, neue juristische Grundlagen der Arbeit jedoch nicht gegeben. Dazu kam, daß gerade die Polizei in hohem Maße eingeschüchtert war. Selbst bei gewaltsamen Angriffen auf Polizisten (etwa am Prenzlauer Berg in Ost-Berlin) wurde oft schon gar nicht mehr ermittelt, Auseinandersetzungen mit Skinheads lieber aus dem Weg gegangen.

Der nationale Taumel

Das aktuelle Problem im deutschen Osten ist - trotz des unübersehbaren Aufschwungs der verschiedenen rechtsradikalen Gruppen - nicht deren bevorstehende Machtergreifung. Dazu sind diese Gruppen weiterhin zu schwach, zu klein, zu wenig verankert. In diesem Sinne sollten diese Gruppen zwar nicht verharmlost werden, von ihnen selbst geht aber erst in zweiter oder dritter Linie eine Gefahr aus. Das gilt auch für die REPs (Republikaner), die noch am ehesten das Potential aufweisen, mittelfristig massenwirksam werden zu können. Das Hauptproblem besteht vielmehr in der Entwicklung der politischen Atmosphäre in breiten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere im Süden der ehemaligen DDR. Hier hat sich eine national-

stische Besoffenheit breitgemacht, die der rechtsradikaler Kreise kaum nachsteht.

Ausländerfeindlichkeit ist in einem schockierenden Maße verbreitet. Dies ist um so bemerkenswerter, als in den östlichen Bundesländern nur rund 90.000 Ausländer leben. Arbeiter aus Angola, Mocambique oder Vietnam, Kleinhändler oder Touristen aus Polen werden immer wieder zusammengeschlagen. Rassismus und Sozialneid sind hier die beiden wichtigsten Triebfedern. Der knappe Wohnraum oder die Furcht um den Arbeitsplatz werden oft als Gründe für die Feindschaft gegen Ausländer vorgebracht. Schließlich spielt auch eine Rolle, daß die meisten ausländischen ArbeiterInnen - aber auch StudentInnen - in der Ex-DDR in einer Art Kasernierung gehalten werden und zugleich relativ jung sind. Wenn der soziale (und sexuelle) Druck dieser Lebensverhältnisse in Diskotheken auf die einheimische Kon-

kurrenz trifft, sind Konflikte oft programmiert; rechte Ideologen bemühen sich, dies politisch auszunutzen.

Jenseits der noch winzigen rechtsradikalen Organisationen hat sich in den östlichen Bundesländern, der früheren DDR also, ein breites und diffuses rechtsradikales Ideologiepotehtial aufgebaut, dessen weitere Entwicklung noch schwer abzuschätzen ist.

Wolfgang Brück vom „Zentralinstitut für Jugendforschung“ in Leipzig schätzt auf Grund empirischer Studien, daß 10-15% der Ost-Bevölkerung über ein festgefügtes „rechtsradikales Denkmuster“ verfügen, und daß insgesamt bis zu 50% „rechtsradikale Gefühlsstrukturen“ entwickelt haben. Als Kriterien nennt er Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus, Autoritätsdenken, Gewaltbereitschaft, Intoleranz, Sozialdarwinismus und anderes, wobei die „rechtsradikalen Gefühle“ diese Ele-

mente eher diffus und unreflektiert, das „rechtsradikale Denken“ die gleichen aber systematisiert, durchdacht und in einem Zusammenhang enthalten.

Diese Beobachtungen sind durchaus realistisch, ist doch die ideologische Situation in der ehemaligen DDR insgesamt extrem instabil. Der immer noch vorhandene antifaschistische Impuls der großen Mehrheit der Bevölkerung (bis in Teile der REPs hinein) stellt kein Hindernis dar, zentrale Ideologeelemente der Rechtsradikalen selbst zu formulieren. Dies kann natürlich kein Dauerzustand sein, dieser labile Gefühlszustand wird nach einer Seite umkippen müssen. Der politische Verlauf der letzten Monate läßt es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß dieses Umkippen nach rechts erfolgen wird. ■

Jochen Hippler ist Journalist und lebt in Bonn. Die Fotos zur Geschichte wurden im Westteil Deutschlands gemacht.

Für den Ideologieimport aus dem Westen ist in der ehemaligen DDR der Boden gut vorbereitet





George Bush und UN-Generalsekretär de Cuellar

Funktionswandel der Vereinten Nationen:

US STATT UN

Von Knut Mellenthin

Der Kalte Krieg ist vorbei. Im Golf könnte der heiße bevorstehen. Die Politik der UNO paßt sich den Welt-Neuordnungsplänen an. Präziser: Sie wird angepaßt.

■ Der Kalte Krieg ist beendet, die Rivalität zwischen den Supermächten ist vorbei, umfassende Verständigung und zuverlässige Zusammenarbeit sind an ihre Stelle getreten. Die Fundamente einer völlig neuen internationalen Ordnung werden geschaffen. Die kommende Welt wird friedlicher, gerechter und sicherer als je zuvor. Wer da noch stört, wird durch vereinte, partnerschaftliche Anstrengungen der Weltgemeinschaft zur Raison und nötigenfalls zur Strecke gebracht.

Über eine halbe Million Soldaten sind zur 'Befreiung' Kuwaits und zum Krieg gegen den Irak am Golf konzentriert. 22 Staaten sind mit eigenem Militär am größten Aufmarsch der Nachkriegszeit beteiligt.

„Die Geschichte der UNO kennt keinen einzigen Anlaß, wo so viele Staaten so schnell so solidarisch gehandelt haben“, wurde in einem Kommentar der „Süddeutschen Zeitung“ festgestellt. Das stimmt, und es beleuchtet die Glaubwürdigkeit der einstimmigen Aufregung

über den Aggressor Saddam Hussein. Abgesehen vom Sonderfall des Korea-Krieges (1950-53), in dem aber die Sowjetunion und deren Verbündete noch auf der falschen Seite standen, hat sich die UNO nur zweimal zu Embargo-Beschlüssen zusammengefunden: gegen Südrhodesien (1966/67) und gegen Südafrika (1977). In beiden Fällen wurde von vornherein auf den Versuch verzichtet, die Durchsetzung der Sanktionen mit Blockade und militärischer

Gewalt zu erzwingen; die Beschlüsse der UNO wurden von westlichen Firmen vielfach unterlaufen.

Das Embargo gegen Südafrika bezog sich anfänglich nur auf Waffenlieferungen und andere Produkte von militärischer Bedeutung. Anträge zu einem umfassenden Wirtschaftsboykott wurden durch das Veto der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu Fall gebracht. Die selben drei Staaten hatten 1975 sogar das schon damals beantragte Waffenembargo gegen Südafrika durch ihr Veto blockiert, ebenso wie sie 1974 eine Resolution zum Ausschluß des Rassistenstaates aus der UNO zu Fall brachten.

Kurze Geschichte der UNO

Die UNO, die direkt aus der antifaschistischen Koalition des Zweiten Weltkriegs hervorging, war von Anfang an hierarchisch aufgebaut. Die Vollversammlung aller Mitglieder - damals rund 50, heute über 150 - hat lediglich beratende Funktion; zudem ist sie in allen 'wichtigeren Fällen' nur mit Zweidrittel-Mehrheit beschlußfähig. Die gesamte Macht jedoch, praktische Politik zu veranlassen, liegt beim Sicherheitsrat. Der hatte anfangs elf Mitglieder, heute sind

es 15. Fünf Plätze haben die Hauptmächte der Koalition, die „Ständigen Mitglieder“. Das sind die USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und China. Die übrigen werden aus der Vollversammlung jeweils für zwei Jahre bestimmt. Jedes der fünf Ständigen Mitglieder hat das Recht, Beschlüsse durch sein Veto außer Kraft zu setzen.

Die UNO ist also überhaupt nur handlungsfähig, wenn sich die fünf Hauptmächte einig sind. Das war bisher gerade in brisanten internationalen Krisen nur selten der Fall. Die UNO ist dadurch in der Regel ein untaugliches Instrument bei allen Gelegenheiten, wo eine der fünf Hauptmächte oder eine von ihnen protegierte Regierung engagiert ist.

Eine bemerkenswerte Ausnahme war der unter UN-Flagge geführte Korea-Krieg Anfang der fünfziger Jahre. Am 25. Juni 1950 hatte der sozialistische Nordstaat nach vorausgegangenen permanenten Grenzgefechten eine Großoffensive gegen Südkorea begonnen. Die UNO reagierte mit einer Kriegserklärung an Nordkorea und dem Aufbau einer internationalen Streitmacht. Neben den USA beteiligten sich u.a. Einheiten aus Großbritannien, Kanada, Australien, Frankreich, der Türkei, Griechenland und den Niederlanden. Der Oberbefehl wurde vom UN-Sicherheitsrat den USA übertragen. Nach wechselvollem Verlauf endete der Krieg erst im Juli 1953.

Die UdSSR hätte mit ihrem Veto-recht die Legitimierung dieser US- und NATO-Interventionen durch die UNO verhindern können. Sie weigerte sich aber zu jener Zeit, an den Beratungen des Sicherheitsrates teilzunehmen - aus Protest gegen die Besetzung des China zustehenden Ständigen Sitzes durch einen Vertreter Taiwans. Für die praktische Entwicklung hieß das leider, daß die sowjetische Regierung einer militärischen Eskalation freien Lauf ließ, die sie mit ihrem Veto hätte blockieren oder zumindest der Legitimierung durch die UNO hätte berauben können.

Die Westmächte wollten sich aber auf das diplomatische Ungeschick der sowjetischen Seite nicht verlassen. Deshalb unternahmen sie bald nach Beginn des Korea-Krieges einen Vorstoß, das sowjetische Veto-Recht im Sicherheitsrat grundsätzlich auszuhebeln. Am 3. November 1950 nahm die UN-Vollversammlung einen Antrag an, der dieses Gremium ermächtigte, anstelle des Sicherheitsrates zu Kollektivmaßnahmen, einschließlich des Einsatzes bewaffneter Kräfte, aufzufordern. Dies sollte geschehen, „wenn der Sicherheitsrat auf Grund mangelnder Einstimmigkeit der Ständigen Mitglieder nicht

in der Lage ist, seiner vordringlichen Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nachzukommen“.

Praktischer Gebrauch wurde von dieser Klausel nicht gemacht, zumal dieses Mittel sich später gegen seine Urheber zu wenden drohte: In den fünfziger Jahren verfügten die Staaten des Westens und die von ihnen abhängigen, meist diktatorischen Regimes über eine große Mehrheit in der Vollversammlung.

Neue UNO, alte Welt

Nach dem Beginn des Entkolonialisierungsprozesses ab 1960 und der Verdreifachung der UN-Mitglieder kam es aber besonders in den siebziger Jahren oft zu 'antiimperialistischen' Mehrheiten.

Viel Schelte mußten sich vor allem die Vertreter der „Dritten Welt“ in diesen Jahren anhören: Sie hätten die UNO in ein Tollhaus verwandelt, in ein Zentrum kommunistischer Agitation, in eine antiwestliche Quasselbude. Heute, da sich die gesamte Völkerfamilie nahezu unisono von den Westmächten vorschreiben läßt, was eine verurteilenswerte Aggression ist und was nicht, wird die 'Wiedergeburt' der UNO und ihre Schlüsselrolle bei der Gestaltung der neuen Weltordnung gefeiert.

Die UNO wird ihren Charakter noch mehr verändern, wenn - wie es ausgerechnet sowjetische Politiker vorgeschlagen haben - das 'neue' Deutschland als sechstes Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates an die Seite der Siegermächte des Weltkrieges treten wird. Was man den Deutschen offeriert, wird man auch ihren japanischen Kriegsverbündeten schwerlich verweigern können, sodaß das Übergewicht des Westens im Machtgremium der UNO noch weiter gestärkt würde.

Die Zwei im Jeep als Weltpolizisten

Das Verhalten der Sowjetunion hat vermutlich dazu beigetragen, kritische Stimmen aus der „Dritten Welt“ gegen den NATO-Aufmarsch am Golf zu entmutigen und zum Schweigen zu bringen.

Westliche Medien und Politiker rühmen die „neue Sicherheitspartnerschaft“ USA-UdSSR als Pfeiler einer Weltfriedensordnung. Bei vordergründiger Betrachtung scheint tatsächlich Chruschtschows Traum von 1960, gemeinsam mit den USA als Weltpolizei zu fungieren, in Erfüllung gegangen zu sein.

In der Realität jedoch war die Sowjetunion niemals seit 1945 so weit wie heute davon entfernt, mit den USA und

den anderen Westmächten gleichberechtigt umgehen zu können. Die UdSSR hat in der Golfkrise bisher keine eigenständige Rolle gespielt, ist in der Region weder als politischer noch gar als militärischer Faktor präsent. Die letzte Entscheidung über Krieg oder Frieden liegt bei Politikern und Militärs der USA und der NATO, für die - nimmt man ihre eigenen Sprüche ernst - sogar ein vollständiges Nachgeben Bagdads noch kein Grund wäre, sich vom Golf wieder zurückzuziehen.

Unter dem Aspekt einer künftigen 'neuen Weltordnung' betrachtet, zählt die Sowjetunion zu den Objekten kommender Krisen, nicht zu den Subjekten des internationalen Krisenmanagements, das nun ausschließlich in die Hände der westlichen Großmächte übergegangen ist. Ein Staat in Auflösung, dessen Zentralmacht im eigenen Land kaum noch praktische Autorität ausübt, kann keine globale Rolle mehr spielen. Eher ist möglich, daß demnächst beispielsweise der Kaukasus zum Einsatzgebiet einer 'internationalen Friedenstruppe' im UN-Auftrag wird. Die 'neue Weltordnung', das ist nicht Partnerschaft im Geiste der vielbeschworenen allgemeinschlichen Interessen, sondern das ist internationales Machtmonopol des Westens. Wenn es stimmt, daß der Kalte Krieg beendet ist, dann nur auf Grund des Sieges der einen und der totalen Niederlage der anderen Seite. ■

Knut Mellenthin ist Journalist und lebt in Hamburg.

ANZEIGE

NACH EINER VERGEWALTIGUNG

ist es günstig:

1) sich mit einer Freundin, dem Notruf oder einer anderen Vertrauensperson in Verbindung zu setzen.

2) sich sobald wie möglich einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen (Ärztin Ihres Vertrauens oder gynäkolog. Ambulanz).

3) ein Gedächtnisprotokoll zu verfassen.

4) Falls Sie sich zu einer Anzeige entschließen, gehen Sie nicht allein zur Polizei. Nehmen Sie eine Vertrauensperson mit, Sie haben das Recht dazu. Die Anzeige kann auch zu einem späteren Zeitpunkt gemacht werden.

Vergewaltigung ist nicht nur ein Machtmittel eines einzelnen Mannes gegen eine einzelne Frau, sondern auch ein Herrschaftsinstrument, das alle Frauen unterdrückt.

Für einen Alltag ohne Angst. Jetzt sofort und überall!

NOTRUF UND BERATUNG FÜR VERGEWALTIGTE FRAUEN UND MÄDCHEN. TEL: 93 22 22



Von Jutta Dittfurth

Juni zuvor, beim Kongreß der Radikalen Linken, wurde ein Boykott nicht einmal thematisiert. Was hat sich seitdem verändert? Daß der Prozeß der Annexion der DDR stattfand und weitergehen würde, war absehbar. Die SPD ist noch genauso sehr Kapitalpartei und nationalistisch, wie sie es mit dem Absingen der Nationalhymne im November 1989 durch die Chorknaben Willi Brandt, Walter Momper und andere vor dem Schöneberger Rathaus demonstriert hat. Bei den GRÜNEN haben staatstragende, marktwirtschaftliche Strömungen weitgehend das Sagen. Das wird auch nicht dadurch besser, daß, der Not geschuldet, inzwischen wieder radikale Reden unter Beifall auf Bundesversammlungen gehalten werden. Es weiß ja tatsächlich jede und jeder, daß kein noch so kleines Zipfelchen Regierungsbeteiligung in Sicht ist.

Über CDU/FDP brauchen wir nicht zu sprechen. Also was ist anders? Die PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) mit oder ohne Linke Liste ist als Wahlpartei für den Westen dazugekommen. Einigen Gruppen, die in der Radikalen Linken zusammenkommen, laufen die Leute Richtung PDS davon. Ist das der Anlaß für den Wahlboykott? Manche Radikale Linke sagen: Wir brauchen einen authentischen Ausdruck linksradikaler politischer Opposition zur Abgrenzung, Identitätsbildung und Organisation. Das

damit begründet, daß diese Wahlen ganz besondere Wahlen seien. Sie dienten der Legitimation der Annexion der DDR. Diese Wahlen sind zwar besondere, aber nicht grundsätzlich andere als sonst. Die Annexion der DDR fand ihre spezifische Legitimation in den Wahlen zur Volkskammer (DDR) am 18. März dieses Jahres. Bei all den anderen Bundestagswahlen in den Jahren davor wurde, wenn mensch so will die Kolonialisierung der „Dritten Welt“ 'legitimiert', der Mord an der demokratisch gewählten Regierung Allende und die nachfolgende Militärdiktatur zum Beispiel.

Das hauptsächliche Wirkungsfeld der Linken ist die Gesellschaft und, nur in einem davon abgeleiteten Verständnis und strategisch eingebunden, die parlamentarische Arbeit. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ließen sich 1914 ins kaiserliche Parlament wählen, wissend, daß es zusammentrat, um Kriegskredite zu bewilligen. Ist Luxemburgs Entscheidung aus heutiger Sicht nun falsch oder richtig gewesen?

Unter der Bedingung, daß die parlamentarische Ebene als Mittel der politischen Zuspitzung lodender gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, als Ort der Öffentlichkeit unterdrückter, oppositioneller Meinungen, den Apparat für die Opposition nutzend, und nicht zuletzt zum Schutz der Linken vor staatlichen Repressionen brauchbar ist, kann die Entscheidung zur Beteiligung richtig sein. Auf den subjektiven Faktor und etwa die Bereitschaft, die Rahmenbedingungen parlamentarischer Arbeit in Frage zu stellen, will ich hier nicht weiter eingehen.

Vielen Linken in Deutschland fehlt eine Auseinandersetzung über Perspektiven und Strategien. Sie diskutieren hauptsächlich über taktische Entscheidungen, die erst Resultate der genannten Auseinandersetzungen sein könnten. Und es fehlt offensichtlich der Anstoß, sich mit konkreten Utopien einer künftigen, ökologischen, feministischen, sozialistischen Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Einige Ex-Linke behaupten, der Export von angeblich bis ins Detail ausgearbeiteten Gesellschaftsentwürfen in alle Welt habe verheerende Erfolge gehabt. Und ohne Utopie könne man auch gut leben. Und überhaupt habe es schon immer menschliche Gesellschaften gegeben, die ohne Utopien ausgekommen seien.

Einige bornierte WesteuropäerInnen können sich offensichtlich nicht vorstellen, daß befreiende Utopien je nach den kulturellen Voraussetzungen in dieser Welt völlig unterschiedlich aussehen und ausgesehen haben. Und keine Linke bei Verstand hat je behauptet daß ihre konkrete Utopie die Antwort auf die Probleme der Inkas, nordafrikanischer Nomadenstämme oder eine der neuen osteuropäischen Kolonien sein könnte. Utopien sind keine Sternschnuppen, sondern Konzept gewordene Träume von Menschen aus ihrem Leiden am Alltag. Konkrete Utopie entwickelt sich aus der Kritik der Menschen an ihren konkreten Lebensverhältnissen. Konkrete Utopie hat weder die Absicht noch die Wirkung, die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen zu ersticken. Sie ist kein Gedankengefängnis und keine Bibel. Ohne Utopie versackt linke Politik in dumpfem Reformismus. Sie gibt Power für die notwendigen täglichen Auseinandersetzungen und bestimmt die Richtung und die Qualität der politischen Teilschritte.

Was eine utopische Gesellschaft sein könnte, ist das noch unbekannte Resultat eines offenen, lebendigen Prozesses. Utopische Elemente sind Gleichheit, Emanzipation der Geschlechter, internationale Solidarität, eine partnerschaftliche Beziehung zur Natur, deren Teil wir sind, Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung der Menschen einschließlich der ProduzentInnen, die Befreiung der Arbeit, wirkliche demokratische Verhältnisse, direkte Demokratie mit Räteelementen, Abbau von Staat und Freiheit der Andersdenkenden. - Keine Angst. ■

KEINE ANGST VOR UTOPIEN

Utopien sind keine Sternschnuppen, sondern Konzept gewordene Träume von Menschen, die an ihrem Alltag leiden.

Eine Mehrheit bei den Radikalen Linken hat Anfang Oktober 1990, acht Wochen vor der Reichstagswahl, einen Wahlboykott beschlossen. Im

kann ich verstehen. Und ich bin auch nicht zu allen Zeiten gegen Wahlboykott. Aber all diese wichtigen Aufgaben, Identitätsbildung und Organisation, soll eine nicht vorbereitete Kampagne erfüllen, die am Tag nach der Wahl erlischt, weil sie keinen weiter tragenden Unterbau hat? Es wird nicht mehr sein, als daß eine kleine Zahl von Menschen eine richtige Haltung zeigt. Ein Prozeß der Einmischung in gesellschaftliche Widersprüche ist es nicht.

Der Boykott wird auch



Neue Weltfußballordnung: MEHR GELD, WENIGER SPASS

Von Dietrich Schulze-Marmeling

Europacupspiele und Fußballweltmeisterschaft 1990 machen deutlich: Der Fußballsport stagniert. Kreativität und Spielwitz haben taktischen Überlegungen Platz gemacht. Von Rio de Janeiro bis Bukarest dieselbe Spielanlage: phantasiearmer europäischer Krautfußball.

■ „Mir ist aufgefallen, daß eigentlich nichts aufgefallen ist.“ Während das Volk noch einmal national taumelte, das Fähnchen schwang und sich auf die - wieder einmal unsäglich langweiligen - WM-Bildbände stürzte, benutzte sein Kaiser Franz Beckenbauer einen Auftritt in der Kölner Sporthochschule, um auf den Boden der Tatsachen zurückzukehren. Die Bundesrepublik Deutschland ist der neue Fußballweltmeister, keineswegs unerwartet und durchaus verdient. Die bundesdeutsche Elf spielte nicht übel, allemal besser und ansehnlicher als in Spanien und Mexiko und überließ das Ballhalten und Querspielen dieses Mal anderen Mannschaften. Mit 155 Torschüssen und 15 Toren erwies sich das deutsche Team als das weitaus offensivste unter den 24 Endrunden-Teilnehmern. Zum Vergleich: Endspielpartner Argentinien schoß nicht einmal halb so oft auf das gegnerische Gehäuse.

Was im Siegesrausch indessen geflissentlich unterschlagen wurde: Noch nie war es für eine deutsche Mannschaft so leicht, den Weltmeistertitel zu erringen. Die FIFA-Kommission, deren Auf-

gabe es war, taktische und technische Neuerungen zu notieren, gab sich anschließend völlig ratlos. Der Fußballsport stagniert und scheint sich unaufhaltsam seinem Ende als kreatives Spiel, als Spiel der unzähligen Möglichkeiten zu nähern.

„Es triumphierte der phantasiearme, effektive Krautfußball europäischer Prägung. ... Die Tendenz zu einem reinen Mittelfeldspiel, arm an Torszenen und technischen Raffinessen, unterbrochen von durchschnittlich vierzig bis fünfzig Freistößen, schreitet unerbittlich fort“, lautet Matti Lieskes deprimierendes Fazit in der „Tageszeitung“. Auch der Offensivgeist der deutschen Elf vermag diese Behauptung nicht zu widerlegen.

Was in Italien von den Beckenbauer-Jüngern vorgetragen wurde, war lediglich eine immanente Fortentwicklung eines Spielsystems, das sich bei nächster Gelegenheit auch wieder im endlosen Querschlagen der Lederkugel erschöpfen kann. Nur die bombastische mediale Aufbereitung des Ereignisses wie sein Austragungsort, das Fußballland Italien, wo der Enthusiasmus noch etwas Authentisches hat, konnten über das sportliche Desaster hinwegtäuschen. Da die nächste WM ausgerechnet, aber alles andere als überraschend in den USA stattfinden wird, sind diesbezüglich weitere Steigerungen zu erwarten.

Der Fußball befindet sich in einer Sackgasse. Das Spiel, dessen Faszina-

tion in der Vergangenheit gerade in seiner Unberechenbarkeit lag, wird zusehends berechenbarer und verliert im gleichen Maße an Kreativität. Wissen-



schaftler haben ermittelt, daß heute ein Spieler zwar im Durchschnitt nicht weniger als 10 Kilometer während der 90 Minuten zurücklegt, aber lediglich 200

Meter davon mit dem eigentlichen Gegenstand des Spiels - dem Ball - am Fuß. Hierzu paßt auch, daß die Mehrzahl der nur 115 WM-Tore durch einen direkten Schuß (34) oder per Kopfball (29) erzielt wurde. Beides Belege dafür, daß heute kaum noch Zeit für eine Ballannahme bleibt und die Hauptkonzentration aller taktischen Erwägungen auf Deckungsaufgaben und die Verengung der Räume für Gegner liegt. Wer den „guten alten Zeiten“ der Beckenbauers, Netzers, Overaths oder Cruyffs nachtrauert, muß zugleich eingestehen, daß diese heute keine Schnitte mehr bekommen würden. Das Problem sind dabei weniger die Spieler als solche denn die taktischen Systeme, in die sie gezwängt werden und die sie prägen.

Europäisierung der Ballbehandlung

Italien hat einmal mehr die Herausbildung einer Weltfußballordnung dokumentiert, die sich weitgehend analog zur Struktur der herrschenden Weltwirtschaftsordnung verhält. Auf dem Spielfeld manifestiert sich diese Entwicklung in der Nivellierung bzw. Europäisierung vormals unterschiedlicher Spielstile. Bei nahezu allen WM-Teilnehmern war eine Defensivierung ihrer Spielanlage auszumachen bzw. eine Abnahme der Risikobereitschaft bezüglich der eigenen Angriffsgestaltung. Ein stabiler Defensivblock ist heute das konzeptionelle Herzstück fast aller Mannschaften. Entsprechend gering fiel die durchschnittliche Torquote pro Spiel aus (2,1 pro 90 Minuten).

Selbst als man im Achtelfinale zum k.o.-System übergang, änderte sich hieran nichts. Vielmehr versuchten nun einige Teams, sich vom Anstoß an in ein Elfmeterschießen zu retten. Abweichungen vom gängigen Spielsystem demonstrierten lediglich die Republik Irland und Kamerun. Die Republik verzichtete auf den Libero, während England, Schottland und Brasilien diese kontinentaleuropäische 'Errungenschaft' erstmals adaptierten. Das irische Beharren auf die weithin als anachronistisch angesehenen, auf einer Linie operierenden zwei Viererketten hat laut Trainer Charlton vor allem damit zu tun, daß seine Mannen das kontinentale System schlichtweg nicht spielen können. Ansonsten demonstrierten die Iren traditionellen 'working class'-Fußball.

Eine positive Abweichung stellten zweifelsohne die Kameruner dar, aber wahrscheinlich war dies auch der Grund, warum die Afrikaner den Sprung unter die letzten vier knapp verpaßten. In 37

von 44 Fällen ging die mit 1:0 in Führung gegangene Mannschaft später auch als Sieger vom Platz, sechsmal mußte noch der Ausgleich hingenommen werden, aber nur zweimal ging das Spiel noch verloren. Eines dieser beiden Spiele war das Kameruns gegen England. Den Afrikanern gelang es nicht, einen 2:1 Vorsprung über die Zeit zu retten, sie unterlagen nach 120 Minuten mit 2:3. Kameruns Schwächen lagen im taktischen Bereich wie im Defensivverhalten, was im übrigen mit einer Erklärung dafür ist, warum die Elf in der Foulstatistik des Turniers auf dem ersten Platz rangiert.

Das Leder ist gar nicht so rund

Die Zeiten, wo unterschiedliche Spielsysteme - Manifestationen von kulturell wie sozial unterschiedlichen Lebensumstände und -weisen - aufeinanderprallten, neigen sich dem Ende zu, was die Metropole Europa bevorteilt und die Langeweile befördert.

Aber auch in Europa selbst haben sich die Zeiten geändert: Der traditionelle Arbeiterfußball, in Ländern wie England und Deutschland auch ein Abbild der industriellen Arbeitswelt, gehört mehr und mehr der Vergangenheit an.

Spitzenfußball ist heute 'Angestelltenfußball', zwar technisch perfekter als das proletarische Spiel, aber sowohl an Intuition wie auch an Originalen arm, gewissermaßen 'herzlos'. Die Zeit der Beckenbauers, Overaths und Netzers erscheint in historischer Retrospektive als eine Übergangsphase: Traditionelle proletarische Elemente des Spiels - wie Härte, Kraft und Ausdauer - traten zugunsten technischer Feinheiten in den Hintergrund, aber was diesen Jahren folgte, war das pomadige und gänzlich zweckorientierte Rasenschach Bayern Münchens. Nicht nur die nun einsetzenden astronomischen Gehälter, sondern auch die Spielanlage vergrößerten die soziale Distanz zwischen Akteuren und ihrem traditionellen Publikum. Auch in Südamerika war (und ist) der Fußball primär eine Disziplin der Unterschichten. Nichtsdestotrotz unterschied er sich vom europäischen Pendant erheblich: Südamerikanischer Unterschichtfußball war mehr vorindustriell denn industriell, weniger diszipliniert und spielerischer. Aber in Italien war es nur noch das Team Kameruns, das die „Vision vom Fußball als Kunst“ wach hielt, „von den Sandfußballern und der proletarischen Verve, deren letzte europäische Verkörperung Michael Platini war, der an lothringischen Telegraphenmasten den Freistoß übte“ (Helmut Bottiger in der „Zeit“).

Von den Teams aus Südamerika ließ Brasilien noch am ehesten frühere In-

dividualität und Genialität erkennen, wengleich auch hier bereits eine sehr fortgeschrittene Annäherung an das europäische System zu konstatieren war. 26 weite Querpässe im Spiel gegen Schweden und lediglich 4 Tore in 360 Spielminuten sprechen eine deutliche Sprache. Vom traditionsreichen risikofreudigen Angriffsspiel war kaum mehr etwas zu sehen. Auf der anderen Seite ließen die - ganz europäisch - aus einer stabilen Abwehr herausspielenden Brasilianer aber auch nur zwei Tore zu. Das Aus kam im Spiel gegen den Nachbarn Argentinien, der von den prominenteren Fußballstaaten der „Dritten Welt“ am europäischsten aufspielte. Argentinien mogelte sich in einer Weise ins Finale, wie man es bislang hauptsächlich von der bundesdeutschen Mannschaft gewohnt war: zwei Siege, zwei Niederlagen und drei Unentschieden, also sozusagen ein ausgeglichenes Punktekonto, reichten Maradonas Truppe zur Vizeweltmeisterschaft.

Schwarze Kicker sind billiger

Die Gründe für die Europäisierung des Weltfußballs sind die folgenden: Zum einen hat sich das europäische System als vermeintlich überlegen - weil systematischer, rationaler und erfolgsorientierter, was allerdings noch nichts über seinen Unterhaltungswert aussagt - erwiesen. Die Diskussion europäischer versus südamerikanischer Stil ist auf dem Subkontinent im übrigen keineswegs neu, sondern beispielsweise in Brasilien mittlerweile gut 40 Jahre alt. Als Brasilien 1950 das WM-Endspiel im eigenen Land verlor, machten viele der der weißen Kompradorenklasse nahestehende Kommentatoren den gemischtrassigen Charakter des Teams für die „nationale Katastrophe“ verantwortlich: Der gemischtrassigen Mannschaft habe es an „europäischer Kraft und Stärke“

gemangelt. So war der Einsatz des damals 17jährigen Pele bei der WM 1958 keineswegs unumstritten, aber zwei Titelgewinne in Folge - dem Sieg von Schweden folgte ein weiterer 1962 in Chile - beendeten die Debatte zunächst. Doch seit dem WM-Debakel von 1966, das nicht zuletzt dem Umstand geschuldet war, daß Pele von seinen europäischen Gegenspielern aufs übelste zusammengetreten wurde, fuhr der Zug immer schneller in Richtung Europäisierung.

Zum anderen wird die Europäisierung allein schon dadurch erzwungen, daß mehr und mehr südamerikanische Kicker ihr Brot in westeuropäischen Ligen verdienen, weil ihre Heimatländer und Heimatvereine finanziell bankrott sind. So standen zum Zeitpunkt der WM nicht weniger als neun Spieler der brasilianischen Stammformation bei westeuropäischen Vereinen unter Vertrag.

Uruguays Trainer Oscar Washington nahm die WM und das enttäuschende Abschneiden seines Landes zum Anlaß, den Massenexport junger und oft noch unfertiger uruguayischer Fußballer zu beklagen, der für den Niedergang des traditionsreichen 'Celeste' verantwortlich sei. Zwischen den 30er und 50er Jahren galt das Team Uruguays, das in dieser Zeitspanne zwei von vier Weltmeisterschaften gewann, als die Inkarnation von Spielwitz und Technik schlechthin. Über 200 uruguayische Kicker sollen derzeit im Ausland spielen, wo sie ihrer ursprünglichen Spielweise weitgehend beraubt und in das europäische System gepreßt werden.

Der Vorteil der Verpflichtung von Spielern aus der traditionellen „Dritten Welt“ - neben den südamerikanischen Fußballstaaten Brasilien, Argentinien und Uruguay zählen mittlerweile auch einige afrikanische Staaten zu den Kickerexporteuren - und der neuen „Dritten Welt“ des ehemaligen Ostblock besteht

darin, daß sie ungleich billiger ausfallen als Spieler westeuropäischer Herkunft gleicher Qualität. Nicht von ungefähr waren es in der deutschen Bundesliga in der letzten Saison gerade Vereine aus der Abstiegszone und mit finanziellen Problemen - Homburg, der Hamburger SV und der F.C. St. Pauli - sowie einige Zweitligisten, die sich auf den südamerikanischen und osteuropäischen Märkten bedienten. Die Verpflichtung von „Dritte-Welt“-Spielern verspricht dabei gleich zum doppelten Geschäft zu werden: Sie werden zu Dumpingpreisen erworben, um dann innerhalb des europäischen Marktes zum Vielfachen des Einkaufspreises weiterverkauft zu werden. In welchem Ausmaß Weltwirtschaftsordnung und Weltfußballordnung mittlerweile konform gehen, dokumentieren in drastischer Weise die Transfers des Brasilianers Romário und des Rumänen Lupescu. Romário wurde nach der Olympiade 1988, bei der er der erfolgreichste Torschütze war, vom holländischen Erstdivisionär und Europapokalsieger PSV Eindhoven erworben, der dem „Philips“-Konzern gehört. Die Ablössumme des brasilianischen Stürmerstars wurde mit dem brasilianischen Schuldendienst bei holländischen Banken verrechnet. Lupescu, einer der auffälligeren Akteure dieser WM, tritt mittlerweile für Bayer Leverkusen den Ball. Die Leverkusener überwiesen für den Rumänen die vergleichsweise bescheidene Summe von 900.000 Dollar plus Medikamente zum Großhandelspreis von 400.000 Dollar. Bei der Medikamentensendung handelte es sich keineswegs um eine milde Gabe an das medizinisch unterversorgte Rumänien, da sie den „Bayer“-Konzern in der Herstellung höchstens ein Viertel des Großhandelspreises kosteten. ■

Dietrich Schulze-Marmeling ist Journalist und schreibt zur Zeit ein Buch über das Ledertreten.

ANZEIGE

Endlich.

Das Alternative Branchenbuch mit über 7.000 Adressen ist das umfangreichste Verzeichnis umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen. Zusätzlich enthält es über 60 Seiten Tips und Informationen zu den zentralen Themen wie

Baubiologie, Naturkost, Ökologie, Kosmetik, ganzheitliche Medizin, Solartechnologie u.v.m. Endlich ein Nachschlagewerk, in dem Sie alles finden, was Ihre Gesundheit und unsere Umwelt schützt. **Bestellen Sie es am besten gleich jetzt!**



Ich bestelle ein Exemplar **Das Alternative Branchenbuch** mit 10 Tagen Rückgaberecht. Bitte Scheck über **ÖS 142,-** beilegen. Coupon einsenden an: ABB-Redaktion Wien, Schwertgasse 4/6, 1010 Wien. Tel.: 0222/5354852-13 (Absender nicht vergessen!)





Fotos: Walter Keller

150.000 Fahrradrikschas - dreirädrige Taxen - gibt es in Bangladeshs Hauptstadt Dhaka. Weit mehr als nur ein scheinbar archaisches Transportmittel, sind die Rikschas ein Stück 'fahrende Kunst' und wohl die buntesten und verziertesten Gefährte der Welt. Eine Bildreportage.

Alptraum eines jeden Stadtplaners. Oft kommt es zu regelrechten Rikscha-Staus





Bemalung einer Rikscha

Die Kunst am Rad: FAHRRADRIKSCHAS IN BANGLADESH

Von Walter Keller

„Wollen Sie mal hochkommen und sich alles von hier aus ansehen?“, ruft mir ein Polizist freundlich zu. Er steht auf seiner gut zwei Meter hohen Verkehrsinsel mitten auf einer Kreuzung Dhakas, der Hauptstadt Bangladeshs, des ehemaligen Ostpakistan. Sicherlich hat er Mitleid mit mir, weil er beobachtet haben muß, wie ich mich soeben im Zickzack über die Straßenkreuzung gedrängt habe. Dabei mußte ich höllisch aufpassen, nicht überrollt zu werden. Nein, die Gefahren im Straßenverkehr Dhakas gehen nicht nur von der ständig wachsenden Zahl motorisierter Fahrzeuge aus. Es sind vor allem Fahrradrikschas, jene dreirädrigen Gefährte, vor denen man sich in Acht nehmen muß, weil sie in der 7 Millionen Stadt in Schwärmen auftreten und das Bild der Metropole ungleich stärker bestimmen als die Londoner Cabs die britische Hauptstadt. Nirgendwo sonst auf der Welt, wo Fahrradtaxen betrieben werden, gibt es mehr: 150.000 sind es allein in Dhaka. 300.000 Fahrer, die im

Schichtdienst rund um die Uhr arbeiten, befördern täglich Millionen von Fahrgästen. Etwa 20 Prozent der Stadtbevölkerung hängt direkt oder indirekt von dieser Industrie ab - landesweit sind es sogar mehrere Millionen Menschen.

Ich nehme das Angebot des freundlichen Polizisten gerne an und klettere zu seinem Arbeitsplatz hinauf. Sofort entwickelt sich ein Gespräch, das er immer wieder kurzzeitig unterbricht, um des unbeschreiblichen Treibens unter uns durch ein paar Armbewegungen Herr zu werden. Aber niemand scheint sich um ihn zu kümmern. Die Fahrer bahnen sich ihren eigenen Weg durch das Gewirr. Und die Fahrgäste, die etwas erhöht hinter ihnen sitzen, scheinen alles mit Fassung zu tragen.

Rikschas in Bangladesh, vor allem die in Dhaka, tragen schon wegen ihrer großen Anzahl zu den regelmäßigen Verkehrsstaus in der Stadt bei. Hinzu kommt die unorthodoxe Fahrweise der Rikscha-Wallahs, wie die Fahrer im Volksmund genannt werden. Sie radeln



Was ein Rikscha-Wallah befördern muß

ihre Fahrgäste ans Ziel, ohne dabei irgendeine Verkehrsregel zu beachten. Straßen, auf denen die dreirädrigen Stahlrösser verkehren, bereiten den Stadtplanern, die an staufreien Konzepten für den motorisierten Nahverkehr arbeiten, Alpträume. Für den Großteil der Bewohner Dhakas jedoch bieten Rikschas die einzig erschwingliche Form des innerstädtischen Transports.

Republik oder Monarchie:

„FAHRT ZUR HÖLLE“

Über die Lage im Himalayastaat sprach Walter Keller in Katmandu mit Nepals Premierminister Krishna Prasad Bhattarai.

Seit sechs Monaten ist Nepals Übergangsregierung im Amt. Mitte April mußte Nepals Monarch, König Birendra, dem wachsenden Druck der Bevölkerung nachgeben: Das parteilose Panchayatssystem, das ihm bis dahin nahezu unumschränkte Macht zugestand, fiel. Eine Koalition aus der alten „Nepali Congress Party“ und der „United Left Front“, einem Zusammenschluß von sieben Linksparteien, versucht seitdem, das Land zu demokratischen Verhältnissen zu führen. Vorrangiges Ziel der Übergangsregierung - formal ein dem König unterstelltes Exekutivorgan - war es, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Dafür gingen bei einer unabhängigen Verfassungskommission nahezu 10.000 Vorschläge aus der Bevölkerung ein. Anfang September wurde ein Verfassungsentwurf, der die starke Einschränkung der Macht des Monarchen vorsieht, dem König übergeben, dem es nun obliegt, die neue Verfassung in Kraft zu setzen.

Als nächster Schritt auf dem Weg zu demokratischen Verhältnissen im Himalayastaat sind für April 1991 Wahlen vorgesehen. Bis dahin sind noch zahlreiche Hürden zu überwinden. Immer fraglicher ist, ob die Übergangsregierung, bestehend aus konservativen und linken Kräften, noch bis zum Wahltermin hält. In den vergangenen Wochen haben nicht nur die Probleme zwischen den Koalitionspartnern, sondern auch innerhalb der an der Übergangsregierung beteiligten Parteien zugenommen.

Sind Sie mit dem Verfassungsentwurf zufrieden?

Insgesamt ja, obwohl wir („Nepali Congress“) noch Raum für Verbesserungen sehen. Ich werde jedoch dem König vorschlagen, den Entwurf in der jetzigen Form in toto zu akzeptieren. Änderungen können dann noch nach den Wahlen erfolgen. Es gibt aber viel Kritik von seiten der Parteien, die nicht an der jetzigen Übergangsregierung beteiligt sind. Diese Kräfte setzen sich aus genau den Kreisen zusammen, die noch bis vor kurzem für die uneingeschränkte Macht des Königs eintraten.

Weshalb haben Sie Ihre Europareise abgesagt?

Ich wollte in die Länder reisen, mit denen wir gute und enge Beziehungen pflegen. In die USA, nach Österreich, in die Bundesrepublik und nach Frankreich. Zwischenzeitlich konnte dann jedoch die Kommission ihren Verfassungsentwurf unterbreiten, der dem König übergeben wurde. Und danach gab es

zahlreiche Diskussionen und Probleme. Ich muß leider zugeben, daß die Lage in unserem Land immer noch nicht normal ist, obwohl sich die Übergangsregierung bemüht hat, für normale Verhältnisse zu sorgen. Dies haben wir bisher nicht erreichen können. Dafür gibt es zahlreiche Gründe. Unsere Übergangsregierung besteht aus einer Koalition von „Nepali Congress“ und sieben Linksparteien. Einige dieser Linksparteien scheinen offensichtlich die Realität in unserem Land nicht wahrhaben zu wollen. So spielt beispielsweise der König immer noch eine große und entscheidende Rolle in der nepalischen Politik, obwohl er sich dazu bereit erklärt hat, zukünftig nur noch konstitutioneller Monarch zu sein. Wenn die linken Parteien nun zu viele Reformen auf einmal fordern, ist es für mich als Regierungschef sehr schwierig, dies dem König gegenüber zu vertreten. Mit solchen Spannungen läßt sich nicht sehr lange arbeiten.

Besteht denn die Gefahr, daß die Übergangsregierung auseinanderbricht?

Momentan befürchte ich dies nicht. Ich denke, die Linke wird dies nicht riskieren wollen, weil sie selber gerne in der Regierung bleiben will. Wenn mir jedoch weiterhin so große Schwierigkeiten von dieser Seite bereitet werden, könnte eine Situation entstehen, wo ich sage: Auf Wiedersehen, fahrt zur Hölle!

Weite Teile der Bevölkerung scheinen vor allem mit der Wirtschaft unzufrieden. Viele erzählen, es habe sich bisher nicht viel verändert.

Alle verantwortlichen Kräfte im Land müssen zusammenstehen. Es müssen Güter produziert und nicht nur aus Indien oder China importiert werden. Die Produktion von Gütern ist durch die politischen Veränderungen der letzten Monate total gestört. Waren sind knapp geworden.

Vor allem ist die Abhängigkeit Nepals von indischen Waren überall sichtbar.

Nicht nur von indischen Waren. Auch China liefert viel. Abgesehen vom offiziellen Handel mit den beiden Ländern gibt es weiterhin den illegalen Handel, also Schmuggelaktivitäten. Der Umfang ist groß, vielleicht werden zwei- oder dreimal soviel Waren gehandelt wie offiziell erfaßt werden. Es gibt Distrikte in Nepal, wo 60% der Bevölkerung vom Schmuggel leben.

Bleibt es bei Wahlen im April?

Ja, sie sollen im April nächsten Jahres stattfinden.

Versuche, die bunten Gefährte, die schon 1937 eingeführt wurden, durch 'moderne' Taxen zu ersetzen, sind von Politikern immer wieder unternommen worden. Für viele von ihnen sind die von Muskelkraft angetriebenen Transportmittel ein Symbol der Unterentwicklung Bangladeshs. Der Ersatz der Fahrradrickschas durch noch mehr Busse oder motorisierte Taxen hätte jedoch schwerwiegende Folgen: Nicht nur die Arbeitslosigkeit stiege drastisch an, auch die Luft in der Stadt würde noch schlechter, als sie heute schon ist. Die mit einem Benzin-Öl-Gemisch fahrenden Autoscooter - die 'moderne' Version einer Fahrradrickscha -, Privatfahrzeuge und schwarze Rauchwolken ausstoßende Lastwagen und Busse verursachen bei vielen Menschen Atemwegsbeschwerden, Augenbrennen und Hustenreiz.

Kunst am Rad

Weil Rikshas in Bangladesh mehr sind als nur ein scheinbar archaisches Transportmittel, würde jeder, der sie aus den Straßen verbannen will, auch ein



Stück 'fahrende Kunst' zerstören. Kunst an der Riksha ist die Kunst der Armen und Unterdrückten. Rikshas in diesem Land, das zu den ärmsten der Welt zählt, sind die buntesten und verziertesten Gefährte der Welt. Kaum ein Dreirad, das nicht liebevoll bemalt und mit zahlreichen Schnörkeln verziert ist. Selbst auf dem Lenker haben viele der Fahrer noch kleine Fähnchen oder Blumenvasen montiert, in denen Plastikblumen durch die Stadt kutschiert werden. Ganz besonders geachtet wird auf die Bemalung einer Holz- oder Zinkplatte, die am Heck angebracht ist. Waren bis vor einigen Jahren noch Darstellungen von Kampfszenen aus dem Befreiungskrieg von 1971 vorherrschend, so sind heute andere Motive besonders beliebt. Es sind vor allem Allegorien, die kunstvoll und farbig das Leben auf dem Land idealisieren. Andere Bilder kopieren in grellen Farben Kinoplakate oder thematisieren bildlich die Überschwemmungskatastrophen, die in brutaler Regelmäßig-



Riksch-Wallah bei der Arbeit. Sie zählen zu den Ärmsten der Stadt

keit große Teile des Landes am Ganges und Brahmaputra - die hier Padma und Megna heißen - unter Wasser setzen und Menschen und Tiere hinwegraffen. Westliche Motive haben zunehmend

Konjunktur: 8-spurige Autobahnen mit Brückenviadukten und selbst der Luft-hansa-Airport-Express, der sich in einer naiven Darstellung am Rhein entlang windet, fehlen nicht.

Vom Kind bis zum Greis: Riksch-Wallah

Die Faszination, die von der Farbenpracht der Rikschas und ihren aufgemalten Kunstwerken ausgeht, versperrt die Sicht für das meist harte Leben ihrer Fahrer. Sie zählen zu den Ärmsten der Armen, viele sind noch im Kindesalter, andere, die sich mit ihrer 'Fracht' über die Straße quälen, sicherlich schon über 60 Jahre alt. Gemeinsam ist ihnen, daß sie mager und ausgezehrt sind und verbrannt von der Sonne. Die meisten Rikschafahrer Dhakas sind irgendwann einmal vom Land gekommen. Die wachsende Armut hat sie alleine oder mit ihren Familien in die Stadt getrieben. Einmal in Dhaka, landen sie in den Slums der Großstadt, wo der Traum von einem guten Leben schnell zerbricht. Wenn überhaupt Arbeit gefunden wird, ist es häufig nur die harte Arbeit als Riksch-Wallah. Der Verdienst ist zu gering zum Leben und zu hoch zum Sterben. Das große Geld machen indes

andere: zum Beispiel die Vermieter. Nur drei Prozent der Fahrer sind Eigentümer ihrer Riksha. 97 Prozent mieten sich ihr Arbeitsgerät von sogenannten Mahajans, die den Großteil der Einkünfte der Fahrer einstreichen.

So ist verständlich, daß jeder Riksch-Wallah von seiner eigenen Riksha träumt. Aber für die meisten geht dieser Traum nie in Erfüllung. Wenn die Mahajans gefürchten sind, so gibt es eine Berufsgruppe in der Stadt, die von den Fahrern gehaßt wird: Es sind die Verkehrspolizisten, die immer wieder versuchen, ihre mageren Gehälter durch 'Bußgelder' aufzubessern, die sie willkürlich einfordern. Daß die zehn, zwanzig oder fünfzig Taka, die eigentlich in die Staatskasse fließen müßten, ohne lange Umwege in den Taschen der Beamten verschwinden, muß hier nicht ausdrücklich betont werden.

Ich stehe übrigens noch immer auf der Kreuzung und betrachte fasziniert das Treiben unter mir. „Solche Fotos können Sie wohl sonst nirgendwo auf der Welt machen“, meint der freundliche Polizist auf der Verkehrsinsel. Recht hat der Mann. ■

Walter Keller ist Journalist und arbeitet im Dortmunder Südasien-Büro.

Rikschas sind auch Werbeträger. Hier für einen Kinofilm

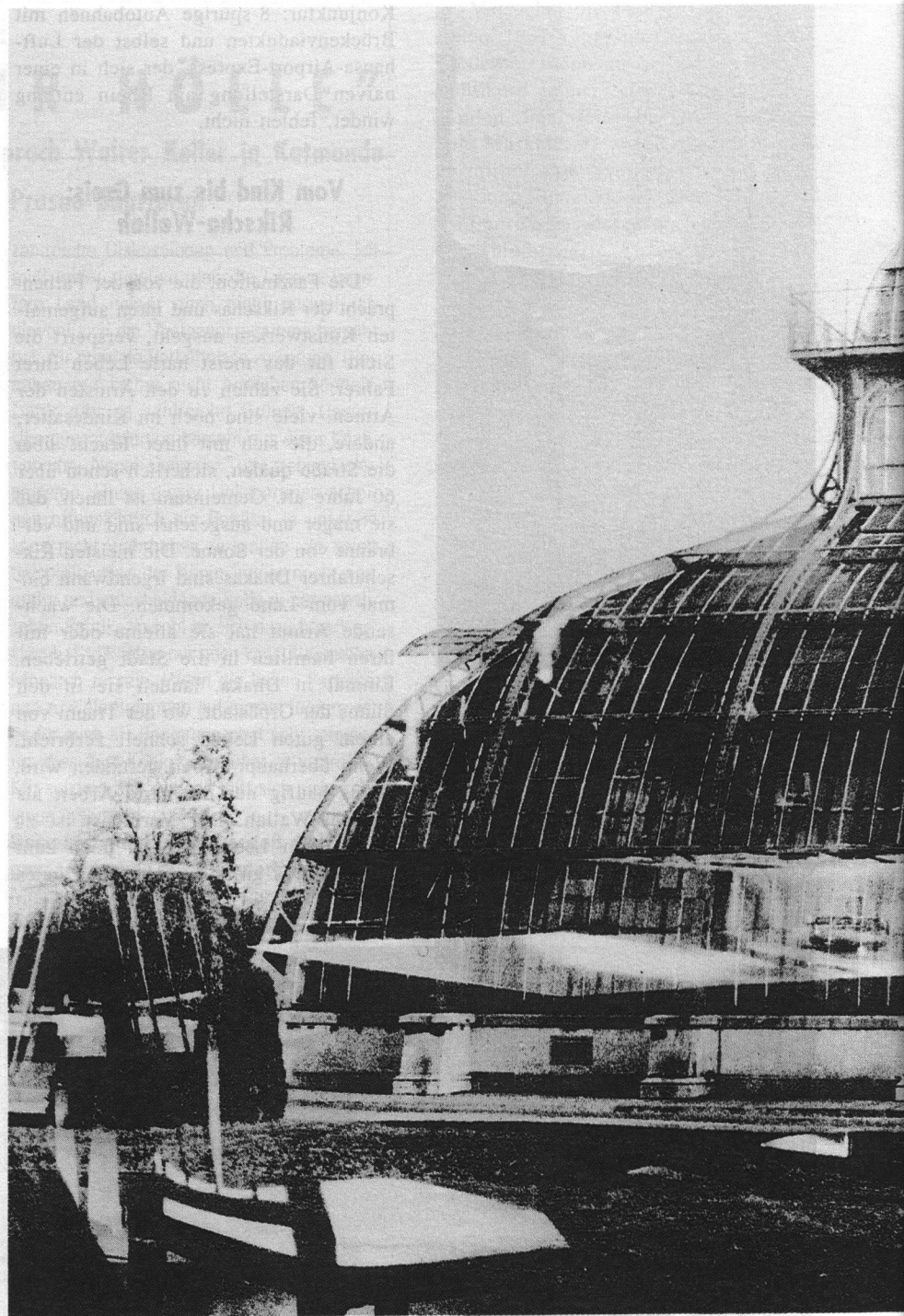


■ Nachweislich versuchte man bereits in der Antike, Pflanzen in eigens dafür geschaffenen Gebäuden unabhängig von Jahreszeiten und klimatischen Konditionen aufzuziehen bzw. zu bewahren. Erste Funde waren Überreste, Fragmente von Treibhäusern bei den Ausgrabungen von Pompeji, höchstwahrscheinlich an Stelle von Glas damals noch mit dünnen, lichtdurchlässigen Steinscheiben gedeckt, obwohl Römer seit 200 v. Chr. im Sandgußverfahren Glas mittlerer Größenordnung herstellten. Die für uns interessante Geschichte moderner Gewächshäuser resultiert aus den Entdeckungsreisen ab der Renaissance. Kolonialismus und Welthandel, im besonderen die Ausbeutung der spanisch-portugiesischen, der englischen und holländischen Kolonien überfluteten den europäischen Markt mit bis dato unbekannten Früchten, die vor allem auf den Tischen der Aristokraten und besonders wohlhabender Bürger landeten. Ein ständiger Nachschub an Pflanzen, Samen oder Blumenzwiebeln erweckte die Sehnsucht, diese Exoten auch in fremdbestimmten Zonen mit völlig unterschiedlichem Klima haltbar zu machen.

Beispiel Orange: Im 13. Jahrhundert nach Europa gebracht, im 15. Jhdt. die ersten Bäumchen gezogen, bei der italienischen Aristokratie dermaßen beliebt, daß sie (die Orange natürlich) im 16. Jhdt. nicht mehr vom Klischeebild eines europäischen Hofes wegzudenken war. Kann man heute höchstens noch Besucher aus dem Osten damit ködern, so stellten Zitrusfrüchte in der Renaissance hohen Lebensstandard und Prestige dar. Maler dokumentierten diese Tatsache eifrigst mit dem Pinsel, Hieronymus Bosch genauso wie Jan van Eyck.

Improvisierte man vorerst mit bereits vorhandenen Baulichkeiten wie Gartensälen oder Grotten, die sich in der kälteren Jahreszeit mit Holzläden schließen ließen, so entwarf man in der Folge rasch eigene Bauten für die botanischen Exoten. Fachwerkartige Gerüste wurden im Herbst über den Pflanzen errichtet, mit Brettern verkleidet und durch Läden belichtet. Nachteile der 'abschlagbaren' Pomeranzen- oder Feigenhäuser ergaben sich aus der schlechten Wärmeisolierung und den kostenintensiven Auf- bzw. Abbauarbeiten. Die Idee einer dreiseitig gemauerten Grundkonstruktion entstand aus dieser Notsituation, nun brauchte lediglich die Südseite bei bevorstehender Kälte bedeckt zu werden.

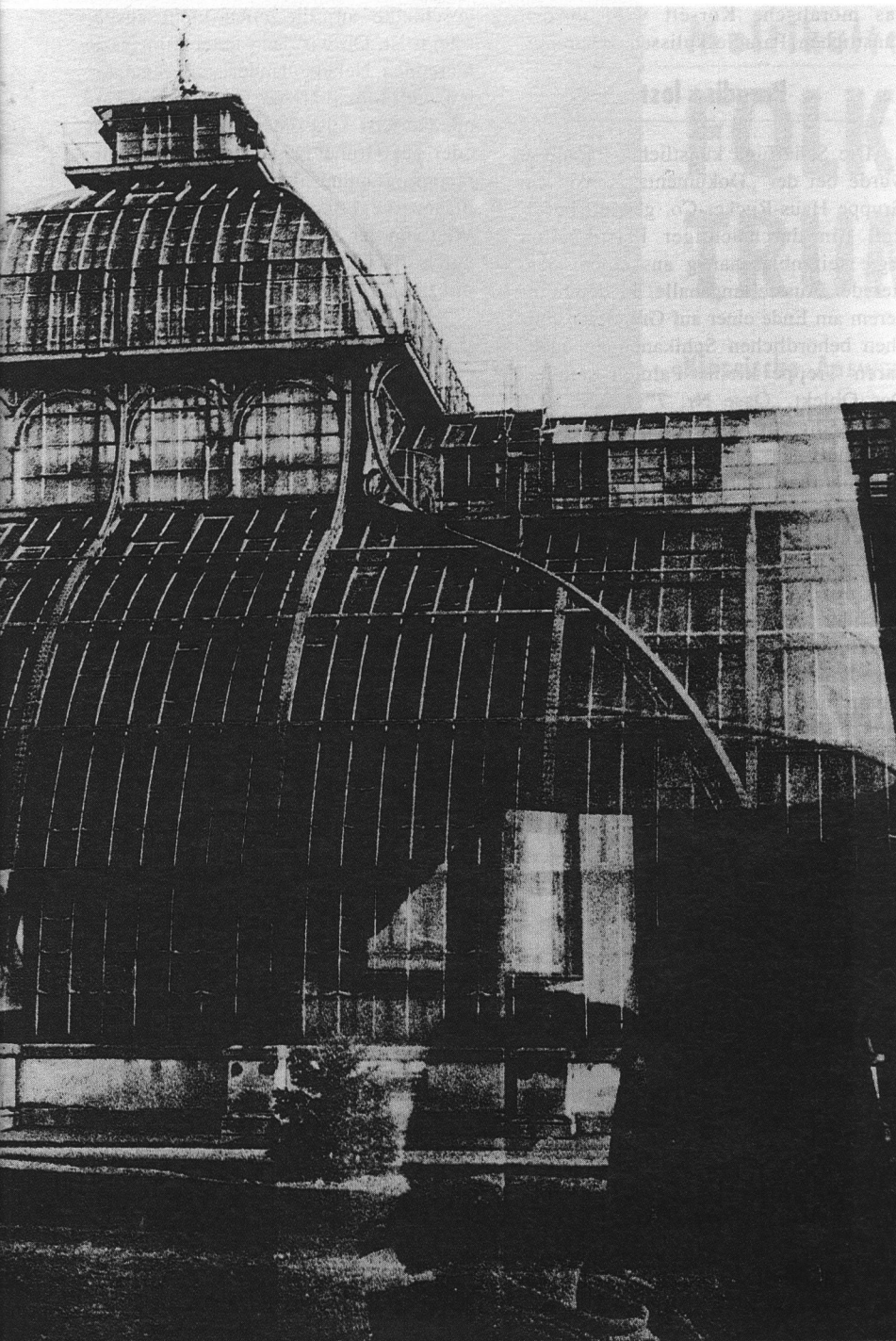
Aus dem Holzprovisorium entwickelte sich die Orangerie, die außerdem im passenden Repräsentationsstil in die umgebende Herrschaftsarchitektur einge-



GLÄSERNE ARCHEN

Von Christian Feichtinger

Das Wiener Palmenhaus wird ab 30. November - nach langem renovierungsabhängigem Intermezzo - der Öffentlichkeit wieder zugänglich sein. Genügend Anlaß, um beim Flanieren unter tropischem Blätterdach einen kleinen Diskurs über diese höchst artifizielle Situation von Pflanzen zu entfachen.



Orangerie war Mitte des 18. Jahrhunderts erreicht.

Der Zitrus-Trend ließ merklich nach, die barocke Bauweise sinnierte über neuere, passendere Gebäudetypen, die auch im Landschaftsgarten integrierbar wären. „Funktion trifft Repräsentation“ war angesagt, Glas billiger geworden, und so hielten die Architekten den Anteil an konstruktiven Teilen so gering als möglich. Die gesteigerten klimatischen Bedingungen brachten z.B. die Ananas nach Deutschland.

Boom des 19. Jahrhunderts oder Flucht in die Exotik

Die wichtigste Voraussetzung zur Perfektionierung der Glashäuser lag im industriellen Vorsprung Englands gegenüber anderen Ländern. Weiters gingen die Gartenarchitekten vom geometrischen französischen Vorbild zum typisch britischen Landschaftsgarten über. Landflucht, überquellende Städte, ausbaunotwendige Verkehrs- und Kommunikationswege verlangten förmlich den Einsatz neuester Materialien, im speziellen die Verwendung von Eisenkonstruktionen. Nicht nur die Botanik profitierte davon, sondern gerade an Brücken- bzw. Bahnhofsbauten des 19. Jahrhunderts lassen sich diese enormen technischen Entwicklungen ablesen. Optisch war nun eine größere Vielfalt an funktional besseren Formen umsetzbar. Kuppeln und Halbkuppeln, an denen das Wasser problemlos ablaufen konnte, polygonale Muster vom Grundriß weg bis hin zu Spezialbauten mit niedrigem Glasdach bei Wasserpflanzenhäusern, in denen Pflanzen auf Drehtellern in Kreisbewegung versetzt wurden. Legendar aus dieser Zeit blieb das erstmalige Blühen einer Victoria Regia in Kew. Der Architekt John Paxton, dessen Prinzip es war, aus wenigen vorgefertigten Teilen einen Bau herzustellen, zeichnete denn auch für die wohl berühmteste Ikone des industriellen Zeitalters verantwortlich, den Kristallpalast von London 1851, der einen wahren Reigen von Weltaustellungen eröffnete. Symbolisch signalisierte dieses Event den Aufbruch zu noch größeren Dimensionen, von den 'künstlichen Paradiesen' des Baudelaire bis zu den Wolkenkratzern des 20. Jahrhunderts.

Im Monument des „Palastes aus Kristall“, einst einer romantischen Idee entsprungen, manifestierte sich der Sieg modernster Technik mittels präfabrizierter Fertigteile in der Architektur, die Einbeziehung der Natur in hermetische Innenräume. Doch nicht nur Montage und Modulsysteme triumphierten, die

gliedert wurde. Die Fürsten motivierten ihre Pflanzenkollektionen durch Dekorationssucht oder kulinarische Exzentrik, Privatleute leisteten sich den Aufbau von Exoten in botanischen Gärten im wissenschaftlichen Dienste, meist an Universitäten. Ein reger Tauschhandel entstand, die Anzahl der Veröffentlichungen nahm zu, man sprach nicht nur über reine Botanik, sondern auch über Gartenbaugestaltung, legte medizinisch wichtige Heilgärten (Horti medici) an und diskutierte die Bauweise von Orangerien und Gewächshäusern. Glas war Mangelware, die Bauten eher von bescheidener Größe.

Mit der Erfindung des Tafelglases (Platten bis zu 120 x 200cm Fläche) wuchsen die Möglichkeiten des uns als klassisch vertrauten, langgestreckten Gewächshauses mit Glasdach und transparenter Südfront. Die doppelt ausgeführte Mauerrückwand löste als Beheizungsgrundlage die transportablen Öfen oder gar offenen Feuer ab. Strohmatten oder Vorhänge regulierten die Lichtintensität beim Glasverbrauch.

Die Pflanzen selbst wurden nun nicht mehr direkt in den Boden gesetzt, sondern auf bewegliche Kübel umgerüstet. Myrten, Lorbeer und Granat hielten Einzug im Park, der Höhepunkt der

Fotos: Birgit Dürbin

Ausstellung selbst setzte Menschen und Erzeugnisse gleich, ganze Volksstämme wurden zu Schauobjekten, Angebot und Nachfrage pervertierte ab nun jegliche Existenzgrundlage.

Das Zeitalter des Menschen war vorbei, Maschinen arbeiteten wie verrückt innerhalb des lichtdurchfluteten Baukörpers, der als moderner Mythenträger bis in unsere Gegenwart hineinwirkt. „In gewisser Weise gehts dem Menschen wie der Ware“, gut beobachtet, Herr Marx.

Man mußte auch kein Krösus vom wahnwitzigen Formate eines Ludwig von Bayern sein, um sich seine private Ausgabe eines kleinen Kristallpalastes leisten zu können. Neben der Zunahme an öffentlichen Wintergärten mit kompletten Salons, eingerichtet für Billardspieler, Tabakraucher oder Schokoladetrinker, verzeichnete der bürgerliche Glas(an)bau enormen Anstieg. Die Beliebtheit dieser Gewächshäuser (conservatory) zeigt u.a. der Beginn von „The big sleep“ mit Bogart in der Hauptrolle.

Zurück zur Wirklichkeitsflucht der Bourgeoisie: Immer 'malerischere' Auswüchse leisteten sich die Bauherren, zumal in Deutschland nach wie vor eher Stein und Holz mangels Eisenindustrie als Grundmaterialien Verwendung fanden. Dem „inszenierten Dschungel“ wurde dadurch Vorschub geleistet, die Palme im besonderen gipfelte als höchstes Symbol und zugleich Klischee bezüglich exotischer Sehnsucht. Bei Zola spielt in „Die Beute“ das Schlüsselereignis in den Gewächshäusern der Villa eines reichen Bauspekulanten. Das ungezügelte, berauschende Dufte verströmende Wachstum fremder Pflanzen enthemmt die Sexualität der Beteiligten,

das moralische Korsett wird in den künstlichen Paradieskulissen gesprengt.

Paradise lost

Die Schaffung künstlicher Paradiese wurde bei der „Dokumenta 5“ von der Gruppe Haus-Rucker-Co. gewieft bestätigt. Ein durchsichtiger Plastikballon ragte seifenblasenartig aus einem Fenster der Ausstellungshalle, in deren Innerem am Ende einer auf Grund der üblichen behördlichen Schikanen unbegehbaren Treppe kleine Palmen standen. Das Objekt „Oase Nr. 7“ zeigte 1972 unfreiwillig auf, wie es nun um Paradiese bestellt ist: Nach wenigen Wochen war die Plastikhülle von Abgasen und Industrieemissionen beinahe bis zur Uneinsichtigkeit verdreckt.

Die Postmoderne werkelte schließlich mit künstlichen Biotopen innerhalb der verglasten oder verspiegelten Baukörper, Hollein zitierte die Palmen aus dem Seebad von Brighton recht plump und unverfroren nicht nur im Verkehrsbüro, sondern auch im einmaligen Bühnenbilddebakel zu Schnitzlers „Komödie der Verführung“ an der Burg.

Auch ein anderer Glasbautyp des 19. Jahrhunderts stand in den 60ern Pate zu innovativen Bauvorhaben: die Passage, Trauminsel aller Flaneure. Zunehmend finden Landschaftsteile, überglast und als künstlicher 'Außenraum' erst über die eigentliche Architektur gestülpt, Einsatz bei Architekturprojekten.

Wollte doch schon 1822 der Schotte John Claudius Loudon, gar nicht geizig, mit im Zickzack gefalteten Glasdächern weite Flächen überspannen und ein künstliches Klima schaffen. Er regte damit eine Miniaturausgabe einer Schöpfungs-

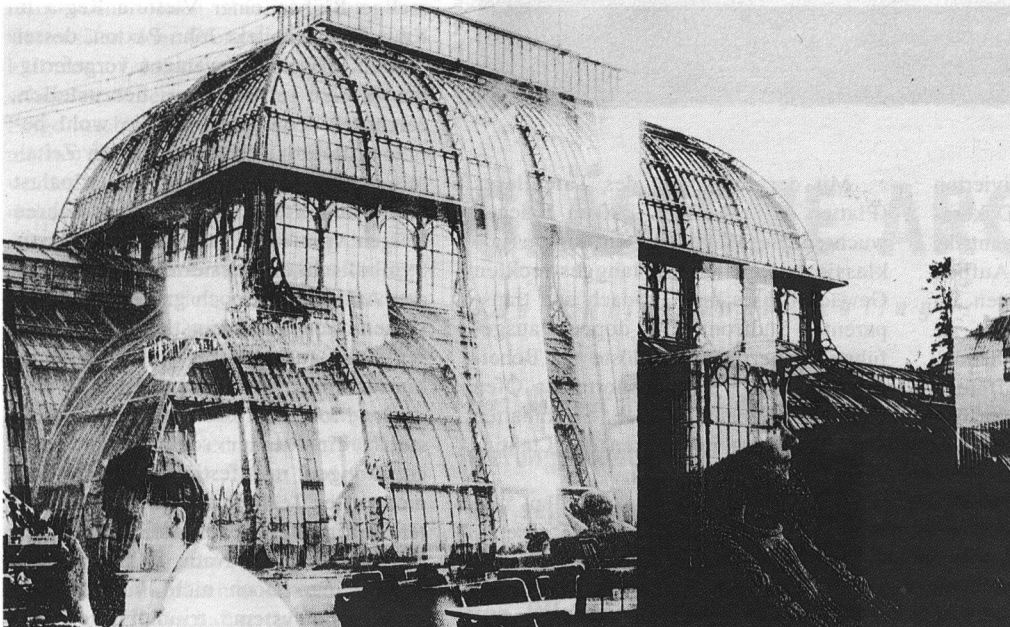
geschichte an, die noch nicht ausgeträumt ist. Ob wir dann unter dem faszinierenden Nebeneinander von vegetabilen und konstruktiven Formen von Palmenhäusern oder Passagen lustwandeln oder auf Grund geistig ärmlicher Welt-raumprogramme in hermetischen Seifenblasen vegetieren, sei dahingestellt. Weg von der Schwarzmalerei, Licht fällt durch die Glaswände auf das letzte Kapitel.

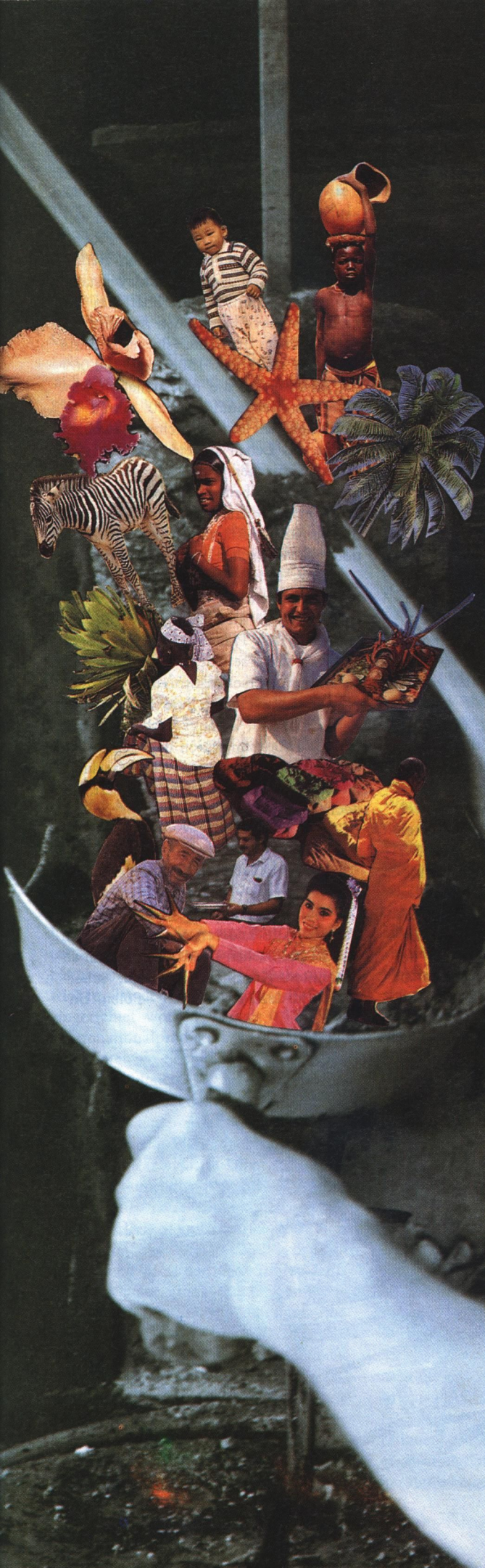
Auf die Palme gebracht

Seit dem 16. Jahrhundert filzten Expeditionen für die Habsburger die Botanik des Erdballs und füllten somit nach und nach den „Holländischen Garten“ bei Schönbrunn. Recht spät, um 1882, wurde dann das von Franz von Segen-schmidt entworfene Palmenhaus fertiggestellt, eine schöne, mit Dampf geheizte Glas-Eisenkonstruktion, technisch weitaus dem Pflanzerraum von Kew überlegen, von der Dimensionierung sogar das zweitgrößte Europas. Die Amerikaner, bekannt dafür, daß sie so ziemlich alles in der Weltkulturgeschichte ruinieren konnten, deckten im 2. Weltkrieg dieses Bauwerk dann auch genügend mit Bomben ein. Resultat: Rost zerfraß ab jetzt die Konstruktionen, das Glas 'erblindete', bis letztlich 1976 zwecks relativ komplizierter Reparaturarbeiten das Palmenhaus geschlossen wurde. Vor der hochoffiziellen Einweihung gestattete man ganz in österreichischer Ideologie einigen Betuchten, im Palmenhaus ihre Feten abzuziehen, z.B. dem Oldtimerclub, denn was paßt heutzutage besser in einen gemeinsamen Kontext als Auto und Pflanze. (Zilk wird für seine eiserne beibehaltene Freigabe der Praterallee an die motorisierten Vollkoffer bei Messen demnächst zum Ritter der Kokosnuß geschlagen.)

Nebenbei: Diese schlichten sachlichen Informationen waren gar nicht so einfach von erster Hand zu bekommen, da der diensthabende Beamte der Schloßhauptmannschaft meinen telefonischen Sendungsauftrag nicht intellegibel verdauen konnte. Völlig überfordert, die grundlegendsten Daten durchzugeben oder einen Hinweis über Informationsmaterial beizusteuern, nervte er mich mit Gebührenpflicht, da ich mich seiner beschränkten Meinung nach mit diesem Artikel bereichern würde. Endgültig auf die Palme gebracht, heißt mein neuester Wohnsitz Schönbrunn. ■

Das Glashaus als Mythenträger und Ort für Billardspieler, Tabakraucher und Schokoladetrinker





Multikulturelle Gesellschaft: **FOLKLORE IST TRUMPF**

Klassische Auswanderungsländer werden zu Einwanderungsländern, wirtschaftliche Krisen und soziale Veränderungen schlagen sich in zunehmend rassistischen und antisemitischen Ausschreitungen gegen Nicht-EuropäerInnen, Juden und Jüdinnen nieder. Gleichzeitig entstehen in den urbanen Zentren Ämter für multikulturelle Angelegenheiten oder multikulturelle Zentren, die zumindest für ein friedliches Nebeneinander sorgen sollen. Anlaß genug, den ersten kulturpolitischen Schwerpunkt der MONATSZEITUNG dem Thema **MULTIKULTURELLE GESELLSCHAFT** zu widmen:

Ulrike Sladek beschäftigt sich im Beitrag

WELTMARKT DER ARBEITSKRÄFTE

mit den globalen Wanderungsbewegungen der letzten 500 Jahre und stellt anschließend zwei multikulturelle Projekte vor.

Die Reportage

ZU GAST IN WIEN

berichtet über die Lebensbedingungen jugoslawischer Frauen.

Im Streitgespräch

DROHT DAS WAGENBURG-MODELL?

diskutieren Rainer Bauböck, Hans Christoph Buch und Rolf Schwendter über Ursache und Auswirkung der Migrationsbewegungen.

Der philosophische Diskursbeitrag von Christian Neugebauer ist diesmal der

PHILOSOPHIE IN AFRIKA

gewidmet.

WELTMARKT DER ARBEITSKRÄFTE

Von Ulrike Sladek



Dem Weltmarkt für Arbeitsplätze Tür und Tor geöffnet ...

Wenn ich groß bin, gehe ich nach Amerika - der Traum, es vom Tellerwäscher zum Millionär zu bringen, spukte über ein Jahrhundert in den Köpfen abenteuerlustiger Menschen in Europa. Das In-die-Fremde-Gehen hielt noch eine Option zur Verbesserung der Lebensumstände bereit, allerdings mit einem resignativen Beigeschmack: Ihr seid schuld daran, daß ich fort muß.

Was das Weggehen anbelangt, wurde es auch in die Tat umgesetzt: Zwischen 1850 und 1940 verließen 30 Millionen Europäerinnen und Europäer den alten Kontinent, um Holocaust, Unterdrückung und Armut zu entkommen. Für viele war es durchaus kein freiwilliges Verlassen, sondern Flucht um des nackten Überlebens willen.

Das Fremde, Unbekannte bot aber auch immer - in der westlichen Zivilisationsgeschichte - den Anreiz zur Entdeckung, zur Eroberung und Unterwerfung unter die eigene Kultur.

Als Christoph Columbus 1492 den Beweis dafür erbringen konnte, daß die Erde rund sei, konnten sich die nachbarschaftlichen Ausbeutungsbestrebungen über eben dieses ganze Erdenrund erstrecken. „Macht Euch die Erde untertan“ wurde bis zur letzten Konsequenz angestrebt und damit auch jene eurozentrischen Weltherrschaftsverhältnisse begründet, deren Nutznießer wir hier in Europa noch immer sind. Der nordamerikanische Teilkontinent mag als autonome Zweigstelle jenes kapitalistischen Ur-Gedankens zählen.

Das Andere, Fremde mußte jedoch in

Beziehung zur eigenen Identität gesetzt werden, damit es handhabbar wurde - Rassentheorien waren das Ergebnis. Und es fiel nicht schwer, da die BewohnerInnen anderer Weltgegenden sich von den europäischen Physiognomien deutlich unterschieden. Bei deren Bewertung wurde natürliche Minderwertigkeit bis zur Tierhaftigkeit konstatiert. Zwischen 1451 und 1870 wurden mindestens 10 Millionen afrikanische SklavInnen vor allem in die spätere USA und nach Brasilien deportiert; ein Bevölkerungsschwund, von dem sich der afrikanische Kontinent bis heute nicht erholt hat. Dem sogenannten Homo afri-

canis wurde Zähigkeit, Ausdauer und, der weiblichen Spezies, besondere Fruchtbarkeit auch unter erschwerten Bedingungen zugestanden - der Sklavenstatus war mütterrechtlich vererbbar! Da die karibische Bevölkerung den Ansturm der Spanier kaum überlebte (sie verminderte sich von 1492 bis 1508 von 300.000 auf 60.000) und die Inbesitznahme Mexikos im Zeitraum von 30 Jahren 19 Millionen der ursprünglichen BewohnerInnen das Leben kostete, eigneten sich die afrikanischen Menschen ob des ihnen zugeschriebenen am besten zur wirtschaftlichen Nutzung. Nicht zu vergessen die beinahe vollständige Ausrottung der nordamerikanischen UreinwohnerInnen.

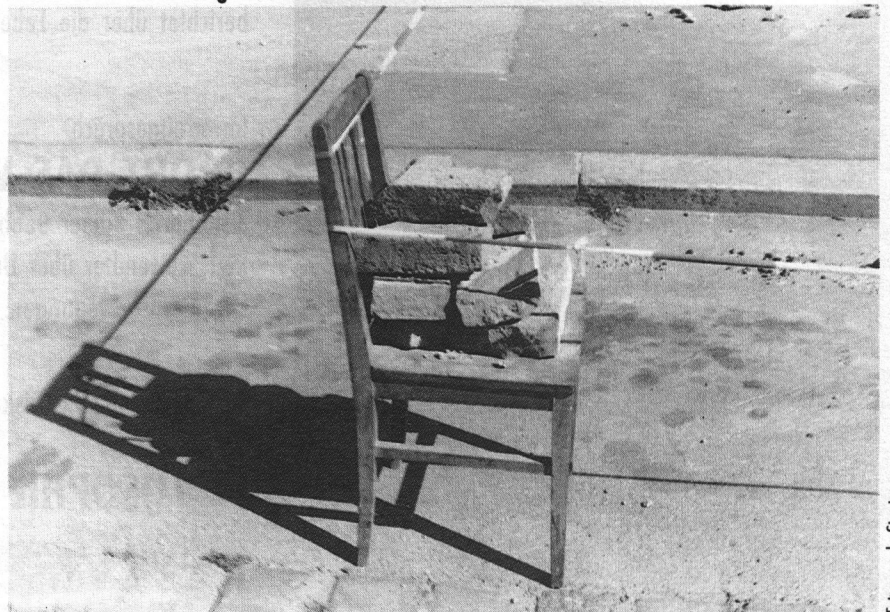
Kurz: Dem Weltmarkt für 'Arbeitsplätze' und dem Weltmarkt für Ware und Kapital wurde gleichzeitig Tür und Tor geöffnet, der Transfer 'lebendiger Arbeit' hat sich seit dem 15. Jahrhundert zu einer universellen Struktur verfestigt.

Die Entwicklungslinie bewegt sich über Sklaverei, Zwangs- und Kuliarbeit bis zur Arbeitsmigration der Gegenwart, die Erscheinungsformen von Rassismus und Sexismus haben sich verändert, jedoch nicht aufgelöst.

Festung Europa

Europa ist die EG und die EG ist Europa. Alle anderen Staaten, die sich auf der politischen Landkarte auf dem so benannten Kontinent befinden, scheinen nicht dazu zu gehören - Polen, Un-

... aber für Millionen MigrantInnen sind alle Stühle schon besetzt.



Fotos: von der Straßen

garn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, also alle im ehemaligen Ost-Block-Bereich gelegenen Staaten werden auf kapital-formalem Weg von der Teilhabe an europäischer Wirtschaftsmacht fern-, die EFTA-Staaten in halbintegriertem Zustand gehalten.

Abgeschottet durch Gesetze, Militärbündnisse, geheime Sicherheits- und Nachrichtendienste werden 5 Millionen Migranten innerhalb dieser Europäischen Gemeinschaft, die nur halb Europa umfaßt, und 8 Millionen Migranten von 'außerhalb' unter ständiger Beobachtung gehalten. Mit der Einverleibung von 16 Millionen ehemaligen Ostdeutschen gab's allerdings keine Probleme.

Besonderes Augenmerk wird auf nichtweiße Wanderer gelegt. Denn der Rahm ist in den weltwirtschaftlich unterworfenen Gebieten abgeschöpft, die dort lebende Bevölkerung fristet ihr Dasein auf dem Trümmerfeld der ökonomischen Ausbeutung. Die Flughäfen der in Frage kommenden Herkunftsländer Kontinental- und Nichteuropas werden von Spezialeinheiten überwacht, die mittels Passagierlisten unerwünschte Gäste schon vor der Landung in EG-Europa aussieben können. Etwaige Asylansuchen werden dabei schon im Ansatz verhindert. Letzteres ist moralisch weiters kein Problem, denn 'wahre' Asylanten und Asylantinnen sind qua definitonem kaum mehr vorhanden und Armut stellt keinen hinreichenden Aufnahmegrund dar. Sonst wäre ja die ganze Welt zu Gast in jenen Landen.

Um sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen zu helfen bzw. um ihre Ambitionen, aus ihren wirtschaftlichen Mißverhältnissen zu flüchten, im Ansatz zu ersticken, ist der Entwicklungshilfefonds eingerichtet worden. Ganze 0,17% des Bruttonationalproduktes spendieren die EG-Staaten im Schnitt als Ablaßzahlung nach dem Sündenfall. Das ließe sich gar nicht in Millionenbeträgen von Rupien, Pesos und anderen afroasiatischlateinamerikanischen Währungen ausdrücken. Und schon gar nicht in Dinar.

Außerdem wurden in den letzten Jahren ganz neue Einkommensquellen für die „Dritte und Vierte Welt“ erschlossen. Die „Erste Welt“ braucht Organe und Blut, und auch in den indischen Slums gibt's noch genügend Frauen und Männer, die durchaus eine Niere entbehren können. Die „Erste Welt“ braucht Babies und Adoptivkinder und stellt bereitwillig das Instrumentarium für die Geschäftsabwicklung zur Verfügung. Also produziert Kinder, gesunde Kinder wohlgerne, und hübsche!

Die Männer der „Ersten Welt“ brauchen Frauen, so richtige Frauen halt, die

nicht emanzipiert sind, sondern demütig und ehrfurchtsvoll aufschauen. Frauen, die noch dankbar sein können, daß sie etwas zu essen haben und auch jeden Faustschlag ins Gesicht als Wertschätzung und Liebesbeweis betrachten. Frauen, die nicht davonlaufen können, weil ihnen ja alles und alle fremd sind außer ihrem Gatten. Das sind die Frauen zum Heiraten, die Mann sich importieren kann. Aus dem Gebiet Hunsrück/Eiffel in Mitteldeutschland West wurde bekannt, daß in den katholischen Kirchen vereinzelt bebilderte Bestellkataloge aufliegen, um den Bauern die Brautschau zu erleichtern. Philippinische Frauen stehen auch an erster Stelle, was die Anzahl binationaler Eheschließungen deutscher Männer betrifft.

Aber der Mann kommt auch gerne zur Frau und gibt ihr auch ein bißchen was dafür, daß er an ihr sexualtherapeutisch tätig werden kann. Viele Mädchen in Thailand und auf den Philippinen, in Kenia und anderswo können ein Lied davon singen, daß sie im Alter von 8, 10 oder 12 Jahren vergewaltigt wurden, auch Knaben stimmen in diesen Chor mit ein. Die AIDS-Quote liegt in diesen sexuell ausgebeuteten Ländern bei bis zu 20% Infizierten.

Und falls das alles noch nicht reicht: In Europa, in den USA und in den großen Metropolen der restlichen Welt gibt es noch das Sonderangebot der multikulturellen Gesellschaft, ein Projekt der Postmoderne-GesmbH. Alle jene sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen, die es erstens geschafft haben, die Grenzen zu jenen Territorien zu überwinden und sich noch ein gewisses Maß an ethnischer, soll heißen kulturell-authentische Eigenart ihrer Abstammung bewahrt haben. Am besten in einer sozial verträglichen Form wie im Bereich der Kochkunst im besonderen und der Volkskunst im allgemeinen. Für die Köche und Köchinnen gibt's Arbeit in den Gourmettempeln, für die traditionellen Gebräuche Völkerkundemuseen oder moderne Künstler, die unter Inspirationsmangel leiden. Obige Varianten werden gerne zur Erweiterung des kulturellen Mainstreams konsumiert.

Aber Achtung: Weitere traditionelle Lebenshaltungen sind eher unerwünscht. Eine zu stark zur Schau getragene kulturelle Eigenständigkeit kann leicht als Anmaßung, sogar als Bedrohung aufgefaßt werden. Menschen mit nichtweißer Hautfarbe wird geraten, sich reinzuwaschen vom Stigma des Andersartigen. Michael Jackson kann da als gutes Vorbild dienen. Für seine zahlreichen Operationen und Hautaufhellercremes mußte er zwar tief in die Tasche greifen, aber er wurde tausendfach belohnt dafür. Und

zwar in Dollar und einer Fangemeinde, die an Größe alles bisher dagewesene übertrifft.

Trotzdem kann in der Frage der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit kein allzugroßer Optimismus verbreitet werden. Die relativ kurze, nämlich nur zwei Jahrhunderte andauernde Ära der Nationalstaaten scheint sich zwar in einer Übergangsphase zu befinden, doch heißt das noch lange nicht, daß der Begriff Kultur neuerdings etwas anderes als Rasse bedeuten soll, wenn von Minderheiten die Rede ist. Auch wenn die Vielfalt der Kulturen angesagt ist, geben die Vertreter und Vertreterinnen den Verlustängsten ihrer Vormachtstellung massiven Ausdruck und versuchen, die Wurzeln ihrer, der - noch immer - dominierenden Kulturen auszugraben und in frisch mit nationalistischer Überheblichkeit gedüngten Boden umzupflanzen. Auch wenn das Individuum Trumpf ist und nicht mehr die völkische Gemeinschaft, braucht es das Fremde, anders Bewertbare, um seine Identität herzustellen.

Und ein Fremder ist laut Duden noch immer: „Fremdling, Pimock (rhein., abwertend), Ausländer, Staatenloser, Zuge-reister (ugs.), kein Einheimischer/Hiesiger (ugs.), Ortsunkundiger, Tschusch (österreich., abwertend). In Südamerika - Gringo; weiters: siehe Ausland, siehe Gast.“

1992 - In Spanien ein Jahr der Feste

Die Olympischen Spiele finden in Barcelona statt, die EXPO in Sevilla und vor allem werden die 500-Jahr-Feiern der 'Entdeckung' Amerikas prunkvoll begangen. (Siehe MONATZEITUNG September 90).

Im Hintergrund der Vorbereitungsarbeiten wird schon jetzt eine rigide Einwanderungspolitik betrieben. Seit 1985 besteht ein restriktives Ausländergesetz, das die lateinamerikanische Immigration regelt. Bedingt durch den Bauboom im Rahmen der bevorstehenden Ereignisse, drücken die Einwanderungsbehörden bei Arbeitskräften aus Marokko noch ein Auge zu: Als Hilfsarbeiter am Bau befinden sich derzeit 800.000 Marokkaner 'illegal' und 200.000 'legal' vorwiegend in Andalusien. Pläne für eine „Aktion scharf“ zur Ausweisung der 1993 nicht mehr benötigten Arbeiter liegen schon in den Laden des zuständigen Ministeriums bereit. „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.“



Foto: Gisela Scheubmayr

Nur sehr aus der Ferne hat dieser Wiener Hof etwas pittoreskes

■ Mitte Oktober waren den Wiener Gazetten merkwürdige Zeilen zu entnehmen. Der Verteilungskampf der Bundesländer um die Aufteilung der Gastarbeiter sei voll entflammt, denn ab 1991 dürfe die Zahl der Gastarbeiter bundesweit nur maximal 10% der inländischen Erwerbstätigen betragen. Den Aufruhr löste die Gemeinde Wien aus, denn sie forderte eine Zuteilung von 20%. Der zu dieser Zeit noch „keineswegs amtsmüde“ Sozialminister Gelpert beharrte jedoch auf einer fixen Höchstzahl. Um die AsylanInnenunterbringung ist zwar auch in Maximalzahlen verhandelt worden, diese wären aber bereitwilligst nach unten korrigiert worden. War bei den Asylsuchenden noch eine gewisse Geschlechterdifferenzierung zu bemerken (zu viele fremde Männer ohne Frauen gefährden unsere Töchter, Ehefrauen und Mütter), wird bei den nun schon wieder Gast genannten Arbeitern automatisch der grosse Frauenanteil ebenso verschwiegen wie die Art der Arbeiten und die Bedingungen, unter denen sie sie verrichten müssen.

Wien, 15. Bezirk

Ein Haus, von außen bloß ein bißchen abgeschlagener und vernachlässig-

Ausländerinnen: ZU GAST IN WIEN

Von Ulrike Sladek

Jugoslawische Frauen in Österreich: Gemeinsam sind ihnen miese Wohnverhältnisse, Bassena, Gangtoilette und die fehlende Aufenthaltsgenehmigung.

ter als die Nachbarhäuser und ganz offensichtlich noch niemals vom Wiener Altbausanierungsfonds beglückt. Es ist ein Haus, das um 1900 herum erbaut wurde und die damalige Wohnungsnot etwas milderte. Der Stiegenaufgang ist noch in Form einer Wendeltreppe angelegt, jedes der drei Stockwerke verfügt über eine Bassena, die Zugänge zu den hofseitigen Wohnungen laufen noch über eiserne Pawlatschenkonstruktionen. Hinter den vielen Eingangstüren - es sind vierzig an der Zahl - liegen jeweils ein Küchenvorraum und ein einziges Zimmer. Der Hof ist noch nicht zu-

betoniert, zwischen den Katzenkopfsteinen sprießt etwas Gras. Lange Zeit standen die Seitentrakte leer und das verwunderte niemanden, denn in manchen Ziegelwänden fehlte der Mörtel, so daß von einem Raum in den nächsten gesehen werden konnte. Und natürlich gab's keine Strom- und Wasserleitungen.

Vor gut einem halben Jahr änderte sich das. Über Nacht hatte das Gebäude den Besitzer gewechselt, und die Hausverwaltung erhielt den Auftrag, alle Wohnungen so teuer wie möglich zu vermieten.

Damals zogen Mirjana, Zlata, Zorica und Nena ein. Sie kommen alle aus dem

südlichen Jugoslawien, leben aber schon einige Zeit in Wien und sprechen mehr oder minder gebrochen deutsch. Mit ihnen kamen ihre Ehemänner, Töchter und Söhne.

Gemeinsam ist ihnen, daß sie sich ohne Genehmigung in Österreich aufhalten, daß sie ohne Genehmigung arbeiten, daß sie und ihre Männer jeglicher Willkür von Arbeitgebern und Wohnungsvermietern ausgeliefert sind. Erstaunlich ist die Lebensenergie, die sie trotz aller widrigen Umstände ausstrahlen, denn auch die ist wahrscheinlich nicht behördlich genehmigt. Gemeinsam ist ihnen noch viel anderes: die Bassena, die Gangtoilette, die mühsamen Instandsetzungsarbeiten in den Wohnräumen, die manchmal bis ständig betrunkenen Männer.

Rusa

Rusa, die serbische Hausmeisterin, kam im Alter von siebzehn Jahren mit ihren Eltern nach Österreich. Sie ist eine Immigrantin der ersten Generation und spricht fließend deutsch. Mittlerweile ist sie fünfunddreißig, hat einen sechzehnjährigen Sohn und ist von ihrem auch aus Jugoslawien stammenden Ehemann geschieden. Rusa ist nicht gerade erfreut über den Zuzug ihrer Landsleute. Ein Zuwachs an Mietern bedeutet ein Mehr an Arbeit. Und Arbeit hat sie schon genug. Seit zehn Jahren arbeitet sie in einer bekannten Süßwarenfabrik am Fließband. Davor in einer anderen, die aber leider in Konkurs ging. Sie füllt Haselnüsse und Mandeln in mit flüssiger Schokolade gefüllte Bonbonformen. Durch ihre lange Betriebszugehörigkeit konnte sie einen besseren Status erreichen: Sie ist jetzt Vorarbeiterin am Fließband. Und zeigt nach 12 Jahren Schokoladeproduktion allergische Reaktionen auf Schokolade.

Jeden morgen steht Rusa um vier Uhr auf, um zur Frühschicht nach Simmering zu fahren. Gegen drei am Nachmittag kommt sie nach Haus, erledigt die anfallenden Hausbesorgerinnenpflichten und trifft sich dann mit Freunden. Am Wochenende ist der große Hausputz an der Tagesordnung, das heißt Treppenhaus kehren, Stiegen waschen usw.

Ihr Erspartes hat Rusa in den Hausbau gesteckt. In ihrem Geburtsort, einem kleinen Dorf, steht nun ein zweistöckiges Wohnhaus mit Toilette und Bad in jedem Stockwerk. Auf das ist sie stolz. Doch Nutzen bringt es ihr mittlerweile keinen mehr. Sie hat zu lange in Österreich gelebt. All ihre Freunde und Freundinnen seien auch hier, meint sie, und, mit ihrem Heimatdorf verbindet

sie gar nichts mehr, seit die letzten Verwandten verstorben sind. Das Haus zu verkaufen, ist schwer, denn es liegt nicht einmal annäherungsweise am Meer, und die Dorfbewohner sind zu arm. Ein unlösbares Problem.

Mit der Neuvermietung der Unterkünfte, die jeder Menschenwürde spotten, sind auch die Nationalitätenkonflikte Jugoslawiens ins Haus eingezogen. Rusa und zwei serbische Familien stehen den neuen BewohnerInnen abwartend bis deutlich reserviert gegenüber, kommen sie doch aus Bosnien, dem Kosovo und Montenegro. Von einer Frau wird sogar gemunkelt, daß sie 'Zigeunerin' sei. Die Vorurteile blühen auf und werden auf die Kinder übertragen. „Wenn du dein Fahrrad in den Hof sperrst, mußt du es gut absperren, damit es die Zigeuner nicht stehlen, die stehlen nämlich alles“, erzählte mir ein kleiner Bub von zirka 3 Jahren. Religionsunterschiede tun ein Übriges, um das Zusammenleben im Haus zu erschweren. Manche Frauen gehen nur mit Kopfbedeckung aus der Wohnung, was in den Augen der Alteingesessenen ein Zeichen besonderer Rückständigkeit ist.

Zorica

Zorica, eine der Neuen, hat zwei Kleinkinder, die noch gewandelt werden müssen. Jeden Tag steht sie an der Bassena und wäscht mit eiskaltem Wasser die beschmutzten Windeln aus, wäscht mit eiskaltem Wasser sämtliche Kleidungsstücke der Familie. Auch das Geschirr wird dort gespült, denn Strom hat sie noch keinen auf Nummer 36. Sie lebt auf fünfundzwanzig Quadratmetern Wohnfläche mit Ehemann, zwei Kleinkindern und dem Bruder ihres Mannes und kocht mit Propangas. Manchmal kommen noch ein paar Freunde des Mannes aus Bosnien zu Besuch. Ihr Schwager ist derzeit ohne Arbeit. Damit sie dreimal in der Woche putzen gehen kann, hilft er ihr bei der Beaufsichtigung der Kinder. Zumindest sagt er das, denn wenn Zorica außer Haus ist, sind die Kinder sich selbst überlassen.

Trotz der ungeheuerlichen Miete von 3.200 öS ist sie froh, hier wohnen zu können. Überall sonst hatten sie nur Untermietverträge mit sechsmonatiger Laufzeit und mußten daher im halbjährlichen Abstand auf Wohnungssuche gehen. Gegen den Mietenwucher getraut sie sich nicht, etwas zu unternehmen: Sie ist eine der 'Illegalen' in diesem Haus, also ohne Rechte irgendwelcher Art. Widerstand wird von vornherein durch die Drohung der Abschiebung im Keim erstickt.

Zlata

Zlata hat es besser getroffen. Sie lebt allein mit ihrem Mann in einer etwas besseren Wohnung mit internem Stromanschluß. Außerdem hat sie eine geregelte Arbeit. Sie steht ebenfalls am Fließband, um jene Waffeln, die man eben mag, nach Qualität zu sortieren. An diesem Fließband stehen fast ausschließlich Arbeitsmigrantinnen wie sie, die Bezahlung ist auch dementsprechend: Sie verdient 5.800 öS brutto, die Wohnungsmiete beträgt durch den gesteigerten Standard einer Steckdose 3.600 Schilling. Unter ihr wohnt ein Ehepaar, dessen männlicher Part offensichtlich unter Dauerrausch steht und in diesem Zustand seine Frau verprügelt: also täglich. Sie erzählt mir, daß sie die Schreie der Frau nicht mehr ertragen könne, die Männer aber nicht eingreifen, um nicht abgeschoben zu werden. Die Polizei käme auch nicht mehr, nur die österreichischen Nachbarn vom Haus gegenüber legten der Frau immer wieder nahe, doch aus dem Fenster zu springen, um 'sie wär eh kein Schad und dann wär a Ruah'.

Als ich Zlata das nächste Mal treffe, weint sie. Soeben hat sie einen Brief der Hausverwaltung erhalten, der das Mietverhältnis mit Mitte Oktober für gelöst erklärt. Man habe ihr jedoch eine Ersatzwohnung angeboten: in Simmering, an der Wiener Stadtgrenze, zehn Minuten vom Zentralfriedhof entfernt. Kein Strom, kein Wasser in der Wohnung und eine Gangtoilette für 12 Wohnungen. Die Miete 4.000 öS für 25 Quadratmeter.

Zorica und die anderen 'Neuen' haben das gleiche Schicksal. Jetzt wird endlich renoviert. ■

Parkbank oder ein Dach über dem Kopf? - die Mietpreisentwicklung bringt für viele diese Frage.



Foto: Robert Newald

MULTIKULTURELLES ZENTRUM IN WIEN

Das Projekt eines multikulturellen Zentrums in Wien nimmt immer konkretere Formen an, nachdem sich 1987 die verschiedensten „Dritte Welt“-Solidaritätsgruppen zu einem Verein zusammenschlossen. Durch intensive Bemühungen und mit Unterstützung der Grünen beschloß der Bezirksrat Wien Währing am 20. September 1990, ein derartiges Zentrum einrichten zu wollen. Als aussichtsreichstes Objekt wird das ehemalige Dorotheum in der Gentzgasse 8 im 18. Bezirk gehandelt. Derzeit hat das Büro des multikulturellen Zentrums seinen Sitz im WUK in der Währingerstraße. Trotz dieser ersten Erfolge darf die Gemeinde Wien nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Das vielzi-

tierte Wort der Europareife der Gemeindepolitiker ist eine Seifenblase angesichts der bestehenden multikulturellen Zentren in Paris, New York und Berlin, vor allem, was die Dotierung des Entwicklungshilfebudgets anbelangt: Lächerliche 514.000 öS stellte die Gemeinde Wien 1988 zur Verfügung.

Das Projekt ruht prinzipiell auf vier Säulen:

- Solidarität und Ökologie: Es wird angestrebt, für jede Solidaritätsgruppe in Österreich und für globale ökologische Belange je eine Stelle über das Aktionsprogramm 8000 zu installieren.

- Bildung und Wissenschaft umfaßt: Einen Wissenschaftsladen einzurichten, ein außeruniversitäres Institut für Höhere Afrikanistik und für Asien, ein Dokumentationsarchiv, eine multikulturelle Stadtbibliothek mit Originalliteratur, Veranstaltungen wie Symposien etc.

- Kultur: Film, Musik, Literatur, Videokunst, Gastronomie und alle zwei Jahre ein Avantgardekunstfestival der „Dritten Welt“.

- Soziales: Notruf für bedrängte Frauen, ein multikultureller Kindergarten, eine Info- und Kommunikationsstelle, ein hauseigener Verlag mit angeschlossenem Bücher- und Schallplattenvertrieb. Geographisch ist das Haus nach Afrika, Asien und Amerika ausgerichtet.

Die drei Koordinationsstellen sind jeweils für ein halbes Jahr gesichert und müssen dann immer aufs neue verlängert werden.

Adresse:

Büro des Multikulturellen Zentrums Wien
Währinger Straße 59/Stg. II, 2. Stock,
1090 Wien

Öffnungszeiten: Mo. bis Do. 8 - 17 Uhr,
Fr. 9 - 14 Uhr. Tel: 0222/48 75 30.

Die mit multikulturell Gemeinten wollten sich selbst vertreten: DAS FRAUENPROJEKT NOZIZWE IN BERLIN

Nozizwe ist ein Begriff aus der Zulu-Sprache und bedeutet soviel wie Heimat verschiedener Kulturen oder Nationen. Das Projekt entstand, als der Berliner Senat fünf finanzierte Stellen für Berufsbildung für Mädchen und junge Frauen zur Besetzung ausschrieb. Dem „Arbeitskreis Migrantinnen“, der die Interessen von Frauen aus ethnischen Minderheiten vertritt, gelang eine erfolgreiche Bewerbung.

„Nozizwes“ Anliegen sind, der weißen deutschen, nichtjüdischen Frauenbewegung Feministinnen aus Minderheitengruppen sichtbar zu machen, denn allzuoft werden sie auch unter Frauen allein als Opfer fremder patriarchaler Gesellschaften betrachtet. In diesem Sinn stehen die „Nozizwe“-Frauen auch dem Begriff 'multikulturell' sehr kritisch gegenüber. Jessica Jacoby, eine der Mitarbeiterinnen, meint, daß hier unterschiedliche Buntheit kulinarisch aufbereitet wird, die Unterschiede als solche genügen, aber nicht hinterfragt werden. Auch verbindet sie damit eine Entpoliti-

sierung, die die Machtfragen und Unterdrückungsverhältnisse sowie Rassismus und Ethnizismus verschleiert.

Alle Mitarbeiterinnen leben schon relativ lange in der Bundesrepublik: Peggi Nomfundo Luswazi kommt aus Südafrika und hat dem Projekt den Namen gegeben. Sie ist Entwicklungspsychologin und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Befreiungsbewegungen unter feministischen Gesichtspunkten.

Sanchita Basu aus Indien ist Pädagogin, veranstaltet Seminare zu Rassismus und Kolonialisierung und deren Auswirkungen auf Leben und Arbeit von Frauen.

Die Türkin Gülay Töksöz arbeitet zu Arbeitsbedingungen und Organisationsformen türkischer Frauen der ersten und zweiten Generation in Deutschland und ist gewerkschaftlich orientiert.

Lucia Muriel Zeller kommt ursprünglich aus Ecuador, ist Psychologin und beschäftigt sich mit dem durch Kolonisierung gebrochenen Selbstbewußtsein, von dem Frauen doppelt betroffen sind.

Jessica Jacoby schließlich ist Jüdin mit deutschem Paß, betrachtet sich aber als Staatenlose. Ihr Bereich ist Antisemitismusforschung, sie versucht den Ort

der jüdischen Frau in Deutschland zu hinterfragen, falls es einen solchen überhaupt gibt. Dem legt sie ihre historische Forschungsarbeit zu Frauen im Nationalsozialismus und auch die kritische Hinterfragung, wie die deutsche Frauenbewegung mit diesem Thema umgeht, zugrunde.

Als primäre Aufgaben sehen sie alle gemeinsam die Hilfestellung für minderheitsangehörige Frauen, zu Stimme und Recht in Deutschland zu kommen, sie aus der Unsichtbarkeit herauszuholen. Ein weiteres Anliegen ist aufklärerische Tätigkeit über Frauen aus anderen Ländern, eine Sensibilisierung der deutschen Bevölkerung gegenüber Rassismus und Antisemitismus als Kulturbestandteil. Und sie möchten auch Hilfe zur Selbsthilfe für deutsche Frauen geben, ein positives Verhältnis zu sogenannten Ausländerinnen zu finden. Auch sind Verbindungen mit Bildungseinrichtungen wie Schulen und Gewerkschaften angestrebt.

Multikulturelles Frauenprojekt Nozizwe
Turmstraße 72/73
1000 Berlin 21



Von links nach rechts: Hans Christoph Buch, Ulrike Sladek, Rainer Bauböck und Rolf Schwendter

STREIT



GESPRÄCH

Multikulturelle Gesellschaft: **DROHT DAS WAGENBURG-MODELL?**

Von der Weltwirtschaft zur Weltkultur scheint es nur ein kleiner Schritt zu sein. Wie steht es um das Miteinander, Nebeneinander und Gegeneinander der verschiedenen Kulturgemeinschaften? Darüber diskutierten

Rainer Bauböck, Migrationsforscher am Institut für Höhere Studien in Wien;

Hans Christoph Buch, weltreisender Schriftsteller;

Rolf Schwendter, Devianz- und Subkulturforscher an der Gesamthochschule Kassel.

Ulrike Sladek begleitete das Gespräch.

MONATSZEITUNG: Die multikulturelle Gesellschaft ist in aller Munde. Ein Begriff, der so breit angesetzt ist, daß jede/r etwas anderes darunter verstehen kann. Was bedeutet für Sie multikulturelle Gesellschaft?

Buch: Mich erinnert das Wort an postmodern, was auch alles und nichts bedeutet. Das Gegenteil, nämlich monokulturell - unikulturell wäre korrekter -, bedeutet eine Gesellschaft und eine Kultur, die nur sich selbst kennt und sich selbst genügt. Schon die Annahme einer autarken Kultur ist wahrscheinlich falsch, denn auch die griechische, die athenische Kultur hat ihre Wurzeln in Kleinasien und setzte die ägyptische fort. Multikulturell würde in meinem Verständnis eine Kultur heißen, in der es keine Mehrheit mehr gibt, sondern nur noch Minderheiten. Und das ist z.B. in New York schon lange der Fall, wo

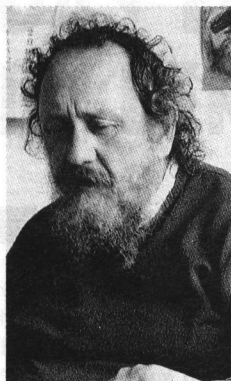
die weißen angelsächsischen Protestanten (WASP) die Mehrheit verloren haben. Das hat Folgen für deren Selbstverständnis und für das politische Leben insgesamt.

Die Deutschen tun sich mit einer solchen Entwicklung schwer. Die Mehrheit der Bevölkerung und sogar die Intellektuellen gehen noch immer davon aus, daß Deutschland ein nur von Deutschen besiedeltes Land ist. Aber daß das gar nicht natürlich und notwendigerweise so ist, sondern daß die Deutschen eines Tages eine Minderheit unter vielen sein werden - und ich denke, die Entwicklung geht dahin -, das haben sehr wenige verstanden.

Schwendter: Ich ziehe es vor, von einer Vielfalt von Sub- und Teilkulturen verschiedenster Art, Prägung und Zusammensetzung zu sprechen. Ich halte deren Zusammenfassung als 'multikulturell' für eine von vielen weitgehenden Ver-

Multikulturell:

**Eine Kultur,
in der es nur noch
Minderheiten gibt.
(Buch)**



**Ziehe es vor, von
einer Vielfalt von
Sub- und
Teilkulturen zu
sprechen.
(Schwendter)**

schleierungen seit 1965. Der Begriff multikulturell unterstellt zum einen, daß diese Vielzahl der Sub- und Teilkulturen ab Durchsetzung dieses Begriffs gleichberechtigt seien. Dies ist nicht der Fall, auch in New York nicht.

Der Begriff ist zweitens problematisch, da er den Begriff der Kultur, wie es althergebracht ist, auf Nationen, und sei es auf Nationen im Ausland, bezieht. Es ist die Rede von Deutschen, von Jugoslawen, von Türken, von Österreichern, aber es ist nicht mehr die Rede von Bohemiens, von Punks, von Skinheads, obwohl ich die persönlich weniger schätze, von Ökologen, von Feministinnen usf. Das kann zur Folge haben, daß es - wie in Kassel geschehen - zu einem hegemonalen Zusammenschluß kommt von einerseits Franz Josef Strauß-Deutschen und andererseits von islamischen Kulturvereinen, die in Kassel 7 von 11 Sitzen im Ausländerbeirat bekommen haben. Man kann das dann multikulturell nennen, wenn sich die deutschen Konservativen und die türkischen Konservativen die Hände über die jeweils abweichenden Subkulturen reichen. Aber ich halte das für problematisch.

Bauböck: Wir erleben am Ausgang des zwanzigsten Jahrhunderts ein Brüchigwerden der bisherigen sozialen und ökonomische Voraussetzungen für homogene Nationalismen. Jener Nationalismus beruht darauf, daß es ökonomische und staatliche Interventionen gegeben hat, um Kulturgemeinschaften zu schaffen, eine Intervention, die z.B. mit dem Instrument der Pflichtschule eine für das ganze Volk geltende Standardbildung sicherstellen sollte.

Mit der Globalisierung der Ökonomie gibt es neue Kulturmuster, die überhaupt nicht mehr national sind, sondern eher global, urban, wie die gerade angesprochenen Subkulturen. Und es gibt andererseits sehr kleine, segmentierte kulturelle Bereiche, die ebenfalls nicht identifizierbar sind mit einer Nation als Kulturgemeinschaft. Der Nationalismus hat eine Vorstellungswelt geschaffen, die noch immer an „Ein Staat - eine Kultur“ festhält, die noch nicht überwunden ist, und dies ist auch die Legitimation für politische Herrschaft. Das ist das Dilemma der Deutschen, daß ihr Nationsbegriff stärker als fast jeder andere auf die Kulturgemeinschaft abgestellt ist und nicht auf die politische Gemeinschaft.

Die Gegenströmung zum Nationalismus wäre eine Trennung von Kultur und Staat. Die vielfachen kulturellen Identitäten von Gruppen, von Individuen sollen in dieser Sicht von vornherein nichts mit ihrem sozialen, politischen, ökonomischen Status zu tun haben. Das Dilemma der Unverträglichkeit von kulturellen Grenzen entsteht genau dann, wenn eine Subkultur verknüpft ist mit einem bestimmten Unterschichtstatus.

Zwischen diesen Polen Realität und Utopie bewegt sich ein Diskurs der Verschleierung, in dem zwei große unterschiedliche Vorschläge von multikultureller Gesellschaft wahrgenommen werden können:

Gerd Koenen formulierte im „Pflasterstrand“ 3/90: Multikulturelle Gesellschaft kann nicht anders entstehen als mit der scharfen Pisse des Ras-

sismus gedüngt. Das ist eine Vision von offenen Grenzen, des Rückzugs des Nationalstaates. Offene Grenzen führen jedoch keineswegs zum Ende von ethnischer und rassistischer Diskriminierung. Im Gegenteil. Die Konkurrenz am Markt kann auch mit solchen Zuschreibungen funktionieren. Die Gesellschaft würde dann nicht mehr über den Staat, sondern über die freie Marktwirtschaft integriert. Diese Vorstellung halte ich für sehr bedenklich, da sie bewußt davon abstrahiert, wie unterschiedlich die Positionen dieser Akteure am Markt sind.

Die zweite Position ist die Idee, daß die Integration über den Staat geleistet werden sollte, aber daß jede Minderheit, auch eine neue Minderheit, bestimmte Ansprüche und Kollektivrechte haben soll im Rahmen des Staates. Solche ethnischen Konkordanzdemokratien funktionieren immer sehr schlecht, weil eine extrem konservative Tendenz in solchen Lösungen drinsteckt. Das beste Beispiel ist der ethnische Proporz in Südtirol, der jeden in die Zugehörigkeit einer der beiden Volksgruppen festschreibt. Zweifache Zuschreibung etwa in der Volkszählung ist nicht erlaubt. Das ist für mich auch eine bedrohliche Perspektive von Multikulturalität, wo die Gesellschaft in kleine Einheiten gegliedert ist und jeder sich zu deklarieren hat, wo er dazugehört. Das Ganze wird vielleicht noch staatlich geregelt, indem jeder Einheit ein eigenes Bildungswesen zugestanden wird. Dann zerfällt die Gesellschaft ebenso, wie sie im Modell des freien Marktes und des Rassismus zerfallen würde.

Buch: In New York bezeichnet multikulturell, so modisch und diffus es auch ist, etwas Neues, was mit den alten Rastern offensichtlich nicht adäquat erfaßt werden kann. Das ist die Tatsache der Veränderung des numerischen Verhältnisses der Gruppen, aus denen eine Gesellschaft besteht. Das heißt nicht, daß es keinen Rassismus mehr gibt. Es gibt sogar eine ganz klare Hierarchie in den USA, die WASPs, die die Spitze der Pyramide bilden über die Deutschstämmigen, Italienischstämmigen und Iren, bis hinunter zu den Chicanos, die an vorletzter Stufe rangieren, denn die Schwarzen sind noch eine Stufe tiefer. Nur ist es nicht mehr dasselbe wie früher, da die Weißen nicht mehr in der Mehrzahl sind. Dadurch verliert Rassismus etwas von seiner Selbstverständlichkeit. Auch das Wort Minderheit kann dann gar nicht mehr so einfach benutzt werden. Das alles ist eine Folge der Menschenströme, die heute überall aus politischen, aus wirtschaftlichen Gründen oder als Touristen hinziehen und die eine andere Welt schaffen, als wir sie gewohnt sind, wo die Völker nicht mehr auf ihrem Platz sind.

Schwendter: Der Begriff multikulturell enthält diese hierarchische Dimension nicht. Das kritisiere ich an ihm. Daß er sie innehat, aber nicht enthält. Die Weltmarktentwicklungen sind das konstitutive Element dafür. Hinsichtlich der Minderheiten habe ich diesen Optimismus nicht. Die Frauen bilden seit, ich weiß nicht wie lang, überall eine numerische Mehrheit und trotzdem haben sie sozialen Minderheitenstatus.

Zweitens: Ich glaube, daß es starke Ungleichzeitigkeiten gibt. Für Österreich ist die Situation noch weithin nicht so wie für New York oder Frankfurt. Eine Entsprechung des WASP wäre hier der Deutsch sprechende Katholik, dessen Hegemonie seit zwei-, drei Jahrhunderten ungebrochen dauert.

MONATSZEITUNG: Sie sprachen von New York, Sie sprachen von Deutschland. Wird multikulturelle Gesellschaft nicht vorwiegend in den 'westlichen' urbanisierten Ballungszentren thematisiert?

Bauböck: Der Ort der multikulturellen Gesellschaft ist nicht die „Erste Welt“, sondern das, was im Englischen die „global cities“ genannt werden. Weltstädte, die in der Weltökonomie eine neue Funktion übernehmen. Diese besteht aus einer Koppelung von Topmanagement und den miesesten Formen von Dienstleistungsjobs. Das gibt's in den Großstädten der „Ersten Welt“, aber auch in Mexico City, Istanbul, Kairo, Hongkong. Charakterisiert sind sie alle durch eine hohe Immigrationsrate.

Es gibt zumindest zwei Vorläufer dieses Phänomens: Die vornationale Gesellschaft, die in ihrem Wesen multikulturell war in dem Sinn, daß politische Herrschaft und kulturelle Zugehörigkeit in der Regel entkoppelt waren. Diese großen dynastischen Reiche waren in sich in viele kleine ethnische Segmente gegliedert.

Der zweite Typ sind sogenannte „plurale Gesellschaften“, die aus einer kolonialen Situation entstehen, in der eine bestimmte Ethnie total dominant ist und den Staatsapparat beherrscht, in denen aber viele verschiedene Ethnien miteinander kommunizieren über Markt- und Tauschbeziehungen. Die Ethnien sind aber in sich absolut geschlossen. Prototyp: die chinesischen und indischen Händlerkolonien in Ostafrika oder im ganzen asiatischen Raum. Die Integration erfolgt über die Ökonomie und nicht über eine gemeinsame Beteiligung an der Politik.

Es wäre zu überlegen, ob nicht das, was wir heute unter einer multikulturellen Gesellschaft verstehen, in eine ähnliche Richtung geht. Das scheint mir eine äußerst bedenkliche Entwicklung.

Buch: Die Schwierigkeit ist, und da setzt meine Kritik ein, daß der Begriff Kultur, so wie er in 'multikulturell' gebraucht wird, Wertfreiheit voraussetzt, die gar nicht gegeben ist. Denn dahinter steckt die unausgesprochene Idee einer Relativität der Kulturen, die alle gleich sind vor Gott. Oder der Geschichte. Darin steckt noch etwas, das mir zutiefst suspekt ist: Das ist der überstrapazierte Begriff der Identität. Das betrifft nicht nur die kulturelle oder nationale Identität, sondern auch die Gruppen der Punks, Skinheads, diese Stammesgruppen, wie sie in den sechziger und siebziger Jahren genannt wurden. Die Gesellschaft zerfällt in frei umherschweifende Stämme, in ethnische Kleinstgruppen. All diese Gruppierungen haben ein zwanghaftes Bedürfnis, ihre Identität zu bestätigen. Diese ganze Identitäts-scheiße müßte man eigentlich bekämpfen. In all ihren Formen, weil sie immer nur zu neuen Fun-

damentalismen und neuen Diskriminierungen führt. Weil jede Identität sich nur auf Kosten der anderen definieren zu können glaubt.

Bauböck: Ein Vorschlag: Motto der Neunziger könnte „No identity“ im Gegensatz zum Motto der frühen achtziger Jahre „No future“ heißen.

Schwendter: Na gut, die Bewegung gab es ja. Sie ging in den siebziger Jahren von Gilles Deleuze und Felix Guattari aus: Jeder Mensch ist eine Gruppe und Identität ist eine Fiktion. Die Schwierigkeit ist: Wir müssen schon fragen, woher diese Entwicklung kommt. Diese übersteigerte Suche nach einer schon fast als narzistisch zu bezeichnenden Identitätsform. Wieso ist sie so authentisch? Wir fühlen uns nur gut mit der entsprechenden Automarke, dem entsprechenden Rasierwasser, den entsprechenden Pullovern mit den eingestickten Tieren drin, was auch immer.

Das führt uns zum Weltmarkt zurück, zur Akkumulation, zur Vergrößerung von Institutionen. Die Identität wird immer dann als kompensatorische Funktion besonders übersteigert, wenn die gesamtgesellschaftliche Situation auf den Einzelnen besonders niederdrückend ist. Das spielerische Ausprobieren verschiedenster normativer Systeme ist angesichts dieser Übermacht der großen Institution für die/den Einzelne/n nicht mehr zu leisten.

Ich würde gerade in diesem Zusammenhang die Fundamentalismen nicht vorschnell abschreiben, sondern versuchen, sie ernst zu nehmen. Sie sind selbst interessenbedingte Konstruktionen normativer Art und nicht etwas, das sich naturwüchsig an heiligen Texten entlang zieht.

MONATSZEITUNG: Wie entstehen die Nationalismen? Unter welchen Bedingungen gibt's die Suche nach Identität, die Suche nach neuen Fundamentalismen.

Bauböck: Wesentlich ist, daß die Vergemeinschaftung in modernen Gesellschaften immer eine illusionäre oder imaginäre ist, daß die Fundamentalismen dies aber genau auf jener Ebene leisten. Sie bieten etwas an, das mit der Legitimationskrise des Nationalismus zusammenhängt. Nationalismus war in gewisser Weise ein Religionsersatz. Eine Säkularisierung der politischen Gemeinschaft, die selbst die Vorstellung hervor gebracht hat, es gibt eine Kulturgemeinschaft, in die alle hineingeboren werden und die sich durch Vererbung tradiert. Wenn das brüchig wird, gibt es Gegenbewegungen oder daran gekoppelte Bewegungen, die die alten Formen der religiösen Gemeinschaft wieder zu beleben und an die Leerstelle zu setzen versuchen.

Buch: In Afrika begegnete ich überall dem islamischen Fundamentalismus, der dort, aggressiv und mit viel Geld gekoppelt, missioniert - überall werden Moscheen gebaut, gespendet vom Iran oder Saudiarabien, von den verschiedenen miteinander konkurrierenden Richtungen des Islam. Und der Bevölkerung wird verboten, zu singen und zu tanzen und zu trommeln, denn das ist laut Koran Sünde und gilt als eine primitive, lüsterne und sinnliche Angelegenheit, die es auszurotten gilt. Die treten mit dem Selbstbewußtsein christlicher Missionare des frühen Mittelalters auf und

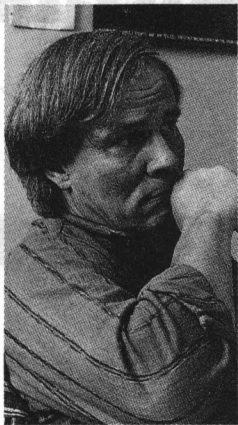
STREIT



GESPRÄCH



**Kulturelle
Identitäten von
Gruppen und
Individuen sollen
nichts mehr mit
ihrem sozialen,
ökonomischen
Status zu tun
haben.
(Bauböck)**



**Der Begriff
'Kultur', so wie er
in 'multikulturell'
gebraucht ist, setzt
eine Wertfreiheit
voraus, die nicht
gegeben ist.
(Buch)**

**'Multikulturell' hat
die hierarchische
Dimension inne,
enthält
sie aber nicht.
(Schwendter)**

rotten in Afrika die autochthone Kultur aus, den Fetischismus und den Animismus.

Das Bedrohliche und Gefährliche ist, daß sie an den Minderwertigkeitskomplex der „Dritten Welt“ appellieren. Jener wird mit einer aggressiven, neuen Identität kompensiert, nämlich der islamischen. Daher auch der Erfolg. Es ist nicht das Produkt eines westlichen Imperialismus, sondern eine Antwort darauf.

Schwendter: Ihr Beispiel bezieht sich nicht auf eine multikulturelle Gesellschaft, sondern auf deren Ausrottung. Wir müssen auch hinzufügen, daß die christlichen Polemiken gegen die Polygamie, die ja gerade in den letzten Monaten in Afrika stattfanden, auch nicht von der feinen multikulturellen Art sind. Wenn wir den Islam kritisieren, müssen wir schon hinzufügen, daß dieses Zerstörungswerk auch von christlich Motivierten betrieben wird.

Um auf den Weltmarkt zurückzukommen: Dieser Minderwertigkeitskomplex ist ja geradezu ein Produkt dessen, was mit der „Dritten Welt“ seit einigen Jahrhunderten von metropolitaner Seite aufgeführt wird. Da ja auf der ganzen Welt kolonialistische Tendenzen weltweit operierend sind, ist dies ein Prozeß, der auch in die Metropolen selbst kommt. Diese ständige Dialektik, wie Galtung es einmal formulierte, von Zentrum und Peripherie, die wir in den Metropolen selbst in Form von Agglomerationen und strukturschwachen Gebieten längst kennen. Sicherlich haben wir die „Dritte Welt“ längst im eigenen Land, und zwar nicht nur die dunkelhäutige, schwarzschnurrbärtige Form, sondern auch in Form des Umgangs mit Behinderten, mit Psychiatrisierten, mit Obdachlosen, in Kalifornien beispielsweise.

Bauböck: Wir sind uns viel zu selten dessen bewußt, daß es im Islam genauso wie im Christentum unterschiedliche Strömungen gibt. Warum setzt sich die fundamentalistische Richtung ausgerechnet heute durch? Sie ist die ideologische Antwort auf eine Perspektive der Verelendung, die in allen islamischen Regionen den Leuten vor Augen schwebt. Das Minderwertigkeitsgefühl wird über ideologischen Fundamentalismus kompensiert.

Buch: Was wir erleben, ist doch eine Infragestellung der Aufklärung von den verschiedensten Seiten. Das Entscheidende ist, daß die europäische Aufklärung auch die Kritik an Kolonialismus oder Kapitalismus hervorgebracht hat. Wir erleben jetzt ihre Infragestellung durch vor allem religiös motivierte Massenbewegungen, die sehr viel älter sind als die Aufklärung. Die Aufklärung ist etwas europäisches, und ich schäme mich dessen nicht. Ohne die Aufklärung können wird die Idee der Toleranz, die Idee der Kritik, die Idee der sozialen Veränderung über Bord werfen. Aufklärung ist eine bessere Richtschnur für das Leben in einer Gesellschaft, in der auch Minderheiten und abweichende Meinungen ihre Rechte haben, als etwa in einem Gottesstaat, in dem von oben durch eine zentrale Autorität diktiert wird, was rechtens ist. Und solche Gottesstaaten sind nicht nur im Religiösen gemeint.

Schwendter: In der Argumentation sehe ich eine gewisse Ausweglosigkeit: Nämlich gleichzeitig, wofür vieles spricht, den Begriff der Aufklärung retten zu wollen, und den damit unlösbar verbundenen Begriff der Identität zu zerstören.

Buch: Identität ist doch eine Tautologie. Das hat schon Aristoteles gesagt. Der Kernsatz ist: Ich bin ich. Ein Deutscher ist deutsch, ein Europäer ist Europäer. Das ist eine Leerformel, die gar nichts besagt. Die Aufklärung hat uns gelehrt, solche Begriffe kritisch zu sehen, und was ich an der Aufklärung festhalten will, ist ja gerade das Moment der Kritik gegenüber den Heilslehren, die die Kritik ein für allemal verdammen.

Bauböck: Die Aufklärung müßte sich von ihrem eigenen Identitätsdenken lösen, indem sie sich enteuropäisiert. Aufklärung, die im Gewande einer europäischen Identität auftritt, ist eine Aufklärung, die in allen anderen Weltregionen berechtigterweise Gegenreaktionen und Mißtrauen auslöst.

Buch: Ihre Ursprünge sind in Europa und ihre Ansprüche sind universal.

Schwendter: Ja sicher, das ist bei Kant nachzulesen.

Buch: Bei der Aufklärung müssen wir mitbedenken: Jeder gute Linke und die meisten Konservativen heutzutage sagen: Natürlich habe ich keine Vorurteile, selbstverständlich habe ich nichts gegen Türken usw. Doch die über Rassisten die Nase rümpfen, sind diejenigen, die im Villenviertel wohnen, mit einem Professorengehalt. Diese Menschenliebe, die sich nie der Realität stellt, ist mir zu einfach und zu billig.

Bauböck: Man muß lernen, innerhalb der eigenen Gesellschaft zu differenzieren, daß es an der Basis, bei jenen, die schon da sind, inklusive der Ausländer, auch soziale Interessengegensätze geben kann gegen die, die versuchen, hereinzukommen. Diese Interessengegensätze werden ideologisiert in Fremdenfurcht. Es kommt darauf an, die Ideologisierung zu bekämpfen und nicht den Interessengegensatz zu leugnen, d.h. eine Form des rationalen Umgangs mit diesem Gegensatz zu finden. Die Fremdenliebe der Mittel- und Oberschichten beruht sehr stark darauf, daß sie am segmentierten Arbeitsmarkt nie gefährdet werden können durch Immigration. Das ist eine sehr billige Form des Wohlwollens, die sich auch schlecht moralisch anmaßen kann, für andere Teile der Bevölkerung zu urteilen.

Buch: Um auf Amerika zurückzukommen, da man ja immer den Eindruck hat, daß dieses Land in avancierter Form unsere eigene Wirklichkeit widerspiegelt: Es gab dort in den sechziger Jahren eine Allianz zwischen jüdischen intellektuellen Linken mit den Schwarzen. Der Bürgerrechtskampf der Schwarzen wurde nicht nur voller Sympathie, sondern mit aktivem Protest von jüdischen Intellektuellen unterstützt.

Diese Gruppen sind heute Todfeinde. Sie reden nicht mehr miteinander, es gibt keine gemischten Paare mehr, das war in den Sechzigern ganz groß, kaum noch Freundschaften. Die jüdischen Krämerläden sind vertrieben aus den

schwarzen Ghettos wie Harlem und durch Koreaner ersetzt worden. Warum wollen diese Gruppen nichts mehr miteinander zu tun haben? Die Schwarzen haben sich an einem bestimmten Punkt ihrer Emanzipationsbestrebungen mit den Palästinensern solidarisiert, es gibt auch eine starke islamische Strömung - Black Muslims -, und die linken Juden haben irgendwann das Existenzrecht Israels über alles andere gestellt. Die Holocaustdebatte Mitte der siebziger Jahre führte auch zu einer Wiederentdeckung der jüdischen Identität. Jedenfalls ist eine grenzüberschreitende Solidarität fast nicht mehr möglich.

Und ich fürchte, das ist auch unsere Zukunft. Amerika ist das Gegenteil eines Schmelztiegels. Die Gruppen sind alle abgesondert, jede hat sich in ihre eigene Wagenburg zurückgezogen und behauptet ihre Identität in aggressiver Weise nach außen. Wenn das die Zukunft der multikulturellen Gesellschaft ist, dann sage ich nur nein danke.

Bauböck: Die Scheidung zwischen Bündnispartnern ist sicher ein Symptom gewesen, die Ursachen liegen etwas tiefer. Der Kampf der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den 60ern hatte typischerweise nicht ethnische Identität, sondern politische Ungleichberechtigung zum Inhalt. So sollte die soziale Form der Diskriminierung erklärt werden. Auf der politischen Ebene wurde sehr viel erreicht, der soziale Ertrag dieser Bewegung war aber extrem geringer, da sich die Kastensituation in den Ghettos perpetuiert hat. In dieser Situation wurde die Grenze von beiden Seiten neu interpretiert als eine ethnische, die sie nicht von vornherein gewesen war. Die Schwarzen sagten: We are a black nation! Und die Black Muslims lieferten die religiöse Identität dazu. Das bedeutet eine Selbstdefinition, die Bündnisse von vornherein schwierig macht. Umgekehrt ist auf der Seite der Weißen wahrscheinlich ähnliches in weniger auffälliger Form geschehen. Man definiert sich nicht mehr gemeinsam im Rahmen eines politischen Anliegens, sondern über eine Identität, die automatisch tradiert wird und zu der der Andere keinen Zugang hat. Diese Form der Grenzziehung ist in einer multikulturellen Gesellschaft immer als große Gefahr angelegt.

Es bedarf daher politischer Innovation, einer neuen Form von Gleichberechtigung als einer gruppenübergreifenden Integration. Nicht bloß die Betonung, jeder darf seine kulturelle Identität behalten und für sich selbst entwickeln und festigen. Das allein ist überhaupt keine Lösung.

Schwendter: Es gibt kaum logische Orte, wo es in der Tat möglich ist, daß Leute aus verschiedenen Sub- und Teilkulturen, auch ethnischen, miteinander in irgendeine nichttaktische Interaktion treten. Was könnte nun dem Wagenburgmodell entgegenwirken?

Buch: Es gibt auch positive Gegenbeispiele. Die Eßgewohnheiten haben sich nun tatsächlich verändert. Die Küchen der Welt sind in den Metropolen präsent. Das positivste Beispiel für Multikultur ist jedoch der Jazz. Der Jazz ist wirklich ein Schmelztiegel: Aus europäischer Marchmusik - und das haben die Schwarzen gehört, die

Militärmusik auf den Kopf gestellt und spielerisch eine wunderbare Synthese hervorgebracht aus europäischen und afrikanischen Elementen -, und selbstverständlich auch aus amerikanischen Elementen wie Hillbilly, Kirchenmusik, Ragtime.

Schwendter: Das Essen kann ich nur halb so optimistisch sehen. Diese Eßgewohnheiten sind nur noch als nivellierte konstitutiv. Die italienische Küche hier hat mit der italienischen Küche in Neapel nichts mehr zu tun. Hier tritt die Reservemannschaft von MacDonald's an.

Jazz ist ein geglücktes Beispiel, zumal die avancierteren Gruppierungen die eigenen Roots miteinbeziehen in nichtimperialistischer Weise - die pannonische Musik z.B., oder wenn sich asiatische Trommelspieler an der Improvisation beteiligen. Die Subkultur, die diesen umfassenden Jazz spielt, ist allerdings jeweils recht klein.

Buch: Der Verwässerung der authentischen Küche, z.B. der italienischen, entspricht in der Musik die Verwässerung des Jazz zum Schlager, zum Pop. Ohne Anteil der schwarzen Musik und des authentischen Jazz gäbe es diese Verwässerungen nicht. So wie die schlechteste Pizza sich noch immer von der ursprünglichen herleitet.

MONATSZEITUNG: Warum sind ausgerechnet Essen und Musik die positiven Beispiele?

Bauböck: Essen spielt sich traditionellerweise in einem privaten Kommunikationsbereich ab. In diesem Sinn hat es sich auch jener kulturellen Standardisierung entzogen, die für den Nationalismus und den Nationalstaat charakteristisch ist. Auch dadurch, daß Essen, und das hat es mit der Musik gemeinsam, eine nichtverbale Form der Kultur ist. Nationalismen beruhen immer auf einer Standardisierung von Sprache. Wenn diese kulturelle Homogenität zunehmend in Frage gestellt wird, werden gerade diese Formen als Ansatzpunkt für neue Synthesen genommen.

Schwendter: Es ist sicher problematisch, einen Begriff wie multikulturell, sei es emphatisch, sei es utopisch, zu konstituieren, wenn es gleichzeitig MacDonald's und Kabelfernsehen und Satellitenfernsehen und Printmedienkonzentration, eine weltweite Kenntnis von soundsoviel Markennamen und einen gleichzeitig zunehmenden weltweiten Analphabetismus gibt. Das ist gesamtgesellschaftliche Weltkultur.

MONATSZEITUNG: Welchen Begriff würden Sie an Stelle von 'multikulturell' vorschlagen, da er sich doch als relativ ungeeignet gezeigt hat?

Bauböck: Im Englischen gibt's eine Tradition, über solche Fragen unter dem Begriff „citizenship“ zu diskutieren. Das ist natürlich nicht dasselbe, sondern bezieht sich explizit auf den politischen Status. Die Wurzeln liegen in der Französischen Revolution: Die Gemeinsamkeit soll nicht bestehen in der Kultur, sondern in den Rechten der Bürger. Wenn man das jetzt um ein Modell der Toleranz und Verträglichkeit zwischen Kulturen anreichern könnte, die nicht ständig auf ihre Identität rekurrieren müssen, schiene dies der bessere Weg als im alleinigen Rahmen der Kultur.

MONATSZEITUNG: Wir danken für das Gespräch. ■

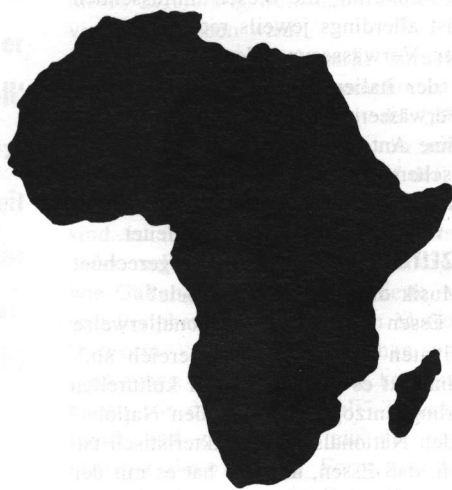


Der Ort der multikulturellen Gesellschaft sind die „global cities“.
(Bauböck)

Die europäische Philosophietheorie, Ethnologie und Afrikanistik verharrt bis heute in der diffamierenden Ignoranz zur Philosophie in Afrika. Aus der 'diffamierenden Ignoranz', deren Haupttendenzen unten erwähnt werden, behauptet sich die faktische Ignoranz, die geographisch im Durchschnittsintellektuellen zu lokalisieren ist. Ihre wesentlichste Auswirkung ist, daß keinerlei Vorwissen zur Philosophie in Afrika existiert.

Das Bild Afrikas ist durch faschistische Mythen geprägt: Als Beispiel sei der deutsche Ethnologe Leo Frobenius angeführt. Er sprach sich offen für den Kolonialismus aus und begrüßte den Nationalsozialismus als die reinigende Kraft Deutschlands. Der Deutsche Christoph Marx kommt zur stimmigen These: „Er (Frobenius, Anm.) will die deutsche Seele, die er von der westeuropäischen Rationalität absetzen will, im Umweg über Afrika wiederfinden und damit zur Renaissance eines neu-alten Deutschland beitragen, dessen Gehalt von einem mystisch-romantischen Mittelalterbild geprägt ist.“ Die Gründe für beide Formen der Ignoranz hat Frantz Fanon formuliert: „Die Spezialisten des Mutterlandes (die Ethnologen, Anm.) entdecken diese Veränderungen sehr rasch und verurteilen sie insgesamt im Namen eines kodifizierten Stils, eines kulturellen Lebens, wie es sich im Rahmen der Kolonialsituation entwickelt hat. ... Die Kolonialisten sind es, die sich zu Verteidigern des Eingeborenenstils aufwerfen“, um dem indirect rule, das heute im großen Stil im Rahmen des Neokolonialismus praktiziert wird - weswegen man auch weiterhin des 'Eingeborenenstils' bedarf - eine ideologische und administrative Basis zu verleihen. Den Kolonialisierten wird ihr Mensch-Sein durch Vorenthaltung der selbsternannten Krone Europas - die Philosophie als Zeichen und Ausdruck von Kultur - abgesprochen. Bestenfalls will man ihnen ein deformiertes Sein in Form einer folkloristischen Weltanschauung zubilligen.

Paulin J. Hountondji (R.P. Bénin) fragt an dieser Stelle kritisch, warum das reflektiv-kritische Hinterfragen der



ZWISCHEN KULTUR UND FOLKLORE

Von Christian Neugebauer

Zur Philosophie in Afrika und ihrer Relevanz für eine verkappte Diskussion: Multikulturalität. - Vermischte Bemerkungen über einen verleugneten Diskurs.

eigenen 'Stammeskultur' für die europäischen Intellektuellen als sine qua non gilt, hingegen den afrikanischen Intellektuellen bloß zu Schimpf und Schande gereichen soll.

Aus dem Ghetto des Folklorismus dürfen sie nur als 'Assimilierte' treten, wollen sie einem intellektuellen Exhibitionismus im Zeichen des Ethnokitsches entkommen.

Die „Dritte Welt“ darf bloß Tradition, aber keine

Geschichte, bloß Folklore, aber keine Kultur besitzen; vorzüglich entschärft von internationalen Zusammenhängen. Die Apologie wird auf die Spitze getrieben, wenn Folklore als Kultur und Tradition als Geschichte gelesen und schließlich gleichgesetzt wird, wie z.B. unter dem Apartheid-Regime. Über den Umweg der „Dritten Welt“ wird reaktiönäre Begriffsgeschichte betrieben und der Irrationalismus - Boden für jede nationalistische und/oder faschistische Weltanschauung (G. Lukács) - durch die Losung vom „Ganz Anderen Afrika“ (sic) bedient.

Heute wird versucht, diese erkenntnistheoretische Apartheid der monolithischen Kulturkreise durch das Konzept der Multikulturalität fortzuschreiben, wo Folklorismus, 'Tradition' und 'nationale Identität' als altes Opium für neue Völker verabreicht werden. Nicht zu vergessen ist hier die Erkenntnis von Adorno, der die Sucht nach Identität als Urform der Ideologie erkannte. Theoretisch und empirisch anspruchsvolle Kulturbegriffe und -diskussionen werden a fortiori aus der Debatte gekippt. Und KritikerInnen sitzen dieser Verdrehung schließlich auf

und räumen ohne Not bereitwillig das Feld, wenn sie Multikulturalität und den Kulturbegriff verfemen, statt eine Kritik an Multifolklorismus und seiner Herrschaftsfunktion zu führen.

„Was die heutige Elite (in Afrika und Europa, Anm.) als Tradition (in Afrika, Anm.) bezeichnet, ist zum großen Teil ein Ergebnis des Kolonialismus ... Später hat die heutige afrikanische Elite einer Pseudotradition ihre kulturelle Legitimität zuerkannt, die nichts anders war als ein durch den Kolonialismus aufgezwungener Kult der Bodenständigkeit und Folklore. Die europäische Anthropologie gab dieser Vorstellung von Tradition ihren wissenschaftlichen Segen, und Bücher über das traditionelle Afrika oder über die Bantu-Philosophie wurden zu Klassikern, auf die sich die afrikanische Elite beruft“, schreibt F. Boughe-dir.

Es wird eine erkenntnistheoretische Apartheid postuliert, wo gegen die Vernunft der Folklorismus gezückt wird. „Was die frühere bürgerliche Aufklärung den sogenannten Primitiven und ihrer Natur zu wenig gab, gab ihnen spätbürgerliche dekadente Barbarei zuviel, trotz wie wegen des Imperialismus“ (Bloch). Dies führt Hountondji zur ironischen Gegenthese, daß „... das moderne Afrika ebenso traditionell ist, wie das traditionelle Afrika. Dies im einzig möglichen Sinn des Begriffs Tradition. Tradition als ein System von Diskontinuitäten“ (P.J. Hountondji).

Die diffamierende Ignoranz

Das Manöver dieser verfehlten Gleichsetzung - Kultur = Folklore - und Kritik wird und wurde durch die diffamierende Ignoranz besorgt. Sie gliedert sich paradigmatisch in zwei Tendenzen: Die eine spricht Afrika eine jede Philosophie ab. Sie wird repräsentiert z.B. durch Hegel, Kant, Stirner und Hume. Die andere, bedeutendere, wird durch den Ethnologen und Demiurg der sogenann-

ten „Bantu Philosophie“ Placide Tempels eingeleitet. Er und die sich aus seinem Werk konstituierende Schule der Ethnophilosophie - so in der Kritik von den vier führenden Philosophen Afrikas: Paulin J. Hountondji (Bénin), Marcien Towa (Kamerun), Kwasi Wiredu (Ghana) und Henry Odera-Oruka (Kenya) - sprechen Afrika einzig eine homogene, statische und unbewußte Weltanschauung als Philosophie zu, sprich: eine sich als Philosophie gebärdende Folklore, die erst mit den angeblich superioren Mitteln der Ethnologie aus Sprichwörtern, Grammatiken, Oratur und Sozialorganisationen zum Bewußtsein ihrer Selbst gelangt. M. Towa erkennt in ihr ein christologisches Herrschaftsprojekt, P.J. Hountondji eine neokoloniale Ideologie der afrikanischen und europäischen Bourgeoisie und H. Odera-Oruka eine Entmündigung Afrikas und pure Erfindung ohne empirische Grundlage.

Grob kann man zwei Entwicklungsstadien der Ethnophilosophie ausmachen: die imperialistische oder spezielle Ethnophilosophie, repräsentiert durch Placide Tempels und die neokoloniale oder allgemeine, vertreten durch die kulturel relativistische Ethnologie, Kulturanthropologie, durch den afrikanischen Sozialismus (Nyerere, Kaunda, Senghor) und ihm nahestehende afrikanische Intellektuelle, wobei sich letztere wiederum in sechs Strömungen gliedern lassen: 1. Christlich-linguistischer Ansatz; 2. Kollektiv-hermeneutischer Ansatz; 3. Individual-hermeneutischer Ansatz; 4. Phänomenologie; 5. Linguistischer Ansatz und 6. Apologie. Hountondji macht schließlich vier Gruppen aus, die ein Interesse an der Ethnophilosophie haben: 1. Missionare, Entwicklungshelfer etc., 2. Kolonialideologen und die Bourgeoisie in Europa, 3. Ethnologie allgemein und 4. afrikanische Bourgeoisie. Korrespondierend, in Reihenfolge, wird der Afrikaner idealtypisch durch vier Figuren beschrieben: Der Heide, der Barbar, der Exote und das Opfer.

Vermischtes zu einem verleugneten Diskurs:

Um diesem diffamierenden Konzept von Multifolklorismus entgegenzutreten, soll ein Aspekt der Kultur Afrikas - die Philosophie - schlaglichtartig beschrieben werden. Die zeitgenössische Philosophie in Afrika - die vier Stränge, Quellen aufweist: die Diskussion der Philosophie Europas, die afrikanische Diaspora, die politische Theoriebildung Afrikas und die philosophiehistorische Rekonstruktion - ist ebenso vielschich-

tig, widersprüchlich und in sich selbst widerstreitend wie die Philosophie in Europa, sodaß man ihr in wenigen Zeilen nicht gerecht werden kann. Die zeitgenössische Philosophie in Afrika sieht den Ursprung der Philosophie allgemein im antiken Ägypten; von da aus geht erst der Weg nach Griechenland, sodaß von zahlreichen Philosophen Afrikas Aristoteles als afrikanischer Philosoph verstanden und die griechische Philosophie auf Grund ihrer Wurzeln in Ägypten als Teil afrikanischen Erbes reklamiert wird.

Ebenso erfährt die antike äthiopische und die islamische Philosophie bzw. Theologie eine Rekonstruktion. Sucht man auf der einen Seite seine Kultur und Geschichte selbst zu bestimmen, steht auf der anderen Seite, zu meist in Ergänzung, die politische Frage nach Unabhängigkeit und Demokratie oder: die Aufgabe der Philosophie für Afrika. Damit setzen sich die Philosophen Afrikas nicht nur in Opposition zum herrschenden Diskurs in Europa, sondern auch zur afrikanischen Kompradorenbourgeoisie. Deren Ideologie der Négritude und des afrikanischen Sozialismus wird heute von den führenden Intellektuellen Afrikas als Instrument zur Rechtfertigung von Ausbeutung gesehen. In der derzeitigen Auseinandersetzung um Demokratie und Selbstbestimmung ist der Marxismus in all seinen Varianten die dominante Tendenz, der gegenüber keine weitere existiert. Dieser ist mit Namen wie Césaire, Cabral, Pio Pinto, Fanon, Babu, Imoudu oder Nkrumah verbunden, um nur wenige zu nennen. Darauf berufen sich heute die Intellektuellen Afrikas. Auf Grund der Kollaboration des Kommunismus mit dem Kolonialismus und Neokolonialismus entwickelte sich in Afrika ein Schisma zwischen Marxismus und Kommunismus. Letzterer wird von ersterem heftig im Namen der Menschenrechte und Demokratie seit Césaires Austrittsbrief aus der Kommunistischen Partei Frankreichs 1947 bekämpft, worin er den Führungsanspruch der KPdSU ablehnt. Der Kommunismus andererseits wird nicht müde, die großen Befreiungstheoretiker Afrikas - allen voran Frantz Fanon - zu verleumden und auf eine schulmeisterliche Art zu belehren (z.B. Sik, Ulyanovsky, Schwabe, Schmidt), was den Graben zwischen einer unorthodoxen Marxrezeption in Afrika und dem Kommunismus nur noch mehr verbreitert.

Die Marxdiskussion kann man durch eine dreifache Bewegung der Emanzipation charakterisieren: Die Emanzipation vom Marxismus-Leninismus, die seit den 50er Jahren durch einerseits eine

Rückkehr zu den Quellen (Marx, Engels), zu den eigenen politischen Philosophen (Panafrikanismus) und eine Rezeption von A. Gramsci, andererseits durch eine Hinwendung zu einem utopischen Sozialismus geführt wird. Lenin gilt für viele aber schon als Revisionist bzw. Kollaborateur des Kolonialismus. Zweitens, die Emanzipation vom kolonialen Schatten Hegels, der Afrika jede Geschichte, Moral und Philosophie absprach und es als umnachtetes Kinderland ohne Bewußtsein ausgab.

Drittens, die Emanzipation von jeglicher neokolonialen Ideologie, allen voran die Kritik an der Ethnophilosophie, also Multifolklorismus.

Erst in jüngster Zeit kann man die Entwicklung einer veritablen Gegenposition zum Marxismus innerhalb der Philosophiediskussion Afrikas ausmachen: Der platonische Anarchismus pragmatischer Orientierung, der seine Anfänge in den Arbeiten K. Wiredu und Benjamin E. Oguahs (Ghana) aufweist. Um die widersprüchlichen Ansätze Anarchismus, Platonismus und Pragmatismus zusammenzubringen, legt Wiredu das Fundament einer neuen Epistemologie, die zwei Hauptthesen verflucht: Truth As Opinion und To Be Is To Be Known. Seine Epistemologie hat eine wahre Flut von Gegenartikeln und eine hitzige Debatte in Afrika ausgelöst, die von prominenten Philosophen Afrikas wie Odera-Oruka, J.I. Omoregbe (Nigeria), Peter O. Bodunrin (Nigeria) getragen, aber auch nicht mehr von europäischen Philosophen ignoriert wird, wie die Artikel Gene Blockers (USA), Robin Hortons (GB) oder Geoffry Hunts (GB) beweisen.

Die Aktualität der Philosophie in Afrika ist offensichtlich. Sie hat noch nicht Vernunft und Moral an der Garderobe der semiotischen Postmodernen abgegeben, wo alles Text und relativ ist. Der Text verliert seine Beliebigkeit in der Folterkammer und wird konkret, die korrespondierende Ideologie des Multifolklorismus wird beim Namen genannt und ein Begriff, der eigentlich erst noch zur Debatte steht, gerettet: Multikulturalität.

„Hier muß eine wahrhaft kopernikanische Wende vollzogen werden, so sehr hat sich in Europa ... von der äußersten Rechten bis hin zur äußersten Linken die Gewohnheit eingenistet, für uns zu handeln, über uns zu verfügen, für uns zu denken; mit einem Wort, es ist zur Gewohnheit geworden, uns das Recht auf einen eigenen Willen ... streitig zu machen“ (A. Césaire).

Christian Neugebauer ist Lektor am Institut für Philosophie in Wien und Mitherausgeber der Zeitschrift für Afrikastudien (ZAST).

Am 31. August 1938 wurde vor einem Hamburger Notar der Kauf eines Grundstückes in Neuengamme, südöstlich vor der Stadt gelegen, abgeschlossen. Erwerber des Grundstückes war die SS. Sie errichtete auf ihm ein Außenlager des KZs Sachsenhausen, ab 1940 firmierte es als selbständiges KZ Neuengamme. Bis Kriegsende wurden dort und in den 78 Außenlagern in und um Hamburg 106.000 Menschen inhaftiert, 55.000 erlebten den Tag ihrer Befreiung nicht mehr.

Sie wurden erschossen, gehenkt, vergast, totgeschlagen, für medizinische Experimente mißbraucht, viviseziert, durch Benzin- und Phenol-Injektionen ermordet. Die meisten jedoch starben an Entkräftung. In den Todeslisten steht: Herzmuskelschwäche, Lungenentzündung, Durchfall, Diphtherie. Sie waren 20, 25 oder 45 Jahre alt. Sie kamen aus Katowice und Leningrad, aus Kopenhagen und Budapest. Sie hießen Stefan Szyrak, Maria Opice oder Arne Jul Hanson. Hier in Neuengamme waren sie Sklaven. Für „Rheinmetall“, für die Werft „Blohm und Voß“, für „Philips“ oder „Continental“. Etwa zehn Firmen und auch die Städte Hamburg, Bremen und Kiel bedienten sich des Menschenmaterials.

Das KZ-Gelände ist heute in einem denkwürdigen Zustand: Ein Teil wurde und wird als Gefängnis (!) genutzt, viele Gebäude stehen leer. Es gibt ein bescheidenes Dokumentationszentrum. Seit 1984 stehen die nicht als Strafanstalt genutzten Gebäude unter Denkmalschutz. Aber ein Gesamtkonzept für die Nutzung der Mahn- und Gedenkstätte wurde bisher nicht realisiert.

Jan Philipp Reemtsma, Sohn des Nazi-Finanziers und Zigarettenfabrikanten Philipp Reemtsma, verwendet sein Erbe für ungewöhnliche Zwecke, er organisiert und finanziert Stiftungen, wissenschaftliche Institute, die sich mit Geschichte und Zeitgeschichte, insbesondere dem Faschismus beschäftigen. 1988 legte er der Hamburger Wirtschaft und dem Senat folgenden Plan vor: Mit Spenden der privaten Wirtschaft sollte die heruntergekommene Gedenkstätte Neuengamme zum Ort der Forschung und Dokumentation gemacht werden. Drei Millionen wurden veranschlagt. Reemtsma wandte sich an 31 Firmen und Behörden, die im Faschismus Zwangsarbeiter aus dem KZ Neuengamme für sich schufteten ließen.

Kein Handlungsbedarf

Die Antworten der Herren aus den Chefetagen von Industrie und Politik sind Dokumente des realexistierenden Kapitalzynismus. Die Schriftstücke und



Zwangsarbeiterinnen beim Bau des Diestel-Kais

KZ Neuengamme: DOKUMENTE DES REALEXISTIERENDEN KAPITALZYNISMUS

Von Christine Weber-Herfort

Der Hamburger Mäzen Jan Philipp Reemtsma hat die Unternehmen, die vom KZ Neuengamme, südöstlich von Hamburg, profitierten, angesprochen und um die Unterstützung bei der Neugestaltung der Gedenkstätte auf dem ehemaligen KZ-Gelände gebeten. Die Antworten der Herren aus Industrie und Politik wurden in einer Wanderausstellung präsentiert.

Zwangsarbeiterinnen beim Steine klopfen



Fotos: Leinen los / Landeszentrale f. polit. Bildung Hamburg

die Antworten oder Nachfragen von Reemtsma werden in der Wanderausstellung „In Erinnerung an Neuengamme - Industrie, Behörden und Konzentrationslager 1938-1945“ gezeigt. Hier einige Beispiele aus der gesammelten Ignoranz, die auch Gradmesser für gesellschaftliches Bewußtsein ist:

„Was den Handlungsbedarf angeht, muß ich mich als die falsche Adresse ansehen“ - schiebt der Wirtschaftssenator Hamburgs, Wilhelm Rahlfs. Aus der Sicht seiner Behörde könne er keinen Beitrag zur Finanzierung leisten.

Ewald Gondznik - zum Beispiel - hat zwei Jahre für genau diese Verwaltung Sklavendienst geleistet beim Bau eines Kanals in die Elbe. „Von sieben Uhr früh bis fünf Uhr abends, mit nur einer halben Stunde Mittagspause, wurde im Laufschrift gearbeitet ... Aus einem breiten verschlammten Wassergraben wurde ein befahrbarer Kanal ... Für das schnelle Tempo der Arbeit hatten schon der Kommandoführer, die SS ... mit Knüppeln gesorgt. Beim Rückmarsch ins Lager schleppten die Häftlinge täglich Tote und Schwerkranke, deren Zahl bei ungünstigem Wetter 20 bis 30 erreichte ...“

Der Inhaber der „Jastram“-Motorenfabrik schiebt die Verantwortung auf die Kulturbehörde, die für die „Aufarbeitung unserer tragischen Vergangenheit Sorge zu tragen“ habe. Herr Dipl. Ing. P. Jastram will noch nicht einmal einen symbolischen Betrag überweisen.

„Wenn ich einen symbolischen Betrag zahlen würde, würde ich damit ... symbolisch eine Verpflichtung akzeptieren. Die will ich aber nicht gelten lassen.“

Der KZ-Häftling Jan H. van Bork schildert seine Erfahrungen mit „Jastram“: „Vom April 1942 bis Kriegsende, 29. April 1945, war auf dem Terrain des Konzentrationslagers Neuengamme eine Abteilung der Motorenfabrik 'Jastram' errichtet. Nach einem Jahr standen vier Fabrikhallen ... Überholen von Motoren, Umbau von Motoren von Dieselmotoren auf die Benutzung von Holzgas, Bau von Holzgeneratoren, Bau von Schnellbooten ... die SS hatte die Gewohnheit, in der Fabrik herumzulaufen. Und wenn jemand stillstand, schlugen sie drauflos.“

In besonderer Weise profitierte die Firma DEGESCH - Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung m.b.H., 1936 mehrheitlich im Besitz der Konzerne „Degussa“ und „IG Farben“. Als Alleinherstellerin von Zyklon B lieferte sie das Gift für die Massenvernichtung in Auschwitz-Birkenau. Auch in Neuengamme wurde Zyklon B verkauft. 1942 180 Kilo, die zur Entlausung und zur

Massentötung gebraucht wurden. Ende 1942 wurden bei zwei Aktionen 448 sowjetische Kriegsgefangene im Arrestbunker mit Zyklon B ermordet. Die Firma DEGESCH schweigt auf die Anfrage nach Beteiligung an einer Neugestaltung ihrer alten Wirkungsstätte, wie im übrigen die Mehrzahl der angeschriebenen Firmen.

Nur drei Firmen stellten Spenden in Aussicht: die „Volkswagen AG“, die Hamburger Elektrizitätswerke und das „Drägawerk“, das im Zweiten Weltkrieg gut an der Gasmaskenproduktion verdiente.

Die „Krupp GmbH“ teilt freundlich mit, daß sie das Konzept für die Erneuerung der Gedenkstätte Neuengamme für „durchaus bedenkenswert“ halte. Zu bedenken gibt sie aber, daß „die Firma Krupp bereits im Jahre 1959 als erstes deutsches Großunternehmen einen für damalige Zeiten sehr namhaften Betrag zur Hilfe für die Opfer des Nationalsozialismus“ zur Verfügung gestellt habe. Es war in der Tat ein namhafter Betrag.

1959 betrug das Vermögen des Großunternehmers eine Milliarde Dollar; nachdem es ihm ursprünglich vom Nürnberger Gerichtshof wegen der Kriegsverbrechen abgenommen worden war, wurde es ihm 1959 wieder zurückgeschenkt. Von seinen 1.000.000.000 Dollar spendierte er nicht ganz freiwillig US-\$ 10.000.000. Ein Hundertstel also.

Nur wer nachweisen konnte, daß er im Sinne der Nürnberger Rassegesetze Jude oder Halbjude war, bekam 1959 ein Almosen für jahrelange mörderische Zwangsarbeit für „Krupp“. Keiner mehr als 3.300 Mark. Bei der Almosenverteilung durch „Krupp“ gingen nichtjüdische Zwangsarbeiter leer aus. Oder doch nicht ganz. Sie erhielten einen Brief, der zum Antisemitismus animierte: „... müssen wir Ihnen mitteilen, daß in Anbetracht der erheblichen Belastungen betreffs der jüdischen KZ-Häftlinge wir uns bedauerlicherweise nicht in der Lage sehen, weitere Gelder zu erübrigen. Wir bitten um Verständnis.“ Darum bittet der „Krupp“-Konzern noch immer. „Nach unserem Verständnis ist die Errichtung und Erhaltung von Gedenkstätten ... eine öffentliche Aufgabe“, heißt es in dem Brief an Reemtsma.

'Biologische Lösung' für die Verfolgten

Warum sollte die Industrie auch für die Errichtung einer Gedenkstätte zahlen, wo sie sich doch schon seit Ende des Krieges erfolgreich gewehrt hat, überhaupt etwas für die Arbeit der sieben Millionen Sklaven zu bezahlen. Allein aus Polen haben sie drei Millio-

nen Menschen verschleppt und der 'Vernichtung durch Arbeit', wie es im Nazi-Jargon hieß, zugeführt. 800.000 Menschen leben noch. Sie waren Zwangsarbeiter 2. Klasse, denn die 'Rassentheorie' wendeten die Faschisten sogar auf die Sklaven an. Zwangsarbeiter aus dem westlichen Ausland gehörten zur 'artverwandten Bevölkerung', Zwangsarbeiter aus Polen und der Sowjetunion waren 'artfremd'. Das ging so weit, daß Westarbeiter zum Teil im Sarg, Ost-Zwangsarbeiter aber immer in Ölpapier in die Grube geworfen wurden.

Nun ist es ja nicht so, daß die Bundesrepublik keine Entschädigung für durch Nazis erlittenes Unrecht gezahlt hätten. Es gibt ein Entschädigungsgesetz, das allerdings auf Zwangsarbeiter nicht zutrifft und ebenso aktive KommunistInnen ausgrenzt. In anderen Fällen war man allerdings nicht so knausrig. Der ehemalige Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier erhielt z.B. 1965 eine Entschädigung von 280.000 Mark für eine durch die Nazis verhinderte - und später nachgeholte - Professur. Oder Franz Schlegelberger, ab 1941 Reichsjustizminister, im Nürnberger Prozeß zu lebenslanger Haft verurteilt. Er war 1951 schon wieder frei, erhielt eine Pensionsnachzahlung von 160.000 Mark und eine Monatspension von 2.994 Mark. Oder der KZ-Arzt Dr. Eisele in Buchenwald. Er wurde zunächst zum Tode verurteilt, 1952 begnadigt. Er erhielt 3.000 Mark Spätheimkehrerhilfe und 25.000 Mark Existenzaufbauhilfe sowie die Zulassung als Kassenarzt. Und während die Verfolger oft in Amt und Würden blieben, die Kapitalisten von damals die Kapitalisten von heute sind, wartet man bei den Verfolgten auf die 'biologische Lösung', denn bald wird keiner mehr da sein, der noch eine Entschädigung verlangen kann.

Er habe, sagte Philipp Reemtsma, schon mit Ausreden, Lügen und Heuchelei gerechnet, als er an die Unternehmen die Briefe mit der Bitte um Unterstützung der Neugestaltung der Gedenkstätte Neuengamme schrieb. Erschüttert habe ihn der moralische Konkurs, denn, „den Aufwand der Lüge hält kaum einer für nötig, die Anstrengung der Heuchelei kommt aus der Mode, die Selbstdisziplin des Verschweigens ist ... verlernt“.

Ein Volk, so sagte es einmal Franz Josef Strauß, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, habe ein Recht, von Auschwitz nichts mehr zu hören. Die wirklich Mächtigen im (in diesem unserem) Lande handeln längst danach. ■

Christine Weber-Herfort lebt als freie Journalistin in Hamburg.



Von Erica Fischer

setzes fand Ende September in Frankfurt ein Frauenforum für eine neue Verfassung statt.

Die Entweihung der mit lila Blumen geschmückten Paulskirche durch Professorinnen im kleinen Schwarzen und Studentinnen in Jeans und Lederjacke wirkt wie eine späte Wiedergutmachung. Denn das ebendort 1848 verabschiedete „Gesetz über die Grundrechte“ des Deutschen Volkes dachte nicht im Traum daran, besagtes Volk auch weiblich zu denken. Die durch „allgemein und gleich“ genannte Wahlrecht zustandegekommene Frankfurter Nationalversammlung wurde von Männern gewählt, setzte sich aus Männern zusammen, vertrat männliche Interessen.

Hundert Jahre später sind die Westdeutschen einen Schritt weiter. „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, heißt es in Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes verheißungsvoll. Ein bescheidenes Sätzlein, das den uneinsichtigen Vätern der frischen Bundesrepublik in zähen Verhandlungen abgerungen werden mußte. Die aus dem mörderischen Männlichkeitswahn entstiegene deutschen Männer waren zur Stelle, um ihr Machtwerk fortzusetzen.

Heide Hering von der Initiative „Frauen in bester Verfassung“ beschreibt zwei Fotos, die die Machtverteilung im Jahre 1990 symbolisieren: Bild Nummer 1, Juni 1990, der Deutsche Zentralbankrat berät über die Währungsunion, ein Riesentisch: 30 Personen, keine weiblich. Bild Nummer 2, September 1990, die Unterzeichnung des Abschlußdokuments der 2 plus 4 Verhandlungen: im Vordergrund sechs unterschreibende Personen, männlich; im Hintergrund etwa 60 Personen - die einzelnen Regierungsstäbe, alle männlich; nein, drei oder vier Frauen sind auszumachen, aber wir sind sicher, es handelt sich um die Übersetzerinnen. Das autoritäre Männerregime des SED-Staates ist zusammengebrochen, sein kapitalistisches Ge-

genstück ist nur scheinbar bei besten Kräften, doch die Männer sind erneut zur Stelle. Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Rechtsprechung, Wissenschaft, Kultur, Medien - Sie wissen es genauso wie ich - nirgends sind die Frauen beider deutscher Staaten so vertreten, wie es dem in ihren Verfassungen verankerten Gleichheitsgrundsatz entspräche. Und Hering hat einen Traum: Ein zur Hälfte mit Frauen besetzter Verfassungsrat arbeitet eine neue deutsche Verfassung aus, die dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Das gab es noch nie. Es wäre zum ersten Mal in der Welt, daß eine Verfassung von Frauen gleichberechtigt mitgestaltet würde. „Es wäre doch mal schön, wenn Deutschland in der Weltgeschichte einmal positiv auffiele“, spinnt Heide Hering.

Auch die grüne Rechtsanwältin Birgit Laubach hat eine Utopie: Der Gleichheitsgrundsatz wird in seiner Auswirkung so lange sexistisch bleiben, als der männliche Mensch die Norm bildet, an die das Weibliche anzugleichen ist. Demokratie wird mit Einheitlichkeit verwechselt, doch Demokratie setzt Unterschiedlichkeit voraus. Gerade bei den Geschlechtern ist die konkrete Umsetzung der Differenz quantitativ unproblematisch. Laubach träumt von einem Zweikammern-Parlament, in dem Männer und Frauen getrennt beraten und in einem Einigungsverfahren gehalten sind, ihre jeweils anderen Erfahrungen und Bedürfnisse gegeneinander abzuwägen. Eine strikte Quote allüberall bis hin zu Wahlen nach Geschlecht würde die Interessenkonflikte zwischen Frauen und Männern sichtbar machen.

Die - so die Frankfurter Professorin Ute Gerhard - wie ein Schneeball in die Landschaft geworfenen Vorschläge zu einem neuen „Gesellschaftsvertrag“ haben sich als diskussions- und verbesserungsbedürftig erwiesen. Der Versuch, einen Demokratiebegriff, der die Freiheitsrechte des deutschen Mannmenschen zugunsten von Frauen, Ausländerinnen und Ausländern, Kin-

dern und der Natur begrenzt, auf ein patriarchales, dem Eigentum verpflichtetes Gesetzeswerk zu übertragen, ist kein simples Unterfangen. Die Kluft zwischen dem Denkbaren und von Frauen mit Selbstverständlichkeit Gedachten und den realen Umsetzungsmöglichkeiten wird in der Paulskirche immer dann spürbar, wenn sich die Disputantinnen in rührender Selbstvergessenheit anschicken, imaginären Kontrahenten realpolitische Konzessionen einzuräumen, als stünde der Traum von der Gleichheit zwischen Männern und Frauen mit geringfügigen Abstrichen vor seiner baldigen Verabschiedung. „Jede Frau hat das Recht, nach ihrem Gewissen zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht“, steht also in Artikel 4 Absatz 4 als Kotau an Rita Süßmuth. Doch den meisten Frauen ist dieses Gewissen fremd, in dessen Namen überwiegend Schindluder getrieben wird.

„Um alle diese wunderbaren Vorschläge durchzusetzen, brauchen wir Mehrheiten“, holt eine junge Frau die hochfliegenden Pläne auf den Boden der repräsentativen Demokratie zurück. Den nötigen Druck zu erzeugen, um diese zu erreichen, wird schwer sein. Die Weiber von Paris, die 1789 in der Nationalversammlung zu Versailles ihr Jausenbrot auspackten, und die Suffragetten von England, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts massenhaft in die Gefängnisse drängten, hatten noch Grund, ihre Hoffnungen an Gesetze zu heften. Im Deutschland von heute gibt es zwischen der Paulskirche und der Straße keine Verbindung.

Und doch: Ein Frauenentscheid zur gesamtdeutschen Neuregelung des Abtreibungsparagraphen 218 wäre ein strategisches Zwischenziel, für das sich vielleicht sogar männliche Bündnispartner gewinnen lassen, eine exemplarische Verquickung von direkter Demokratie und der Forderung der Frauen, über ihre körperliche und psychische Integrität ausschließlich selbst zu entscheiden. Mal sehen. ■

ES WÄRE DOCH MAL SCHÖN ...

Anläßlich des Anschlusses von Deutschland Ost an Deutschland West nach Artikel 23 des bundesdeutschen Grundge-

WOHNUNGSNOT DER MARKT WÜTET

Ein Volksbegehren hat der Wohnungsnot den Kampf angesagt.

Wohnungssuchende wissen ihr Leid zu klagen. Freie, preisgünstige Wohnungen sind praktisch nicht mehr zu bekommen. Vor allem Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen können sich Wohnen nicht mehr leisten. Die neue Wohnungsnot hat schon begonnen. Eine Untersuchung der Gebietsbetreuung in Wien Meidling ergab, daß im September dieses Jahres fast ausschließlich Wohnungen der Ausstattungskategorie A - das sind Wohnungen mit Bad, WC und Zentralheizung - angeboten wurden. Die sogenannten 'angemessenen' Mieten - Kategorie A-Wohnungen unterliegen keiner Obergrenze - liegen ohne Ablöse zwischen 90 und 155 Schilling pro Quadratmeter.

Ablösen für heruntergekommene Wohnungen



Bei einem durchschnittlichen Nettohaushaltseinkommen von 17.300 Schilling im Monat ergeben sich je nach Wohnungsgröße Belastungen von einem Drittel bis zur Hälfte des Monatseinkommens. Auswirkungen davon sind zum einen vermehrte Überschuldungen der Haushalte, wenn die hohen Mieten in Kauf genommen werden. Zunehmend häufiger ist auch der Verzicht auf die eigene Wohnung. Viele leben einfach länger bei den Eltern oder auch ungewollt bei einem/r verflochtenen Partner/in. Eine weitere spürbare Folge ist das Ausweichen von den Städten hinaus auf das Umland, weil dort die Wohnungskosten noch erschwinglicher sind, was eine Zunahme des Verkehrs und damit der Umweltbelastung bedeutet.

Die Gründe

Grund für diese Entwicklung, die erst nach Mitte der 80er Jahre rasant zunahm, ist schlicht und ein-

fach, daß mit Wohnungen wieder satte Gewinne gemacht werden können. Die Immobilienbranche erlebte in den letzten Jahren geradezu einen Boom. Die Bodenpreise stiegen ins Unendliche und steigen noch. Beim An- und Verkauf von Häusern können innerhalb weniger Monate Profite von Millionen gemacht werden.

Sanierungsspekulationen und damit verbunden Absiedlung aus den traditionellen Wohnbereichen, die zum Teil durch Büros und Einkaufszentren ersetzt werden, blühen und gedeihen. Weniger attraktiven Gegenden, in Wien etwa der Gürtelbereich, droht eine zunehmende Verslumung.

Die 1995 in Wien und Budapest stattfindende Weltausstellung, die Orientierung in Richtung EG oder der Flüchtlingsstrom aus dem Osten und Süden heizen die Situation zusätzlich noch an.

Seit der Novelle 1986 öffnet das Mietrechtsgesetz (MRG) den Marktmieten Tür und Tor. Fielen vorher alle Hauptmietwohnungen unter die Mietzinsobergrenzen, wurden damals Wohnungen der Kategorie A ausgenommen. Durch öffentliche Förderungen begünstigt, sind in den letzten Jahren Kategorieanhebungen auf A massiv betrieben worden. Der oben beschriebene Zustand ist die Folge.

AusländerInnen, hier vor allem TürkinInnen, sind von anderen Umgebungsmöglichkeiten, die das MRG bietet, betroffen. Untermietverträge und Mietverträge, die auf ein halbes Jahr befristet sind, machen ebenfalls freie Mietzinsvereinbarungen möglich. Für winzige Rattenlöcher (20-30 m²) in nahezu einstürzenden Häusern werden oft Zinse von 3.000-4.000 öS verlangt. Um sich später Schwierigkeiten zu ersparen, wird in manchen Fällen gleich bei Mietbeginn ein gerichtlicher Räumungsvergleich geschlossen. Über die sozialen Auswirkungen des dauernden Umziehens - die Kinder müssen dabei oft die Schule wechseln - zerbricht sich offenbar niemand den Kopf.

Falsche Lösungen

Verbesserungsvorschläge gibt es viele. Die öfter gehörten sind meist die falschen.

Da gibt es zunächst das Neubausmodell. Wien hat 800.000 Wohnungen. Davon werden im Jahr 5% neu bezogen, das sind also 40.000. Die

MAGAZIN

IM NOVEMBER

Neubauleistung beträgt momentan 4.000 pro Jahr, das sind nur rund 10 % der benötigten Wohnungen. Wohnungspolitik muß deshalb Bestandpolitik sein, d.h. der Wohnungsmarkt muß für alle offenbleiben, besonders für die sozial Schwächeren.

Weiters gibt es das Beihilfenmodell mit dem Fachausdruck „Subjektförderung“. Die Erfahrung zeigt in diesem Fall, daß die Mieten bei Ausweitung der Beihilfengewährung ebenfalls ansteigen. Eine Umverteilung öffentlicher Mittel zu den privaten Hauseigentümern kann aber nicht Ziel solcher Förderungen sein. Andere Konzepte sprechen von Maßnahmen, über Mietzinssteigerungen angeblich leerstehende Wohnungen freizubekommen. Erstens ist die wirkliche Anzahl leerer Wohnungen viel geringer als immer verbreitet wird, zweitens sind gerade Verteuerungen ein Grund für das Horten von Wohnungen für Kinder etc.

Auch die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Ausweitung

von Befristungsmöglichkeiten werden das Problem nicht lösen können.

Zu guter Letzt wird manchmal auch die Beseitigung des Fehlbelags im sozialen Wohnungsbestand gefordert, Schlagwort „Der Mercedes vorm Gemeindebau“. Eine durchaus lobenswerte Sache, nur nach einer Untersuchung des Wiener Instituts für Stadtforschung liegt die Gröszenordnung der Gemeindemietern bei 5%.

Notwendige Forderungen

Anfang September dieses Jahres fand in Wien das erste österreichweite Treffen der verschiedenen Wohnplattformen, die sich in allen Bundesländern außer dem Burgenland im vergangenen Jahr formiert haben, statt. Bei diesem Seminar kristallisierten sich vier Schwerpunkte heraus, die zu den zentralen Forderungen gegen die neue Wohnungsnot erhoben werden:

- Mietzinsregelungen für den gesamten Bestand an (Alt-)Wohnungen - keine Altbauwohnung der Kategorie A darf mehr als eine geförderte Neubauwohnung (in Wien derzeit ca. öS 35/m²) kosten.
- Maßnahmen gegen das Umgehen von Mietzinsbegrenzungen und Kündigungsschutz (durch befristete Mietverträge und Umgehungsuntermieten), bessere Rückforderungsmöglichkeiten von verbotenen Ablösen.
- Erhaltung bzw. Sanierung von Althäusern:
 - Obergrenze bei § 18-Erhöhung mit der Möglichkeit, die Arbeiten zu reihen;
 - zwingende Einrechnung der Erhaltungsförderung, um die Mietzinserhöhung nach § 18 MRG zu senken;
 - einstweilige Verfügungen bei dringenden Erhaltungsarbeiten;
 - Reparaturausgleichsfonds für alle Miethäuser.
- Neubauförderung und Bodenpolitik:
 - Konzentration der Förderung auf Mietwohnungen;
 - soziale Bindung geförderter Wohnungen auf Dauer;
 - zusätzliches Bundeswohnbauprogramm;
 - preisdämpfende Eingriffe in den Bodenmarkt.

Das Volksbegehren

Zur Durchsetzung dieser Forderungen haben sich die verschiedenen

Wohnplattformen zur überparteilichen Aktion „Volksbegehren gegen die neue Wohnungsnot“ zusammengefunden. Ursprünglich wurde die Volksbegehrensinitiative bereits im Frühjahr dieses Jahres von der sozialistischen JG-Niederösterreich ins Leben gerufen. Jetzt wird das Volksbegehren österreichweit von den an den jeweiligen Plattformen teilnehmenden Mieterschutzorganisationen, Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen getragen.

Das erste öffentliche Auftreten zehn Tage vor der Wahl brachte aber nicht den gewünschten Erfolg. Mit dem Ziel, die Problematik noch in die Endphase des Wahlkampfes zu bringen, wurde eine Pressekonferenz abgehalten. Den Zeitungen war aber Vranitzky und Co. wichtiger, das Medienecho geriet eher spärlich.

Die Frage, ob das Volksbegehren in diesem Fall als politisches Mittel ein zielführendes ist, wurde zwar von den BetreiberInnen positiv beantwortet. Dennoch bleiben Zweifel.

Richtig ist, daß nach den Wahlen baldigst die im Frühjahr angebrochene Diskussion um eine Mietrechtsgesetznovelle wieder aufgenommen wird. Eine Offensive gegen die geplanten Verschlechterungen ist also notwendig. Ob aber die wirklich Betroffenen zur Unterschrift mobilisiert werden können - Ausländer sind von der Teilnahme ausgeschlossen -, ist wirklich nur zu hoffen.

Die 10.000 zur Einleitung notwendigen Unterstützungserklärungen werden schon gesammelt. Die Eintragungswoche soll, geht es nach den InitiatorInnen, Anfang nächsten Jahres sein. ■

Günter Schneider

WIEN

VIELE ROTSTILZCHENS

Am Freitag, dem 28. September 1990, war es soweit. Das Wiener Autonomen-Beisl, das „Rotstilzchen“, wurde gerichtlich geräumt. An die 100 SympathisantInnen waren gekommen, um hinter von der Polizei bereitgestellten Barrikaden bei Brötchen und Kuchen das Schauspiel zu verfolgen. Bei dröh-

nender Punkmusik luden die von der Hausinhabung bestellten Spediteure ein Stück alten Mobiliars nach dem anderen auf den Lieferwagen. Mehrere Mannschaftswagen der Wiener Polizei warteten um die Ecke.

„Wir werden noch viele Rotstilzchens gründen“, ermutigte Peter Margulies die Trauergemeinde auf der anderen Straßenseite via Megaphon. Es wollte aber keine besondere Kampfesstimmung aufkommen. Die Aktion verlief ruhig. Bei einem anschließenden Umzug durch die Margaretner Straßen gingen angeblich einige Glasscheiben von Bankfilialen zu Bruch. ■

G. S.

PSYCHIATRIE

DER WAHNSINN HAT METHODE

Am 6. November findet in Innsbruck der Prozeß gegen jene Frauen statt, die gegen die zwangsweise Einweisung einer Frau in die Psychiatrie protestierten.

Am Abend des 4. September 1989 wurde in Innsbruck eine Zwangseinweisung in die Psychiatrie, unter Anwendung von brutaler Gewalt von Seiten des Amtsarztes und der Polizei, gegen den Willen der 'einzuleisenden' Frau und gegen den Willen der anderen beteiligten Frauen durchgesetzt. Frau A (Synonym für die zwangsein-

gewiesene Frau) ist unter großem Einsatz von Polizei, Feuerwehr und Rettung aus einer Frauenwohnungs-gemeinschaft gewaltsam herausgeholt und in die geschlossene Abteilung der Psychiatrie zwangseingewiesen worden. Die Einsatzleitung lag, laut Akt, bei der Staatspolizei. Der Aufenthaltsort von Frau A wurde von ihrer Therapeutin, die vorher von den Frauen der WG kontaktiert wurde, an die Polizei und Psychiatrie weitergegeben. Nach dem Einsatz wurde ein 'offener Brief' im Stadtteil und in Frauenzeitschriften veröffentlicht, um die Hintergründe des Polizei- und Feuerwehreinsatzes zu vermitteln und eine erste Öffentlichkeit herzustellen. In diesem Brief heißt es u.a.: „Wir aber wollten Frau A nicht in die Psychiatrie abschieben, weil wir weder in der Verwahrung von Frauen in psychiatrischen Anstalten noch in der medikamentösen Behandlung, die sie dort erhalten eine Lösung sehen - im Gegenteil. Frauen, die in der Psychiatrie waren, erzählen, daß ihnen durch die Verabreichung von Medikamenten und durch das Nicht-Eingehen auf ihre Situation, diese Zeit, die Verzweiflung und der Umgang damit genommen, ihnen ein Stück Lebensgeschichte enteignet wurde. Durch die starken Medikamente (Neuroleptika) können sie sich nachher kaum noch an die Zeit erinnern; es bleibt ein dunkles Loch und die ständige Bedrohung, daß 'es' wieder einmal 'passiert'.“ Daß 'es' zum größeren Teil Frauen 'passiert', in Psychiatrien zwangsweise eingewiesen, angehalten

Trauergemeinde ohne Kampfesstimmung



Foto: Robert Newald

FRAUEN NACH NICARAGUA

Im Februar nächsten Jahres plant die „Arbeitsgemeinschaft für das freie Nicaragua“ eine Informationsreise für Frauen nach Nicaragua. Auf dem Programm stehen Besuche von Frauenprojekten in dem nachrevolutionären Land und Gespräche mit politisch aktiven Frauen. Den Teilnehmerinnen soll ein Einblick in den Alltag der Nicaraguanerinnen vermittelt werden. Voraussichtlicher Termin für die Reise: 5. bis 28. Februar 1991. Anmeldeschluß ist bereits der 5. November dieses Jahres. Voraussetzung ist die Teilnahme an zwei Wochenendseminaren. Gleichzeitig wird eine Delegation von nicaraguanischen Frauen nach Österreich eingeladen, um diesen die österreichische Frauenarbeit näherzubringen. MitarbeiterInnen bei der Vorbereitung werden noch gesucht.

Kontakt: ARGE für das freie Nicaragua, Stiftgasse 8, 1070 Wien, Tel. 02236/89 44 53.

BEHINDERTE MAHNEN

Vierzehn Tage lang hielten österreichische Behinderte zu Herbstbeginn dieses Jahres vor dem Stephansdom in Wien eine Mahnwache ab. Veranstaltet wurde diese Aktion vom „Forum der Krüppel- und Behinderten-Initiativen“.

Grund für die Mahnung, die im Wahlkampf an die Politiker gerichtet war, war Verschleppung und Verhinderung einer zentralen Forderung der Behinderten und ihrer Organisationen, nämlich die Schaffung einer einheitlichen Pflegevorsorge.

Zwei weitere Forderungen der Behinderten betreffen die Auszahlung des Pflegegeldes, das nach dem tatsächlichen Bedarf unabhängig vom jeweiligen Einkommen vergeben werden soll, bzw. wird die Abschaffung der großen Pflegeheime verlangt. Zum „Abbau von Vorurteilen“ wird die Einstellung der Spendenkampagnen wie etwa „Licht ins Dunkel“ gefordert, „die mit den 'Leiden der Behinderten' die Entlastung der öffentlichen Budgets för-



Renée Submann

Für bessere Pflegevorsorge und die Abschaffung der großen Heime

dern, das Gewissen der Spender beruhigen sollen und an denen die Falschen Geld verdienen“ (Flugblatttext).

Weitere Forderungen betreffen technische Maßnahmen, damit behinderten Menschen das tägliche Leben erleichtert wird. Dies nimmt auch die steirische Grün-Aktivistin Alexandra Bader zum Anlaß, in einem offenen Brief an den Bundesgeschäftsführer der Grünen Alternative, Johannes Voggenhuber, „die Umsetzung grünalternativer Forderungen für Behinderte in den Grünen“ zu beanspruchen.

Vor allem geht es dabei um den Einbau eines Treppenliftes im neuen Büro der Grünen. Manfred Srb konnte beispielsweise aus diesem Grund nicht an einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Bezirksgruppe Neubau teilnehmen.

Unterstützungserklärungen sind an Johannes Voggenhuber, Grüne Alternative, Stiftgasse 6, 1070 Wien zu senden.

SOZIAL-FORSCHUNGS-INSTITUT LIQUIDIERT

Eines Montags fanden sich die 16 MitarbeiterInnen des „Instituts für sozioökonomische Entwicklungsforschung“ der österreichischen Akademie der Wissenschaften ausgesperrt. Über das Wochenende wurden die Schlösser ausgetauscht. An der Türe hing ein Zettel mit dem lapidaren Vermerk: „Bis auf weiteres beurlaubt“. Seit Mitte September dieses Jahres hat das Institut seine Pfor-

ten geschlossen und wird sie wahrscheinlich nicht mehr öffnen.

Die Vorwürfe, die erhoben wurden und auch in einer Anzeige an die Staatsanwaltschaft mündeten, sind vorgeschoben. Vor allem gehe es um „Veruntreuung von Sachmitteln im großen Stile“, wie der Akademie-Präsident Prof. Otto Hittmair dem Betriebsratsobmann mitteilte, und um Datenmanipulation. Bei einem Mitarbeiter wurden Flugblätter der obdachlosen Hausgemeinschaft „Ägidi/Spalo“ gefunden, die angeblich auf Institutskopierern vervielfältigt wurden. Ein anderer hatte KPÖ-Korrespondenz in seinem Computer gespeichert. Beide wurden fristlos entlassen.

Waren von der Akademie-Leitung zuvor alle Unterlagen durchsucht und Bildschirminhalte auf Grund mangelnder Kenntnis der Computerbedienung mit Polaroidkameras fotografiert worden, rückte ein paar Tage später eine Abteilung der Staatspolizei an und transportierte kurzerhand die Computer und alle sonstigen Materialien der WissenschaftlerInnen - darunter auch private Briefe, Steuererklärungen, Bücher und dergleichen mehr - in zwei Lieferwagen einfach ab.

Der Konflikt zwischen der Institutsleitung und den MitarbeiterInnen schwelt bereits seit Jahren. Der früher dort tätige linke Sozialwissenschaftler Peter Fleissner, dessen Bestellung als Professor am Informatik-Institut der TU-Wien von Bundespräsident Waldheim bekanntlich verhindert werden sollte, konnte den Angriffen auf das seit 1973 bestehende Akademie-Institut von seiten der erzkonservativen Professorenschaft noch trotzen. Jetzt wurde die erste Gelegenheit zur Beseitigung der ungeliebten, weil mit einem kritischen wissen-

schaftstheoretischen Ansatz arbeitenden Einrichtung genützt. Inhaltlich beschäftigte sich die Institution vor allem mit drei Themen. Der Computer-Simulation der österreichischen Wirtschaftsentwicklung (Sozioökonomie), neuen Technologien bezogen auf die Sozialforschung und der Entwicklung von Computermodellen im Bildungsbe- reich. Durch den neuen Direktor des Instituts, Wolf-Dieter Grossmann, der an den für einen Mitarbeiter 'überraschenden' Vorfällen maßgebenden Anteil hat, kam in letzter Zeit noch der Schwerpunkt Ökologie mit Ausrichtung auf eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als Forschungsschwerpunkt hinzu.

Anfang Oktober wurde vor dem Institutsgebäude eine Kundgebung abgehalten. Eine Delegation der DemonstrantInnen brachte ihre Forderungen nach einer Rücknahme der Entlassungen und Beurlaubungen und der sofortigen Wiederinbetriebnahme des Instituts und Garantierung seines Fortbestandes dem Direktorium vor. Eine positive Antwort wollte den Betroffenen jedoch nicht bestellt werden. Die Liquidierung der Sozialforschungsstätte, so scheint es, ist bereits beschlossene Sache.

INFO-CAFE der EG-Opposition

Am Dienstag, dem 13. November, veranstaltet das kritische EG-Informations- und Aktionsbüro einen Tag der offenen Tür. Zu sehen gibt es Ausstellungen, Dias, Videos, das Archiv ... Weiters stellen sich verschiedene Arbeitskreise vor.

Wann: 13.11., 10-19 Uhr

Wo: Schottengasse 3a/1/59, 1010 Wien

SOZIALE VERTEIDIGUNG

und Alternativen zum militärischen Denken werden am 7. November (19.30 Uhr) bei einer Podiumsdiskussion im AudiMax der WU-Wien diskutiert.

Teilnehmen werden: Johanna Dohnal (SPÖ), Klaus Heidegger (Kath. Jugend), Severin Renoldner (Grüne).

und psychiatrisiert zu werden, wird in unseren patriarchalen Herrschaftsverhältnissen totgeschwiegen. Psychiatrie wird somit zu einer Form institutionalisierter Gewalt, um Normierung weiblichen Verhaltens und Disziplinierung von Frauen zur heterosexuellen Lebensform durchzusetzen. Die medizinischen Rechtfertigungen dieser Institution verschleiern nur ihren Gewaltcharakter, der jedoch bei sog. Nicht-Freiwilligkeit durch ZWANGS-Einweisung, ZWANGS-Anhaltung, ZWANGS'-Behandlung' offensichtlich wird.

Psychiatrie verstehen wir demnach als patriarchale Gewaltinstanz, die Schmerz, Zorn, Leid und Gewalterfahrungen von Frauen pathologisiert und mit Medikamenten bzw. Elektro-Schocks knebelt.

Uns geht es aber darum, unseren Schmerz, Zorn und unser Wissen um Gewalterfahrungen, die ein Potential für unseren Widerstand sind, in unser Leben zu integrieren und unseren Zorn und Widerstand gegen jene zu richten, die Gewalt ausüben.

Die Instanz Psychiatrie versucht jedoch, diese Erfahrungen von uns abzuspalten, zu kontrollieren und in Krankheitsbildern zu verwalten.

Mit den eingeleiteten Starfverfahren ist klar geworden, wie Staatsanwaltschaft, Polizei, Gericht und Psychiatrie auf den Widerstand von Frauen gegen die zwangsweise Einweisung in die Psychiatrie und die Veröffentlichung ihrer Durchsetzung reagierten. Zunächst erhielten die Frauen eine Verwaltungsstrafe wegen Lärmbelästigung, eine Ordnungsstrafe wegen Aussageverweigerung bei Ladung als Zeuginnen gegeneinander und laut Aussage eines einvernehmenden Beamten auch eine Eintragung in die STAPO-Akte. Als zweiter Schritt wurde ein Strafverfahren wegen „übler Nachrede“ auf Grund der Veröffentlichung des 'Offenen Briefes' gegen sie eingeleitet.

Die Anklage bezieht sich auf folgenden Passagen des 'Offenen Briefes': „Der Amtsarzt wollte Frau A weder sprechen noch sehen, er wollte nur mit allen Mitteln ihre Abholung erzwingen. ... Es lag also weder 'Selbstgefährdung', im Sinne von selbstmordgefährdet, noch 'Fremdgefährdung', im Sinne von Aggressionen gegen andere, vor. ... Für uns wurde wieder deutlich, daß es ihm nicht um Frau A ging, sondern nur um die Durchsetzung seiner

Macht. ... Der Amtsarzt Sourour machte daraus ein Machtszenario, das wir Gewalt nennen. Er wollte ... eine Zwangseinweisung mit allen Mitteln bewirken.“

„Der erste Schritt mit dem am 6. November stattfindenden Prozeß politisch umzugehen ist, uns gemeinsam als Frauengruppen dazu zu verhalten. Der Ort, das Gericht ist uns aufgezwungen. Wie wir uns an diesem Ort verhalten, wollen wir selbst bestimmen. Um das trotz der vorgegebenen Struktur einer Gerichtsverhandlung durchsetzen zu können, brauchen wir eine Frauenöffentlichkeit im Gerichtssaal und darüber hinaus. Es geht nicht darum, nach der Logik der Gerichte sich als 'schuldig' oder 'unschuldig' darzustellen, sondern darum, das einzelnen Frauen Vorgeworfene in einen politischen Zusammenhang zu stellen: D.h. die Psychiatrie als Institution der Disziplinierung und Ausgrenzung zu benennen, d.h. Gerichte und Polizeiapparate als Hüter der kapitalistisch-patriarchalen Ordnung zu begreifen, d.h. weiters, zu zeigen, daß in der Zwangseinweisung in die Psychiatrie die Befugnisse aller drei Repressionsapparate zusammentreffen. Das Gesetz legitimiert die Psychiatrie als den Ort der Verwahrung, besonders für Frauen, die den HERRkömmlichen Normen nicht entsprechen (wollen). Den Frauen, die diese Zusammenhänge und die darin handelnden Täter öffentlich benennen, droht durch Paragraphen wie den der 'Üblen Nachrede' (§111 StGB) oder den der 'Verleumdung' (§ 297 StGB) die Kriminalisierung“, heißt es in dem Flugblatt zum Prozeß. ■

Für Frauen, die Interesse am Prozeß haben, gibt es die Möglichkeit zu schreiben an: „Frauensolidaritätsgruppe gegen Kriminalisierung von Frauenwiderstand“, Autonomes Frauenzentrum, Liebeneggstr. 15, 6020 Innsbruck oder anzurufen am 6.11. ab 10h, Tel.: 0512/58 08 39.

DRINGEND nötig sind Spenden für die zu erwartenden Prozeß- und Anwaltskosten:

Spendenkonto PSK Privatsparbuch, Nr. 17.614.991

Stichwort: Psychiatrie

Frauensolidaritätsgruppe Innsbruck

NACH DER OSTSEE

DIE BARENTSSEE - EIN ZWEITES TOTES NORDMEER?

Dem nordpolaren Meer vor dem einzigen eisfreien russischen Hafen, Murmansk, droht der ökologische Kollaps.

Abfall, Chemie und „Bio-Dreck“. Kaum daß die Regierungschefs und Umweltminister der Ostseeanrainer, Norwegens und der Tschechoslowakei sich Anfang September im schwedischen Ronneby endlich auf erste Maßnahmen zur Sanierung dieses nordeuropäischen Binnenmeeres einigten, droht nun auch der nordpolare Barentssee der biologische Kollaps. Das jedenfalls behauptet der sowjetische Meeresbiologe Dr. Gennadij Matishov.

In seiner jüngsten Untersuchung warnt der Leiter des „Meeresbiologischen Instituts“ in Murmansk vor einer weiteren Zuspitzung der ökologischen Situation im Norwegischen Meer und insbesondere in der Barentssee.

Matishovs Einschätzung, der in seiner Arbeit von einer „im Grunde unwiderruflichen biologischen Deformation“ spricht, haben sich inzwischen weitere Mitglieder der sowjetischen „Akademie der Wissenschaften“ angeschlossen. Sie fordern Hilfsmaßnahmen, die der Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts in dem Polarmeere dienen. Dazu, so die Wissenschaftler, müßten multilaterale Abmachungen her.

Überfischen, seismische Verschiebungen, Abfälle von Schiffen und Bohrinnseln, Verunreinigungen durch den Golfstrom, chemische und radioaktive Emissionen sowie seit kurzem auch biologische Verschmutzungen nennt der Murmansk-Meeresbiologe in der Studie als Hauptursachen für die „ökologischen Deformationen“ der nördlichen und polaren Gewässer. Für die Zukunft der vor knapp 400 Jahren von dem niederländischen Polarforscher Willem Barents friedlich eroberten Barentssee sieht Dr. Matishov schwarz: Durch Fangquoten, für die es keine ökologische Grundlage gab, wurden die Bestände an Heringen, Dorschen, Flun-

dern und Lachsen abgefischt. „In der Barentssee haben wir die tragische Situation, daß ganze Fischarten über Jahrzehnte hinweg die Fähigkeit verloren haben, wieder zu wachsen. Das trifft insbesondere auf Hering und Kabeljau und in gewisser Weise auch auf den Polardorsch zu“, schreibt der sowjetische Forscher.

Wie es trotz staatlicher und internationaler Kontrollen geschehen konnte, daß jährlich bis zu einer Million Tonnen Fisch in die Maschen der Netze schlüpfte, schildert Matishov so: Bis zu 30, 40 Tonnen könne ein Hochseetrawler pro Tag in seinen Kühlräumen bunkern. Da die Fänge oftmals 50 bis 80 Tonnen erreichten, würden die Überschüsse entweder zu Fischmehl verarbeitet oder wieder ins Meer gekippt. Während einer Fahrt landeten auf diese Weise bis zu 1.500 Tonnen toter Fische im Meer, die somit aus der offiziellen Statistik fielen.

Die Folge des Raubbaus: Die Nahrungskette der Barentssee reißt. Denn seit der Kabeljau verschwunden ist, hat sich auch der Dorschbestand kräftig verringert. Berechnungen Dr. Matishovs ergaben, daß Dorsche rund zwei bis drei Millionen Tonnen Kleinstlebewesen im Jahr fressen. Diese Planktonstoffe verrotten nun und stellen eine neue, gefährliche Quelle biologischer Verunreinigungen dar.

Nach Auffassung des Murmansk-Meeresforschers bedroht die intensive Ölförderfähigkeit Großbritannien, Norwegens und der Sowjetunion ebenfalls das ökologische Gleichgewicht der polaren Gewässer. Wie er unter Berufung auf internationale Statistiken anführt, haben allein die britischen Bohrinnseln innerhalb von fünf Jahren 1.430 Tonnen mit Öl vermischten Bohrwassers in die Nordsee geleitet, die die Strömungen schließlich in die Barentssee trugen.

Gefahr drohe gleichfalls durch sowjetische Bohrungen auf der Kogujewinsel. Daß sich der Meeresvogelbestand Jahr für Jahr minimiere, könne auf diese Aktivitäten zurückgeführt werden.

Der warme Golfstrom, der die Temperaturen der Barentssee nie unter plus vier Grad Celsius sinken läßt und der UdSSR ihren einzigen Nordmeerhafen eisfrei hält, bereitet den Murmansk-Meeresforschern schon seit längerem Kopfzerbrechen. Mit ihm gelangen be-

NEUE GRENZZIEHUNG

POLEN: DRAUSSEN VOR DER TÜR

Polen liegt jenseits der neuen Grenze, mit deren Errichtung sich das westliche Wohlstandseuropa gegen das Elend im Osten abzusichern versucht. Aus Wroclaw erreichte die MONATSZEITUNG dazu der folgende Kurzkomentar.

Europa, das wir doch so herbeisehnen, will uns nicht, verdammt noch mal! Für viele sind wir jetzt die 'Polacken' - schon wieder. Sogar unsere besten Freunde in Österreich haben die Grenze dichtgemacht, die Tschechen lassen sich nicht erschüttern von unserem

Drang nach Süden, ja, und die europäisierten Deutschen haben bereits vor dem große Tag am 3. Oktober verkündet, daß die Mauer an die Oder und Neisse verlegt wird.

So billig wie bisher werden wir auch in Kürze nicht einmal nach Moskau oder Irkuzk, nach Budapest oder Sofia reisen können. Die Tickets und Vouchers werden sozusagen in guter Währung zu bezahlen sein. Und wenn man so richtig intensiv nachdenkt, dürfte sich niemand darüber wundern. All dies ist - auf den höchsten westlichen Wert zurückgeführt - ganz normal. Wir haben westliche Vorbilder, Ideale, Aspirationen, ja - sogar westliche Preise, nur das Geld ist polnisch. Und weil die Menschen auch von westlichem Geld schwärmen und sogar verstehen, es auch irgendwie zu verdienen - freimarkt-

wirtschaftlich selbstverständlich und im elementarsten Sinne dieses Wortes -, werden sie fast überall als 'Pack und Pöbel' weggejagt, ausgegrenzt. Leider bricht damit gerade Deutschland eine alte Tradition: Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durften die Polen als Saisonarbeiter dorthin reisen, im letzten Krieg wurden sie als Zwangsarbeiter verschleppt, als Gastarbeiter im Jahre 1990 sind sie allerdings unerwünscht. Es sei denn, man bekennt sich als 'deutschstämmig', jedoch auch in diesem Fall wird einem neuerdings eingebleut, man möge doch daheim bleiben und sich für die Rechte der deutschen Minderheit einsetzen.

Es gäbe schon Gründe, die Polen als schlechte Europäer zu bezichtigen, doch außer bei wenigen werden diese Unwegbarkeiten der

polnischen Gegenwart nicht sehr oft wahrgenommen. Nein, eine Theokratie ist Polen, Gott sei Dank, bestimmt noch nicht. Noch hat das Parlament was zu sagen, obwohl es manchmal nicht gefragt wird. So zum Beispiel wurde jetzt 'kraft' einer gemeinsamen Verordnung des Klerus mit der Schuladministration der Religionsunterricht in Schulen und Kindergärten (!) eingeführt. Nach der Verfassung ist der Staat von der Kirche getrennt. Doch da gibt es eine Gesetzesvorlage, aus kirchlicher Inspiration, die die Abtreibung mit einer Strafe von zwei Jahren Gefängnis bedroht. Und zu guter Letzt werden nun in Polen politische Probleme, wie etwa Wahlen, im Palais des Primas von Polen, Kardinal Glemp, erörtert, ganz offiziell - wie einst in der polnischen königlichen Adelsrepublik. ■

Julian Bartosz

achtliche Mengen Hydrokarbonate, sogenannte doppelt kohlen saure Salze, die bei der Ölgewinnung vor Norwegen anfallen, in das Polar-meer. Wegen der relativ niedrigen Wassertemperaturen bauen sie sich dort nur langsam ab. Gut sichtbar trage die mächtige Meeresströmung überdies einen zehn bis zwölf Meter breiten Gürtel aus Unrat nordwärts: Plastiktüten, Dosen, Stahlnetze. Das meiste, so Gennadij Matishov stamme aus dem nahen Norwegen. Aber auch spanische Etiketten seien im Treibmüll gefunden worden.

Zu schaffen mache dem Meer ferner die wachsende Menge niedrig strahlenden radioaktiven Abfalls, den sowohl zivile- als auch Kriegsschiffe dort versenken. Die Abgase der nahen Nickelhütten auf Kolas hielten sich dagegen noch in den Grenzen tolerierbarer Werte. Die Barentssee - eine weitere maritime Müllkippe in Europa? Der sowjetische Wissenschaftler bejaht dies. Und: Wenn nicht bald etwas geschieht, droht der Barentssee die ökologische Katastrophe. ■

Jürgen Heinrich

Die Barentssee steht vor der ökologischen Katastrophe



Foto: Jürgen Heinrich

NACH DER STREIKWELLE IN GRIECHENLAND MODERNES CHAOS

Die Kassen der Versicherungen sind leer. Seit Jahrzehnten haben sich verschiedene Regierungen ihrer bedient. Nun droht Griechenland der soziale Kollaps.

Der Wirtschaftsminister litt schon seit langem unter einem schweren Ohrenleiden. Bevor sich aber Geor-

gios Souflias Ende September zum verdienten monatelangen Spitalsaufenthalt begab, wollte er sein Lebenswerk im griechischen Parlament unter Dach und Fach bringen: Ein Gesetz über die Pensionsversicherung, von solcher Radikalität, daß auch jedem normal Hörenden Sehen und Hören vergehen mußte.

Die Reaktion war eine Streikwelle, wie sie Griechenland seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Millionen haben sich am Streik beteiligt - Linke und Rechte, Regierungsfans und -gegner, privater und öffentlicher Dienst. Vergeblich mahnte der 'Pate' der konservativen Regierung, der ebenfalls konservative Staatspräsident Konstantinos Karamanlis um Konsens: Je tauber sich der Minister stellte, desto kampflustiger wurden die Streikenden. Die Lust verflog erst am 28. September, als im Parlament eine hauchdünne Mehrheit von zwei Stimmen den Gesetzesbeschluß möglich machte, der Streik wurde überall abgebrochen, die Gewerkschaftsführung versprach jedoch, ihn bei erstbesten Gelegenheit wieder aufzunehmen. Die Wirkung war verheerend. „Keiner Regierung war bisher gelungen, innerhalb so kurzer Zeit alle Sympathien zu verspielen“, urteilen sogar konservative Zeitungen.

Sowohl Souflias als auch Ministerpräsident Mitsotakis zeigen sich seit damals tief beleidigt, haben sie

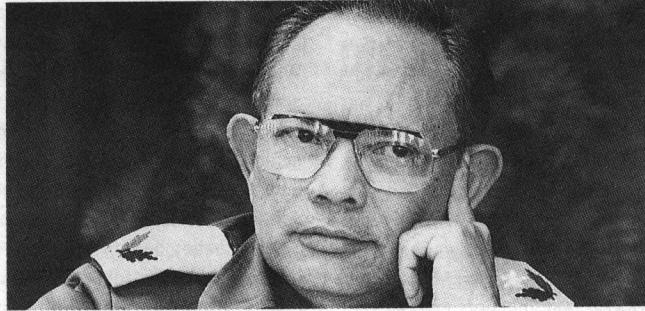
WIRTSCHAFTLICHE SELBSTVERSTÄNDLICH UND IM ELEMENTARSTEN SINNE DIESES WORTES -, WERDEN SIE FAST ÜBERALL ALS 'PACK UND PÖBEL' WEGGEJAGT, AUSGEGRENZT. LEIDER BRICHT DAMIT GERADE DEUTSCHLAND EINE ALTE TRADITION: SEIT DER ZWEITEN HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS DURFTEN DIE POLEN ALS SAISONARBEITER DORTHIN REISEN, IM LETZTEN KRIEG WURDEN SIE ALS ZWANGSARBEITER VERSCHLEPPT, ALS GASTARBEITER IM JAHE 1990 SIND SIE ALLERDINGS UNERWÜNSCHT. ES SEI DENN, MAN BEKENNT SICH ALS 'DEUTSCHSTÄMMIG', JEDOCH AUCH IN DIESEM FALL WIRD EINEM NEUERDINGS EINGEBLEUT, MAN MÖGE DOCH DAHEIM BLEIBEN UND SICH FÜR DIE RECHTE DER DEUTSCHEN MINDERHEIT EINSETZEN.

■ AUSLAND

doch nur die Rettung der Pensionen zum Ziel gehabt. Zum Retten gibt es tatsächlich mehr als genug. Die Versicherungskassen sind vollkommen leer. Für die Auszahlung der Pensionen des laufenden Jahrs muß der Staat umgerechnet 50 Milliarden Schilling zuschießen, nächstes Jahr soll der Betrag das Doppelte betragen, und das alles vor dem Hintergrund eines allgemeinen Budgetdefizits, das in die hunderten Milliarden Schilling geht, und einer Auslandsverschuldung, welche die 20 Milliarden Dollar übersteigt und somit die höchste pro Kopf in Europa ist.

Die Glaubwürdigkeit der 'Retter' leidet allerdings am meisten, wenn es um die Ursachen der Misere geht. „Die Defizite haben wir von den Sozialisten geerbt“, beteuert Mitsotakis. Ebenso wahr ist es jedoch, daß seine Finanzbeamten die Versicherungsanstalten auf genau dieselbe Art auspressen, wie vorher die Sozis. In der staatlichen Nationalbank werden den Versicherungsanstalten keine Zinsen ausbezahlt. „Der Staat 'vergißt' überdies, den Kassen irgendein Nutzungsrecht für die Benutzung ihrer unzähligen Liegenschaften zu zahlen“, schrieb neulich das Liberale Tagesblatt „Ta Nea“. „Verglichen mit diesem jahrzehntelangen Piratenakt scheinen die klassischen Piratenzüge in den vorigen Jahrhunderten wie Kavaliärsdelikte“. Piraten oder nicht, an Gewaltanwendung gibt es nicht den geringsten Mangel. „Ihr seid niemandem Rechenschaft schuldig“, versicherte Mitsotakis Mitte Sommer den Polizisten von Athen. Seitdem vergeht kaum eine Kundgebung ohne Knüppelschwingen und mehrere Verletzte. Mitsotakis vertritt offenbar eine originelle Spielart des Thatcherismus. Es geht nicht nur um Privatisierung und um die Zerschlagung der „Macht der Gewerkschaften“. Seine Parole „Modernisierung um jeden Preis“ hat einen sehr 'griechischen' Hintergrund. Das einheimische Kapital wendet schon längst die Formel „höchstausgebildetes Management, unausgebildete Arbeitskraft“ an. Das Ergebnis ist ein ständig wachsender Überschuß an Technikern und Facharbeitern. Und das wirbelt nun die griechische Gesellschaft gehörig durcheinander. ■

Nikos Chilas, Athen



Tomás Borge

INTERVIEW
MIT TOMÁS BORGE

WIR SIND KEINE BRANDSTIFTER

Tomás Borge, einzig überlebendes Gründungsmitglied der sandinistischen Befreiungsfront, war zehn Jahre Innenminister in Nicaragua. Er kam in die Bundesrepublik, um auf der Frankfurter Buchmesse sein jüngst erschienenes Buch „Die rastlose Geduld“ vorzustellen. MONATszeitung-Mitarbeiter Albert Sterr sprach mit ihm über die innenpolitische Lage in Nicaragua und die Auswirkungen der osteuropäischen Umwälzungen für die revolutionären Bewegungen in Lateinamerika.

MONATszeitung: Gibt es Unterschiede zwischen der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Regierung Chamorro und der Anpassungspolitik, für die bis vor wenigen Monaten die Sandinisten verantwortlich waren?

Tomás Borge: Das wirtschaftliche Anpassungsprogramm, das wir durchführten, unterschied sich nicht substantiell von ähnlichen Programmen, die in anderen Ländern aufgelegt wurden. Wir reduzierten die Staatsausgaben und entließen Personal. Die jetzige Regierung Nicaraguas hat ein ähnliches Vorhaben.

MONATszeitung: Das wirtschaftspolitische Konzept der Revolutionäre Nicaraguas glich in den Grundzügen dem der jetzigen anti-revolutionären Regierung?

Tomás Borge: Der Unterschied war, daß wir versuchten, mit zusätzlichen Maßnahmen die Probleme für die ärmsten Schichten zu lösen. Wir verteilten Land an die Arbeitslosen oder boten ihnen andere Beschäftigungsmöglichkeiten an.

Unsere Wirtschaftspolitik kam den Empfehlungen des internationalen Währungsfonds nahe. Aber im Unterschied zur heutigen Regierung versuchten wir, für die Armen und die Arbeiter die Folgen dieser Maßnahmen möglichst zu mildern und die Last auf alle Schultern zu verteilen. Die Regierung Chamorro bürdet allein den Ärmsten das Gewicht der Anpassung auf.

MONATszeitung: Im Mai gab es einen breit getragenen Ausstand der Staatsangestellten gegen die Wirtschaftspolitik der rechten Regierung. Der Streikaufruf, den die sandinistische Gewerkschaftszentrale CNT vor wenigen Tagen mit demselben Ziel herausgab, wurde kaum befolgt. Wie ist dieser Mißerfolg zu klären?

Tomás Borge: Es war kein Mißerfolg. Die Streikdrohung versetzte die Regierung so in Schrecken, daß sie sofort Verhandlungen akzeptierte. Wir initiieren weder Protest- noch Streikbewegungen um ihrer selbst willen, sondern mit dem Ziel, Verhandlungen zu erreichen. Wir wollen die Regierung nicht destabilisieren.

MONATszeitung: Was meinen Sie damit?

Tomás Borge: Wir meinen, daß wir in der jetzigen Etappe eine stabile Regierung haben sollten und daß es nicht günstig ist, eine große Krise herbeizuführen, die ein Machtvakuum zur Folge hätte. Denn wer könnte diese Regierung ablösen? Wir sind derzeit nicht in der Lage dazu. Wir müßten auf verfassungsmäßige Mechanismen zurückgreifen und Neuwahlen aus schreiben. Das wäre so kurz nach den Wahlen, die ja erst im Februar 1990 stattfanden, zu früh. Als taktische Maßnahmen sind die Proteste wichtig. Aber in unserer Strategie sind die Stabilität der Regierung und die Stärkung der Demokratie in Nicaragua entscheidend.

MONATszeitung: Es scheint, daß die sandinistischen Massenorgani-

sationen zu schärferen Kampfformen greifen wollen als die Führung der FSLN.

Tomás Borge: Deine Frage spiegelt nur gewisse Ausschnitte unserer Realität wider. Die Massenorganisationen - die sandinistische Arbeiterzentrale CST oder der Gewerkschaftsdachverband FNT - und die FSLN als Partei decken unterschiedliche Aufgabenbereiche ab. Die Massenorganisationen verfügen über eine weitreichende Autonomie gegenüber der Partei. In den Zeiten der sandinistischen Regierung waren sie der FSLN politisch völlig untergeordnet. Diese Unterordnung ist verschwunden, obwohl die FSLN nach wie vor über Einfluß verfügt, weil die wichtigsten Leute in den Massenorganisationen Mitglieder der FSLN sind. Die Massenbewegungen tendieren zum Radikalismus, neigen dazu, die Kämpfe auf den Barrikaden auszufechten und Gewalt anzuwenden. Unter den gegebenen Umständen ist in Nicaragua eine gewaltsame Konfrontation nicht nötig und kann sogar schaden.

MONATszeitung: Die FSLN wartet auf die Wahlen von 1996?

Tomás Borge: Darauf bereiten wir uns vor. Aber es kann eine Krise eintreten, welche die Vorverlegung der Wahlen erforderlich macht. Während wir an der Regierung waren, wurden die Wahlen auch zweimal vorgezogen. Aber heute können wir noch nicht an so etwas denken.

MONATszeitung: Die Sandinisten bremsen die rechte Chamorro-Regierung lediglich, wollen aber die Lunte nicht anzünden und eine soziale Explosion herbeiführen?

Tomás Borge: Wir sind keine Brandstifter, aber wir sind auch keine Feuerwehrleute. Wir gehören auch keiner Brandversicherung an.

MONATszeitung: Versucht die FSLN in den Verhandlungen mit der jetzigen Regierung, die Anpassungsmaßnahmen abzuschwächen, also das Übel zu verkleinern?

Tomás Borge: Wir sind kein Wahlverein, der sich vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise billig politische Vorteile verschafft. Wir tragen dazu bei, zugunsten der Arbeitenden die Wirtschaftskrise zu mildern. Wir rufen beispielsweise europäische Regierungen zu Wirtschafts- und Finanzhilfe auf, damit der Leidensdruck auf das Volk vermindert wird. Wir würden uns sogar dann nicht davon abbringen lassen, wenn die gegenwärtige Re-

gierung daraus Kapital zu schlagen versuchte.

MONATSZEITUNG: Fungiert die FSLN in gewissem Sinne als Mittler zwischen einer sich spontan radikalisierenden Regierung Nicaraguas, welche die Massen nicht kontrollieren kann?

Tomás Borge: Wir sind nicht in dem Sinne Vermittler, sondern Anführer. Wir versuchen, die Führung des Volkes zu übernehmen, setzen uns an die Spitze und versuchen, den angemessenen Weg einzuschlagen.

MONATSZEITUNG: Aber das Volk verlangt mehr Radikalität?

Tomás Borge: Man darf das Volk nicht aufhalten, sondern man muß es überzeugen. Die Kampfformen werden so radikal sein, wie es die Umstände erfordern.

MONATSZEITUNG: Kommen wir zu den internationalen Bedingungen, die sich ja auch geändert haben. Der COMECON ist am Ende, vom Warschauer Pakt blieb nur eine Mumie übrig. Welche Auswirkungen hat das auf die Revolutionäre Mittelamerikas?

Tomás Borge: Zunächst dachten wir, daß die Veränderungen in Osteuropa nicht nur in Mittelamerika, sondern in ganz Lateinamerika entscheidende Auswirkungen hätten. Aber diese Veränderungen waren weder für unsere Wahlniederlage noch für die Offensive der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN noch für die Entwicklung von Volks- und Basisbewegungen in ganz Lateinamerika verantwortlich. Wo es gravierende Auswirkungen gab, das ist hier in Europa. Ich glaube, daß diese Umbrüche unvermeidlich waren. Aber wir dachten, und darin irrten wir uns, daß die Völker der sozialistischen Länder für die Erneuerung des Sozialismus kämpfen würden und nicht für die Rückkehr zum Kapitalismus.

MONATSZEITUNG: Aber jetzt, das zeigt die Golfkrise überdeutlich, können doch die imperialistischen Länder ihre Interessen durchsetzen, ohne auf allzu viel Widerstand zu stoßen.

Tomás Borge: Meiner Meinung nach ist der Rückzug der revolutionären Kräfte gerade auf seinem Höhepunkt, ebenso wie die neoliberale Welle auf dem Höhepunkt ihres Vormarsches ist. In Lateinamerika gewinnen die revolutionären und Volksbewegungen an Stärke. Auch in den USA gibt es langsame Veränderungen, nicht zuletzt durch die

Zuwanderung vieler Latinos.

MONATSZEITUNG: Welche strategischen Verbündeten haben denn die revolutionären Kräfte heute?

Tomás Borge: Man sprach immer von strategischen Verbündeten. Wir haben unsere Revolution ohne solche Verbündete gemacht. Weder die UdSSR noch die DDR oder die Tschechoslowakei haben uns dabei in irgendeiner Weise unterstützt. Auch nach dem Sturz Somozas war die Hilfe sehr relativ.

MONATSZEITUNG: Aber diese Länder schickten Waffen zur Verteidigung der Revolution. Waffen, die weder Frankreich noch sonst irgendwer schickte ...

Tomás Borge: Das stimmt. Sie haben Waffen geschickt, die zur Verteidigung unserer Macht dienten. Aber trotzdem verloren wir die Wahlen. Auch die sowjetischen Panzer konnten in jenem Moment das Blatt nicht zu unseren Gunsten wenden.

MONATSZEITUNG: Wir müssen auch feststellen, daß die notwendige Wirtschaftshilfe nicht kam.

Tomás Borge: Sie kam nicht, weil die Länder des COMECON sie nicht im nötigen Umfang leisten konnten, und nicht, weil sie nicht gewollt hätten. Ihre eigene Wirtschaftsentwicklung ließ nicht mehr zu. Dies hatte in gewisser Weise in der letzten Etappe unter sandinistischer Regierung Auswirkungen, und insofern trug die fehlende Hilfe zu unserer Wahlniederlage bei.

MONATSZEITUNG: Heute sieht es ja noch düsterer aus ...

Tomás Borge: Wir knüpften unsere Entwicklung sehr eng an die ausländische Hilfe. Ich glaube, wir müssen in Zukunft mehr unsere eigenen Wurzeln suchen und so unsere Probleme lösen. Zuerst sollten wir die Auslandsschulden nicht anerkennen, um sich so einer Last zu erleichtern. In Nicaragua hätten wir langfristige Projekte anpacken müssen. Wir hätte die Hilfe nicht dadurch verplempern dürfen, daß wir den normalen Konsum im Land finanzierten.

MONATSZEITUNG: Sind die wirtschaftspolitischen Fehler auf das Kopieren fremder Modelle zurückzuführen?

Tomás Borge: Wir kopierten weniger als andere. Aber wir haben auch viel nachgemacht und kopierten das Schlechte.

MONATSZEITUNG: Was denn zum Beispiel?

Tomás Borge: Die totale Verflechtung von Staat und Partei. Die

Partei verwandelt sich in eine Zwangsjacke, wenn sie es dem Staat nicht erlaubt, eigene Initiativen zu entfalten. Staat und Partei müssen voneinander unabhängig sein. Wir haben es auch versäumt, das Land im ersten und besten Moment zu verteilen, weil wir fälschlicherweise meinten, es wäre revolutionärer, Grund und Boden in staatlicher Hand zu behalten. Ein weiterer Irrtum war der überzogene Einsatz polizeilicher Methoden.

MONATSZEITUNG: Welche Perspektive sehen Sie aktuell für die demokratischen und revolutionären Bewegungen Lateinamerikas?

Tomás Borge: Wenn es in Lateinamerika gelingt, die formalen Demokratien in wirkliche Demokratien zu verwandeln, dann ist das wertvoll. Die Diktatur des Proletariats in den sozialistischen Ländern war lediglich die Unterdrückung aller Klassen durch eine Partei. Revolutionäre Organisationen in Lateinamerika müssen die ausgebeuteten Klassen repräsentieren und sie begünstigen, jedoch auch anderen Sektoren Spielräume lassen.

MONATSZEITUNG: Sozialismus steht nicht auf der Tagesordnung?

Tomás Borge: Der Sozialismus kann nicht per Dekret ausgerufen werden, es handelt sich dabei um einen Prozeß, der viele Etappen durchläuft. Wir dürfen dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren und müssen die Augen an den Horizont heften.

MONATSZEITUNG: Vielen Dank für das Gespräch. ■

KRISE IN JUGOSLAWIEN RUNDUM NATIONALISTEN

Der nationale Konflikt zwischen Serben und Kroaten in den gemischtsprachigen Gebieten Kroatiens ist ein weiteres Hindernis für die politische und wirtschaftliche Konsolidierung Jugoslawiens.

Die serbische Enklave Knin liegt rund 70 Kilometer von Sibenik an der dalmatinischen Küste im Landesinneren und sehr nahe an der Grenze zu Bosnien-Herzegowina. Seit dem Sommer gilt sie als Zentrum und Synonym für den Aufstand der serbischen Bevölkerung

Kroatiens gegen die im Frühjahr an die Macht gekommene nationale „Kroatische Demokratische Union“ (HDZ) unter Franjo Tudjman. Die Region um Knin gehört zu einer Reihe ehemaliger, von den Habsburgern im 16. Jahrhundert als Wehring gegen die sich wiederholenden Türkeneinfälle errichteten Grenzregionen, die bis 1881 der österreichischen Militärobrigkeit unterstellt waren. Aus dieser Zeit ist auch die Ansiedlung der vor den Türken geflüchteten Serben belegt, die sich zum Wohle der Habsburger in diesen Wehrdistrikten als besonders tüchtige Krieger auszeichneten und mit eigenem Grund und Boden ausgestattet wurden. Die serbische Geschichtsschreibung geht zusätzlich davon aus, daß in diesen Gebieten auch davor schon Serben gesiedelt hätten.

Das Autonomiereferendum der „Serbischen Demokratischen Partei“ (SDS), Ende August in den serbisch dominierten südlichen und südwestlichen Landesteilen gegen den Widerstand der neuen kroatischen Regierung in Zagreb durchgeführt, setzte eine anhaltende Dynamik der Gewalt frei. Die serbische Bevölkerung beschaffte sich in den örtlichen Polizeiwachstuben und Militärdepots Waffen. Um das Eingreifen kroatischer Elite-Polizeinheiten zu verhindern, mußte die Durchführung des Referendums unter bürgerkriegsartigen Zuständen stattfinden: Bewaffnete serbische Zivilisten bildeten 'Schutzverbände' und blockierten sämtliche Verkehrsverbindungen.

Die Panik erreichte einen erneuten Höhepunkt, als kroatische Polizeieinheiten Ende September und Anfang Oktober daran gingen, die entwendeten Waffen wieder einzuziehen. Im Laufe dieses Aufruhrs kam es zu den Schießereien zwischen Serben und kroatischer Polizei.

Zagreb beurteilt diese Vorgänge als gezielten Versuch Belgrads, die HDZ-Regierung Franjo Tudjmans handlungsunfähig zu machen. Unter ähnlichen Umständen war es in der Vergangenheit auch zur Eskalation der nationalen und politischen Konflikte in den ehemals autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo gekommen.

Ohne Zweifel sind die politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen in Kroatien nach den freien Wahlen im Frühjahr der Ausgangs-

IN
AUSLAND

AUSLAND



Foto: Volnova

Transparent bei Knin: Autonomie - Serbische Demokratische Partei

punkt für die Eskalation der seit langem bestehenden nationalen Spannungen. Ebenso wie in Slowenien will auch die neue kroatische Mitte-Rechts-Regierung eine Konföderationslösung für Jugoslawien. Der erste Schritt dazu war die Erklärung einer neuen kroatischen Republikverfassung. Dadurch sehen sich die ca. 600.000 Serben unter den 4,5 Millionen Einwohnern Kroatiens zur bloßen Minderheit degradiert.

Der noch viel bedrohlichere Hintergrund: Sowohl in Zagreb als auch in Belgrad skizziert ein einflussreicher Teil der politischen Führungen im Falle eines Scheiterns der regionalen und auch der gesamtjugoslawischen Konfliktbefriedung die Notwendigkeit einer Konsolidierung beider Republiken. Dies könnte nur mittels neuer Grenzziehungen nach ethnischen und womöglich auch historischen Kriterien durchgeführt werden. Eine Aufteilung Bosniens und der Herzegowina mit ihrer bunt gestreuten serbischen, kroatischen und muslimischen Bevölkerung unter ein Großkroatien und ein Großserbien wäre die Folge. Ein jugoslawischer Bürgerkrieg würde dann seinen Anfang in Bosnien nehmen. ■

Igor Schellander

PERU

INTENSIVER, ANHALTENDER KRIEG

Der peruanische Präsident Fujimori beharrt auf seiner wirtschaftlichen Schocktherapie und schlägt Verhandlungsangebote der Guerilla aus.

Präsident Fujimori hat die Hoffnungen auf einen Dialog mit der Guerilla zunichte gemacht. Ende September hatten Angehörige der zweitgrößten peruanischen Guerillaorganisation, der „Revolutionären Bewegung Tupac Amaru“ (MRTA) den Abgeordneten Gerardo Lopez von der Partei des Präsidenten, „Wechsel 90“, entführt und dann mit einer Reihe von Botschaften an die Öffentlichkeit und die Regierung wieder freigelassen. Alberto Fujimori weigerte sich jedoch, den Abgeordneten im Regierungspalast zu empfangen.

Es war nicht von ungefähr, daß die MRTA-Guerilla diesen Parlamentarier aussuchte, um ihre Dialogbotschaft publik zu machen. Der 35-jährige Gerardo Lopez zählt zu einem der schärfsten parteiinternen Kritiker der neoliberalen und schockhaften Wirtschaftspolitik Fujimori-

ris.

Unter den Dokumenten, die Lopez während seiner kurzen Entführung erhielt, um sie an die Regierung und die nationale Presse weiterzuleiten, befindet sich auch ein Bericht des dritten Kongresses des Zentralkomitees der MRTA. Dieser Kongreß fand kurz nach dem spektakulären Gefängnisausbruch von über 40 MRTA-Häftlingen, unter ihnen auch ihr Führer Victor Polay Campos, statt. Die Gefangenen hatten das bestbewachte Hochsicherheitsgefängnis des Landes durch einen fast 350 m langen Tunnel verlassen, den sie im Laufe von drei Jahren gegraben hatten. Die MRTA-Guerilla unterstreicht ihre Verhandlungsbereitschaft, hält jedoch den Präsidenten solange nicht für den richtigen Gesprächspartner, bis er seine für weite Kreise der Bevölkerung katastrophale Wirtschaftspolitik ändere. Auch weigert sich die Bewegung, als ersten Schritt die Waffen niederzulegen, wie es der Staatschef fordert.

Während die peruanische Öffentlichkeit über den fehlgeschlagenen Dialogversuch mit der MRTA diskutiert, blieb das zentrale Problem des Landes weiterhin weit entfernt von einer Lösung. Dieses Problem heißt 'Kommunistische Partei Perus', besser bekannt als „Sen-

dero Luminoso“ (Leuchtender Pfad). In einer gleichzeitig im Amazonastiefland, in den Anden und in der Küstenregion durchgeführten Offensive stellten die Senderistas ihre ungebrochene Schlagkraft unter Beweis und ihren anhaltenden Willen, „den Volkskrieg vom Land in die Stadt zu tragen“. In der Andenprovinz Puno, wo der „Sendero“ im vergangenen Jahr schwere militärische Niederlagen erlitten hatte, trat die stärkste peruanische Guerillabewegung mit spektakulären Aktionen wieder auf den Plan, besetzte das Dorf Orurillo und richtete mehrere Staatsfunktionäre hin. Die zahlenmäßige Stärke des „Sendero“ zeigt, daß die Unterstützungsbasen der Bewegung intakt geliebt sind. Dies scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß der „Sendero Luminoso“ nun die früher von oben eingesetzten 'lokalen Komitees' von der Bevölkerung direkt wählen läßt.

Gleichzeitig fanden auch Angriffe gegen Agrarkooperativen nördlich und südlich der Hauptstadt statt, um den 'Ring' um Lima enger zu ziehen. Dabei wurde auch der Arbeitsminister der früheren Regierung, Orestes Rodriguez, ermordet. Über sein Sprachrohr, die halblegale Tageszeitung „El Diario“, drückte der „Sendero“ neuerlich seine völlige Ablehnung jeglichen Dialogs mit der Regierung und die Fortsetzung des Kampfes bis zu deren endgültiger Niederlage aus.

Doch die Gegenseite blieb die Antwort nicht schuldig. Anfang Oktober begann das Heer mit einer Offensive gegen mehrere Dörfer in der größten Coca-Anbauregion Alto Huallaga, in denen es „Sendero“-Stützpunkte vermutete. Nach Angaben der Militärführung wurden 85 Guerilleros getötet und große Waffenlager erbeutet.

Die militärische Gegenoffensive fiel zeitlich mit einem Besuch Fujimoris in der US-Handelskammer in Lima zusammen. Dabei betonte der Präsident, daß er das von Washington vorgeschlagene Abkommen über US-Militärhilfe zur Drogenbekämpfung gegenwärtig nicht unterzeichnen wolle.

Die peruanische Armee möchte materielle Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Aufständischen und nicht gegen die Coca-Bauern. General Arciniega, der als Wortführer dieser Position betrachtet wird, argumentiert, andernfalls würde

man „tausende Kleinbauern in die Arme der Subversion treiben“.

**Maria Florez-Estrada/
APIA**

EX-DDR

KLEIN UTOPIA IM 'WILDEN OSTEN'?

Ein Gespräch mit HausbesetzerInnen aus Ostberlin.

Utopie bedeutet wörtlich: Nicht-Ort. Also ein Ort, den es noch nicht gibt, den man sich aber in der Zukunft wünscht. In klassischer politischer Manier wird dann eine Strategie erarbeitet, ein Weg, der zum ausgedachten Ziel einer befreiten Gesellschaft führen soll. In der autonomen BesetzerInnenzene fällt diese Mittel-Zweckrelation in eins. In dem Augenblick, in dem ein nicht-bewohnter (und oft genug unter 'normalen' Umständen auch nicht mehr bewohnbarer) Raum für sich genommen wird, beginnt er schon: der Traum vom kollektiven Wohnsinn, vom Selbstbestimmungsrecht der Lebensform (und oft genug auch der Liebesform). Nachdem die sogenannten 'Chaoten' von der westdeutschen Presse als Randalierer verurteilt wurden - Zusammenhang mit der Hafenstraße in Hamburg und angesichts von Kontakten zur RAF -, ist hier ausnahmsweise einmal ein Blick von innen gefragt.

Die Fakten im östlichen Teil von Berlin: 25.000 Wohnungen stehen leer. Und sind größtenteils sanierungsbedürftig. 50.000 Leute suchen Wohnungen. Innerhalb des letzten Jahres sind ca. 115 Häuser von Ost- und WestberlinerInnen besetzt worden. Und es leben dort ungefähr 3.000 Menschen. Im September 1989 begannen Ostberliner Autonome am Prenzlauerberg (das Kreuzberg des Ostens), das erste Haus aus realem Wohnungsmangel für sich in Anspruch zu nehmen. Drei Monate später erging in Szenezeitschriften der Aufruf: „Wir kommen den Spekulanten zuvor!“ Diese Behauptung - zu der Zeit zwar noch nicht aktuell - setzte die Westberliner Szene in Bewegung. Es begann die erste realexistierende Wiedervereinigung - jedoch einer anderen Art.

Kreuzberg sprengte die Mauern

und die Leute zogen ins ungelobte Land: auf Grund verfehlter Wohnbaupolitik in Ost (Leere) und West (Mangel) und politisch motiviert unter der Devise: „Und wir lassen uns doch nicht zum Aufgeben zwingen“. Und sie befanden sich plötzlich in einem gesetzesfreien Vakuum. Da es in der DDR keinen Hausfriedensbruchtatbestand gegeben hat, wurden die BesetzerInnen qua Magistratsbeschluss legitimiert. Der „Volkseigene Betrieb - Kommunale Wohnungsverwaltung“ (VEB-KWV) gab sich zwar schnell das bürgerliche Gesellschaftsrecht, hatte aber nur Sanierungsgelder im „Gegenwert einer Dachrinne“ pro Haus zur Verfügung, sodaß bei dem offensichtlichen Wohnbedarf dessen ökonomische Ursache auch nicht durch schnelle Gesetze hätte verdeckt werden können. So entstand jene historisch skurrile Situation, daß die Exekutive (VOPO) nicht eingriff, man autonome BesetzerInnen beim gemütlichen Plausch mit dem Bezirksbürgermeister antreffen konnte und die AnrainerInnen gar die BesetzerInnen mit Sachspenden unterstützen. Das alles ereignete sich in der Phase der Manie 'der Runden Tische'. Nach und nach jedoch, je mehr Westluft zu säuseln begann, wurde diese Idylle brüchig. Die BürgerInnen, aufgeschreckt durch mediale Pressevermutungen, hatten zunehmend Probleme mit ungewohnten Straßenbildern. Die Staatsfahnen, die man doch gerade glücklich losgeworden war, hingen nun gegenüber an den Fenstern; Transparente mit Spontisprüchen an den Fassaden; Sofas standen auf der Straße, kleine ungehobelte Ge-

schäfte und Lokale entstanden, und überhaupt: es war alles plötzlich so bunt hier. Nachdem der Ex-VEB erkannte, daß die neuen Bewohner im Grunde genommen freiwillig und kostenlose Sanierungsarbeiten leisteten, verfiel er auf die Idee der Kopierung der sogenannten Berliner Linie: Sanierungsunterstützungen anbieten, Verträge schließen, Mitsprache einfordern und nach 10 Jahren die Leute vor die Tür setzen. Erste Häusergruppen fingen an zu verhandeln, eine Radikalisierung im Sinne eines festeren Zusammenhalts begann. Ein BesetzerInnenrat konstituierte sich, wo Entscheidungen gemeinsam getroffen wurden und werden. Eine zweite Radikalisierung begann mit der Besetzung eines Hauses seitens der Neofaschisten mitten in Ostberlin, das sich inzwischen zur gesamtdeutschen Zentrale (mit führenden Köpfen aus dem Westen und aus Österreich) entwickelt hat. Seitdem herrschen dort vorbürgerkriegsähnliche Zustände. Wenn Berlin immer schon ein Ort von Verdichtungen war, so wohl (hoffentlich nicht) auch hier. Tägliche Übergriffe gegen AusländerInnen, nächtliche Überfälle und Angriffe auf die besetzten Häuser, erpresserische Entführungen sind keine Seltenheit mehr.

Als ein Teil der BesetzerInnen ein Sicherheitsangebot von der Volkspolizei ablehnte und ihre Verteidigung selbst in die Hand nahm - Strategie der 'offensiven Gegenwehr' -, stand die Presse endgültig Kopf: Für den Osten, der nationalsozialistische 'Elemente' immer bloß kriminalisiert, aber nie politisiert hatte, und für den Westen mit

seinen Verleugnungsmechanismen, war die Verweigerung stellvertretender Exekutivmacht und die Strategie der Selbstverteidigung obsolet, weil dadurch nicht nur die Differenz von Links- und Rechtsradikalität offensichtlich wurde, sondern auch die Radikalisierung des Rechtsextremismus nicht mehr verdeckt werden konnte. Eine der Kehr- und Nachtschattenseiten der Wiedervereinigungseuphorie amalgamiert sich hier zum 'point of no return'. Die Verharmlosung des Problems als 'Jugendbandenkrieg' unterschlägt das (noch) stellvertretende Hinhalten 'autonomer Köpfe' für eine sich abzeichnende Tendenz überschwappender spätkapitalistischer Gesellschaften. Das Problem ist auch damit nicht geköpft, wenn die nunmehr westdeutsche Exekutivhoheit in altbewährter Manier die Häuser - wie zu befürchten ist - nach den Wahlen im Dezember räumt, wobei die Einschätzungen divergieren. Denn ob ein neues Deutschland es sich leisten kann, 3.000 Menschen - und täglich werden es mehr - zu Obdachlosen zu machen -, ist politisch zweifelhaft, aber ökonomisch mehr als möglich. Der historisch ironische Treppenwitz, daß die Autonomen vor Ort das Rätssystem konkretisieren wollen - bei allen Schwierigkeiten mit westlicher Arroganz und östlicher anarchischer Staatsgläubigkeit -, soll dort eine Sprache finden, wo er einst angetreten war, sich zu verwirklichen. Die Konkretion des Privaten als des Politischen - hier hat sie ihre Utopie gefunden. Wie lange noch?

Birge Krondorfer



Besetztes Haus in der Mainzer Straße

Foto: Margarete Neumann

BUCHHANDEL

DER ÜBERLEBENS- KAMPF DER OSTDEUTSCHEN VERLAGE

Noch einmal, wahrscheinlich zum letzten Mal, standen die ostdeutschen Verlage auf der Frankfurter Buchmesse in einem eigenen Eck, hinter Italien, Afrika, der Karibik und Hongkong. Jetzt, im vereinten Deutschland, haben auch sie sich der bundesdeutschen Realität anzupassen.

Neben anderen, nicht unbedingt erfreulichen Phänomenen der Kultur im realen Sozialismus verschwinden allmählich auch die manchmal schäbigen, oft aber auch sehr wohlfeilen und nicht uninteressanten DDR-Bücher und Klassikerausgaben vom Markt. Schon letztes Jahr krachte Pahl-Rugenstein, ein DKP-orientierter Verlag, der neben aktuellen politischen und historischen Analysen auch schöne Bücher aus der „Dritten Welt“ verlegte, nieder: Name und etliche Autorenverträge wurden westdeutscherseits aufgekauft und fanden sich in einer kleinen Kojе auf der Messe ausgestellt. Der große deutsche Medieneinheitsmarkt frißt sich erbarmungslos seinen Weg.

Mit dem Fehlen staatlicher Subventionen - die großzügig für die einschlägige politische Literatur, aber auch für wunderschöne preiswerte Klassikerausgaben, Ostliteratur, Frauen- und „Dritte Welt“-Bücher flossen - steht der ehemals ostdeutsche Verlagsbereich vor der Stunde Null. Entweder vereinigen sich die Verlage mit ihren westdeutschen Pendants, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden oder als eigenständiger westdeutscher Teil aufrecht blieben (wie z.B. J.H.W. Dietz), oder sie versuchen, ihre bisherigen Schwerpunkte den neuen Gegebenheiten anzupassen. Zweifellos wird es einigen Fachverlagen für Architektur, Technik oder Landwirtschaft gelingen, sich mit ihrem speziellen Verlagsprogramm zu behaupten. Einen nicht geringen Teil ihrer Geschäfte hatten sie ohnehin schon im Westen getätigt. Große, gut eingeführte Verlage, die

mit einer gewissen Anhänglichkeit ihrer ostdeutschen Leserschaft rechnen können, haben dadurch die selben Chancen, die einem neugegründeten westdeutschen Verlag eingeräumt werden können. Die anderen müssen zusperrn.

Vom stalinistischen Regen in die medienkapitalistische Traufe

Wie schade oder auch nicht das ist, muß im Einzelfall beurteilt werden. Die Blüten der stalinistischen Propaganda oder ödester Ostblockrealismus werden eigentlich niemandem abgehen, für junge, kritische Literatur und Wissenschaft war bekanntlich ohnehin kein Platz am ostdeutschen Buchmarkt.

Wie große Chancen die neugegründeten kleinen, im weiteren Sinne kritischen Verlage haben, läßt sich leider relativ einfach von den bundesdeutschen Verhältnissen her beurteilen. Die Situation für Kleinverlage generell hat sich in den letzten Jahren wesentlich verschärft. Die kleinen Verlage und ihr publizistisches Umfeld erweisen

sich als Experimentierfeld für die Großverlage, die ihnen die Mühe und das Risiko von Erstveröffentlichungen neuer Autorinnen und Autoren oder die Einführung neuer Themengebiete (wie Ökologie oder Frieden) überlassen, in Ruhe die Entwicklungen des Käuferinteresses abwarten und im Erfolgsfall Titel und Rechte kaufen und dann mittels preisgünstiger Ausgaben den Rahm abschöpfen. Durch die modernen Produktionstechniken sind die Großen auch in der Lage, preisgünstige Kleinauflagen von einigen tausend Stück auf den Markt zu bringen und so den Kleinverlagen ihren ohnehin bescheidenen Marktanteil abzunehmen. Die Buchhandlungen, die von der Fülle der Neuerscheinungen überrollt werden und deren Verkaufsfläche von den Ständern der Taschenbuchreihen dieser Großverlage vollgestellt ist, sind kaum mehr in der Lage, Titel von kleineren Verlagen auf Lager zu halten. Sie sind auch zunehmend weniger bereit, solche Titel auf Anfrage zu bestellen. Angesichts dieser Erfahrungen werden die kritischen Verlagsprojekte im ehemaligen Osten genau

wie die im 'Westen' Deutschlands hart zu kämpfen haben.

Buchhandelsketten nun in privater Hand

Wie wird es dem Buchhandel im früheren Ostdeutschland ergehen? Nach Jahren, in denen ganz- und halbstaatliche Buchhandelsketten das Bild bestimmten und das Wohl und Wehe von Einzelbuchhandlungen von ihrer Zuteilungsquote an Büchern abhing, ist der nicht mehr 'planmäßig' bestimmte Bucheinkauf sicherlich eine Wohltat. Andererseits wäre es unrealistisch, sich über den Kundengeschmack allzu viele Illusionen zu machen. Es käme doch eher überraschend, wenn Menschen, die mehrheitlich Kohl wählen und sich für westliche Konsumgüter begeistern, plötzlich, nur weil auf einmal erhältlich, massenweise kritische Literatur und Wissenschaft kaufen. Ein gewisser Aufholbedarf, z.B. an sozialwissenschaftlicher Literatur, ist natürlich zu verzeichnen; im Rahmen einer früher oder später, stärker oder bescheidener zu erwartenden Vergangenheitsbewältigung wird wahrscheinlich auch ein gewisser Bedarf entstehen, aber nach Meinung Berliner Auslieferer könnte sich dieser ohne weiteres auf die Dimensionen üblicher Regionalgeschichte beschränken.

Momentan kaufen sich große Buchhandelsketten ein, neugegründete Buchhandlungen tauchen auf und verschwinden (größtenteils) wieder; Berlin boomt, die früher günstigen Mieten steigen um ein Vielfaches, die Konkurrenz verschärft sich allgemein.

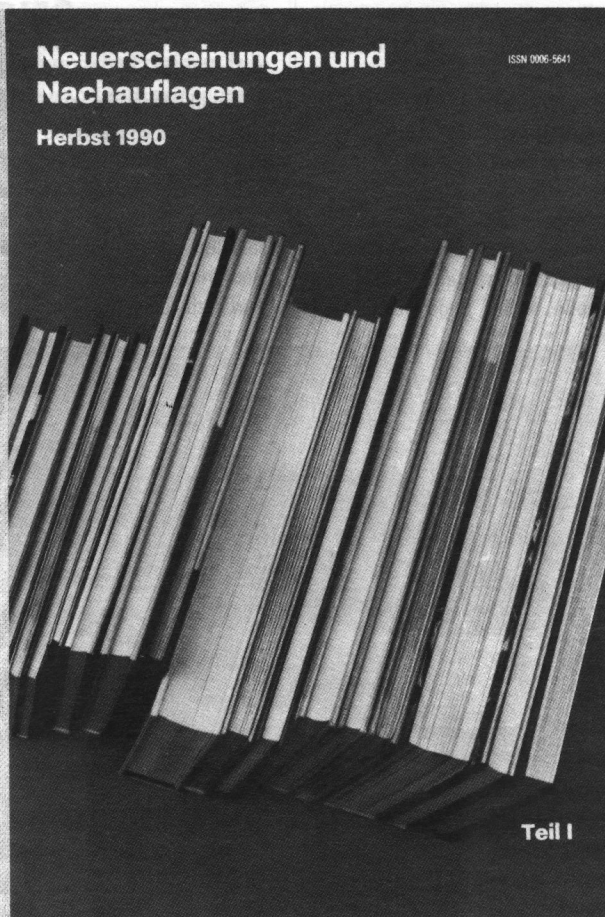
Ohne Subvention kommt die Arbeitslosigkeit

Für die vielen Menschen, die in Verlagen gearbeitet haben, bedeutet die Umstellung auf westliche Realitäten den Verlust ihres Arbeitsplatzes ohne große Aussichten auf einen neuen. Die verzweifelten Versuche, diese Entwicklung aufzuhalten, wirken nicht unbedingt vielversprechend. Es scheint mir auch fraglich, ob tatsächlich eine Aufwertung der Leipziger Buchmesse gelingt. Obwohl sie jahrhundertlang in ernsthafter Konkurrenz zur Frankfurter Buchmesse stand, wurde der Buchteil in den letzten Jahrzehnten auf ein Anhängsel der

Sonderausgabe des Börsenblattes für den Deutschen Buchhandel (Ost); zum ersten Mal - zum Unmut des Publikums - nicht kostenlos

Neuerscheinungen und Nachauflagen

Herbst 1990



Leipziger Frühjahrsmesse reduziert und war nur für den östlichen Buchmarkt interessant. Trotz offensichtlich intensiver Werbeanstrengungen hat eine zweite allgemeine Buchmesse neben Frankfurt und den verschiedenen Fachbuchmessen wie Kinderbücher in Bologna oder der zweijährlichen Frauenbuchmesse keine allzu großen Chancen.

Wer - außer der Bildzeitung - jubelt eigentlich?

Die atemberaubend eilige Wiedervereinigung - oder eher Einverleibung - der DDR in den bundesdeutschen Markt und den Geltungsbereich bundesdeutscher Gesetze ist bekanntlich kein reiner Segen: neben der längst überfälligen Schließung hochgiftiger Fabriken und Bergwerke fällt die frauenfreundlichere Abtreibungsregelung. Für die Verlagsbranche gilt ähnliches: Die Probleme mit der ideologischen Reglementierung sind ausgestanden, dafür droht die beinharte Konkurrenz des immer enger werdenden deutschsprachigen Buchmarktes. Der ewige Papiermangel droht den Verlagen nicht mehr wegen planwirtschaftlicher Engpässe, sondern wegen mangelnder finanzieller Ressourcen zum existentiellen Problem zu werden. Da ist dann schon einmal ein gut eingeführter, an sich nicht übler DDR-Verlag für ein paar zehntausend Mark zu haben. ■

Susi Harringer

ABTREIBUNG ÖSTMÄRKIGE SPRÜCHE ZUR FRISTENLÖSUNG

„Die besondere Form des üblen Gewissens, welche sich in der Art der Beredsamkeit, zu der sich jene Seichtigkeit aufspreizt, kundtut, kann hierbei bemerklich gemacht werden; und zwar zunächst, daß sie da, wo sie am *geistlosesten* ist, am meisten vom *Geiste* spricht, wo sie am totesten und ledernsten redet, das Wort *Leben* und *ins Leben einführen*, wo sie die größte Selbstsucht des leeren Hochmuts kundtut,



Proteste gegen die Verteufelung der 'Pille danach'

am meisten das Wort *Volk* im Munde führt. Das eigentümliche Wahrzeichen aber, das sie an der Stirne trägt, ist der Haß gegen das Gesetz.“ (G.W.F. Hegel)

Treffender läßt sich die gegenwärtige - an der Debatte um die 'Pille danach' (RU 486) - wieder aufgebrochene Antifristenlösungskampagne kaum beschreiben: Volk(s)-Geist-ins-Leben einführen; oder kein geistiges Volk ohne Verlebendigte; oder usw. usf. In einem Land (A), das seit 15 Jahren eine der fortschrittlichsten Abtreibungsregelungen (allgemeine dreimonatige Fristenlösung) hat, beispielsweise gegenüber der BRD (B) mit der Indikationslösung, wehen neue alte unerhörte Töne, die Gott sei's gedankt und gepfiffen wider die Pfaffen, nicht ungehört geblieben sind, den Frauen (denn um die geht es ja eigentlich) in die Ohren: „Ärzte, die Abtreibungen durchführen, sind Mörder und müssen strafrechtlich verfolgt werden. Wie auch abtreibende Mütter, sie sind ebenfalls Mörderinnen. Abtreibungskliniken sind Todes-Kliniken wie KZs.“ (Vinzenz Liechtenstein, ÖVP-Bundesrat, Chef des vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie geförderten Vereins „Familienkongreß“). Wer A sagt muß dann doch noch mal B sagen? Und die Ministerin desselben Ressorts, Dr. M. Flemming, entflammt sich: „Wenn auch die Frau von einer ungeplanten Schwangerschaft am stärksten betroffen ist, so muß dafür der

Mann umso verantwortlicher mitdenken und *mitentscheiden*. (hvg. B.K.) Es herrscht bei allen verantwortungsvollen Menschen Übereinstimmung darin, daß die Abtreibung auf keinen Fall eine Form der Empfängnisregelung ist. Abtreibung ist Tötung menschlichen Lebens. Der Schutz des menschlichen Lebens ist die vornehmste und dringlichste Aufgabe der Politik“ - na so was - „Die Ehrfurcht vor dem Leben muß uns bei allen grundlegenden Entscheidungen leiten.“ Offensichtlich liegt die Verwechslung darin, daß die ehrliche Furcht tatsächlich *vordem* Leben besteht. Die Worte, entnommen der Broschüre „Glückliche Paare - Wunschkinder“ muten zynisch an in Hinblick auf die Realität: jährlich steigende Scheidungsraten (jede 4. Ehe), wobei zwei Drittel von Frauen eingereicht werden. Obwohl die Familienministerin sich zur Straffreiheit von Abtreibungen bekannte und das Empfängnisverhütungsverbot seitens der Kirche ungeheuerlich findet, steht sie in der für Frauen allgemein gültigen schizophrenen Situation des weiblichen Status des fundamentalen Selbstopfers für 'das Andere': „Weil ich auch die Frau als ein Opfer betrachte. Eine Frau, die tatsächlich ihr Kind in ihrem eigenen Körper töten läßt, in was für einer verzweiferten Situation muß diese Frau sein? Wissen Sie, der Körper einer Frau ist so toll eingerichtet: Nie wieder - vorher oder nachher - ist das Kind so geschützt wie in

diesem Körper. Die Frau kann schon tot sein, das Kind lebt noch, die Frau wird gestoßen, geschlagen - das Kind ist geschützt. Dort, wie das Kind so sehr geschützt ist wie nie wieder in seinem Leben, wo ich es ganz eng bei mir hab, in mir drinnen - da läßt eine Frau ihr Kind töten. Was muß man dieser Frau angetan haben, wie sehr muß die Gesellschaft sie alleine lassen, daß eine Mutter, eine Frau, bereit ist, ihr Kind in ihrem Körper töten zu lassen. Ich finde, das ist das ärgste, was man einer Frau antun kann.“ (Interview aus: AN.SCHLÄGE 10/90) So muß man wohl, wie eine „Presse“-Leserin meint, „den Gegnern der Abtreibung und des RU 486 ehrliche, unpolitische Motive zubilligen ... Ich kenne viele Leute, die gegen die Abtreibung sind. Einfach aus Gewissensgründen. Diese Leute haben überhaupt keine politischen Interessen und Motive.“ Nein, überhaupt nicht, denn wie der Präsident der „Aktion Leben“ Dr. W. Schaffelhofer schreibt, ist es wichtig, „einen Einstellungswandel herbeizuführen, der Wert und Würde des geborenen wie des ungeborenen Lebens respektiert in allen Phasen seiner Existenz.“ Angesichts der Verdoppelung der Menschheit in nur 39 Jahren („Global 2000“, Report 1980), die die Gattung Mensch entschert und die Biosphäre gefährdet, und angesichts des Faktums, daß Abtreibungsverbote nie das 'ob', sondern immer nur das 'wie' beeinflussen, ist der neuerliche Versuch der De-



Schutz dem ungespritzten Leben

privatisierung des Selbstbestimmungsrechtes der Frauen (noch) natürlich ein Politikum.

Umso mehr, als die Abtreibungsfrage vor bald zwanzig Jahren den Auslöser für die neue Frauenbewegung bildete, die nun dieses existenzielle Recht der Selbstverfügung über den eigenen Körper gegen die gleichen Argumente verteidigen muß. So als wäre nichts gewesen, argumentieren Vertreter der katholischen Kirche, die sich in Österreich noch und wieder einen überdimensionalen öffentlichen Sprachraum herausnehmen. Wer das Ungeborene tötet, befindet der Wiener Erzbischof Kardinal Groer, durchkreuzt die Pläne Gottes. Doch da die 'Pläne Gottes' auch theologisch bekanntlich unerforschbar sind und sich als solche lediglich als Pläne von ledigen Männern geprägter Moralvorstellungen entlarven lassen, ist kirchliche Herrschaftssicherung in Zeiten real-schwindender Einflußmöglichkeiten evident. Nämlich, man höre und staune: Der Nutzen anderer dürfe niemals einer menschlichen Person das Lebensrecht absprechen, auch nicht der jüngsten. Wer nun zu wessen Nutzen wem was abspricht, steht ja gerade zur Frage. Der Kardinal begeht offenkundig den Kardinalsfehler, Naturrecht mit dem Gesellschaftsrecht zu verwechseln, wobei schon ersteres nichts 'an und für sich Seiendes' darstellt, sondern als zwar außer uns Existierendes, doch nur durch uns bestimmt werden kann, indem er den Fötus schon zur Person de-

klariert. Obsolet, sich vorzustellen, daß ein Embryo bereits eine namentliche Maske trägt, d.h. ein bürgerliches Rechtssubjekt repräsentiert. Wie der Vorarlberger Bischof K. Küng re-aktionär feststellt, verurteilte die Kirche von Anfang an die Fristenlösung und habe diese Haltung auch nie verändert. Untröstlich ist Mutter Kirche über die vielen Ungeborenen, „die sterben ohne Namen und unbeachtet, obwohl vielleicht gerade unter ihnen jene Menschen sind, die unsere Welt verbessern, die Krankheiten besiegen, das Wissen mehren könnten ...“ (O-Ton Groer). Es ist banal, den Sarkasmus dieser Aussage angesichts täglich weltweit 40.000 verhungerrnder Kinder und jährlich 200.000 an Abortus sterbender Frauen zu erwähnen. Doch „in einem für eine Demokratie völlig normalen Vorgang“ werde es möglich sein ein neues Gesetz anzustreben, „das nicht die Frauen bestraft, sondern Sanktionen gegen die wirklich Schuldigen vorsieht.“ Wie, doch eine Veränderung? Schuldig gesprochen werden die Familien der unglücklichen Frauen, die Väter der Ungeborenen, die Ärzte und die Kliniken. Verbot ja, aber keine Bestrafung. „Irgendwie paßt das nicht zusammen. Den Frauen wird hier ganz offensichtlich abgesprochen, Verantwortung für das eigene Tun zu übernehmen. Reduziert auf einen Kleinkindstatus, dürfen sie zwar Verbotenes tun, sollen dafür aber nicht zur Verantwortung gezogen werden. Die Frau, die Unmündige, die MAN nicht für

voll nehmen kann, denn sie weiß ja gar nicht, was sie tut.“ Dieser Feststellung einer Vertreterin des Bundes Demokratischer Frauen auf einer ersten Frauenkundgebung im Zentrum von Wien Anfang Oktober ist zuzustimmen. Immer noch scheint der Philosoph Fichte unangefochten zu sein. Er schrieb vor etwa 200 Jahren: „Man bemerke wohl, das Weib ist nicht unterworfen, sodaß der Mann ein Zwangsrecht auf sie hätte, sie ist unterworfen durch ihren eigenen fort-dauernden notwendigen und ihre Moralität bedingenden Wunsch, unterworfen zu sein. Sie dürfte wohl ihre Freiheit zurücknehmen, wenn sie wollte: aber gerade hier liegt es; sie kann es vernünftigerweise nicht wollen ... also ist der Mann der Verwalter aller ihrer Rechte; sie will, daß dieselben behauptet und ausgeübt werden, nur inwiefern er es will. Er ist ihr natürlicher Repräsentant im Staate und in der ganzen Gesellschaft.“ Ein alter Hut? Ja eben. Hätten Frauen Bärte anstelle ihrer Befürchtungen und Forderungen, müßten sie permanent darüber stolpern - so lang wären diese schon: Gründliche Sexual- und Verhütungsaufklärung; kostenlose Vergabe der letzteren; Erforschung unschädlicher Verhütungsmittel - auch für Männer (nur - wer weiß dann, ob sie diese auch nehmen?); Schwangerschaftsabbruch in allen öffentlichen Krankenhäusern auf Krankenschein - auch durch die Einnahme von RU 486. Noch gibt es dieses Präparat in Österreich nicht, denn der

Hoechstkonzern weigert sich, auszuliefern, solange keine nationale Einstimmigkeit besteht, denn alle Seiten drohen mit Boykott. In einer witzigen Verkehrung unterstellen gerade die konservativen Kreise den Pillenvertreibern Profitgier. Traditionell bekannte argumentative Polarisierungen scheinen sich überhaupt umzudrehen.

In einer Presseaussendung der Gruppe „Junge Frauen und Männer“, die freitäglich vor dem Wiener Ambulatorium für Schwangerenhilfe Kerzen für die Ungeborenen aufstellt und die die Klinik verlassenden Frauen lauthals diffamiert (beschimpfen, bespucken), heißt es zum Thema 'Todespille' „Durch Vereinfachung der Tötung wächst der gesellschaftliche Druck auf die Mutter, sich gegen das Leben ihres Kindes zu entscheiden. Es ist ein weiteres Werkzeug für eine von Männern dominierte Gesellschaft.“

Vielleicht gilt es, alles noch einmal von vorne zu diskutieren. Anarchisch sozusagen - ohne Anfang. Ohne Ende? Einige Fragen bedürfen einer differenzierten Klärung. Was hat es auf sich mit der doppelten 'Leibeigenschaft' der Frau? Was kann Selbstbestimmungsrecht jenseits von Selbstinstrumentalisierung („Mein Bauch 'gehört' mir“) und Fremdinstrumentalisierung (Gentechnologie) heißen? Wie geht frau vorsichtig mit neuen 'extra-weiblichen' Präparaten um? Und last not least, wie steht es um den heißdiskutierten Begriff der sogenannten Zwangsheterosexualität, die ja im Grunde der Hut über all diesen Verhütungen ist.

Doch was in keinem Fall zur Falle werden darf, ist der folgende Fall: In der Pressemappe vom 2.10. der „Geborene für Ungeborene“ war folgendes prägnantes Schriftstück beigelegt, das zur 'heiteren' Imprägnierung in Gänze wiedergegeben werden soll:

„Spätfolgen einer Abtreibung - eine Betroffene berichtet

Als Betroffene möchte ich zur seelischen Belastung und den psychischen Spätfolgen einer Abtreibung Stellung nehmen.

Als ich mit knapp 16 Jahren schwanger wurde, fand ich keine Unterstützung, das Kind zu bekommen, weder durch die Familie meines Freundes noch durch meine Eltern oder Freunde. Alle verstan-

den unter Unterstützung, mir zu helfen, dieses 'Problem' aus der Welt zu schaffen.

Da ich selbst unter Angstzuständen und starker Übelkeit durch die Schwangerschaft litt, war ich zunächst fast erleichtert über die Möglichkeit einer Abtreibung.

Als ich jedoch im Spital auf den Operationstisch gelegt wurde, setzten schlimme Zweifel und erste intensive Schuldgefühle anstelle des bisher vorherrschenden Selbstmitleids ein.

Nach dem Erwachen aus der Narkose war dann das Bewußtsein von Schuld klar vorhanden. Da es für mich damals keine Autorität gab, die mich für diese Schuld bestraft hätte, fürchtete ich fortan Schicksalsschläge und litt unter permanenten Angstzuständen.

Schuld und Angst wirkten sich in weiterer Folge in Form von Existenzängsten, Eifersucht und Intrigen in der Ehe aus. Nicht zuletzt auf Grund dieser Last brach meine Ehe schließlich zusammen.

Völlig überfordert durch die Tatsache, nun auch alleinverantwortlich für zwei Kinder zu sein, brachen Hemmschwellen gegenüber neuen sexuellen Beziehungen. Ich erhoffte mir dadurch seelischen Halt. Die aus der Schuld hervorgegangenen Verhaltensweisen wie Selbstbetrug, Angst, Manipulation und Lüge hatten mich jedoch in der Zwischenzeit völlig beziehungsunfähig gemacht.

Ich konnte Befreiung von meiner Schuld nur durch eine persönliche

Beziehung mit Jesus Christus erfahren. Dies bedurfte allerdings einer freien persönlichen Entscheidung, die die meisten von Abtreibung betroffenen Frauen nicht in Anspruch nehmen.

Aus zahlreichen Gesprächen mit Leidensgenossinnen weiß ich, daß meine Geschichte kein Einzel-schicksal darstellt." ■

In Zukunft sind weitere Aktionen seitens verschiedener Gruppen der Frauenbewegung geplant, um das rollback längst überwunden geglaubter Moralitäten wenigstens aufzuhalten.

Birge Krondorfer

THEATER KARACHO

Der Gedanke, sich zu erheben, mehr zu scheinen als zu sein, ist sein uneingelöster Wunschtraum. Sich diesem Traum anzunähern, ist sein begehrtes Ziel. Intellektuell, 'visionär' zu schweben, sich als Maß aller Dinge jenseits der geschlossenen 'Räume', 'Orte', 'Kulturen' zu bewegen, bleibt der Motor allen Begehrens. Wieder ist es die Technologie, der wir uns vertrauensvoll zuwenden, um diesem Wunsch näher zu kommen. Da aber beginnt uns das Schicksal einzuholen: Wir bleiben am Boden haften, die Maschinen erreichen an

unserer Stelle jene neuen Dimensionen.

Von ihren nicht mehr einsamen Bahnen blicken Hipparcos, Kopernikus oder Ulysses auf uns Zurückgebliebenen, im Wirrwarr Wohnwärtsgehenden. ■

Anita Prammer

Karacho, eine szenische Komposition von Erich Ipiłits, ist ab. 8. November 1990 im ODEON, Wien 2, Taborstraße 10 zu sehen.

Kartenvorbestellungen:

Tel. 26 51 27

NOCH VON 'DRÜBEN'

SONDEUR

Monatsboulevard für Kultur und Politik

„Wer jetzt nicht kurz und ganzdeutsch sagt: all janz für Deutschland. Alle voll für Deutschland. Heilige Allianzmutter Gottes, Dein Reichtum komme. Wer jetzt nicht für die sozialökologischeschumanmarktsstraßenplätzewirtschaftswahrendnetzsfreiheitlichfreiheitlichfreiheitlichdemologischgrundordnendmenschenwürdigwertig - na ja. Der.“ (aus: Nr. 1/1990)

In schon sechster Ausgabe liegt der „SONDEUR“ vor. Eine seltsam-seltene Monatszeitschrift der - wenn man so will - ganz neuen Art. Denn: „sondieren“ bedeutet „vor-

sichtig erkunden, ausforschen, vorfühlen“; und „Boulevard“ „breite (Ring)Straße ... billige, in großen Auflagen erscheinende, sensationell aufgemachte Zeitung“. Wie soll das zusammenpassen? Eine vorsichtig erforschende Sensationspresse? Nun, pressen lassen sie sich nicht in eine Schublade, die RedakteurInnen - und so lassen sich auch scheinbare Antagonismen in einer neuen Form vereinbaren. Der Tantalusverlag hatte 1987 begonnen, Hintersinniges und Sinnliches im sogenannten Untergrund in einer Auflage von 21-60 Stück in Form einer Zeitschrift namens „Bizarre Städte“ zu publizieren. Die 11 Bände vereinten künstlerische Werke mit intellektuell-kritischer Textproduktion. Auf Grundlage der solcherart entstehenden Kommunikationsbasis von KünstlerInnen, AutorInnen und der Redaktion entstand im März 1990 der „SONDEUR“. Eine kleine handliche, in Heftgröße gebundene Zeitschrift für unterwegs in der Manteltasche. Ein Boulevardblatt (es werden auch Börsen- und Versicherungstips gegeben), aber von bekannten AutorInnen. Lyrik verbindet sich mit Politik, Kultur mit Pornographie(debatten). Konstante Beiträge sind „Reiseberichte“ von Städten und Orten in der DDR. Regelmäßig werden Interviews von und mit KünstlerInnen veröffentlicht. Lapidares steht neben Sublim-Subtilem, Banalitäten neben literarischer Politikritik, KulturobSESSIONen neben Alltagsgeschichten. Wenn der Ton die Musik macht, dann hier der Stil die Texte und damit deren Qualität. Außerdem entwickelt sich der „SONDEUR“ zunehmend zu einem Forum, auf welchem sich Ost- und WestautorInnen ein Stelldichein geben, was für die LeserInnen einen erweckenden Einblick in die Differenzen der Ein- und Ausdrücke „beider Seiten“ bringt. Der thematische Querschnitt verläuft von „Was ist das Linke am Sozialismus“ über „Ärzte zum Schwangerschaftsabbruch 1990“ über „Haus-Abriß im Leipziger Osten“ bis hin zum „Plädoyer für scharfe Schamlippen“. ■

InteressentInnen können ein Probeexemplar bestellen bei:
Tantalus Verlag/ Redaktion
SONDEUR, Oberwasserstr. 12.
1080 Berlin (Tel. 20 71 890).

Birge Krondorfer

Szene aus Karacho, Odeon



Foto: Lukas Dostál

Wahlrechtskampf in Österreich-Ungarn Nicht russischer als Rußland!

Von Andrea Komlosy

Tausende WienerInnen drängten sich am Abend des 2. November 1905 vor den Sophiensälen im 3. Bezirk, wo die Sozialdemokratische Partei eine Versammlung für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht abhielt. Sie fanden keinen Einlaß in den überfüllten Saal. Die Kundgebung, die die Draußengebliebenen kurzerhand unter freiem Himmel abhielten, sollte jener im Saal an Begeisterung jedoch ums nichts nachstehen. Um 9 Uhr setzten sich die WahlrechtskämpferInnen, 20 rote Fahnen an der Spitze des Zuges, in Richtung Ringstraße in Bewegung.

Kurien und Zensus

Schon Anfang der 1890er Jahre hatte die Arbeiterbewegung der Wahlrechtsforderung in machtvollen Straßenaktionen Ausdruck verliehen - damals noch, wie das Hainfelder Programm der Sozialdemokratie besagte, „ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen“. Die Reform,

Stimme abgeben, der einzige Haken: sie zählte fast nichts. Während in der Kurie der Großgrundbesitzer und der Handels- und Gewerbetreibenden einem Abgeordneten je 25, in der Städteturie je 6.000 und in den Landgemeinden je 13.000 Wahlberechtigte gegenüberstanden, vertrat ein Abgeordneter der Allgemeinen Wählerklasse gleich 60.000 Wähler im Parlament. Aber immerhin: Mit 14 Abgeordneten gelang den Sozialdemokraten bei den 1896er Wahlen der Einzug in den Reichsrat. Und obwohl sie weiterhin den Anspruch auf ein allgemeines, gleiches Wahlrecht vertraten, war die Luft aus der Bewegung raus.

Ein taktisches Manöver des Kaisers setzte den Wahlrechtskampf im September 1905 wieder auf die Tagesordnung. Um den ungarischen Großgrundbesitz zu schwächen, plädierte Kaiser Franz Joseph, König von Ungarn, für ein allgemeines Wahlrecht ins ungarische Parlament. Der Ministerpräsident der österreichischen Reichshälfte, Baron Gautsch, erhob dagegen Einspruch. Es entsprende dadurch „die Gefahr, daß das allgemeine Wahlrecht auch in Österreich eingeführt werden müßte“.

Der Parteitag der Sozialdemokraten am 30./31. Oktober 1905 brachte frischen Wind in den Wahlrechtskampf. Mitten in den Vortrag des Genossen Ellenbogen platzte ein Telegramm aus Rußland. Zar Nikolaus II. hatte den aufständischen ArbeiterInnen in einem Manifest die Einführung bürgerlicher Freiheiten sowie das allgemeine Wahlrecht

zeitkorden den Ring ab. „Polizisten reiten in die Menge, mit blanken Säbeln schlagen, hauen, stechen sie auf die Arbeiter ein. Von den Hufen der Pferde niedergerannt, wälzen sich die Menschen auf dem Boden“, schilderte die „Arbeiter-Zeitung“ den Überraschungsangriff der Polizisten, der über 100 Verletzte forderte. In Prag, wo sich zur Wahlrechtsbewegung ein Lohnkampf der Eisenbahner zugesellte, forderten blutige Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften sogar Tote. Am 5. November, dem „Wahlrechtssonntag“, fanden in allen größeren Städten der Monarchie Kundgebungen statt. In Prag und in Linz begannen die Eisenbahner, den Verkehr mit „passiver Resistenz“ lahmzulegen. Auch die Christlichsoziale Partei sprach sich, allerdings in scharfer Polemik gegen die Sozialdemokratie, für das allgemeine Wahlrecht aus. Die Regierung mußte einlenken. Ministerpräsident Gautsch erklärte im „Wiener Abendblatt“ seine Bereitschaft zur Vorlage einer Wahlreform. Die Sozialdemokraten pfliff Gautsch indes ins Parlament zurück: „Es liegt im Interesse der Volkskreise, die die Reform wünschen, durch ihr Verhalten zu bezeugen, daß sie in jedem Sinn politisch reif sind - auch für ein neues Wahlrecht. Das Parlament, nicht die Straße, ist der Ort, wo die Entscheidung darüber zu fallen hat.“

... ins Parlament

Die für den 28. November - an diesem Tag sollte das Parlament das nächste Mal zusammentreten - geplante Massendemonstration war nicht zu stoppen. Die Parteileitung tat alles in ihrer Macht Stehende, um die Aktion unter Kontrolle zu behalten und die Stoßrichtung auf das Wahlrecht zu beschränken. „Marschiert wird in geschlossener Formation, 10 Mann pro Reihe, mit Ordnern an jeder Seite.“ Schon Tage vorher veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung“ Treffpunkte, Marschrouten, Demonstrationsregeln. Zuspätkommende wurden ebenso wenig geduldet wie Parolen. Das Unternehmen gelang: Eine Viertelmillion Menschen zog am 28. November, Fahnen und Transparente tragend, in militärischer Disziplin am Parlament vorbei. Die Regierung kündigte die Durchführung der Wahlreform an.

Bei den Reichsratswahlen 1907 war es schließlich so weit. Mit 87 Abgeordneten zogen die Sozialdemokraten als zweitstärkste Kraft ins Parlament ein. Detail am Rande: Nicht nur unter den 516 Abgeordneten des Reichsrats, auch unter den Wählern befand sich keine einzige Frau. Die letzten privilegierten, in der ersten Wählerklasse wahlberechtigten Großgrundbesitzerinnen hatten mit der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts ihre Stimme verloren. Ihr und ihrer minder privilegierten Geschlechtsgenossinnen Pech: Es war ein Männerwahlrecht. ■



Wahlrechtsdemonstration in Wien, 28.11.1905

die die konservativ-kleinbürgerliche Koalitionsregierung Taaffe unter dem Druck der Ereignisse des Jahres 1893 zuzugestehen bereit war, scheiterte jedoch am Veto des deutsch-liberalen Bürgertums. Das verzerrende Kurien- und Zensuswahlrecht blieb weiter bestehen: Wahlberechtigt war nur, wer wirtschaftlich selbständig war und eine bestimmte Steuerleistung erbrachte. Die Wahlberechtigten wiederum waren je nach Stand und Wohnort Kurien (Wählerklassen) mit sehr unterschiedlichem politischem Gewicht zugeteilt.

Anstatt das Kuriensystem abzuschaffen, verallgemeinerte Ministerpräsident Badeni im Jahr 1895 das Wahlrecht, indem er eine fünfte, steuerleistungsunabhängige Wählerklasse schuf. Hier durfte jeder männliche Staatsbürger ab dem 24. Lebensjahr seine

zugestanden. Als Ellenbogen sein Referat fortsetzte, trug auch er der allgemeinen Stimmung Rechnung: „Nun, wenn es darauf ankommt, wird das gemütliche und besonnene Proletariat Österreichs auch russisch reden können.“ Und er erinnerte die Genossen an die Waffe, „die als letzte, stärkste und entscheidende geblieben ist, an die Lahmlegung aller Produktion, den Massenstreik“.

Von der Straße ...

Die für den 2. November anberaumte Wahlrechtsversammlung in den Sophiensälen mündete im Taumel der Ereignisse in einem Demonstrationszug auf die Wiener Ringstraße. Auf der Höhe der Babenbergersstraße jedoch, noch bevor Burg und Parlament erreicht waren, riegelte ein Poli-

PREFAB SPROUT/JORDAN: THE RETURN/Cbs

Es gibt Süßigkeiten, die einem nicht den Magen verderben (können), besonders wenn sie für die Ohren bestimmt sind. Sweet, aber kühl und frisch wie diese mit Pfefferminze gefüllten

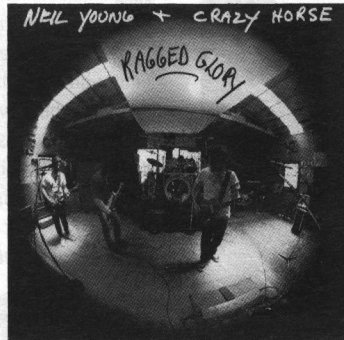


hauchdünnen Zartbitterstückchen nehmen sich die 19 (!) neuesten Kompositionen von Paddy McAloon aus, Meister des Poparrangements und der Vocals mit Echo. Und trotz einigen harterartigen Passagen und religionsnahen Verbalismen hat kein Gott die Band bekehrt, metaphorische Kritik sehnt sich nach einem Vollbad im Jordan oder läßt den angeblichen Schöpfer selbst zu Wort kommen: „Hi, this is God here“ eröffnet mit John Wayne-Showmasterstimme God himself das in der Folge herzergreifendst gospelschunkelnde „One of the broken“, wobei die Gitarre im einzig richtigen Moment die ansonst so abgenudelten bluesigen Riffs runterreißt, das Piano im ebenso richtigen Moment im Kurzzeitpathos (mehr, mehr schreit das wunde Hörerohr) anschlägt und McAloon wieder einmal nicht das Archiv zwecks Zitaten gestürmt hat, sondern um mit leichter Kompositurhand Neues bis Ungehörtes zu bieten. Alle vorangegangenen Alben (meist Geniewürfe, was sonst) muten wie notwendige Stufen zu dieser erstaunlichen Höhe an, ab jetzt wird die Luft dünn für die Gruppe, die Kritikergötter runzeln erst die Stirn: Wie will sich McAloon noch steigern? Drumcomputerausgelaugt lausche ich hingerissen dem exakten Schlagzeug von Neil Conti (Bowie wußte, warum er sich diesen Mann ausgeborgt hatte), raffiniert gebrochen von sporadischen Schnörkeln. Dieser Beat bildet die feinste Basis für ein federndes Sozio-Spacestück namens „Moondog“, das sich wie jede Nummer - egal die Tempi - zu einem Höhepunkt hinspielt. Verblüffende Akzente gelangen vergleichsweise Brian Wilson bei seinen besten Juwelen. Trotz der immensen Länge von weit über 70 Minuten schaffen „Prefab Sprout“, den gesamten Albumeindruck zum Finale hin nochmals zu steigern. Keyboardflirrend und abgehoben durch die gehauchte zweite Stimme von Wendy Smith, entschweben wir durch „Scarlet nights“, um „Doo wop in Harlem“ zu intonieren. Eine Hymne scheint das Geringste, was ich diesen hymnischen Popsongs schreiben kann! „Sing me no hymn of devotion ...“

NEIL YOUNG & CRAZY HORSE/ RAGGED GLORY/Wea

Wenn's zu gut lief, experimentierte sich Neil Young mit unerwarteten Einfällen an den Rand

der Popmusik, erneuerte dadurch immer wieder sein Repertoire, um dann zu ganz alten roots zurückzukehren. Seit „Zuma“ scheint diesmal die Zeit stillgestanden zu sein, außer daß diesmal ein Pferd (verrückt?) umringt von der Gruppe vom Back-Cover linst. Deftig rauhe Riffs, geradlinig treibend in ruppigem Glanz, eben ragged glory, kein Spuk aus dem Rocknrollaltersheim, sondern der vitale Beweis ganz eigenwilliger Rockmusik, die



Trends überdauert und ohne Comebackannouncements von Zeit zu Zeit zurückkommt. Gut so; Sie müssen nicht als verrückt angesehen werden, sollten Sie auf dieses Pferd setzen, denn Neil Young ist (und war) immer sein Geld wert.

JESUS AND MARY CHAIN/ ROLLERCOASTER E.P./Wea

Ein Vier-Song-Minialbum, das neben den gruppentypischen Sounds von „Rollercoaster“ oder „Silverblade“ auch den eigenartig hohen Stellenwert von Leonard Cohen einmal mehr bestätigt. Eine gelungene Coverversion seines „Tower of song“ zeigt das ungebrochene Interesse junger Musiker, aus den Punk/Wavetagen entsprungen, an ihm. Wundern Sie sich noch immer darüber, daß etwa Nick Cave „Avalanche“ coverte und sich die „Sisters of Mercy“ nach einem seiner besten Songs benannten? Wie auch immer, die Jesus and Mary Chain kamen zwar nie ganz an ihre deklarierten Vorbilder „Velvet Underground“ heran, gehören aber in deren historischem Fahrwasser zu den interessanteren Repräsentanten, besonders wenn's um extremen Gitarrenspeed oder vice versa um gedehnteste Breitwand-Herz-Schmerz-Lieder geht. That's „Lowlife“.

DEE-LITE/WORLD CLIQUE/Wea

Alles gibt's im Comebackverfahren, nun groovt man mit Abgrundbaß, Rhythmmachine und weiblicher Knautschstimme zu Wahwah-effekten und besingt halbherzig auf Trip die Liebe. Alles, was im Physischen größer als ein Mundvoll ist, kann dazu geschwungen oder geschaukelt werden. Modemacher Pucci,

schon von Monroe um ein entsprechendes Begräbnisoufit angegangen, erlebt ein Revival seiner psychedelischen Stoffdrucke durch Gallionsfigur Klier, Sängerin von „Dee-Lite“. Hoffentlich fallen bald Julie Burchill oder Tom Wolfe mit ihrer Säure über diesen bunten Schmarren her.

FATS GARDEN/BURIED IN EDEN/ Extraplatte

Das kühle Schräg- bis Mainstreamlabel Crepuscule geht zunehmend seichte Wege. Wunderbar dahingleitende Nebenbeitöne, so begabt wie unbedarft, na ja, die Belgier werden's schon kaufen. New wavende Pommes Frites aktuell instrumentiert.

KLASSIK CD

BELA BARTOK/MUSIK FÜR SAITENINSTRUMENTE, SCHLAG- ZEUG UND CELESTA, DIVERTIMEN- TO FÜR STREICHER/Ariola

Wo Liszt in folkloristischer Pusztaromantik tümpelte, legte sein Verehrer Bartok ertümlische Schichten der Bauernmusik frei. Kombiniert mit naiver Unsymmetrie, gelangen ihm erfrischende Kompositionen, die auch dem Klavier gelegentlich Schlagzeugarbeit abverlangten. Hier nun sein wohl populärstes Werk als Kostprobe.

A. COPLAND/APPALACHIAN SPRING, RODEO, QUIET CITY, FANFARE FOR THE COMMON MAN/Ariola

Von Emerson, Lake & Palmer in die Popmusik eingebracht, von den Rolling Stones am Konzertbeginn lange (heuchlerisch) gespielt. Die Fanfare für den einfachen Menschen. Ebenfalls mir noch aus Teenietagen vertraut (E,L&P): das „Rodeo“ des modernen Klangtechnikern. Rundfunkeinflüsse, Jazzelemente, klassische Traditionen schlicht und cinemascope-like vermischt.

G. FINZI/KLARINETTENKONZERTE u.a./Ariola

Ironisch könnte man sagen, Finzi gehört in die Galerie der wichtigsten und bekanntesten Unbekannten. Drei exquisite Kompositionen des Briten werden hier vom an den Rollstuhl gefesselten und zu jeder Avantgardetat bereiten Alan Hacker (Nato-Label!) unter dem Dirigenten W. Boughton interpretiert. Eine rare Chance, die genutzt werden sollte.

Der Ohrentaucher

STIMMEN FISCHEN - EINE SCHLACHT DER BILDER UND WORTE

DIE UNGLAUBLICHE SUBVERSIVITÄT DER PLAKATAFFICHERER

Die Form würde nicht immer irgendwie Inhalt (mit)bestimmen, glauben einige, doch Geldaufwand allein genügt nicht, um Stil zu zeigen (wenn man eben keinen hat). Die im Wahlkampf involvierten Parteien haben jedenfalls die Plakatästhetik, die sie und auch ihre Handlanger verdienen.

Abgesehen von den unbewußt postmodern-leeren Slogans taten die brav ihre Pflicht ausübenden legalen Plakatkleber das ihre, um durch die Anbringung der Politwerbeflächen noch für zusätzliche Konnotation zu sorgen. Die Surrealisten hätten gebubelt (ganz Österreich im Taumel des „Zusammentreffens einer Nähmaschine mit einem Regenschirm auf dem Seziertisch“), die Dadaisten hätten nicht mit Beifall für die Großparteien gezeigt und die Horden der Semiotiker können nun lange durchdachte Artikel über die undurchdachten, also unbewußt erst lesbaren Plakathappenings schreiben. Diese Wahl ist allemal ein absolut gelungener Coup, der auch nur lächerliche 500 Mille gekostet hat, im Vergleich zum Spaß am Golf eine freiwillige Spende, ein Körbergeld der großen 'ehrbaren Familien' Österreichs.

Bei meiner Rückkehr nach Wien stach mir schon am Bahnhof Hütteldorf die Kombinationsgabe der bereits gerühmten Künstler aus dem Alltag, der Affichierer, ins Auge. Neben einem Preisausschreiben rund um das „süßeste Fröchtchen“ bleckte Ratman Haider seine Vorderbeißer, einem Flügelaltarpendant nicht unähnlich, mußte Riegler mit einer Käseklame („Geheimratskäse“) vorlieb nehmen. In der Mitte, hier schien es sich bei den Plakatklebern um gestandene SPÖler gehandelt zu haben, treuherzte einmal ohne feuchten Augen Franz (nicht der Humanic, sondern der andere) als wichtigste Figur dieser unheiligen Drei(ein)faltigkeit, lediglich mit dem

Fotos: von der Stiegen



Requisit „Jakobs Monarch“ ausgestattet, ziemlich souverän über seine Konkurrenz hinweg. War Wien bereits in roter (Kleber)Hand?

Franz schuf die Wiese, den Baum, den Himmel ...

Hatte es Kreisky immerhin bis zum Sonnenkönig Bruno gebracht, ging schließlich Vranitzky auf Überholspur und rannte nach dem Intermezzo der bei Politmannequins doch etwas nachteiligen Optik eines Fred vom Burgenland offene Türen ein.

Über dem Absolutismus eines weltlichen Herrschers residiert in manchen Glaubensgemeinschaften nur noch ein Unternehmer, Gott von Beruf. Hier setzt nun Franz ganz keck an. Wohl wissend, daß ein Rechberger nur die Spitze eines Eisberges darstellt, obwohl weltweit die Gletscher schmelzen, und auch präzise rezipierend, daß aus dem Basisvölkchen der SPÖ, dem Proletariat, längst Proleten ohne Standesbewußtsein geworden sind, versucht Franz den Überschmäh vom Schöpfertum, ideal für grüne Zeiten.

Was bietet er uns an? Eine grüne, grüne Wiese, die ihre Farbe nur aus dem schärfsten chemischen Dünger entwickeln konnte, wenigstens tummelt sich Milizler vor Hund und

Bäuerin im Bild. Stolz sagt uns Franz: „Sehet, dies hab alles ich gemacht, meine Partei hat mir geholfen, für euch diesen blitzblauen Himmel so blau zu machen, daß die Freiheitlichen neidisch die Augen zusammenkniffen müssen. Und der Baum im Hintergrund, den hat nicht Rene Magritte erfunden, der ist auch von mir. Als paradiesischer Vorzugsschüler will ich natürlich auch die Vorzugsstimmen. Also her damit.“ Tief ergiffen von der Cinemascopeklarheit schritten die WählerInnen zur Urne. Ein weltlicher Kandidat hätte diese Partei ohnedies nicht mehr sanieren können. Nicht um ein Mandat.

Black Taboo

Vom Franz durch Schöpfermythen ausgetrickst, warf sich Riegler gezwungenermaßen (teilweise) in die große weite Welt oder an die Brust heimischer Konkurrenz. Josef ist auch messerkantenscharf gekampelt wie Franz, aber nun als Christ von dem standesgemäß ungläubigeren Sozi auf parteieigenem Himmelsterrain (Mietzins nach oben offen) vornab geschlagen, versucht der ÖVP-Oberhirte, wie Turrini auszuschaun. Denn ich glaube nicht, daß der inzwischen durchaus pflegeleichte Literat sein Äußeres an

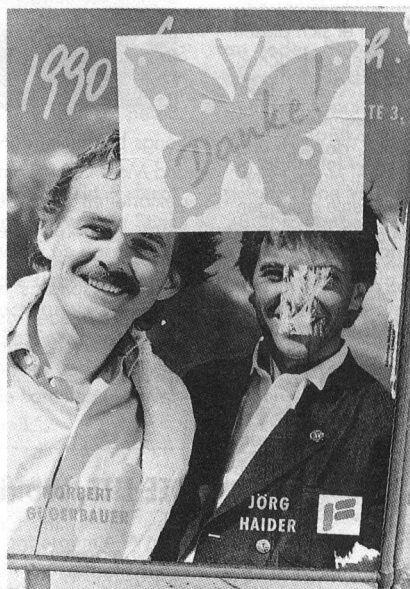
„den Aufschwung wählen“. Eine derartige Sportivität hätte ich den schwarzen Schafen, Parteifarbe und christliches Symbol stelle ich hiermit in neuem Kontext aus, nicht zugetraut. Welch Paranoia waren die gefürchteten Felgaufschwünge im Turnunterricht ... damals.

Diese Körperbezogenheit sichert der ÖVP zumindest ein Gros der momentan ganz woanders hinschwingenden Fußballer, vielleicht klappt's dann nach der Wahl auch für Gerhard Berger besser.

Nicht klammheimlich, sondern offensichtlich von den Amerikanern abgucken, weht da das rot-weiße Banner im Hintergrund, während vorne Josef, nennen wir ihn doch einfach Pepi, als Uncle Sam versagt. Anstelle des strengen, Rekruten ködernden Blickes von Plakattmann zu Mann und dem affengeilen „I want you“ wenden wir unseren Blick verständnislos ab. Hier deutet ein Mann auf uns, anscheinend völlig von den Mißgeburten-Ausfällen Haiders irritiert, und flüstert mit bebender Stimme: „Bleiben Sie mir vom Leib, ja Sie, Sie Kartoffelkäfer.“ Die Stimme versagt, und die notwendigen Wählerstimmen blieben aus.

Die Sexualisierung des Wahlkampfes

Sex and Schnaps and Polkaroll als Parole für die FPÖ. Nicht nur unser deutscher Gast aus Köln vermutete mehr hinter dem tiiiiiefen Blick von Jörg in Heides Augen. Als die Blauen schließlich Verhüterlis austeilten, gab's kein Halten mehr. Mutig dennoch die spätere Kurzversion, die geschrumpfte Größe, beim Trio auf der Alm mit Heide, Jörg und Gugerbauer. Bunte, leuchtende Farben, eine Kullisse, wie sie die Operette bei den Festspielen in Mörbisch drin-



Riegler orientiert. Mit zunehmendem Alter setzt man eben Bäuchlein an, daher die völlig mißverständliche Rieglersche Message

gend benötigt, und schwupps, da waren's nur noch zwei. Norbert und Jörg, wenigstens schauten sie sich nicht tiief in die Augen. Als

vordergründigstes Identifikationsobjekt können wir Gugerbauers Bärtchen gelten lassen, denn die gesamte Männlichkeit der FPÖ scheint mit diesem Flaum auf der Oberlippe ausgestattet zu sein.

Gänzlich kontrovers dazu schmissen die in moralische Bedrängnis gekommenen Blauen nun Schriftplakate ins Rennen, die auch nicht gerade intelligenter oder verständlicher als die schwarzen Machwerke waren. „Wien darf nicht Chicago werden“, im Outfit eines Musicalankündigers für - sagen wir Cats in Hinterstoder oder Freudiana in Goisern. Jörg hat also nicht nur offene Arme für die Ewiggestrigen,

er ist auch politisch erst bei Bert Brecht angelangt. Zu dessen Lebzeiten war Chicago noch ein heißes Pflaster, jeder zweite war Gangster und die Stadt somit ein Symbol für Kriminalität der höchsten Rate und Qualität. Überkleber „Wien darf nicht Kärnten werden“ waren schon recht entzückende Reaktionen, aber um heute Verbrechen anzuprangern, wären Sätze wie „Wien darf nicht Noricum werden“ oder „Die Lucona darf nicht von Immobilenhaien gefressen werden“ angebracht. Was dachte sich der Junker Jörg bei seiner 'Chicago'-Metapher, wo doch die Verbrecher längst überall am Werk sind und keine Stadt als Ikone zur Verantwortung gezogen werden kann? Chicago hat einen immens hohen Prozentsatz von Polen in der Bevölkerung, aber wenn er das so meint, dann ist das für den durchschnittlichen FPÖ-Wähler intellektuell nie und nimmer faßbar. Trotzdem (oder gerade wegen dieser ungeheuren Unbegreiflichkeit) ein unangenehmer Mandatszuwachs für die Partei, die nur ein Gesicht hat.

Radikaler Nachwuchs

Ausgerechnet die Jungbrut der sich an Uncle Sam verstiegenen ÖVP fährt unerwartete Schocks auf, allerdings nicht im fortschrittlichen Avantgardesinn. In Altherrenpar-

teien wirkt noch ein nicht mehr taufrischer Petrik jung, nicht nur wegen des lediglich um Zentimeter zu tief gerutschten Phallussymbols Auto



bei seinem Gebrauchtwagenplakat. Allein das gegenüber meinem Wahllokal angebrachte Signet am schwarzen Bezirksquartier zwingt mich in die Knie: „Wir jungen Schwarzen treiben's bunt!“ Na bravo, abgesehen vom tatsächlichen Buntbuchstabensortiment, läßt die übergeordnete, tief im Bürger verankerte Assoziation 'es bunt treiben' jeden roten Bestechungsskandal und alle blauen Blicke vergessen.

Um dieser Orgie noch eins draufzusetzen, treibt's ein gewisser Himmer zu weit. Wurden ehrlich bekennende Faschistos und Nazis von der Kandidatur ausgeschlossen (unter ihnen ganz Rechte, die Haider am liebsten vergasen möchten), so darf einer im Sog der schwarzen Christenheit sein Modell 'Chile' mit Vorzugsstimmen garnieren. „Himmer wählen, Bonzen quälen“, popfärbig im Amnesty-Design gehalten, legt uns eine strenge Kammer offen. Noch nie hat ein in den Wahlkampf Verwickelter so unverhohlen und noch dazu gerade deswegen auf Stimmzuwachs hoffend zugegeben, daß er praktizierender Sadist ist. Amnesty müßte demnächst einschreiten und Himmers Opfer als politische Gefangene deklarieren, ansonsten müssen wir befürchten, daß hier ein heranwachsender Pinochet sich einst aufs Roß schwingen könnte. Mein Gott, mein anfänglicher Freudscher Verleser 'Himmeler

wählen' war doch eine vom Unterbewußten gesteuerte Reaktion auf dieses Greuelbekenntnis. Das kostete einige Mandate, saftig, saftig.

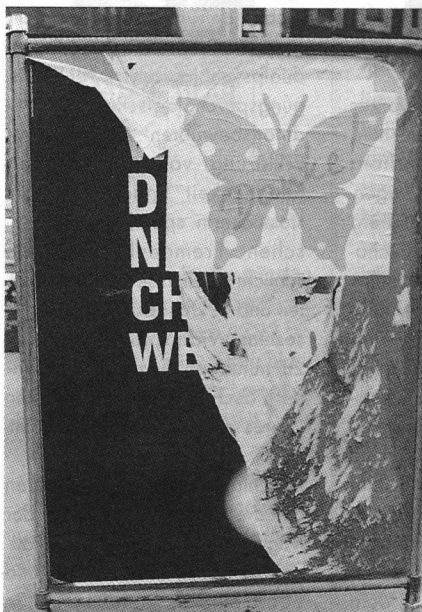
Applaus

- kann ich den Vereinten Grünen bezüglich ihrer Werbemittel, die die herzerfrischende Naivität zweijähriger Erwachsener bestätigen - blumi bunt mama natur bahubabl - keinen spenden. Dafür waren, gemessen am Budget, die Anzeigenserien der Grün Alternativen optische und inhaltliche Highlights, die ersten überhaupt, seit die Grünen das Politparkett betreten haben.

Aus dem Reservat

Da die Kummerln ungerechterweise durch den Verkauf des Ostens an die westliche Supermarktkette der Durchschnittlichkeiten imagemäßige Einbußen erhielten, gewähren wir dieser schützenswerten Minderheit Schonzeit.

Ob es gelingen wird, den Bestand zu erhalten oder ob wir Kommunisten später nur noch auf Abbildungen in Geschichtsbüchern sehen werden, kann erst in einigen Jahren sachgerecht beurteilt werden. Wer das Nationalratswahlen-Derby gewonnen hat, wissen Sie, einige mehr oder weniger offensichtliche Argumente zu diesem Ausgang haben wir nachgeliefert. Ein Bild sagt mehr als tausend Worte, und



Worte haben tausend Bedeutungen. Millionen haben mitgespielt, WählerInnen und Kohle - so einfach geht 'Einer aus Elf'. Wann kommt

der erste Jackpot? Heile Zeiten stehen uns bevor.

Der größte Holzkopf Europas?

Robert Steiner ist sicherlich ein mutiger Mann, wobei die Überlegung, daß nur phantasielose Leute in kriegerischen Auseinandersetzungen mutig gewesen wären, kurze Erwähnung finden soll.

Bei uns herrscht nur Krieg, weil es dem Lichal nicht so gut geht unter der Rinde. Im Frieden treten sie nun offiziell und öffentlich, manchmal parteibuchgefördert auf den Plan, oder gleich mir nichts, dir nichts ins Freie. So geschehen auf der Freyung.

Mutig allein das Plakat, das nicht nur als einzige künstlerisch wertvolle Information die „größte Holzkulptur“ Europas vermeldet, sondern mit hartnäckigem, ewiggestrigem Ehrgeiz eine 60er Jahre Optik aufweist, die wir schon lange (gut so) nicht mehr gesehen haben. Guinnessverdächtige Aktionen weisen meist eine Gemeinsamkeit auf: egal, um was es geht, Hauptsache groß, lang, dick etc. Bescheidene, aber frohe Geister - ganze Orte - bilden kilometerlange Ketten aus Biertischen und kübeln sich so heftig ins Buch der Rekorde.

Der mutige Robert Steiner braucht nur sich und finanzkräftige Mittäter, schon steht 'größte' Holzplastik auf der Freyung. Wie? Ja, wahrschein-

lich brennt sie, aber das tut man nun wirklich nicht, oder wählen Sie etwa FPÖ? Na eben. Die Redaktion sucht nun verzweifelt die zuständigen KünstlerInnen für die längste, dickste, beste, häßlichste, verwurmteste, umweltgeschädigteste Holzplastik vom Wiener Wald. Als Preis winkt die begehrte Auszeichnung 'Größter Holzkopf' der Welt. Die Jury liebäugelt bereits unvoreingenommen mit einem gewissen Robert Steiner. Einsendeschluß bis zur Abholzung des Regenwaldes.

Trostpreise für alle, die erraten, wieviele Zahnstocher aus dieser Plastik gefertigt werden könnten.

Christian Feichtinger

BÜCHER

REZENSIIERT
VON
SUSI HARRINGER

Michael John/Albert Lichtblau

SCHMELZTIEGEL WIEN EINST UND JETZT

Zur Geschichte und Gegenwart von
Zuwanderung und Minderheiten
Böhlau, Wien 1990

Die Herausgeber/Autoren gehen es ganz, ganz sachte an: Der erste Abschnitt dieses unglaublich umfassenden Buches zählt zuerst einmal die in Wien seit Ende des achtzehnten Jahrhunderts vertretenen Minderheiten auf: die Tschechen und Slowaken, die Juden, Ungarn, Italiener, Sinti und Roma, Chinesen, Kroaten, Slowenen, die bulgarischen



schen Gärtner, die Schweizer Uhrmacherkolonien, die Bosnier, Gotscheer, US-Amerikaner, Ukrainer, die deutschsprachigen Minderheiten aus Jugoslawien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn, die Filipinos, die 'türkischen', armenischen, griechischen und aromunischen Kaufleute, die ausländischen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen der NS-Zeit, die Zeitungskolportäre aus Ägypten, Indien, Pakistan und der Türkei und die 'Gast'-Arbeiter aus der Türkei und Jugoslawien. Diesem Teil haftet, nicht zuletzt durch manche Illustrationen aus dem neunzehnten Jahrhundert, beinahe etwas Idyllisches an, wenn auch die Texte - und die kritischen Quellen, aus denen sie stammen - keine Illusionen über

das meist harte Leben der Eingewanderten zulassen.

Die Analyse der Beweggründe der Zuwanderer (Push-Faktoren: Gründe, warum sie nicht zuhause leben konnten; Pull-Faktoren: Tatsachen oder Vorstellungen, die Wien für sie verlockend machten) lassen ihre bittere Not oder die politischen oder rassistischen Verfolgungen, denen sie in ihrem Herkunftsland ausgesetzt waren, deutlich werden.

Die Ansiedlungs- und Wohnformen, zu denen sich die Zuwanderer meist gezwungen sahen, zeigen schon recht deutlich, wie wenig herzlich ihre Aufnahme in Wien war. Die Elendsquartiere, die den heutigen 'Gast'-Arbeitern angeboten werden, scheinen sich kaum von denen der armen Ziegelböhlen der Jahrhundertwende zu unterscheiden.

Die sozialen Beziehungen der Zuwanderer geben Aufschluß über die Ablehnung, der sie sich heute wie früher ausgesetzt sehen, über ihre Notgemeinschaften und den jeweiligen Assimilationsdruck, dem sie unterliegen, oder die Konflikte, die aus den ungewohnten sozialen Normen ihrer neuen Umgebung entstehen.

Im Teil über Minderheiten- und Ausländerpolitik und Vorurteile gegen Minderheiten geht auch die letzte Illusion über ein möglicherweise vielleicht doch 'goldenes Wiener Herz' flöten. Neben den makrotheoretischen, gruppenpsychologischen, individualpsychologischen, rechtfertigungspsychologischen und 'traditionsbewußten' Ansätzen zur Erklärung von Minderheitenfeindlichkeit finden sich Gustostückerln spezifisch wienerischen Fremdenhasses, die schlicht übelkeitserregend ausfallen und in krassestem wie sinnlosestem Widerspruch, nicht nur zu humanen Ansprüchen, sondern auch zu den ökonomischen Interessen der Wiener Gesamtbevölkerung stehen.

Abschließend gehen die Autoren auf die kulturellen Beiträge der Migranten in Wissenschaft, Politik und Kunst, Gastronomie und Sport ein. Und dies, ohne in eine geschmacklerisch-ausländerfreundliche Haltung zu verfallen - etwa nach dem Motto: Putzen darf die Polin, Essen gehen wir dann griechisch, nachher

schaun wir noch den Araberinnen beim Bauchtanzen zu.

Mit „Schmelztiegel Wien“ liegt eindeutig ein neues, bewegendes Standardwerk vor, wenn auch in Wien von 'Schmelztiegel' im positiven Sinne keine Rede sein kann.

Unklar ist mir nur, warum Wiens unvermeidlicher Bürgermeister, der sich sonst mit peinlichen Plakatkampagnen und dem Hissen der deutschen Fahne auf dem Wiener Rathaus anlässlich der 'Wiedervereinigung' unbeliebt macht, bei der Präsentation des Buches so begeistert war. Wahrscheinlich hat er es nicht gelesen.

Susi Harringer

Michael Klöcker,
Udo Tworuschka (Hg.)

MITEINANDER - WAS SONST?

Multikulturelle Gesellschaft im
Brennpunkt
Böhlau Verlag, Köln/Wien 1990

Die Herausgeber haben Prominente aus dem deutschsprachigen Raum gebeten, zur multikulturellen Gesellschaft Stellung zu nehmen. Der Buchtitel, der die 63 Beiträge dann auf dem Cover ziert, spricht für den Inhalt: Seid nett zueinander!

Kein Wunder, da die werte Prominenz weitgehend dem geistlichen Sektor zuzurechnen ist, wie wohl auch eine Handvoll Sozialdemokraten zu Wort kommen. Besonderer Beliebtheit zur Gesinnungsoffenbarung erfreute sich Carl Zuckmayers „Des Teufels General“. Nicht zufällig, so scheint, wurde allein die folgende Textstelle 3 Mal(!) zitiert: „Vom Rhein - das heißt: vom Abendland. Das ist natürlicher Adel. Das ist Rasse. Seien Sie stolz drauf, Hartmann - und hängen Sie die Papiere ihrer Großmutter in den Abtritt. Prost.“ Mit dem Ariernachweis können wir schon umgehen, gell, nur mit dem Morgenland hapert's noch ein bisschen!

Auch „das typisch westliche Phänomen des 'fundamentalistischen Feminismus', der sich wie eine fortwirkende Offenbarung auswirkt“, wird der multikulturellen (im Folgenden kurz mu-ku) Gesellschaft zugeordnet. „Freude, schöner Götterfunken - alle Menschen werden Brüder“ - die

höchste aller Kulturstufen: die umfassende Bruderschaft der mu-ku-Vereine. Mann oh Mann! Auch „Film ist praktizierte mu-ku Gesellschaft“. „Die kulturstiftende, realitätsverändernde Wirkung der Sendemedien ist erst in jüngster Zeit in (...) eindrucksvoll erkennbar geworden.“ Die ganz Schlaunen wissen, was an Stelle der Pünktchen stehen sollte: Die DDR, Osteuropa etc. Doch ohne mu-ku-GesmbH ist eben kein großdeutscher Staat zu machen.

Irenäus Eibl-Eibesfeldt schreibt als einer der wenigen Klartext: Ohne archaische Abwehrmuster gegenüber Einwanderern wäre keiner von uns auf der Welt, denn „wer seine eigene genetische Verdrängung akzeptiert, redet in der folgenden Generation nicht mehr mit.“ Also haben „schon gar nicht die Politiker das Recht, eine multikulturelle Gesellschaft zu verordnen. (...) Europa ist bereits ein überbevölkerter Kontinent. (...) Wenn wir nicht in den Strudel zunehmender Verelendung hineingerissen werden wollen, dann muß sich Europa bis zu einem gewissen Grad abschotten.“ Amen und EG-sei Dank leben wir ÖsterreicherInnen noch am Rande einer Festung, im Schützengraben sozusagen.

Heiner Geißler, langjähriger Generalsekretär der CDU, antizipiert, daß für die mu-ku Gesellschaft in Europa wahrscheinlich Englisch die gemeinsame Sprache sein wird. Und daß sich die Ostfriesen an den Schuhplattlern erfreuen werden. Wie schön. Das Schlußwort zu Vielfalt und Gewinn: „Multikulturalität in der Kommune kann eine Art Übungsfeld werden, ein Laboratorium für Überlebensformen.“ In deutschen Landen trainieren meines Wissens schon mehr als 700.000 TürkinInnen.

Etienne Balibar,
Immanuel Wallerstein

RASSE KLASSE NATION

Ambivalente Identitäten
Argument Verlag, Hamburg 1990

Warum konnte sich die Weltwirtschaft bis jetzt noch nicht in ein geeintes Weltimperium verwandeln, wenn doch die einzige wirkliche Gesellschaftsformation

die Weltwirtschaft selbst ist? Die Autoren nähern sich dieser Frage über einen Versuch, Rassismus und Nationalismus neu zu interpretieren. Und zwar: Rassismus als Reaktion auf die Herrschaft der Staaten des Zentrums, Rassismus als Institutionalisierung der durch die internationale Ar-



beitteilung geschaffenen Hierarchien. Es ist ein universeller Rassismus im Vormarsch, an den Sexismus systematisch gekoppelt ist. Nation und Volk werden als historische Konstruktion gedacht, die es ermöglicht, gegenwärtige Gegensätze in die Vergangenheit zu projizieren, um ein Gemeinschafts- und Stabilitätsgefühl zu verleihen. Spannung bringt auch die bewußt kontroverielle Form der Auseinandersetzung, die von verschiedenen Positionen ausgehen.

Rainer Bauböck, Gerhard Baumgartner, Bernhard Perchinig, Karin Pintér (Hg.)

... UND RAUS BIST DU!

Ethnische Minderheiten in der Politik
Verlag für Gesellschaftskritik,
Wien 1988

Minderheitenpolitik ist nicht erst seit kurzem ein widerspenstiges Thema, doch die Zunahme arbeitssuchender MigrantInnen und politischer Flüchtlinge erschwert die Aufrechterhaltung national-



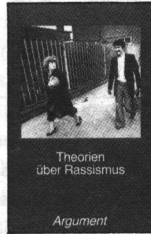
staatlicher Territorien. Die in diesem Band enthaltenen Beiträge sind entweder zur Tagung der österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft zur Minderheitenproblematik oder kurz danach verfaßt worden. Obwohl vor der

Öffnung des 'Ostblocks' entstanden, beweist dieses Buch ungebrochene Aktualität.

THEORIEN ÜBER DEN RASSISMUS

Argument Sonderband 164
Argument Verlag, Hamburg 1989

Ein iranischer Asylant wird 1987 in Tübingen von einem Kaufhausdetektiv erwürgt. An Hand dieses entsetzlichen Ereignisses versuchen die Auto-

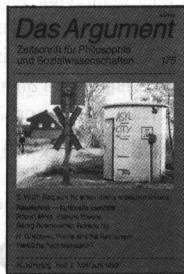


rInnen, den Wurzeln des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit nachzugehen, sei es durch historische Deduktion des eurozentrischen Zivilisationsmodells, sei es mittels ökonomischer Analyse. Auch mit Kritik am Rassismus der Linken wird nicht gespart.

RASSISMUS - KULTURELLE IDENTITÄT

Argument 175, Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften
Argument Verlag, Hamburg 1989

Der spannendste Beitrag ist wohl der Georg Auenheimers, der dem „Kampfbegriff kulturelle Identität“ in allen Varian-



ten auf den Grund geht: Einmal nimmt ihn neokoloniale Bevormundung in den Dienst, dann die diversen Befreiungsbewegungen. Roxanna Ng (Kanada) beschäftigt sich mit der Situation von Frauen ethnischer Minderheiten. Welches sind die Zuordnungskriterien: Geschlecht, Rasse oder Klasse?

Christian Neugebauer

EINFÜHRUNG IN DIE AFRIKANISCHE PHILOSOPHIE

Afrikanische Hochschulschriften
München-Kinshasa-Libreville 1989

Das Buch bietet im deutschen Sprachraum einen ersten umfassenden und kritischen Überblick zur Geschichte der Philosophie in Afrika seit 1970. Es ist dem Autor gelungen, eine Brücke zwischen der europäischen und afrikanischen Philosophie zu schlagen. Es werden auch die Grundtendenzen des philosophischen Dialogs mit Afrika und die afrikanische Rezeption der westlichen Philosophie dargestellt.

Hans Christoph Buch

HAITI CHERIE

Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M.
1990

Tante Erzulie erzählt. Tante Erzulie ist die Metapher der „Ewigen Hure“, die als „Süße Wilde“ 1792 von Columbus an Bord der Santa Maria entführt wird und so nach Europa gelangt. An Hand ihrer Verhältnisse mit berühmten Männern der Zeitge-



schichte versucht Buch, mit den deftigen Würzmitteln Sex und Gewalt von Frankreich 1792 bis Deutschland 1945 Örtlichkeit und Zeitlichkeit zu verschmelzen. Eine Geschichtsgroteske, am gleichmütigen Körper des mystifizierten Weiblichen ausgetragen. Im zweiten Teil des Romans beschreibt H. C. Buch die 'Zombifizierung' Haitis und die Voodoo-diktatoren Papa und Baby Doc Duvalier als einen real existierenden politischen Alptraum. Und dieser gelingt ihm weitaus besser als der erste Teil.

Ulrike Sladek

KURZ & BUCH

Bernhard Perchinig

„WIR SIND KÄRNTNER UND DAMIT HAT SICH'S ...“

Deutschnationalismus und politische Kultur in Kärnten
Drava, Celovec/Klagenfurt 1989

Eine vorzügliche Abhandlung über die historische Entwicklung des Deutschnationalismus in Kärnten von 1848 bis heute, eine empirische Untersuchung des politischen Bewußtseins deutschsprachiger Menschen einer zweisprachigen Fremdenverkehrsgemeinde Südkärntens und psychologische Analysen zur Funktion lokaler Männerbünde, zu Ideologierezeption und dem deutschnationalen Mythos scheint mir genau das Buch der Stunde zu sein: Ein Gegenpol zu den penetranten Feierlichkeiten des siebzigsten Jahrestages der Volksabstimmung in Kärnten.

Karl S. Althaler/
Sabine Stadler (Hg.)

GELD UND LEBEN

Diskussion um soziale Mindeststandards
Verlag für Gesellschaftskritik,
Wien 1990

Soziale Sicherheit in Österreich, dieser angeblichen Insel der Seligen, die Zuspitzung der Zwei-Drittel-Gesellschaft, Tendenzen der Arbeitsmarktentwicklung, der Altersversorgung und Familienpolitik, das System der Arbeitslosenversicherung und sozialen Mindestabsicherung, Thesen zu einem fixen Grundeinkommen. Die Beiträge stammen von Ingrid Rowhani, Rainer Bauböck, Maria Orthofer-Samhaber, Manfred Srb und vielen anderen Fachleuten. Ein Sam-



melband, der einen fundierten, desillusionierenden Überblick über die österreichische Situation bietet.

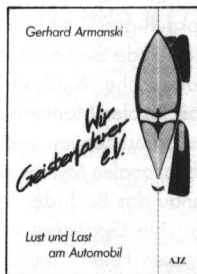
Gerhard Armanski

WIR GEISTERFAHRER e.V.

Lust und Last am Automobil
AJZ, Bielefeld 1990

„Das Auto ist gekommen, um den Uneinsichtigen zu beweisen, daß die Erde tatsächlich rund ist, daß das Herz nur ein dichterisches Requisit ist, daß der Mensch zwei Standardzähler in sich trägt: Der eine zeigt die Kilometer, der andere die Minuten.“ (Ilja Ehrenburg)

Das Auto als individual- und massenpsychologisches Phäno-



men, als Fetisch, als Übungsgegenstand der kapitalistisch-industriellen Gesellschaft, als Apotheose der modernen Produktions- und Konsumptionsweise, in seiner ideologischen, militärischen, sexuellen Dimension: eine wirklich umfassende, gescheiterte, engagierte Abhandlung über die Faszination dieses Symbols unseres Jahrhunderts, mit Beispielen aus Kunst und den entsprechenden Comics.

Cornelia Giese

GLEICHHEIT UND DIFFERENZ

Vom dualistischen Denken zur polaren Weltsicht
Frauenoffensive, München 1990

Ziel dieses Buches ist eine Einführung in die verschiedenen, divergierenden feministischen Ansätze wie Geschlechterneutralität contra Geschlechterdifferenz, Politik contra Spiritualität, Historie contra Mythologie/Symbolik, Kultur contra Natur und ein gegenseitiges Verständnis, um nicht zu sagen eine Versöhnung zwischen den Kontrahentinnen.

Feministische Theologie, speziell im christlichen Bereich, ist mir persönlich nicht im geringsten ein Anliegen, und schon gar nicht auf rechthaberische, wenn auch betuliche Weise.

Andererseits, wer will sich schon als verbohrt, fanatische Vertreterin einer Richtung deklarieren? Also, in Göttins Namen, soll bitte die „einzig angemessene Antwort 'Sowohl - Als auch'“ lauten.

Hélène Cixous

DAS BUCH VON PROMETHEA

Wiener Frauenverlag, Wien 1990

Dieser Roman der berühmten feministischen Philosophin entzieht sich einer schlichten Rezension. Soviel sei jedenfalls gesagt: Es geht - in sehr bildhafter, symbolträchtiger Sprache, um die Liebe, die Liebe von und zwischen Frauen. Wunderhübsch ausgestattet,



von Karin Rick trefflich aus dem Französischen ins Österreichische übersetzt, scheint mir „Promethea“ vor allem für die gebildete Feministin von Welt geeignet zu sein.

Maureen T. Reddy

DETEKTIVINNEN

Die Frau im modernen Kriminalroman
Guthmann & Peterson, Wien 1990

In dieser ersten deutschsprachigen Analyse feministischer Elemente des Kriminalromans untersucht Maureen T. Reddy ausschließlich weibliche Kriminalautorinnen mit weiblichen Hauptfiguren. Der Bogen reicht von feministischen Anflügen bei Agatha Christies Miss Marple bis zu modernen Lesbenkrimis von Valerie Miner und Lauren Wright Douglas. Laut neuerer Erkenntnisse gehört der Frauenkrimi einem Kontinuum der weiblichen Literatur an und steht in der Tradition des weiblichen Schauer- und Sensationsromans. Mit Ansätzen aus

Nancy Chodorows Psychoanalyse, Elaine Showalters Literaturtheorie und Adrienne Richs feministischer Theorie geht die Autorin kenntnisreich und liebevoll auf die Verdienste zahlreicher Detektivinnengestalten ein. Mit dieser kritischen Würdigung beweist Maureen T. Reddy, daß



Frauenkrimis nicht nur der Unterhaltung dienen, sondern an der Schaffung einer feministischen Gegenutopie teilhaben.

M.S.

Joyce Carol Oates

IM ZEICHEN DER SONNENWENDE

Deutsche Verlags-Anstalt,
Stuttgart 1990

Ein weiterer Baustein zum Mythos von der gefährlichen Frauenfreundschaft, die letztlich die beteiligten Frauen bedroht und verschlingt. In der bedrückenden, spießigen Atmosphäre einer amerikanischen Schulstadt lernt die frisch geschiedene Lehrerin Monica die exzentrische Malerin Sheila kennen und sonnt sich anfangs in deren Zuneigung. Allmählich stellt sich heraus, daß die Beziehung ihre Tücken hat.

No ja.

Susi Harringer

Hanswerner Mackwitz/
Adam Adler

ÖKO-TRICKS UND BIO-SCHWINDEL

Orac-Verlag, Wien 1990

Jedenfalls war Autor Hanswerner Mackwitz bereits in Linz. Er habe, formuliert die Staatspolizei im Chemiker-Akt, in der Stahlstadt mehrmals „beobachtet“ - und zwar Betriebsanlagen der ansässigen Chemiefabrik. Und nicht nur das. Eine ganze Litanei verruchter Taten des

Grünen-Mitarbeiters doziert Mackwitz-Freund Bernd Lötsch aus den reichhaltigen Stapo-Beständen in seiner Laudatio anlässlich der Präsentation des genannten Buches.

Ein Buch, das Hans A. Pestalozzi, wie er bescheiden im Vorwort anmerkt, „gerne selbst geschrieben hätte. Es schafft Klarheit in einem Meer von Gaunerei und Bio-Nepp. Das war überfällig.“ Und begrüßt die beiden Autoren in der verschworenen „Gemeinschaft von Journalisten und Schriftstellern, die sich engagieren, anstatt sich engagieren zu lassen.“

Mackwitz und das Pseudonym Adler rechnen ab. Mit Produzenten und Verteilern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, dem Gewinn unsere Lebensbedingungen zu opfern.

Doch die Autoren beschränken sich nicht nur auf Anklagen im Namen des Humanismus, der wohlfahrtsstaatlichen Umverteilungspflicht oder einer postulierten und nie erfüllten - weil unerfüllbaren - grundsätzlichen sozialen bzw. ökologischen Unternehmenssensibilität. Sie dokumentieren - wiewohl von eminenter Wichtigkeit - nicht nur die umweltwissenschaftlichen Fakten der Chemie- und Bioszene betreffend Kunststoffe, Pestizide, Waschmittel, Farben, Lacke, Kosmetik, Genußmittel; betreffend das Geschäft mit dem Müll und der Energie. Sie nennen nicht nur Produkte, Unternehmer und Unternehmen beim (Marken)Namen und erklären uns breitenverständlich, was wir wann warum nicht kaufen oder sonstwas sollten. Sie schreiben nicht einfach ein weiteres Öko-Buch als Anleitung zu umweltverträglicherem Treiben von und für diejenigen, die mal ausschließlich bei sich selbst anfangen wollen, ein bißchen öko-biorunderneuert, ansonsten aber aufrecht zufrieden.

Mackwitz, in Österreich lebender deutscher Staatsbürger, erinnert sich an seine Basler Lehrjahre, während der er nicht nur Chemie, sondern auch politische Philosophie studierte. „Wir leben“, schreibt er da, „in einer Marktwirtschaft. Die ist, nüchtern betrachtet, weder sozial noch ökologisch und daher auch nicht ökosozial. Die Marktwirtschaft



ist eine Form des Stoffwechsels zwischen Gesellschaft und Natur. Die Produktivität der Natur wird in der Marktwirtschaft zur Ware. Dazu muß Natur erschlossen, in ihre Bestandteile zerlegt und in die gewünschte Warenform gebracht werden. Die ökosoziale Marktwirtschaft wird zum Rettungsengel der freien Marktwirtschaft, zum Deus ex machina des Umweltdesasters stilisiert, obwohl doch die beiden Begriffe historisch gar nicht vereinbar sind. Die soziale Marktwirtschaft ist nach 1945 aus einer Verschmelzung von Kapitalismus und Liberalismus (mit einem Quentchen Marx) entstanden. Was dabei auf der Strecke blieb, war die Umwelt und das Quentchen Marx. Jetzt soll mit dem Begriff ökosozial die Marktwirtschaft aufgemotzt und das Ausbeutungsprinzip hinter einer grünen Fassade versteckt werden."

Und anderswo: „Die Umverteilung läuft seit den siebziger Jahren ganz im Sinne des Kapitalismus: Von den Minderbemittelten zu den Reichen.“ Wer davon profitiere, seien die Banken, Unternehmer, Hauseigentümer usw. Wer nicht vom ewigen Wachstum und Immer-öfter-und-möglichst-Größer profitiert, sind wir und unser Lebensumfeld.

Mackwitz & Adler thematisieren so ziemlich alles, was der ökologischen Avantgarde zur Zeit Anliegen ist. Hübsch geschrieben und, erfrischend, wenig rumlavierend. Sie fragen nach Ursachen und suchen nach Antworten, sie geben sie nicht einfach.

Und noch etwas: Wer Hanswerner Mackwitz auf Grund seiner zahlreichen Auftritte in Funk, Fernsehen und Print - auch in der MONATSZEITUNG - als zuständiger Experte, der formulieren darf, was die Betroffenen fühlen, kennt und fürchtet, sei entwarnt: Der oft geübte demokratie- und medienpolitische Konsens, der mitunter Hirn und Herz verklebt, hat ihn nicht schlapp werden lassen. „ÖKO-Tricks und BIO-Schwindel“ ist ein hübsches Buch - und damit, mein' ich, singt - was seine Verkaufszahlen betrifft - für die Autoren im Frühjahr ganz sicher nicht die Lerche.

K.L.

Betr.:
MONATS-
ZEITUNG, Mai
1990

„FKK-Bad und Zwangstätowierung“

••• Erstes Halbjahr 1990: Pseudolinke Gegner der Meinungsfreiheit veranstalten regelrechte Pogrome gegen die Vorträge „Die kubanische Lösung der AIDS-Frage“ und „Gleichheit statt Feminismus“ der „Initiative Neue Linke“ an der Universität Wien. Mehr als 50 gewaltlüsterne Störer rufen Erinnerungen an die dreißiger Jahre wach, als schon einmal organisierte Schlägerbanden kommunistische Veranstaltungen sprengten.

Mai 1990: Die MONATSZEITUNG nimmt diese Vorfälle zum Anlaß, um nicht etwa die bedrohte Meinungsfreiheit zu verteidigen, sondern in bewährter Manier der Umkehr von Täter und Opfer der „Initiative Neue Linke“ einen Hetzartikel zu widmen. Da der Autor offenbar mich als einzigen namentlich kennt, kriege ich auch einige Dreckwürde ab. Ungeniert bekennt er sich zum konsequent durchgehaltenen, völligen Verzicht auf Argumente: „Die ideologische Begründung, die Art und Weise der Argumentation der INL und ihrer VertreterInnen verunmöglicht eine politisch sachliche Auseinandersetzung.“ Na, wenn das so ist, dann muß man ja dreinschlagen! Noch dazu, wenn man es mit einer Art gehörtem Dämon zu tun hat: „Ehemalige KollegInnen bezeichnen ihn als extremen Egoisten, der absolut keine Kompromisse duldet, der eine ausgeprägte Fähigkeit zum Organisieren finanzieller Mittel hat.“ Schon seit jeher muß ich ein ganz schlimmer Fanatiker gewesen sein, denn ich hatte angeblich einen 'Stehsatz': „Ich habe mein Leben dem Aufbau des Rátesystems gewidmet.“ Aber „Egoismus, am Rande stehen und nicht zuletzt der 'Urschock' Aids“ hätten einen politischen Wandel bewirkt, der sich in einem 'faschistischen' Forderungskatalog zur Aids-Bekämpfung ausdrücke, von dem der Leser weiter nichts erfährt, als daß es sich um „zwangsweise Tätowierung und Ghettoisierung HIV-Positiver“ handeln soll. Hier eine nachträgliche Aufklärung derjenigen Leser, die sich mit

Hetzparolen nicht zufrieden geben wollen: Wie man schon seit langem weiß, sind Kondome ein höchst unzuverlässiges Mittel zur Schwangerschaftsverhütung (eine Tatsache, der gar nicht so wenige, die jetzt ungläubig den Kopf schütteln, ihre Geburt zu verdanken haben); zur Aids-Kontrazeption verwandt, erhöht sich das Risiko um ein Vielfaches. Weder Kondompropaganda noch Pseudoaufklärungskampagnen haben auf die Ausbreitung der Seuche Aids einen wahrnehmbaren Effekt gehabt - ein Blick auf die US-Verhältnisse hätte diese Einsicht schon vor Jahren lehren können. Dagegen setzte der westdeutsche „Bund gegen Anpassung“, dessen politische Ansichten auf den Lehren von Marx, Lenin und Freud basieren, vor fünf Jahren schon ein Programm, das sich an der klassischen Seuchenhygiene orientiert, wie sie die Medizin schon seit 100 Jahren erfolgreich und unumstritten anwendet (andernfalls sähe ein nicht beträchtlicher Teil derer, die dies lesen, schon die Radieschen von unten), und das auch von der „Initiative Neue Linke“ vertreten wird.

Kern dieser Vorgangsweise ist die Untersuchung der gesamten Bevölkerung auf HIV-Infektion. Dadurch würde die - wahrscheinlich 90-prozentige - Dunkelziffer der unwissend infizierten und somit auch infektiösen Personen beseitigt und die allermeisten Infektionsketten unterbrochen. Kuba als einziges Land der Erde, das so verfährt, hat die Zahl der HIV-Opfer damit auf weniger als 300 begrenzen können. Um unverantwortliche Infizierte - und die sind gar nicht so selten - an der Weitergabe des Virus an unwissende Sexualpartner zu hindern, wird weiters vorgeschlagen, Virusträger an einer Stelle, die im normalen sozialen Leben nicht sichtbar ist, jedoch beim Geschlechtsverkehr nicht verborgen werden kann (z.B. am Schamhaarsatz), durch eine Tätowierung zu kennzeichnen. Infizierte wären mithin in keiner Weise beeinträchtigt und nur beim Geschlechtsverkehr erkennbar, den sie ja ohne dies unterlassen sollen.

Wäre dieses menschenfreundliche und effiziente Programm durchgeführt worden, als es zum ersten Mal gefordert wurde, so gäbe es in Österreich heute wahrscheinlich nur einige hundert Infizierte anstatt einige zehntausende (deren Zahl

ungehindert weiter ansteigt), denen in den nächsten Jahren ein langer, qualvoller Tod bevorsteht. Und das Sexualleben aller wäre von der bedrückenden Angst vor AIDS-Ansteckung befreit.

Damit wären wir auch bei der Frage angelangt, wer hier in Wahrheit einen politischen Wandel durchgemacht hat. Seit wann soll es denn links sein, der ungehinderten Ausbreitung einer tödlichen Seuche das Wort zu reden ('katholisch' wäre hier wohl der passendere Begriff), die einzigen griffigen Gegenmaßnahmen zu verketzern und ihre öffentliche Vorstellung und Diskussion gewaltsam zu unterbinden.

Harald Steiner, Wien

Betr.: MONATSZEITUNG
allgemein

Liebe Freunde,

••• mit bestem Dank habe ich die beiden Ansichtsexemplare Eurer MONATSZEITUNG in Empfang genommen.

Für mich als 'Berliner' ist das Gros der Themen etwas 'weit weg'.

Es gab und gibt trotzdem eine Menge Themen, die sich nicht lokal abstecken und voneinander entfernen lassen. Insgesamt gefällt mir die MONATSZEITUNG schon recht gut. Warum ich trotzdem nicht abonniere: Ich schaffe schon so nicht, alles durchzuarbeiten (denn durchblättern will ich nicht), was täglich, wöchentlich und monatlich auf meinem Schreibtisch landet.

Ein kleines 'Pfui' wegen der Karikatur auf der Seite 82 der Septemberausgabe. Ihr könntet ruhig die (arabische) Quelle dieser Zeichnung angeben!!

Artikel „30 Jahre Golfkrieg“ nicht schlecht!

Alles Gute,
Achmed A.W. Khammas, Berlin

Betr.: MONATSZEITUNG
allgemein

••• Leider lief mein MONATSZEITUNG-Abo eines Tages ab (ich übersah wohl den Zahltermin), möchte es erneuern und bei der Gelegenheit gleich sagen, daß

dieses MONATSZEITUNG-Organ eine/n die dumpfe Provinzialität und parteipolitische Begrenztheit der österreichischen Medien- und Politlandschaft wenigstens einmal monatlich vergessen läßt. Warum eigentlich nicht wöchentlich?

Was ich neben der sorgsam, liebevollen Bebilderung (etwa die Kakteen in verschiedenen Verfallsstadien zum Thema Großdeutschland) prinzipiell sehr gut finde, ist eure Berichterstattung über sonst unterbelichtete Winkel der „1.-4. Welt“ oder über gerne vergessene Bewegungen (z.B. Anti-Psychiatrie), weiters der Mut zur linken, marxistischen, feministischen Analyse in aller Vielfalt, wobei auch gelegentlich die neuesten Denk-Moden reinrutschen dürfen. Die Integration von Beiträgen aus den Frauenbewegungen finde ich ebenfalls erfreulich und wichtig, weil nur so das Ghetto der manchmal allzu autonomen Zirkel aufgebrochen wird; so war mir zwar Birge Krondorfers Bericht über die 6. Frauensommeruni selbst zu sehr gefangen im philosophisch-verbrämten Gewirr der postmodernen Verwirr-Begrifflichkeit (für mich ging dieses Ereignis eher in Richtung politischer, wissenschaftlicher Katastrophe), aber immerhin: Es gibt ein Forum, Bezüge sind herstellbar ... dieses Land ist vielleicht gar nicht nur zum Auswandern.

Liebe Grüße aus Salzburg,
Ulrike Körbitz

Betr.: MONATSZEITUNG
allgemein

Geehrte Redaktion!

... Entschuldigen Sie, daß ich auf russisch schreibe. Ich verstehe Deutsch zwar nicht schlecht, tue mir aber beim Schreiben schwer. Ich bekomme Ihre Zeitschrift jeden Monat und verstehe sie ganz gut, vielen Dank! Ich würde Ihnen gerne meine Ansichten über die Perestroika in der Sowjetunion mitteilen. Perestroika und Demokratie sind meiner Meinung nach Schlagworte. Solange die Kommunisten an der Macht sind, kann in der Sowjetunion keine Demokratie existieren. Die sowjetische Verfassung ist praktisch nicht in Kraft. Dafür kann ich Ihnen Beispiele nennen. Erstens: Litauen kann den Verband der So-

wjetunion nicht verlassen, obwohl die sowjetische Verfassung jeder Republik das Recht auf Selbstbestimmung zuerkennt. Zweitens: Laut Verfassung hat der Bürger das Recht, sich zu jeder beliebigen oder zu keiner Religion zu bekennen, religiöse Kulte zu verrichten oder atheistische Propaganda zu betreiben. Religiöse Menschen jedoch, denen der Dienst in der Armee auf Grund ihrer Religion verboten ist, zum Beispiel die Zeugen Jehovas, kommen, wenn sie das Einberufungsalter in die Armee erreicht haben, wegen Umgehung der Militärpflicht ins Gefängnis oder ins psychiatrische Krankenhaus. Ich möchte damit ausdrücken, daß in diesem Fall die Verfassung dem Strafkodex widerspricht. Ich könnte noch eine Reihe von Beispielen anführen.

Ich beende meinen Brief mit Hochachtung.

Kamschinkow Ruslan Vigorjewitsch
Usbekistan, Stadt Jangier, UdSSR.

Betr.: Leserbrief bzgl.

Unfähiges grünes Marketing

... Die 'Firma' Grüne Alternative Liste hat es geschafft, Marktforschungsergebnisse, die ihr ein hervorragendes Abschneiden beim Unternehmenswettbewerb 'Nationalratswahlen' prognostizierten, durch völlige Ignoranz elementarster Marketing-Prinzipien in ein an und für sich (im Vergleich zu der jahrelang mühsam getätigten Produktpflege) blamables 'Achtungsergebnis' umzuwandeln.

Man stelle sich vor: Da hat die Firma Grüne Alternative Liste nach Jahren ein hervorragendes Produkt auf den Markt gebracht, das beim Konsumenten 'Wähler' auch phantastisch ankommt und innerhalb kürzester Zeit bundesweit zum Verkaufsschlager wird, was bei grünen Produkten geradezu als Ausnahme gilt. Unfähige Werbestrategen ziehen diesen Renner aber aus dem Verkehr, da sie fürchten, daß der Rest der Produktpalette darunter leiden könnte, vernachlässigen völlig den anzustrebenden 'Gesamtumsatz', sprich Wahlergebnis! Zum Teil (gewiß gute, aber) unbekannte Produkte werden kurzfristig, ohne die unbedingt erforderliche Einführungsphase auf den Markt geworfen - der Konsument zögert

(verständlich), zuzugreifen. Produkte, die sich bereits - wie der 'Markt Salzburg' zeigte - nur schlecht verkaufen ließen, werden krampfhaft bundesweit gepusht.

Fazit: Wertvolle Marktanteile gehen an andere politische Firmen verloren, getreu dem fatalen grünen Firmengrundsatz: „Spitzenprodukte nur nicht allzu bekannt werden lassen. Da opfern wir schon lieber Umsätze, sprich Mandate!“

Für jene, welche es noch nicht verstanden haben: Peter Pilz kalt - und dafür ein Quartett aufzustellen und auf eine kurze Firmenbezeichnung (z.B. GRÜ, GAL) zu verzichten, zeigt die Unfähigkeit der grünen Produkt-Manager, vorhandene Marktvorteile zu nützen. Viele Bürgerinitiativen, die seit Jahren (unbezahlt) Energien, Geld und Zeit opfern und auf eine starke Vertretung im Parlament gehofft haben, werden es den Machern in der Wiener Grünzentrale danken.

Dr. Michael Beer,
Bürgerliste Zell am See

Betr.: MONATSZEITUNG
allgemein

Liebe MONATSZEITUNG!

... Vielen Dank für das verbilligte Abo. Eine für unser Budget sehr spürbare Hilfe. Wir freuen uns schon auf das gewünschte Buch LEDL: „Vatikan“. Kurz zu unserer Bücherei: Ursprünglich VOLKSBUCHEREI in kirchlicher Trägerschaft, dann gemeinsame Trägerschaft mit der Gemeinde (2.000 EinwohnerInnen) 1986, unser Platz im Pfarrheim wird zu klein. Die Gemeinde bietet in einem Neubau doppelt so viel Platz mit E-Heizung, Wasser und WC. Wir nehmen die Chance wahr und übersiedeln. Spannung mit dem Pfarrer erreicht den Höhepunkt: Kirche kündigt die Mitträgerschaft. Grund: Unter anderem unser Buchbestand (Küng u.a. Bücher seien nicht tragbar). Dadurch mußten wir auch auf die diözesane Förderung verzichten. Leider! Aber das Interesse ist sehr gestiegen, Gott sei Dank!

Freundliche Weststeirer-Grüße
Ihr Josy Reinbacher,
Büchereileiter,
St. Stefan ob Stainz.

IMPRESSUM

Inhaber, Herausgeber, Verleger, Anschrift der Redaktion:

GAV Grün-Alternativ Verlagsges.m.b.H.,
Neulerchenfelderstr. 12, A-1160 Wien,
Tel. 0222/408 35 71,
Registernummer: DVR 0552917,
Bankverbindung: CA 0245 4051/77,
Volksbank Seehem eG BLZ 508 648 08,
Kto. 58 297, Telex 111322 gavco,
Telefax 0222/408 38 32

Geschäftsführung:

Abdul Ghani Elmani

Redaktion:

Hannes Hofbauer, Karl Lind,
Christof Pamreiter, Ulrike Sladek

Produktionsleitung:

Margarete Neumann

Ständige AutorInnen:

Wolfgang Beyer, Jutta Dittfurth, Christian Feichtinger, Erica Fischer, Susi Harringer, Andrea Komlosy, Birge Krondorfer, Susi Riegler, Franz Schandl, Igor Schellander, Günter Schneider, Rainer Werning

AutorInnen dieser Ausgabe:

Julian Bartosz, Nikos Chilas, Maria Florez-Estrada/APIA, Frauensolidaritätsgruppe IBK, Jürgen Heinrich, Jochen Hippler, Walter Keller, Verena Krieger, Jürgen Maier, Knut Mellenthin, Christian Neugebauer, Margit Scherb, Dietrich Schulze-Marmeling, Viktor Sukup, Albert Sterr, Christine Weber-Herforth

Fotos:

APIA/Miguel Reyes, Contrast, CONTRAST/Allsport, Birgit Durbahn, Jürgen Heinrich, Walter Keller, Martin Langer, Leinen los/Landeszentrale f. polit. Bildung Hamburg, Margarete Neumann, Robert Newald, Christof Pamreiter, Gabriela Prosek, Ludwig Rauch, Gisela Scheubmayr, van der Straeten, Vorwärts/Verein f. Geschichte d. Arbeiterbewegung, Votava, Wirtschaftsministerium

Grafik: Gisela Scheubmayr

Lektorat: Sabine Röckel

Satz: GAV

Abonnement: Christine Elmani

Buchhaltung und Sekretariat:
Petra Dorrek

Druck:

Strohal Druck, Tenschertstraße 7, 1230 Wien

Vertrieb:

Österreich: Morawa & Co, 1010 Wien, Wollzeile 5

Schweiz: Kiosk AG, Maulbeerstraße 11, 3001 Bern.

Nachdruck muß mit dem Verlag abgesprochen werden.

Namentlich gezeichnete Artikel und Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

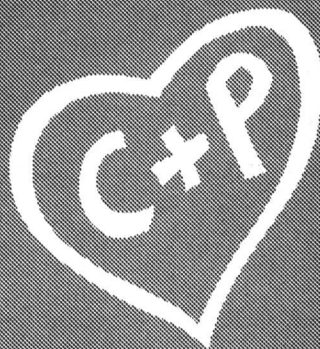
Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Die nächste MONATSZEITUNG
erscheint am 30. 11. 1990

Ewig Dein?

Die Natur ist geduldig.
Aber ewig hält der
Regenwald nicht durch.
Seine Zerstörung be-
droht uns alle. Die
Menschen dort wie hier.
Unser Weltklima ge-
nauso wie den Wasser-
haushalt der Erde. Und
ewig hält auch unser
Planet nicht durch.



Der Regenwald stirbt
hier bei uns.
Durch Import von
Tropenholz. Von
Produkten aus Groß-
plantagen und Vieh-
weiden, für die er ge-
rodet wird. Durch
falsche Entwicklungs-
politik und fehlende
Entschuldung.
Mischen Sie sich ein.
Wir sagen Ihnen, was
Sie tun können.
Stimmen Sie für den
Regenwald. Schicken
Sie uns diesen Kupon.

**STIMMEN
FÜR DEN**

REGENWALD

Ich stimme für den Regenwald. Schicken Sie mir
Informations- und Aktionsmaterial.

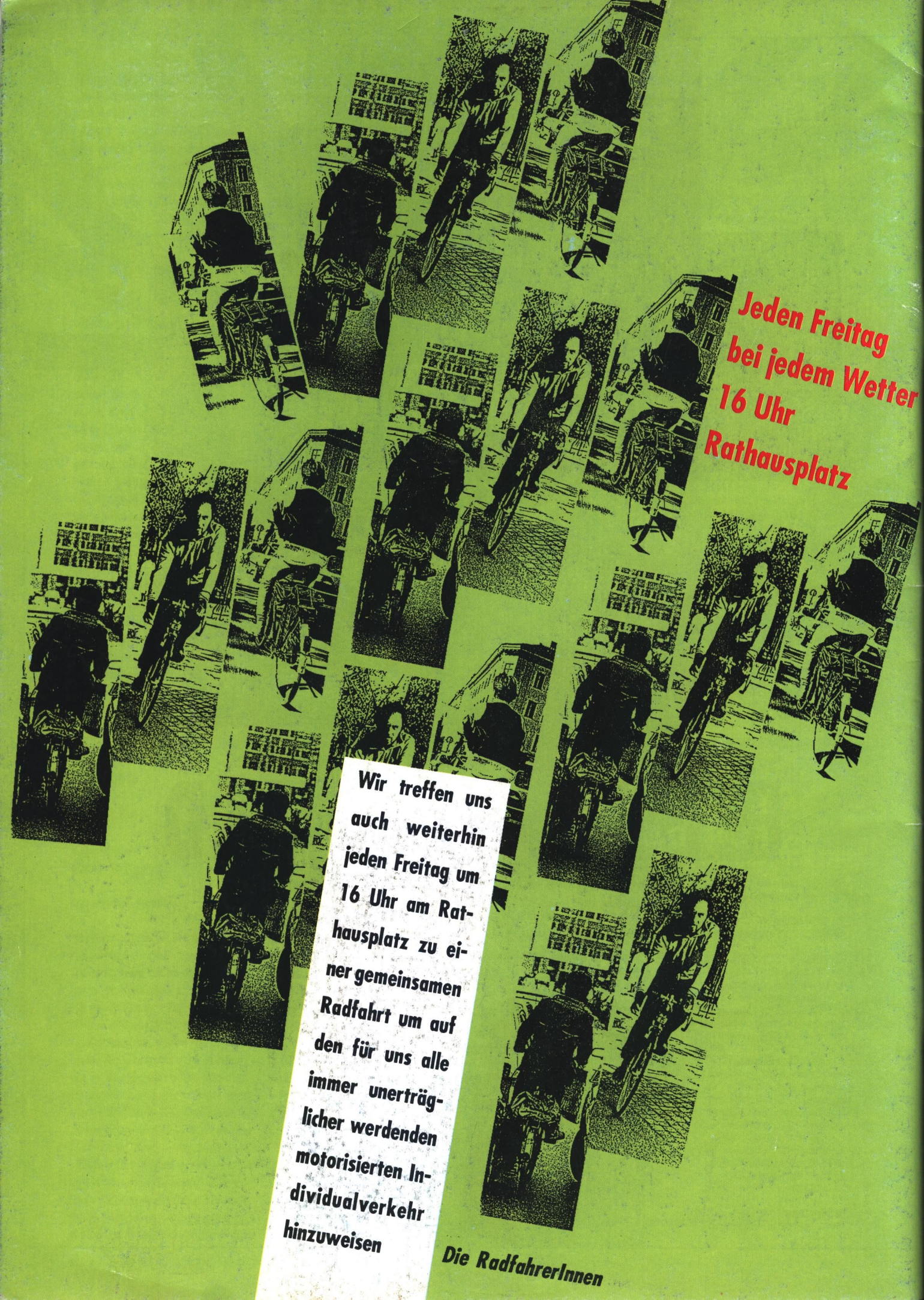
Name: _____

Adresse: _____

Kupon bitte ausschneiden und an den ÖIE einsenden.

Die Dritte Welt ist auch die unsere.





**Jeden Freitag
bei jedem Wetter
16 Uhr
Rathausplatz**

**Wir treffen uns
auch weiterhin
jeden Freitag um
16 Uhr am Rat-
hausplatz zu ei-
ner gemeinsamen
Radfahrt um auf
den für uns alle
immer unerträg-
licher werdenden
motorisierten In-
dividualverkehr
hinzuweisen**

Die RadfahrerInnen